27. Jahrgang 1979 / 4. Heft / Oktober

E 2176 FX

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

HANS-PETER SCHWARZ
Adenauer und Europa

MANFRED OVERESCH
Hermann Brill und die Neuanfänge deutscher Politik in Thüringen 1945

LAWRENCE D. STOKES
Zur Geschichte des „wilden" Konzentrationslagers Eutin

GUSTAV v. SCHMOLLER
Heydrich im Protektorat Böhmen und Mähren

REINER POMMERIN
Rassenpolitische Differenzen im Verhältnis der Achse Berlin–Rom

DOKUMENTATION
Ein Bericht von Hans Schlange-Schöningen über eine Reise nach Thüringen im Mai 1945
(Werner Abelshauser)

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick,
Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke,
Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer,
Hans Mommsen, Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter
Redaktion: Martin Broszat, Hermann Graml,
Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz
Geschäftsführender Redakteur: Hermann Graml
Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 8000 München 19,
Tel. 089/18 00 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Hans-Peter Schwarz . Adenauer und Europa 471

Manfred Overesch . . Hermann Brill und die Neuanfänge deutscher Politik in Thüringen 1945 . . . 524

Lawrence D. Stokes . . Das Eutiner Schutzhaftlager 1933/34. Zur Geschichte eines „wilden" Konzentrationslagers 570

MISZELLEN

Gustav v. Schmoller . . Heydrich im Protektorat Böhmen und Mähren 626

Reiner Pommerin . . Rassenpolitische Differenzen im Verhältnis der Achse Berlin–Rom 1938–1943 . . 646

DOKUMENTATION

Zur Entstehung der „Magnet-Theorie" in der Deutschlandpolitik. Ein Bericht von Hans Schlange-Schöningen über einen Staatsbesuch in Thüringen im Mai 1946 *(Werner Abelshauser)* 661

NOTIZ 680

BIBLIOGRAPHIE 65

Diesem Heft liegt eine Beilage des C. H. Beck Verlages, München bei. Wir bitten um Beachtung.

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Neckarstr. 121, 7000 Stuttgart 1, Tel. 07 11/21 51–1. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Preis ab 1978: Einzelheft DM 16,– (zuzüglich Versandspesen); Jahresabonnement = 4 Hefte DM 50,80 (DM 2,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Für Studenten im Abonnement jährlich DM 40,80 (DM 2,80 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 33,– (DM 1,40 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten) zu beziehen.

Das Fotokopieren und Vervielfältigen aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren zu erteilen.

Satz: Mühlberger GmbH, Gampl, Wemding

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANS-PETER SCHWARZ

ADENAUER UND EUROPA*

Vor zehn Jahren hat der frühverstorbene Waldemar Besson die prinzipielle Westbindung der Bundesrepublik als „neue Traditionslinie" deutscher Außenpolitik bezeichnet[1]. Dabei dachte er ganz besonders an den Zusammenschluß mit den westeuropäischen Demokratien. Unter Adenauer, so meinte er, habe sich ein Konzept entfaltet und durchgesetzt, das als grundsätzliches Abgehen von den bisher vorherrschenden Traditionen deutscher Außenpolitik verstanden werden muß. Allerdings glaubte Besson damals, im Vorfeld der „neuen Ostpolitik", es werde nunmehr erneut geboten sein, sich der „klassischen Tradition" deutscher Mitteleuropapolitik zu erinnern und diese in die „neue Tradition" einzubringen.

Inzwischen ist jedoch erkennbar, daß auch die „neue Ostpolitik" in diesem Punkt keine grundlegende Veränderung gebracht hat. Der unmittelbar zurückliegende Wahlkampf für die Direktwahl des Europäischen Parlaments hat erneut bewiesen, daß alle demokratischen Parteien in der Bundesrepublik die Einbindung in die Gemeinschaft der westeuropäischen Demokratien als definitiv betrachten. Die „neue Tradition" hat sich während der siebziger Jahre gefestigt.

Dieser Konsens über die westeuropäische Grundorientierung der Bundesrepublik ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert. Unter zeitgenössischen Aspekten hebt er sich deutlich von den Gegebenheiten in Nachbarländern wie Frankreich und Großbritannien ab, wo die Frage der Priorität von Nationalstaat oder europäischem Zusammenschluß nach wie vor umstritten ist. In zeitgeschichtlicher Hinsicht – und dieser zweite Aspekt wird im folgenden allein zu betrachten sein – steht der überparteiliche europäische Konsens, der sich seit Ende der fünfziger Jahre hierzulande herausgebildet hat, in deutlichem Kontrast zu den unversöhnlich scheinenden Auseinandersetzungen, die in den Anfängen der Adenauer-Ära über die Europapolitik geführt wurden. In diesem Punkt haben selbst die früheren Gegner des Kanzlers ihre Vorbehalte längst stillschweigend zurückgenommen. Und sowohl im politischen Raum wie auch im wissenschaftlichen Schrifttum herrscht trotz fortbestehender Differenzen in der Beurteilung von Adenauers

* Der folgende Aufsatz ist die erweiterte Fassung eines Vortrages, der im Frühjahr 1979 auf einem internationalen Symposium im Europäischen Hochschulinstitut in Florenz gehalten wurde. Das Colloquium stand unter dem Thema: „Die Interessenlagen der westeuropäischen Staaten im europäischen Einigungsprozeß". Die Thematik erklärt auch die allgemeine Akzentsetzung der folgenden Studie.

[1] Waldemar Besson, Der Streit der Traditionen. Über die historischen Grundlagen der westdeutschen Außenpolitik, in: Karl Kaiser und Roger Morgan (Hrsg.), Strukturwandlungen der Außenpolitik in Großbritannien und der Bundesrepublik, München und Wien 1970, S. 101. Ähnlich auch in: Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland- und Ostpolitik ein gewisses Einverständnis darüber, daß die Durchsetzung dieser „neuen Tradition" zu den bleibenden Leistungen des ersten Bundeskanzlers gehört – soweit in dieser Welt unablässigen geschichtlichen Wandels überhaupt von dauerhaften Leistungen gesprochen werden kann.

Noch mehr: Die Neigung ist gar nicht zu übersehen, in der rückschauenden Bewertung die Entwicklung hin zu einer „neuen Tradition" als geschichtsnotwendig anzusehen. Heute erscheint es fast als selbstverständlich, daß der alte Herr die Westdeutschen daran gewöhnt hat, ihre Interessen im europäischen Kontext zu definieren. Darüber gerät freilich langsam in Vergessenheit, auf welche Widerstände diese Umorientierung im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg gestoßen ist, weil sie mit tradierten Selbstverständnissen deutscher Außenpolitik in Konflikt geriet.

Bei diesen Auseinandersetzungen ging es um drei Kernfragen, die auch der folgenden Erörterung der Grundlinien Adenauerscher Europapolitik zugrunde gelegt werden.

Die erste dieser Fragen galt der Struktur des europäischen Staatensystems in der Nachkriegszeit. Was waren die konstitutiven Elemente des neuen Systems? Wie waren sie zu bewerten? Würden sie von Dauer sein, oder war es weiterhin angebracht, sich an älteren Modellvorstellungen zu orientieren? Und wenn das Nachkriegssystem, das seit 1948 klare Konturen annahm, tatsächlich von einiger Dauer sein würde, welche Konsequenzen für die außenpolitische Orientierung waren dann daraus zu ziehen? Die Frage kann hier nicht allgemein erörtert werden. Zu prüfen wird sein, wie Adenauer das neue System interpretierte. Und es ist zu erörtern, inwiefern er auf die neuen Bedingungen mit europäischer Orientierung geantwortet hat. Der Schwerpunkt wird dabei auf den „Jahren der Entscheidung" Ende der vierziger und in den frühen fünfziger Jahren liegen, mit gelegentlichen Ausblicken auf die folgenden Perioden.

Damit hing die zweite Grundfrage zusammen, bei der es darum ging, wie die neue Außenpolitik in die älteren Traditionslinien deutscher Außenpolitik einzuordnen oder von ihnen abzuheben war. Überhaupt: Was war die Eigenart dieser „neuen Tradition"? Wie revolutionär ist sie gewesen? Hat die neue Grundlinie nicht doch auch mit starken Wurzeln in der deutschen Vergangenheit gehaftet, oder war sie tatsächlich ein fundamentaler Traditionsbruch? Und wenn dies der Fall ist: Was geschah mit den traditionellen Grundorientierungen? Wieweit wurden sie bekämpft oder verdrängt oder vergessen oder mit der „neuen Tradition" verbunden oder in die deklamatorische Unverbindlichkeit von Sonntagsreden und Rechtsvorbehalten transformiert? Was blieb politisch bewegende Kraft, und was wurde zur folgenlosen Nostalgie?

Es waren dies Grundsatzfragen, wie sie – mehr oder weniger deutlich artikuliert – dem großen außenpolitischen Ringen in den fünfziger Jahren zugrunde lagen. Demgegenüber hat die deutsche Zeitgeschichtsforschung das Problem der geschichtlichen Verortung bundesdeutscher Außenpolitik nur relativ kurze Zeit

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lebhaft diskutiert, als Waldemar Besson und Arnulf Baring ihre Forschungen über die Außenpolitik in der Adenauer-Ära zu einer Prinzipiendiskussion deutscher Außenpolitik ausweiteten. Die wissenschaftliche Debatte ist allzu rasch von den Strudeln der politischen Kontroversen um die „neue Ostpolitik" hinweggetragen worden und hat bald niemanden mehr interessiert – sehr zum Nachteil der heutigen Forschung. Diese könnte gewinnen, wenn die seither recht eindimensional angelegten monographischen Arbeiten stärker bemüht wären, die Konzepte und Kontroversen bundesdeutscher Außenpolitik in die weiteren Bezüge des deutschen außenpolitischen Selbstverständnisses einzuordnen.

Auch in dieser Hinsicht bescheidet sich die folgende Studie. Ausgehend vom gegenwärtig erreichten und erreichbaren Stand der Adenauer-Forschung will sie erörtern, wo Adenauer selbst den Platz seiner Europapolitik im weiteren Feld deutscher Denktraditionen abgesteckt hat. Davon ausgehend ist dann versuchsweise zu skizzieren, welche Einordnung der Historiker vornehmen kann. Da die ideengeschichtlichen Zusammenhänge und Denkschulen der Europapolitik trotz der bahnbrechenden Arbeiten von Walter Lipgens[2] noch nicht allzu intensiv erforscht sind, muß der Vorläufigkeitscharakter dieses Versuchs betont werden.

Die dritte Grundfrage bezieht sich auf die zentrale Kontroverse während der Adenauer-Ära, die auch in der Zeitgeschichtsforschung ihren Widerhall findet. Was hatte der Kanzler eigentlich mit Deutschland im Sinne? Hat er westdeutsche, gesamtdeutsche oder europäische Politik gemacht? Wo lagen seine Prioritäten?

Zwar werden darauf auch von wissenschaftlicher Seite seit langem recht überzeugungsstarke Antworten gegeben. Aber man wird bezweifeln müssen, ob diese scheinbaren Gewißheiten die Öffnung der amtlichen Archive lange überleben werden. Die folgenden Hypothesen, die sich wiederum allein auf das Verständnis der Adenauerschen Europapolitik beziehen, stehen unter diesem Vorbehalt. Doch gerade jetzt, da die Forschung endlich die Tür zu den Archiven der Periode nach 1949 durchschreiten kann, kommt es darauf an, daß die richtigen Fragen gestellt werden, von denen fruchtbare Forschungsstrategien ihren Ausgang nehmen können.

Insofern versteht sich der folgende Aufsatz insgesamt als eine Art Pilotstudie. Er umreißt jene Bereiche, in denen unsere Kenntnis einigermaßen gesichert scheint, und er bezeichnet einige Schneisen, die ins Dickicht der Probleme führen, mit denen es die künftige Erforschung Adenauerscher Europapolitik zu tun haben wird.

---

[2] Seine Gesamtdarstellung endet vorläufig im Jahr 1947 – also dort, wo aus Ideen Politik wurde (Walter Lipgens, Die Anfänge der Europäischen Einigungspolitik 1945–1950, I. Teil 1945 bis 1947, Stuttgart 1977). Er gibt aber einen ersten Gesamtüberblick mit dem Aufsatz „Europäische Integration", in: Richard Löwenthal und Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1979 (1974), S. 519–553.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I. Das neue System

Adenauer hat seine Außenpolitik in erster Linie vom internationalen System her konzipiert. Wer seine Ansprachen gründlich studiert[3] oder die in den „Erinnerungen" versammelten Materialien auf sich wirken läßt, kann das gar nicht übersehen. Die vielberufene rheinische Perspektive[4], die christlich-abendländische Tradition, die Weltanschauung – das alles hat gewiß sein Gewicht gehabt, ganz besonders in den ersten Nachkriegsjahren, als eine grundsätzliche Neubesinnung am Platze war. Aber entscheidend auch für die europäische Orientierung war die Erkenntnis, daß sich in der Nachkriegszeit eine revolutionäre Veränderung des europäischen Staatensystems vollzogen hatte, die eine völlige Neuorientierung der deutschen Außenpolitik erforderte. Aus Adenauers Sicht war dieses neue europäische System durch eine Reihe grundlegender Gegebenheiten gekennzeichnet:

1. Es war ein antagonistisches System, in dem sich die westlichen Demokratien einer expansiven kommunistischen Weltmacht gegenübersahen, deren Armeen bereits im Herzen Deutschlands standen. Wollte das freie Europa diese Gefahr bestehen, so mußte es sich zusammenschließen.
2. Gegenwart und Zukunft des europäischen Staatensystems wurden zwar durch die sowjetische Herausforderung bestimmt, aber die Völker Europas standen auch immer noch unter dem Schock der jüngsten Vergangenheit, als Deutschland für wenige schreckliche Jahre ihre Freiheit unterjocht und ihnen eine Herrschaft von beispielloser Härte aufgezwungen hatte. Deshalb war das neue europäische Staatensystem trotz des Ost-West-Antagonismus auch ein potentiell anti-deutsches Staatensystem. Die Regierungen in Ost und West waren sich in einem einig: im Mißtrauen gegen die Deutschen und in der Entschlossenheit, keine neue Sicherheitsgefährdung von dieser Seite her hinzunehmen.

---

[3] Die sehr ergiebige Sammlung der öffentlichen Ansprachen Adenauers in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (Rhöndorf) ist für diesen Aufsatz ausgewertet worden. Auch die bisher aufschlußreichsten Arbeiten zu Adenauers Europa-Ideen fußen weitgehend auf den Rhöndorfer Materialien (Anneliese Poppinga, Konrad Adenauer. Geschichtsverständnis, Weltanschauung und politische Praxis, Stuttgart 1975, S. 63–77; Werner Weidenfeld, Konrad Adenauer und Europa. Die geistigen Grundlagen der Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers, Bonn 1976). Weidenfelds Studie ist die bisher ausführlichste Arbeit zu der Thematik; die im folgenden entwickelte Bewertung der Adenauerschen Grundauffassungen deckt sich zu großen Teilen mit seinen Befunden. Der Verf. selbst sieht sich bislang nicht veranlaßt, von Deutungen abzurücken, die er zu einem Zeitpunkt entwickelt hat, als er in den Quellenbestand der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH) noch nicht Einsicht nehmen konnte (vgl. Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Neuwied und Berlin 1966, S. 423–479, und „Das außenpolitische Konzept Konrad Adenauers", in: Rudolf Morsey und Konrad Repgen (Hrsg.), Adenauer-Studien I, Mainz 1971, S. 71–108). Unter Verweis auf die hier aufgeführten Arbeiten kann im folgenden auf erschöpfende Quellennachweise verzichtet werden.

[4] Siehe Abschnitt III dieses Aufsatzes.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am lautesten ertönte die Warnung vor Deutschland in Frankreich. In dieser Hinsicht war der europäische Zusammenschluß ein Versuch, das Erfordernis der Kontrolle Deutschlands mit dem Verlangen der Deutschen nach wirtschaftlichem Wiederaufbau und Gleichberechtigung in Einklang zu bringen. Dabei zielten die europäischen Konzepte in erster Linie darauf ab, für die anders unlösbar erscheinenden Probleme der deutsch-französischen Beziehungen einen modernen Rahmen zu bilden. Gelang dies nicht, so mußte Deutschland in einem Europa feindlicher Siegermächte isoliert bleiben und würde wahrscheinlich früher oder später dem sowjetischen Einfluß erliegen.

3. Die westeuropäischen Demokratien waren ohne die amerikanische Schutzmacht verloren. Angesichts der überstarken Sowjetunion, die als europäische Hegemonialmacht in spe betrachtet werden mußte, waren die USA der auf lange Zeit unerläßliche Stabilitätsfaktor. Aber über der langfristigen Europapolitik dieser transatlantischen Weltmacht lagen immer auch lange Schatten des Zweifels: Zweifel, ob sie sich nicht in einer Neuauflage ihres traditionellen Isolationismus wieder auf die „fortress America" zurückziehen würde, Zweifel, ob die beiden Supermächte nicht eines Tages zur partitio leonina auf Kosten der europäischen und deutschen Interessen schreiten würden, Zweifel auch daran, ob Amerika seine Hegemonie nicht mißbrauchen würde. Auch deshalb schien es geraten, in Westeuropa ein neues Machtzentrum als langfristige Alternative zur amerikanischen Präsenz, doch zugleich als Gegengewicht gegen die Führungsmacht zusammenzubringen.

ad 1.: Daß Adenauers Europapolitik nur aus der Gesamtheit seiner Vorstellungen zum Ost-West-Konflikt verständlich ist, wurde immer erkannt. Alle Schlüsseldokumente, die er selbst in den „Erinnerungen" veröffentlicht hat und aus denen sich die Genese seines Europakonzepts ablesen läßt, sind hierin völlig eindeutig. Die veröffentlichten und die noch unveröffentlichten Materialien sprechen dieselbe Sprache wie ein Brief, den er am 31. Oktober 1945 an den mit ihm befreundeten Oberbürgermeister von Duisburg, Heinrich Weitz, schrieb: „Rußland hat in Händen: die östliche Hälfte Deutschlands, Polen, den Balkan, anscheinend Ungarn, einen Teil Österreichs. Rußland entzieht sich immer mehr der Zusammenarbeit mit den anderen Großmächten und schaltet in den von ihm beherrschten Gebieten völlig nach eigenem Gutdünken. In den von ihm beherrschten Ländern herrschen schon jetzt ganz andere wirtschaftliche und politische Grundsätze als in dem übrigen Teil Europas. Damit ist die Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet, und Westeuropa eine Tatsache ... Der nicht von Rußland besetzte Teil Deutschlands ist ein integrierender Teil Westeuropas. Wenn er krank bleibt, wird das von schwersten Folgen für ganz Westeuropa, auch für England und Frankreich, sein. Es liegt im eigensten Interesse nicht nur des nicht von Rußland besetzten Teils Deutschlands, sondern auch von England und Frankreich, Westeuropa unter ihrer Führung zu-

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sammenzuschließen, den nicht russisch besetzten Teil Deutschlands politisch und wirtschaftlich zu beruhigen und wieder gesund zu machen."[5]

Bekanntlich eilte diese Lagebeurteilung der Entwicklung weit voraus. Gewiß, es gab damals auch im Westen schon zahlreiche Politiker und Diplomaten, die die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen ähnlich skeptisch beurteilten. Churchills „Iron curtain-Telegramm" an Truman vom 12. Mai 1945, das allerdings erst Jahre später bekannt wurde, läßt dieselbe Blickweise erkennen. Wilhelm Röpke hatte während desselben Jahres in der Schweiz vergleichbare Ideen publiziert. Seine Bücher waren Adenauer aber damals allem Anschein nach nicht bekannt[6].

Es wird noch darauf einzugehen sein, daß die programmatischen Erklärungen Adenauers zu den „Vereinigten Staaten von Europa" vom März 1946 die Europaidee nicht mit dem Ost-West-Konflikt verbinden, sondern mit der Lösung der deutschen Frage, die damals von allen Nachbarstaaten primär als Sicherheitsproblem definiert wurde. Immerhin ist es aber doch symptomatisch, daß die ersten uns bekannten Äußerungen aus dem Herbst 1945 den Gedanken des europäischen Zusammenschlusses unter Einbeziehung Westdeutschlands mit der sowjetischen Gefahr begründet haben. Natürlich konnten diese Zusammenhänge vorerst nur nichtöffentlich angesprochen werden.

Schicksalhafte Zweiteilung des Kontinents also, vorläufige Gleichsetzung Europas mit den westeuropäischen Demokratien; die Sowjetunion als säkulare Bedrohung europäischer Freiheit; Notwendigkeit der europäischen Einigung, um die christlich-abendländische Kultur zu retten – das waren einige der hinlänglich bekannten Konstanten von Adenauers Perzeption der Lage, von der er sich beim Weg in die Nachkriegswelt leiten ließ. „Sie wissen ja doch", schrieb er am 30. Mai 1947 an den mit ihm befreundeten, damals in der Schweiz lebenden Industriellen Paul Silverberg, „daß letzten Endes nur zwei große Fronten in Europa und in der Welt noch vorhanden sind: die christlich-abendländische Front, deren stärkste Stütze hier in Deutschland die CDU und die CSU ist, und die asiatische Front."[7]

Der ungeheure „Koloß Sowjetrußland"[8] – totalitär, atheistisch, asiatisch – und dagegen das abendländische Europa als fester „Damm": solche Topoi be-

---

[5] Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, S. 39 f.

[6] Zu Röpkes außenpolitischer Publizistik jener Jahre vgl. die Darstellung des Verf., Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 393–401. Adenauer hat ein Exemplar von Röpkes „Die deutsche Frage" im Juni 1947 vom amerikanischen Generalkonsul in Bremen, Maurice W. Altaffer, zur Lektüre erhalten und bemerkte, er stimme den Ausführungen Röpkes „in weitestem Maße, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, durchaus zu". Bedauerlich sei, daß das Buch in Deutschland nicht in großer Auflage verbreitet werden könne (Adenauer an Altaffer, 10. 8. 1947; StBKAH, 07.01).

[7] StBKAH, 07.03.

[8] Erinnerungen 1953–1955, S. 20.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegnen häufig[9]. Konkret mochte der Zusammenschluß Europas freilich recht Verschiedenes bedeuten: konzertierte Diplomatie, gebündelter Einsatz der westeuropäischen Wirtschaftskraft, integrierte Verteidigung, Errichtung einer politischen Einheit. Nicht auf die Form kam es an, sondern auf politische Geschlossenheit und überlegenen Einsatz der Machtmittel.

Schon im Frühjahr 1952 tauchen allerdings bei ihm Äußerungen auf, die auf längere Sicht ein Abklingen des Ost-West-Gegensatzes, Erlahmen des sowjetischen Expansionswillens und Entspannung als möglich bezeichnen[10]. Jedoch mußte er nach dem Rücktritt als Bundeskanzler einigermaßen resigniert feststellen, daß die Zeit für einen echten Entspannungsdialog während seiner ganzen Amtszeit als Kanzler nie reif gewesen sei. Immerhin erkannte er während der fünfziger und sechziger Jahre genau, daß es Perioden stärkeren und schwächeren sowjetischen Expansionsdrangs gab. Aber noch im November 1964 warnte er de Gaulle, der damals eben auf Ostkurs abschwenkte: „Letzten Endes sei Sowjetrußland genauso wie das Zarenreich das aggressivste Land der Welt."[11]

Aber nur in kurzen Perioden – etwa während der Berliner Blockade und im Winter 1950 – hielt er eine militärische Aggression für eine kurzfristige Möglichkeit. Die Gefahren sah er stärker in anderen Bereichen: indirekte Destabilisierung Westeuropas durch die 5. Kolonne der Sowjets in Frankreich und Italien, politischer Druck aufgrund militärischer Überlegenheit der Sowjetunion (dafür schien ihm besonders Großbritannien während der Berlin-Krise empfänglich), vor allem aber: diplomatisches Zusammenspiel Moskaus mit antideutschen Kräften in Paris.

ad 2.: Die Idee des europäischen Zusammenschlusses zum Zweck der Abwehr sowjetischer Einflußnahme verband sich hier mit einem weiteren Grundgedanken: europäische Integration zur Lösung des sonst unlösbar erscheinenden Problems einer Neugestaltung der deutsch-französischen Beziehungen. Dabei war der französische Sicherheitskomplex, mit dem man es zu tun hatte, allerdings nur Teil einer Grundstimmung, die mehr oder weniger ausgeprägt in der gesamten europäischen Staatengesellschaft verbreitet war.

Das bisherige internationale Schrifttum zur Integrationspolitik in den frühen fünfziger Jahren berücksichtigt im großen und ganzen zu wenig, in was für einem ausschlaggebenden Ausmaß diese darauf abzielte, mit den anders kaum zu bewältigenden Problemen einer partnerschaftlichen, aber zugleich voll

[9] Zahlreiche Belegstellen bei Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 464 bis 466; Anneliese Poppinga, Konrad Adenauer, S. 88–98; Werner Weidenfeld, Konrad Adenauer und Europa, S. 142–180.

[10] Zu diesen bisher wenig beachteten Einzelheiten des Adenauerschen Entspannungskonzepts vgl. den Aufsatz des Verfassers in dem Band „Entspannung und Wiedervereinigung. Adenauers deutschlandpolitische Vorstellungen 1955–1958" (= Rhöndorfer Gespräche 2), hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart und Zürich 1979.

[11] In einem Gespräch am 10. 11. 1964; StBKAH, 106.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kontrollierten Einbeziehung Deutschlands in die westliche Staatengemeinschaft fertig zu werden. Hingegen hat die Adenauer-Forschung schon mit hinlänglicher Deutlichkeit herausgearbeitet, daß dieser Gesichtspunkt für den Kanzler von zentraler Bedeutung war.

Die schwer miteinander vereinbaren Erwartungen brauchen hier nur in Stichworten notiert zu werden: Sicherheitsverlangen der westeuropäischen Nachbarstaaten, insbesondere Frankreichs; Streben nach langfristiger Kontrolle über die westdeutsche Wirtschaft, insbesondere über die Montan-Industrie; Forderung nach einem deutschen Wehrbeitrag bei gleichzeitiger risikofreier Kontrolle über die neu zu errichtenden Streitkräfte. Zu diesen allgemein westlichen Forderungen trat bei Frankreich noch der Wunsch nach dauernder Abtrennung des Saargebiets, der während der ersten Hälfte der fünfziger Jahre zusätzliche und erhebliche Komplikationen schuf. Demgegenüber wünschten die Westdeutschen, möglichst rasch Souveränität und Gleichberechtigung innerhalb der westlichen Zusammenschlüsse zu erreichen sowie die deutsche Wirtschaft so schnell wie möglich erneut zu einer großen Exportmaschine auszubauen, und das alles, ohne dabei die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 zu verunmöglichen.

Kontrollforderungen der einen Seite, Gleichberechtigungswünsche der anderen Seite, kontroverse nationale Interessen von erheblicher Brisanz: rein theoretisch konnte die Antwort auf viele der sonst nicht lösbaren Interessengegensätze zwischen den westeuropäischen Nachbarn und der Bundesrepublik nur in europäischen Formeln gefunden werden. Also: statt einseitiger Kontrolle gegenseitige, partnerschaftliche Fesselung durch die verschiedensten Arten von Europäisierung. Dies schien auch deshalb verlockend, weil sich die spezifisch deutschen Probleme in einem internationalen Umfeld stellten, das durch die hoffnungsvoll stimmenden Initiativen und Erwartungen der Europabewegung gekennzeichnet war.

Die europäische Formel zur Bewältigung der deutschen Frage findet sich schon im August 1947 in der politischen Resolution von Montreux der UEF skizziert. Dort war empfohlen worden: „Durchführung von Maßnahmen in Deutschland, welche die Verwertung seines Industriepotentials und seiner Bodenschätze zum Nutzen der europäischen Gemeinschaft ermöglichen, an der die Deutschen beteiligt sind. Die Saar, die Ruhr sollen Anreize zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit sein, die im Interesse aller Europäer unternommen wird und sich nach und nach auf die Gesamtheit der Bodenschätze und der Produktionsmittel Europas ausdehnt. Aber in diesem Falle, wie in allen anderen, die sich ergeben können, müssen die Föderalisten erklären, daß es darum geht, die absolute Souveränität der Staaten zu beschränken. Ein Teil dieser Souveränität muß einer Bundesbehörde übertragen werden ..."[12]

[12] Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, Bd. I, Bonn 1962, S. 117 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch die Vereinigten Staaten erkannten bald, welche Vorteile es haben würde, die Last der Kontrolle Deutschlands zu einer europäischen Tugend zu machen. In dem wichtigen Bericht des Select Committee unter Christian Herter von Mitte 1948, der bei den Beratungen des Marshall-Plans im Kongreß eine entscheidende Rolle spielte, waren die Grundgedanken einer europäischen Lösung der deutschen Frage deutlich skizziert: „It is the belief of the Select Committee that the solution to the problem of preventing the resurgence of aggressive German nationalism is to be found within the pattern of European federation, of which democratic Germany will be an integral but not a dominating part."[13] Gerade wenn man mit Rücksicht auf die Erfahrungen der Vergangenheit und auch mit Blick auf den sowjetischen Appell an den deutschen Nationalismus den Westdeutschen keine völlige politische Autonomie genehmigen wollte, mußte die unerläßliche Vergrößerung ihres innen- und außenpolitischen Bewegungsspielraums Hand in Hand gehen mit einer unauflöslichen Integration in die westeuropäische Staatengesellschaft.

Adenauer ließ sich von Anfang an von solchen Überlegungen leiten. Die Programmreden vom März 1946 arbeiten diese Grundgedanken schon deutlich heraus und gipfeln in dem Wunsch: „Ich hoffe, daß in nicht zu ferner Zukunft die Vereinigten Staaten von Europa, zu denen Deutschland gehören würde, geschaffen werden . . ."[14] Erst sechs Monate später hielt Churchill seine historische Zürcher Europa-Rede, in der er zur Schaffung einer regionalen Struktur im Rahmen der UNO aufrief, „die vielleicht die Vereinigten Staaten von Europa heißen wird"[15].

Es wäre nicht schwer, aus den verschiedensten großen Reden, aber auch aus der Korrespondenz der Jahre 1946 bis 1948 Belege aneinanderzureihen, die zweifelsfrei klarstellen, daß der Kanzler auf einem – allerdings nur in vagen Umrissen formulierten – Konzept aufbaute, mit dem er bereits in die Nachkriegs-Landschaft hineingeschritten war. „Auf außenpolitischem Gebiet", konnte er somit in einem Privatbrief vom 27. Juli 1949 die Ziele seiner Europapolitik umschreiben, „liegt unsere Linie fest. Sie richtet sich in erster Linie darauf, ein enges Verhältnis zu den Nachbarstaaten der westlichen

[13] U.S. Select Committee on Foreign Aid, Final Report on Foreign Aid, H. Rep. 1845, 80 Cong. 2 sess. (1948). Zit. nach Max Beloff: The United States and the Unity of Europe, Washington, D.C., 1963, S. 30. Dean Acheson hat die diesem Ansatz zugrundeliegenden Überlegungen nachträglich wie folgt formuliert: „Western Europe and the United States could not contain the Soviet Union and suppress Germany and Japan at the same time. Our best hope was to make the former enemies willing and strong supporters of the free-world structure. Germany should be welcomed into Western Europe, not kept in limbo outside, as has been the case after the war of 1914–18, relegated to maneuvring between the Soviet Union and the allies. If the former was to be done, ‚Western Europe' must become more than a phrase . . ." (Dean Acheson, Present at the Creation. My Years in the State Department, London 1969, S. 358).

[14] Ansprache im Nordwestdeutschen Rundfunk am 6. 3. 1946, StBKAH, 02.02.

[15] Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, Band I, Bonn 1962, S. 115.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Welt, insbesondere auch zu den Vereinigten Staaten herzustellen. Es wird von uns mit aller Energie angestrebt werden, daß Deutschland so rasch wie möglich als gleichberechtigtes und gleichverpflichtetes Mitglied in die europäische Föderation aufgenommen wird."[16] Ein Kernsatz in der ersten Regierungserklärung vom 20. September 1949 lautete: „Es besteht für uns kein Zweifel, daß wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur *westeuropäischen Welt* gehören."

Immer wieder läßt sich auch ein Hintergedanke ausmachen, der eng mit dem Streben nach Gleichberechtigung und europäischer Rückkehr in die Staatengesellschaft verbunden war. Die Einbindung der Bundesrepublik in Westeuropa sollte zugleich eine Einigung der Siegermächte auf dem Rücken Deutschlands verhindern, die in den Jahren 1949 bis 1954 eine der großen Ängste des Bundeskanzlers bildete. Das Stichwort lautete Potsdam. „Bismarck", führte er in einem Interview mit Ernst Friedländer am 13. Juni 1953 aus, „hat von seinem Alptraum der Koalitionen gegen Deutschland gesprochen. Ich habe auch meinen Alptraum. Er heißt Potsdam. Die Gefahr einer gemeinsamen Politik der Großmächte zu Lasten Deutschlands besteht seit 1945 und hat auch nach Gründung der Bundesrepublik weiterbestanden. Die Außenpolitik der Bundesregierung war von jeher darauf gerichtet, aus dieser Gefahrenzone herauszukommen. Denn Deutschland darf nicht zwischen die Mühlsteine geraten. Dann ist es verloren."[17]

Es waren dies Ängste, die ihn auch nach der Ratifizierung des Deutschlandvertrags nie ganz losließen. Dabei ging es ihm vor allem um Frankreich. Bei Durchsicht der Adenauerschen Ansprachen und Papiere wird immer wieder deutlich, welche traumatische Erfahrung offenbar für diesen alten Mann die französisch-russische Entente vor dem Ersten Weltkrieg darstellte. Ständig kam er darauf zurück – natürlich besonders auch mit Blick auf den französisch-sowjetischen Vertrag vom Dezember 1944.

Er erwartete stets, daß die Sowjetunion deutsches Mißtrauen gegen Frankreich ebenso schüren und ausnutzen würde wie französisches Mißtrauen gegen Deutschland. Wir wissen, daß er dabei die Stimmung einflußreicher Gruppen in Paris zutreffend einschätzte. Die Tagebücher Vincent Auriols beispielsweise lassen erkennen, wie der französische Staatspräsident ständig von der Sorge umgetrieben wurde, eine wiedererstarkte und womöglich wiederbewaffnete Bundesrepublik könne sich auf die sowjetische Seite schlagen, um ihr vorrangiges nationales Interesse – die Wiedervereinigung – zu erreichen. Und Auriol war nicht der einzige in Frankreich, der so dachte. Umgekehrt wurde auch Adenauer nicht müde, sich unaufhörlich über ein französisch-russisches Rapprochement zur gemeinsamen Niederhaltung Deutschlands Sorgen zu machen.

[16] Brief an Frau Wessels vom 27. 7. 1949; StBKAH, 143.
[17] Bulletin des BPA, 13. 6. 1953, Nr. 109, S. 926.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Befürchtung erklärt viel von seiner ziemlich waghalsigen Vorleistungspolitik in den Anfängen der Bundesrepublik. Sie läßt verstehen, weshalb er in den Jahren 1951 und 1952 eine Viermächte-Konferenz über Deutschland zu verhindern suchte. Sie erklärt teilweise sein Mißtrauen gegen Mendès-France, aber ebenso die Entschlossenheit, seit 1958 mehr und mehr auf de Gaulle zu setzen, dessen Rußlandpolitik – wie er genau wußte – nicht voll über den Weg zu trauen war.

Noch im Winter und Frühjahr 1963 rechtfertigte er sich gegenüber den verschiedensten Amerikanern, die ihn wegen des Abschlusses des Deutsch-Französischen Vertrags attackierten, immer wieder mit historischen Argumenten: Der Grund dafür sei, daß jahrzehntelang das Deutsche Reich mit dem zaristischen Rußland einen Vertrag gegen Frankreich gehabt habe. Als Bismarck gegangen sei, habe ein Jahr später die französische Flotte in Kronstadt einen Besuch abgestattet, und dann sei das französisch-russische Bündnis gegen Deutschland abgeschlossen worden. Deutschland und Frankreich müßten so eng zusammenwachsen, daß niemals in Zukunft eine russische Regierung mit Deutschland gegen Frankreich oder mit Frankreich gegen Deutschland zusammengehen könne. Damit werde ein Schutzwall gegen die Sowjetunion geschaffen, denn der Kalte Krieg werde noch lange anhalten[18].

Man sagt also nicht zuviel mit der Feststellung, daß Adenauers Europapolitik zu einem Gutteil darauf abzielte, für eine Harmonisierung der französischen und deutschen Außenpolitik gegenüber Rußland den Rahmen abzugeben. Gewiß war er nie ausschließlich auf Frankreich fixiert. Und gerade in den schwierigen Anfängen, als es um die Montan-Union, die Saarfrage, die EVG ging, wußte er, wie wichtig es war, Paris nicht allein gegenüberzustehen, sondern die vertrackten bilateralen Streitfragen im Konzert der Sechs anzugehen. Er hätte auch Großbritannien gerne dabei gehabt und hat Morrison, Churchill, Eden verschiedentlich beschworen, sich doch dem organisierten Zusammenschluß nicht zu versagen. Daß er von Anfang an (und womöglich aus vordergründiger persönlicher Kränkung wegen seiner Absetzung als Kölner Oberbürgermeister durch die Briten) einen westeuropäischen „Karls-Bund" ohne England angestrebt habe, ist ein Märchen[19]. Aber im Lauf der Jahre kam er zum Schluß, daß man beim Aufbau Europas auf Großbritannien am besten nicht rechnete – die Briten verstanden sich eben nicht als Europäer, sondern als Engländer.

Er übersah allerdings nicht, wie gelegentlich auch von London Impulse

[18] Ähnliche Äußerungen aus den letzten Lebensjahren Adenauers erwähnt Anneliese Poppinga (Meine Erinnerungen an Konrad Adenauer, Stuttgart 1970, S. 169–174).

[19] Es gibt viele Zeugnisse aus den vierziger und den frühen fünfziger Jahren, die erkennen lassen, daß Adenauer eine Teilnahme Großbritanniens am europäischen Zusammenschluß für sehr wünschenswert gehalten hätte. Den Auszügen aus den Gesprächen mit Außenminister Morrison und Premierminister Churchill, die in den Erinnerungen 1945–1953 nachzulesen sind (S. 498 ff., 502), könnte eine Reihe anderer Belege zur Seite gestellt werden.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ausgingen, die seinen Interessen an einer antisowjetischen Einheitsfront der westlichen Großmächte zuwiderliefen – Churchills Drängen auf eine Gipfelkonferenz nach Stalins Tod gehörte ebenso dazu wie Macmillans Bemühungen um einen Kompromiß während der Berlin-Krise zwischen 1959 und 1962. Aber die Sorge vor einem französisch-russischen Rapprochement war doch dauerhafter und wog ungleich schwerer. Sie verband sich mit einer weiteren Grundkonstante Adenauerscher Europapolitik: mit den Unsicherheiten in bezug auf die Entwicklungstendenzen der amerikanischen Politik.

ad 3: Bis ins Jahr 1946 hinein war wohl auch Adenauer im unklaren darüber, welche Rolle die USA in Deutschland spielen würden. Doch seit September 1946 glaubte er zu erkennen, daß Amerika in den Westzonen die Führung übernahm[20], und im Winter 1947/48 waren ihm die künftigen Machtverhältnisse auf dem europäischen Kontinent voll geläufig. „Eine Rettung Europas", lesen wir in einem Brief vom 26. Januar 1948, „ist ja überhaupt nur durch USA möglich!"[21]

Diese Erkenntnis gehörte künftig zu den Axiomen seiner Außenpolitik. Seither machte er es sich für über zehn Jahre zum Grundsatz, im Zweifelsfall immer der amerikanischen Führung zu folgen. Erst nach dem Tod von John Foster Dulles in den Anfängen der Berlin-Krise, der mit dem Beginn der intensiven Beziehung zu de Gaulle zeitlich fast zusammenfiel, begann er ebenso stark auf Paris wie auf Washington zu hören.

Systematische Überlegungen zum Zusammenhang zwischen Amerikapolitik und Europapolitik finden sich in den ersten Jahren der Kanzlerschaft nicht viele. Er hielt einen Parallelismus von europäischer Einigung und amerikanischer Führung in Westeuropa für sinnvoll, aber auch für möglich. Wenn er dennoch seit Ende der vierziger Jahre gerade mit Blick auf die Vereinigten Staaten eine engere Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten als dringlich ansah, so geschah dies in Erinnerung an den amerikanischen Isolationismus der Zwischenkriegszeit, aber auch in Kenntnis entsprechender Strömungen in der zeitgenössischen amerikanischen Politik, die erst in der „Great Debate" vom Winter und Frühjahr 1951 und mit der Aufstellung Eisenhowers als Präsidentschaftskandidat vorläufig überwunden zu sein schienen. Doch blieb er weiter mißtrauisch und sah besonders in einer Hinwendung der USA zu asiatischen Krisenzonen gelegentlich Gefahren einer Vernachlässigung Europas.

Ähnlich besorgt verfolgte Adenauer die unter Eisenhower entwickelten Pläne für eine vorrangig auf die strategische Luftwaffe und die Marine ge-

---

[20] Dies geht aus einer Ansprache vor dem Zonenausschuß der CDU in der Britischen Zone am 29. 9. 1946 hervor. Siehe Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, Hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1975, S. 189.

[21] An Simon J. Vogel, StBKAH, 07.06.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stützte Abschreckungsstrategie auf Kosten der Landstreitkräfte, wie sie von Admiral Radford vertreten wurden[22].

Der Kanzler hielt es aber auch nicht für ausgeschlossen, daß sich die USA aufgrund ihrer übergeordneten globalen Interessen mit der Sowjetunion auf Kosten der europäischen Verbündeten arrangieren könnten. Mißtrauisch, wie er nun einmal zu sein gelernt hatte, sah er bei den verschiedensten Gelegenheiten die beunruhigende Möglichkeit eines amerikanisch-sowjetischen Zusammengehens am Horizont aufsteigen: im Frühjahr 1955, als Eisenhower auf einer Pressekonferenz mit dem Gedanken einer Neutralitätszone in Europa spielte; in der Suez-Krise vom Herbst 1956; während der Londoner Abrüstungsverhandlungen 1956/57, doch auch in späteren Phasen der Diskussion über globale oder regionale Rüstungskontrolle; verschiedentlich im Verlauf der Berlin-Krise zwischen 1959 und 1963; beim Abschluß des Teststopp-Abkommens 1963 und bei den Verhandlungen über den NV-Vertrag, die ihn noch auf dem Sterbebett auf tiefste beunruhigten. Amerika war eben eine zur Sprunghaftigkeit neigende Weltmacht, deren Interessen nicht von vornherein mit denen der Europäer zur Deckung kommen konnten. Häufig erwähnte er einen Ausspruch von John Foster Dulles: „Wir treiben hier in Europa keine deutsche Politik, wir treiben in Europa keine französische Politik, wir treiben in Europa amerikanische Politik!"[23]

Für alle diese Eventualfälle der Abwendung von Europa oder der Untreue war es unerläßlich, eine Rückfallposition vorzubereiten, und zwar schon bevor der Ernstfall eintrat. Diese Rückfallposition war der europäische Zusammenschluß.

Bisweilen – und zwar besonders Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre – entwickelte er Vorstellungen von Europa als „dritte Macht". Im Protokoll einer internen Ansprache vor dem Zonenausschuß finden sich die folgenden Überlegungen: „Eine europäische Föderation, zunächst auf Westeuropa beschränkt, würde . . . wirtschaftlich von allergrößter Bedeutung sein, weil ja dazu kommen würde das französische und das belgische Kolonialgebiet und demnächst (sic!) auch das niederländische Kolonialgebiet; die Dominien Englands wohl kaum, man weiß es nicht. Wenn man sich dieses Zukunftsbild einer europäischen Föderation vor Augen hält, bestehend aus England, Frankreich, Italien und den Beneluxstaaten und Westdeutschland, mit den kolonialen Hilfsquellen Afrikas, Indonesiens, Niederländisch-Indiens usw., dann wird man zugeben, daß hier die Möglichkeit gegeben ist, daß eine dritte Macht auf der Erde entsteht, die zwar den ganz großen Mächten wie den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Sowjetrußland nicht gleichwertig ist, aber doch immerhin so stark und groß ist, daß jeder von den beiden, wenn

[22] Vgl. Erinnerungen 1955–1959, S. 197–211.

[23] Vgl. Erinnerungen 1945–1953, S. 245.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sie in einen Kampf miteinander geraten sollten, daran denken müßte, wie wird sich diese dritte Macht verhalten. Daher würde eine solche Macht auch die Möglichkeit haben, Spannungen auszugleichen und zu vermitteln zwischen diesen zwei ganz großen Mächten, die sich zurzeit als die alleinigen Machtfaktoren mit allen Gefahren, die darin liegen, betrachten."[24] Im Gefühl der Hochstimmung am 9. Mai 1950, als eben die Nachricht vom Schuman-Plan in Bonn eingetroffen war, äußerte er dies – wieder unter Bezugnahme auf die Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion – in aller Öffentlichkeit: „Nun muß es unser Ziel sein, in dem Vereinten Europa eine dritte Kraft zu schaffen, eine Kraft, die bei weitem nicht so groß ist, wie diese beiden großen Mächte, auch niemals so groß sein kann, die aber doch immerhin so stark ist, daß sie, wenn latente Beziehungen sich in akute Spannungen zu entwickeln drohen, ihr Gewicht für die Erhaltung des Friedens in die Waagschale legen kann."[25]

Es fällt auch nicht schwer zu erkennen, daß der Kanzler immer dann besondere Anstrengungen in Richtung auf die europäische Einigung unternahm, wenn ihm konkrete Zweifel an der amerikanischen Zuverlässigkeit kamen: in den Jahren 1956/57, 1959/61 und in seinem letzten Jahr.

In den Grundzügen ist also auch hier das Bild recht klar: der Kanzler hatte durchaus eine Gesamtvorstellung von den Gefährdungen und Möglichkeiten deutscher Außenpolitik. Er sah diese im Zusammenhang sowohl der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen wie auch des amerikanisch-französischen Verhältnisses, und er stimmte seine jeweiligen europapolitischen Züge darauf ab.

Wie wenig eine Reihe konkreter Positionen auf dem Feld des europäischen Zusammenschlusses von einer abstrakt europäischen Orientierung diktiert, wie stark vielmehr Rücksichtnahmen auf die USA bestimmend waren, zeigte sich besonders im Hinblick auf die Grundanlage westdeutscher Sicherheitspolitik. Häufig wird der starke Einsatz Adenauers für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft als Indiz für das Vorherrschen eines prinzipiell europäischen Ansatzes gewertet. Aber wie sah die Wirklichkeit aus?

Es ist richtig, daß Adenauer schon frühzeitig an das Problem mit der Überzeugung herangegangen ist, daß allein eine europäische Form des deutschen Wehrbeitrages eventuell in Frage kommen würde. Das Thema hatte die Deutschen intern ja bereits während der Beratungen über das Grundgesetz im Winter und Frühjahr 1949 beschäftigt. In diesem Zusammenhang riet der damalige Präsident des Parlamentarischen Rates Anfang Januar 1949 in einer Ansprache vor den CDU-Spitzen in Königswinter dringend, sich von allen Sicherheitsgesprächen absolut fernzuhalten, fügte aber dann hinzu:

[24] Siehe Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, S. 499.

[25] Konrad Adenauer, Reden 1917–1967. Ein Auswahl. Hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 177.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenn einmal deutsche Verbände aufgestellt werden sollten, dürfte dies nicht eine deutsche Truppe sein, sondern „eine europäische Truppe, in der Deutsche sind". Das sei nicht nur wegen der wohlbekannten militärischen Instinkte der Deutschen geboten, sondern auch aus einem anderen Grunde: „Eine europäische Truppe würde gleichzeitig bedeuten den Anfang eines wirklichen Europas, einer europäischen Macht."[26]

Als es aber dann im Sommer 1950 damit ernst wurde, wollte er von einer Europa-Armee nicht viel wissen. Statt dessen verfolgte er einerseits das Konzept einer starken Bundespolizei, andererseits eine NATO-Lösung, der damals auch das Pentagon und die amerikanische Hochkommission zuneigten. Erst Mitte 1951 wandte er sich unter starkem amerikanischem Druck dem EVG-Konzept zu, an dem er dann allerdings bis zum bitteren Ende festhielt[27]. Die Gründe für sein ursprüngliches Zögern gegenüber dem Pleven-Plan waren allesamt wohlüberlegt. Er wußte, daß dieser von starken Kräften in Paris als bloßes Verzögerungsmanöver ins Spiel gebracht worden war. Er sah, daß die EVG eine in vieler Hinsicht unpraktische Lösung sein würde. Er war sich der diskriminierenden Elemente dieses Ansatzes wohl bewußt. Und er fürchtete auch, die Idee der europäischen Integration, nicht zuletzt die von ihm mit so viel Hoffnungen begrüßte Montan-Union, könnten Schaden leiden, wenn sie zu früh mit der hochexplosiven Sicherheitsfrage belastet würden. Schließlich hat er die EVG dann wider bessere eigene Einsicht aufgegriffen, war aber in der Folge natürlich gezwungen, sich mit dem Konzept voll zu identifizieren, wenn er es innen- und außenpolitisch durchsetzen wollte. Ob er nach einiger Zeit selbst daran geglaubt hat, daß dieser Ansatz in der vorgesehenen Art und Weise funktionieren und die Sache der Einigung Europas verläßlich voranbringen könnte, bliebe noch genauer zu untersuchen. Die öffentlichen Stellungnahmen allein sind hierfür kein ausreichender Beleg.

Tatsache ist jedenfalls, daß er auch in dieser ersten großen Phase seiner Europapolitik immer dann, wenn es um die militärische Sicherheit ging, letzten Endes der amerikanischen Führung folgte. Er wußte genau, wo die stärkeren Bataillone standen.

Nicht nur für die Sicherheitspolitik gilt übrigens, daß sich Adenauer bis weit in die zweite Hälfte der fünfziger Jahre hinein stark auf die USA hin orientierte. Die französischen Regierungen waren kurzlebig und meist schwach. Großbritannien hielt sich aus den europäischen Zusammenschlüssen heraus und folgte im großen und ganzen gleichfalls der US-Linie. Eine allzu starke Annäherung Bonns an Rom verbot sich schon, um keine Erinnerungen an die jüngste Vergangenheit zu wecken, und konnte im übrigen auch nicht allzuviel bringen.

---

[26] Ansprachen in Königswinter am 8./9. 1. 1949; StBKAH, 11.08.

[27] Im einzelnen zeigt dies Gerhard Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955, München 1967, passim.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In den letzten beiden Jahren der IV. Republik intensivierten sich indessen sowohl die deutsch-französischen Sicherheitsbeziehungen wie auch die entsprechenden Verbindungen zu Italien[28]. Neben einer ganzen Reihe anderer Gründe, bei denen auf französischer Seite die Vorbereitungen für eine nationale Kernwaffenproduktion eine wichtige Rolle spielten, war in diesem Fall der Suez-Schock ein entscheidender Impuls für die vorsichtige Intensivierung einer langfristigen westeuropäischen Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet. Doch hütete sich Adenauer auch jetzt, an der Verläßlichkeit seiner NATO-Politik irgendwelche Zweifel aufkommen zu lassen. Und das setzte sich fort, als mit der Machtübernahme de Gaulles die Militärpolitik zu einem Zentralthema sowohl der Allianz insgesamt wie auch der deutsch-amerikanischen und der deutsch-französischen Beziehungen wurde.

Bis Ende der fünfziger Jahre sah Adenauer trotz allen Mißtrauens bezüglich der langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten der amerikanischen Europapolitik keinen Anlaß zum Zweifel, daß die Idee eines Zusammenschlusses der westeuropäischen Demokratien prinzipiell in das weitere Konzept der Einheit der freien Welt einbezogen werden könnte. Diese Rahmenbedingungen seines europapolitischen Ansatzes veränderten sich aber Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre, als im westlichen System zwei divergierende Konzepte aufeinanderprallten: das der demokratischen Administrationen in Washington, artikuliert vor allem von Kennedy, doch auch von seinem Nachfolger, und das General de Gaulles.

Während des gesamten Zeitraums von 1950–1958 hatte es die chronische Schwäche der französischen Regierungen der IV. Republik nahegelegt, primär der amerikanischen Führung zu folgen – zumal diese allen europäischen Ansätzen gegenüber Wohlwollen bekundete, ja sogar mit einer gewissen Naivität der Auffassung war, eine Jahrhunderte dauernde nationalstaatliche Entwicklung Europas könne im Verlauf weniger Jahre überwunden werden. De Gaulle aber gab Frankreich eine neue Verfassung und eine politische Führung, die zwar aufgrund des Algerienkrieges einige Jahre lang auf schwankendem Boden stand, im ganzen aber doch die Fähigkeit und den Willen zu langfristiger außenpolitischer Gestaltung erkennen ließ. Und das Ziel dieses Willens war ganz klar: Ablösung der amerikanischen Hegemonie zugunsten einer entschiedenen Verstärkung des westeuropäischen Staatenverbunds unter französischer Führung, wobei aber die Bundesrepublik vom General als Juniorpartner Frankreichs ausersehen war. Also im Grunde das Konzept einer Achse Paris–Bonn bei einem vorläufigen Ausschluß Großbritanniens aus dieser westeuropäischen Kombination. Dagegen stand die Absicht der Kennedy-Administration, ihr atlantisch-europäisches Hegemonialsystem zu ver-

[28] Die streng vertraulichen Gespräche haben in den Erinnerungen 1955–1959 einige Spurenelemente hinterlassen (vgl. S. 323–332).

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stärken, die französischen Initiativen zu blockieren und die Bundesrepublik weiterhin als kontinentaleuropäischen Festlanddegen der USA einzusetzen.

Hier fanden in der Tat tiefgreifende Veränderungen des westlichen Systems statt, die die Gesamtanlage sowohl der Adenauerschen Westpolitik wie der Europapolitik in Frage stellten. Der Kanzler behalf sich so gut er konnte, indem er einen Ausgleich zwischen den divergierenden Interessen erstrebte. Wer sich in die Einzelheiten seines Dialogs mit de Gaulle auf der einen Seite, mit der Kennedy-Administration auf der anderen vertieft, kann keinen klaren Kurs erkennen, der etwa die Aussage zuließe, er habe sich mit einer gewissen Einseitigkeit für Frankreich und gegen die USA ausgesprochen. Der Kanzler wußte genau, daß es zum amerikanischen Schutz keine kurzfristige Alternative gab, ganz besonders nicht im Schatten eines drohenden Krieges wegen Berlin. Im Jahr 1960 kam es im Zusammenhang mit den Bemühungen um die Politische Union zu einigen heftigen deutsch-französischen Zusammenstößen, bei denen Adenauer klarstellte, daß sich die Politische Union nicht mit militärischen Fragen befassen sollte – wenigstens nicht in ihren Anfängen. Wieweit er sich andererseits dann doch gleichzeitig auch auf die Linie de Gaulles einließ, kann hier nicht im einzelnen erörtert werden, zumal sich dabei immer deutlicher ein isoliertes deutsch-französisches Zusammengehen herausformte, während die Pläne für eine Politische Union am Widerstand der Niederländer, Belgier und Italiener scheiterten.

Adenauer sah in jenen Jahren verstärkt die Notwendigkeit, innerhalb des westlichen Bündnisses ein starkes europäisches Gegengewicht gegen die amerikanische Führungsmacht zu bilden, die besonders auf dem Feld der Deutschlandpolitik, seit Frühjahr 1963 auch in den damals anstehenden Rüstungskontrollfragen, den Interessen der Bundesrepublik einen eher nachgeordneten Stellenwert einräumte. Er hat vor allem auch aus diesem Grund die de Gaullesche Idee einer Politischen Union unterstützt. Aber die Gegebenheiten des internationalen Systems waren eben so ungünstig, daß ein klares europäisches Alternativkonzept zur amerikanischen Sicherheits-Hegemonie nicht ins Auge gefaßt werden konnte, von der möglichen Konkretisierung einer solchen Idee ganz zu schweigen.

Während die USA jedem Aufbau einer autonomen westeuropäischen Militärmacht erbitterten Widerstand entgegensetzten, war Washington aber auf höchster Ebene noch davon überzeugt, daß der Aufbau der EWG mit den amerikanischen Interessen kompatibel sei. Hier ergaben sich somit in der Aufbauphase der EWG keine gravierenden Divergenzen zwischen dem atlantischen und dem westeuropäischen Bezugskreis Adenauerscher Außenpolitik.

Spätestens seit 1959 war jedenfalls deutlich, daß die Interessenabwägung in bezug auf den europäischen Zusammenschluß nicht nur, wie es in der ersten Hälfte der Dekade den Anschein hatte, die Rückwirkungen der Inte-

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gration auf die Wiedervereinigungsfrage berücksichtigen mußte. In dem Maße, wie diese an Gewicht verlor, traten die Rückwirkungen auf die Beziehungen zu den USA in den Vordergrund.

Ähnlich wie in bezug auf die Form und die Teilnehmer der europäischen Zusammenarbeit sah sich der Kanzler also auch hier gezwungen, statt klarer Konzepte einen pragmatischen Kurs zu steuern, der den komplexen Gegebenheiten Rechnung trug. In diesem Punkte hielt er es mit Bismarck: „Die Einflüsse und Abhängigkeiten, die das praktische Leben der Menschen mit sich bringt, sind gottgegebene Realitäten, die man nicht ignorieren kann und soll."[29]

Diese These von der Systembezogenheit des Denkansatzes Adenauerscher Europapolitik läßt sich also beim Blick auf die hier skizzierten Lagebeurteilungen und die daraus abgeleiteten Schlußfolgerungen deutlich belegen. Je mehr internationale Erfahrung der Kanzler gewann, um so klarer wurden ihm Kompliziertheit und Dynamik des europäischen Staatensystems in der Nachkriegszeit.

Allerdings antwortete er auf die neue Lage, wie sie sich seit Herbst 1945 abzuzeichnen schien, mit eigenen Vorstellungen. Es ist oft genug beschrieben und auch von ihm selbst betont worden, daß er dabei versucht hat, bestimmte Ideen, von deren Richtigkeit er sich bereits im ersten Jahrfünft der zwanziger Jahre überzeugt hatte, auf die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg anzuwenden. Die Auffassung, daß „das hohe Werk dauernder Völkerversöhnung und Völkergemeinschaft zum Heile Europas", zu dem er bei der Eröffnungsfeier für die Kölner Universität am 12. Juni 1919 aufrief[30], in erster Linie auf einer deutsch-französischen Verständigung beruhen mußte, war ihm voll geläufig, wobei er nicht verkannte, daß Frankreich nach Lage der Dinge auf positive Sicherheitspfänder Anspruch erheben konnte. Karl Dietrich Erdmann hat in seiner Analyse der seinerzeitigen Vorstellungen des Kölner Oberbürgermeisters auch herausgearbeitet, welches Gewicht dabei innenpolitische Überlegungen hatten, die auf staatsrechtliche Loslösung der Rheinlande von Preußen mit dem Argument abzielten, dadurch könne die außenpolitische Haltung Deutschlands „in friedensfreundlichem Geiste beeinflußt werden". Auch die Idee einer „organischen Verflechtung" der westeuropäischen Volkswirtschaften, aus der sich gemeinsame Interessen wirtschaftlicher, doch auch politischer Art ergeben sollten, findet sich schon in Stellungnahmen aus dem Jahr 1923. Bald verwies er dabei auf den bereits bestehenden und im Krieg zerrissenen Verbund zwischen rheinisch-westfälischer, lothringischer und luxemburgischer Industrie, bald hob er mehr ab auf sektorale Verknüpfung von Wirtschaftszweigen, insbesondere in Deutschland und Frankreich, bei eventueller Hereinnahme entsprechender Industrien Belgiens und Luxemburgs.

[29] Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Bd. II, Kap. 10, Stuttgart 1931–1935, S. 287.
[30] Konrad Adenauer, Reden 1917–1967, S. 39.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ebensowenig fehlte dabei das kulturelle Argument des Verweises auf die Gemeinsamkeiten zwischen „deutscher Kultur" und der „Kultur der westlichen Demokratien".

Alle diese Überlegungen tauchen in den grundsätzlichen Stellungnahmen im Herbst 1945 und besonders in den Jahren 1946, 1947 und 1948 erneut und vielfach im selben Wortlaut wieder auf, wobei sich Adenauer jeweils ausdrücklich auf Positionen bezog, die er schon in den zwanziger Jahren eingenommen habe[31]. Festzuhalten ist dabei, daß er davon ausging, auch England müsse neben Frankreich die Führung in Westeuropa übernehmen und sein Wirtschaftspotential mit dem Frankreichs und Deutschlands verbinden[32].

Es ist nicht bekannt, ob er damals – im Herbst und Frühjahr 1946 – schon darüber unterrichtet war, daß in den europäischen Widerstandsbewegungen der Kriegszeit, deren Führer seit 1945 in den Kabinetten, Parlamenten und Redaktionen Westeuropas tätig waren, der Europagedanke gleichfalls eine erhebliche Rolle spielte[33]. Schriftliche Zeugnisse liegen uns keine vor. Ebensowenig wissen wir, wieweit er von vergleichbaren Vorstellungen im Kreis der deutschen Widerstandsbewegung wußte. Bekanntlich hat er sich von diesen Gruppierungen, über deren Existenz er informiert war, voller Skepsis ferngehalten[34].

So hat es durchaus den Anschein, daß er auf die neuen Gegebenheiten des internationalen Systems mit einer genuinen, nicht von außen an ihn herangetragenen Bereitschaft zur europäischen Zusammenarbeit geantwortet hat, die allerdings über Allgemeinheiten nicht hinausging.

Dort, wo die ersten Stellungnahmen in der Nachkriegszeit präziser wurden, zeichneten sie sich nicht durch besondere Wirklichkeitsnähe aus. Die UNO, so meinte er beispielsweise im April 1946 in Bonn, solle Europa Frieden und Ruhe bringen[35]. Und gleichfalls im Mai 1946 fragte er sogar auf einer Groß-

---

[31] So vor allem in der Grundsatzrede in der Kölner Universität am 24. 3. 1946; siehe Konrad Adenauer, Reden 1917–1967, S. 105. Inwiefern Adenauer seine diesbezüglichen Vorstellungen in der Zwischenkriegszeit zutreffend wiedergibt, hat Karl Dietrich Erdmann herausgearbeitet (Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966).

[32] Brief an Ulrich Noack vom 8. 4. 1946, StBKAH, 07.11. Allerdings kamen ihm schon früh Zweifel an der britischen Bereitschaft, sich beim Zusammenschluß Westeuropas zu engagieren. Am 12. 6. 1949 schrieb er an seinen in den USA lebenden Freund Dannie Heinemann: „Die Europäische Union, der Zusammenschluß Westeuropas, ist eine nicht sehr aussichtsreiche Angelegenheit, weil anscheinend England, wohl im Hinblick auf seine Dominien, einen wirklichen Zusammenschluß verhindert." Deshalb müßten die USA mit größter Energie auf das Zustandekommen einer Europäischen Union drängen, sonst sei Europa gegen Asien nicht zu halten (StBKAH, 07.07).

[33] Siehe Walter Lipgens, Europa-Föderationspläne der Widerstandbewegungen 1940–1945, München 1968.

[34] Das bestätigt Franz Thedieck: Gespräche und Begegnungen mit Konrad Adenauer, in: Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Stuttgart 1976, S. 330.

[35] Rede am 7. 4. 1946 in Bonn, StBKAH, 02.02.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kundgebung in Wuppertal: „Warum sollten diejenigen Republiken Rußlands, die auf europäischem Boden liegen, nicht auch Mitglied der Vereinigten Staaten von Europa werden? Warum sollte das nicht möglich sein?"[36]

Je mehr er sich jedoch über die tatsächlichen Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis, doch ebenso in Westeuropa informieren konnte, um so deutlicher sah er auch ein, daß deutsche Europapolitik für eine geraume Zeit reaktiv bleiben mußte. Es war lediglich möglich, Impulse, die aus dem internationalen System kamen, positiv aufzugreifen und möglicherweise im Sinn der deutschen Interessen umzugestalten. Mit den ziemlich unausgegorenen europapolitischen Vorstellungen, die er im Frühjahr 1950 in Interviewform in die Öffentlichkeit brachte[37], hatte er kein Glück. Sein spontanes Ja zum Schuman-Plan, über dessen genauere Konturen er, soweit wir wissen, ebensowenig informiert war wie viele Mitglieder des französischen Kabinetts, die am 9. Mai 1950 von Robert Schuman damit konfrontiert wurden, ist hingegen rein reaktiv gewesen – allerdings auf der Basis der grundsätzlich positiven Einstellung zu den Ansätzen „organischer Verflechtung".

Verschiedenes kam also in Adenauers Europapolitik zusammen. Von Anfang an gegeben war eine große, bis auf die zwanziger Jahre zurückgehende, persönliche Aufgeschlossenheit für moderne europäische Lösungen, auch die Entschlossenheit, stark, wenn auch erst einmal unspezifisch, in Richtung auf eine Neugestaltung der Beziehungen zwischen den westeuropäischen Demokratien zu drängen. Moralische und kulturelle Impulse waren durchaus von Gewicht; die entscheidenden Argumente aber ergaben sich aus der Analyse des internationalen Systems. Die Grundeinstellung war europäisch-aktivistisch, die Politik selbst aber in starkem Maß reaktiv und an den Möglichkeiten der jeweiligen Konstellation orientiert. Adenauer war kein europäischer Dogmatiker und Konstruktivist, sondern ein Empiriker, der allerdings in bemerkenswertem Maß für ganz neue Projekte der Zusammenarbeit aufgeschlossen war und nicht zögerte, dabei etwas zu riskieren.

Das gilt für fast alle großen Projekte des europäischen Zusammenschlusses: Schuman-Plan, Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Europäische Politische Gemeinschaft, Europäische Politische Union. Eine gewisse Ausnahme bildet die in ihrer Entstehung noch wenig erforschte EWG. Auch dabei kam der unmittelbare Anstoß von außen, als die Niederländer mit dem Beyen-Plan eine europäische Zoll-Union vorschlugen. Immerhin konnte sich aber die

---

[36] Rede am 5. 5. 1946 in Wuppertal; StBKAH, 19a.

[37] Interviews mit Kingsbury Smith am 7. und 21. 3. 1950. Dort bot er eine vollständige Union Frankreichs und Deutschlands als Grundstein für die Vereinigten Staaten von Europa an, wobei ein gemeinsames Wirtschaftsparlament den Anfang machen könne (Archiv der Gegenwart, 7. 3. 1950, 2291 D; 21. 3. 1950, 2307 E).

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutsche Seite hier rasch mit eigenen Planungen einschalten und die Entwicklung des Konzepts maßgebend beeinflussen[38].

Eines der bekanntesten Dokumente Adenauerscher Europapolitik, die im 3. Band der „Erinnerungen" abgedruckte Kabinettsrichtlinie vom 19. Januar 1956, faßt einige Grundgedanken, von denen er sich bei der Konkretisierung leiten ließ, in einprägsamer Weise zusammen: Es gelte (gedacht war an den Beschluß von Messina), eine Gemeinschaft herbeizuführen, „die . . . die gleiche Richtung des politischen Willens und Handelns sichert". Man solle die Integration mit allen in Betracht kommenden Methoden fördern (horizontale Integration, vertikale Integration). Nach Möglichkeit solle man gemeinsame Institutionen schaffen, um eine „feste Bindung" herbeizuführen. Die europäischen Organe müßten so beschaffen sein, daß die politische Weiterentwicklung gewährleistet sei[39].

Eine andere Grundsatzerklärung – die Ansprache vor den Grandes Conférences Catholiques in Brüssel am 25. September 1956 – nennt ähnliche Leitgedanken, dazu die Auffassung, man solle den Kreis der Teilnehmerstaaten an der „Europäischen Föderation" nicht begrenzen, und man solle sich bemühen, die vorliegenden, recht unterschiedlichen Zusammenschlüsse und Einzelregelungen institutionell zu verknüpfen[40].

Das alles entsprang ganz ersichtlich keiner klaren Integrationstheorie, wohl aber einem dynamischen Pragmatismus, der weniger auf die Konstruktion von Funktionszusammenhängen als auf die Ingangsetzung von Evolutionsmöglichkeiten angelegt war.

Was Wolfram Hanrieder in einer analytischen Studie zur Grundanlage westdeutscher Außenpolitik ausgeführt hat, wird somit bei Untersuchung der Europapolitik Adenauers bestätigt, daß nämlich „Ziele und Mittel der westdeutschen Außenpolitik durch internationale Bedingungen festgelegt wurden, über die die Bonner Republik keine Kontrolle hatte"[41]. Allerdings wird auch deutlich, daß bei dieser Schlüsselfigur neuer deutscher Außenpolitik von einer bloß opportunistischen Anpassung an die Gegebenheiten nicht die Rede sein kann. Der neue Kurs, wie er seit 1948 von den USA und von starken Gruppen in Paris sowie seitens der Benelux-Staaten favorisiert wurde, entsprach auch den Schlußfolgerungen, die er selbst schon längere Zeit aus der Lage gezogen hatte. Daß hier nicht nur äußere Impulse, sondern – soweit dies damals möglich war – originäres Wollen im Spiel war, läßt sich noch deutlicher erkennen,

---

38 Alfred Müller-Armack, Auf dem Weg nach Europa. Erinnerungen und Ausblicke, Tübingen und Stuttgart 1971, S. 91–103.

39 Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967, S. 253 ff.

40 Siehe Konrad Adenauer, Reden 1917–1967, S. 330 ff.

41 Wolfram Hanrieder, Die stabile Krise. Ziele und Entscheidungen der bundesrepublikanischen Außenpolitik 1949–1969, Düsseldorf 1971 (1970), S. 9.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenn man die Grundlinien Adenauerscher Europapolitik vor dem weiteren Horizont deutscher außenpolitischer Konzepte bewertet.

II. Die neue Tradition

Welchen europapolitischen Denktraditionen hat sich Adenauer verbunden gefühlt? Und wo muß ihn eine ideengeschichtlich arbeitende Geschichtsschreibung unter den Denkschulen deutscher Außenpolitik einordnen?

Die Hauptthese sei auch hier vorweggeschickt. Er brachte zwar aus den zwanziger Jahren eine europäische, auf Verständigungspolitik abzielende Grundorientierung mit. Aber die Europapolitik des ersten Bundeskanzlers ist doch ein ideengeschichtliches Novum der Jahre nach 1949. Sie wurde als Antwort auf die völlig veränderten Bedingungen des europäischen Systems formuliert und mit den konkreten Entscheidungen für den Beitritt zum Europarat, für den Schuman-Plan, die EVG, den Deutschlandvertrag und zur Saarfrage festgelegt. Adenauer hat damit tatsächlich eine „neue Tradition" deutscher Außenpolitik begründet.

Man kommt nicht weit mit dem Versuch, die Europa-Ideen, die bei Adenauer in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg auftauchten, auf die Gruppierungen und Konzepte zu beziehen, die schon in der Zwischenkriegszeit lebendig waren. Eine entscheidende Gemeinsamkeit war zwar offenkundig: die entschieden europäische Programmatik. Aber ansonsten wurde Adenauer in den Jahren 1945 bis 1947 nicht besonders spezifisch. „Vereinigte Staaten von Europa" – das war erst einmal nicht viel mehr als eine Formel, die schon in den zwanziger Jahren weit verbreitet gewesen ist[42]. Die Europa-Bewegung der zwanziger Jahre war jedoch, wie Reinhard Frommelt neuerdings im einzelnen dargestellt hat, in ihren konkreten Zielsetzungen zersplittert und personell zerstritten. Das galt auch für die unterschiedlichen Vorstellungen über die wünschenswerte europäische Zusammenarbeit der Wirtschaft[43].

---

[42] Carl H. Pegg hat die entsprechenden deutschen und außerdeutschen Publikationen untersucht, die in der Zwischenkriegszeit erschienen sind, und kommt zu dem Ergebnis, daß sich die Begriffe „Paneuropa" und „Vereinigte Staaten von Europa" seit 1924 immer mehr im Sprachgebrauch verbreiteten: „Der letztere Begriff fand viel Anklang und weite Verbreitung, obwohl er eine wesentlich festere Konstruktion bezeichnete, als die Staaten Europas je zu erreichen Aussicht hatten. Von dem halben Dutzend bedeutender Bücher, die 1924 über die europäische Idee erschienen, trugen vier den Titel ‚Die Vereinigten Staaten von Europa', und die beiden übrigen gebrauchten den Ausdruck häufig im Text" (Vorstellungen und Pläne der Befürworter eines europäischen Staatenbundes in den Jahren 1925–1930, in: Europa-Archiv 17 [1962], S. 786). Bekanntlich hat der Begriff „Vereinigte Staaten von Europa" auch in dem Heidelberger Programm der SPD von 1925 Eingang gefunden.

[43] Reinhard Frommelt, Paneuropa oder Mitteleuropa. Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925–1933, Stuttgart 1977.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Materialien, die bis heute bekannt sind, lassen nicht klar erkennen, ob und inwieweit der damalige Kölner Oberbürgermeister mit den Europa-Organisationen und -Protagonisten jener Epoche engere Verbindungen hatte und wie genau er ihre Bestrebungen verfolgte. Nach 1945 hat er rückblickend in erster Linie die Bestrebungen der Paneuropäischen Bewegung unter Coudenhove-Kalergi erwähnt[44], aber mit der Einschränkung, „damals galt dieser Gedanke noch mehr oder weniger als Utopie".

Adenauer war sich aber wohl über die sektiererische Zerstrittenheit der einzelnen Gruppierungen im klaren; dies dürfte ein Grund dafür gewesen sein, weshalb er nach 1945 entsprechenden Avancen anfänglich mit Zurückhaltung begegnete. An den ehemaligen DDP-Parlamentarier und einstigen Vorsitzenden des seinerzeit vom Auswärtigen Amt favorisierten „Verbands für europäische Verständigung" (VEV), Wilhelm Heile, der ihn mit Brief vom 30. Januar 1947 zur Mitwirkung in der Europa-Union aufgefordert hatte, schrieb er am 17. Februar 1947: „Die ganze außenpolitische Lage Deutschlands ist m. E. noch nicht derartig, daß es zweckmäßig erscheint, eine feste Organisation zur Verbreitung der europäischen Idee in Deutschland zu schaffen, wie sie Ihnen vorschwebt."[45] Von Coudenhove-Kalergi hielt er sich gleichfalls fern[46], gab aber im November einer Bitte an Albert Lotz, damals leitender Redakteur des Rheinischen Merkur und Generalsekretär des Bundes Deutscher Föderalisten, nach und erklärte sich mit einigen Einschränkungen zur Mitgliedschaft bereit[47].

Jedenfalls erweckte er in den Jahren der Besatzungszeit doch den Eindruck, daß es im wesentlichen nur *eine* europäische Denktradition gab, der er sich verpflichtet fühlte, seine eigene: „Ich bin Deutscher und bleibe Deutscher", so ließ er die Zuhörer der Grundsatzrede am 24. März 1946 wissen, „aber ich war auch immer Europäer und habe als solcher gefühlt. Deshalb bin ich von jeher für eine Verständigung mit Frankreich eingetreten ... Ich bin ... in den zwanziger Jahren für eine organische Verflechtung der französischen, der belgischen und der deutschen Wirtschaft zur Sicherung eines dauernden Friedens eingetreten, weil parallel laufende, gleichgeschaltete wirtschaftliche Interessen das gesundeste und dauerhafteste Fundament für gute politische Beziehungen zwischen den Völkern sind und immer bleiben werden ..."[48] Deutsch-französische Verständigungspolitik und „organische Verflechtung" – diese Kerngedanken seines Europakonzepts hat er in den folgenden Monaten und Jahren unablässig wiederholt.

---

[44] So in der Grundsatzrede auf dem 2. Parteitag der CDU der Britischen Zone in Recklinghausen am 28. 8. 1948 (Konrad Adenauer, Reden 1917–1967, S. 127).

[45] StBKAH, 07.14.

[46] Wie so viele andere, hat auch ihn Coudenhove-Kalergi nach 1945 als frühen Förderer seiner Pläne bezeichnet; ob zu Recht, ist nicht auszumachen (vgl. Eine Idee erobert Europa. Meine Lebenserinnerungen, Wien/München/Basel 1958, S. 125, 304).

[47] Brief Adenauers vom 11. 1. 1948 an Albert Lotz; StBKAH, 07.17.

[48] Konrad Adenauer, Reden 1917–1967, S. 105.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aber auch die Idee einer „organischen Verflechtung" war äußerst vage. Wir wissen aufgrund der Forschungen Karl Dietrich Erdmanns, daß der Kölner Oberbürgermeister dabei 1923 in erster Linie an einen Montanverbund zwischen der rheinisch-westfälischen, lothringischen und luxemburgischen Industrie gedacht hat, wobei auch die von Stinnes vertretene Idee eines Aktientausches eine Rolle spielte[49].

Aber in der Zwischenkriegszeit waren auch andere Ansätze vorgeschlagen oder erprobt worden: die Idee eines Europäischen Zoll-Vereins, insbesondere einer deutsch-französischen Zoll-Union, wie sie von Professor Gothein propagiert wurde; das von Coudenhove-Kalergi favorisierte Konzept eines vor allem gegen die USA gerichteten integrierten kontinentaleuropäischen Wirtschaftsgroßraums; der von Dr. Nossig verfolgte Plan eines auf Europa beschränkten Wirtschaftskomitees; die um 1925/27 gegründeten und in erster Linie von französischen und deutschen Unternehmen getragenen Produktions- und Absatzkartelle, deren Integrationseffekt allerdings fragwürdig war; die bekannten Europa-Pläne Briands u. a. mehr. Dachte Adenauer auch daran? Sicher ist nur, daß er für jede Form von wirtschaftlicher Zusammenarbeit prinzipiell offen war, sofern sie sich mit seinen allgemeineren Zielen verbinden ließ.

Im großen und ganzen aber war er sich nach 1945 über die Notwendigkeit im klaren, von außen kommende europäische Initiativen abzuwarten und darauf positiv zu antworten, sofern sie Zukunft zu haben schienen und den deutschen Interessen entgegenkamen. Seit März 1948 nahm er persönlich an den Genfer Sitzungen christlich-demokratischer Spitzenpolitiker teil, desgleichen auch an der Tagung der Europäischen Parlamentarier-Union in Interlaken Anfang September 1948 und konnte sich nun ein genaueres Bild von der Stärke und den Entwicklungslinien der westeuropäischen Europabewegung machen[50].

Nach der Teilnahme am Europakongreß im Haag im Mai 1948 schrieb er an Paul Silverberg: „Im Haag konnte man zufrieden sein. Hoffentlich wird die Europa-Föderation weitergehen. Die parlamentarische Union soll sich jetzt des Gedankens annehmen."[51] In ähnlichem Sinne berichtete er dem Zonenausschuß der CDU am 19. Mai 1948 ausführlich und meinte zusammenfassend: „Den Gedanken einer europäischen Föderation kann man nicht ernst genug nehmen und die Bedeutung schlechterdings nicht unterschätzen . . . Wir von unserem Standpunkt aus, die wir das föderalistische Prinzip an sich schon bejahen, können nur hoffen und wünschen, daß die Bestrebungen zu einem föderalistischen Aufbau Europas unter gleichberechtigtem Einfluß Westdeutschlands möglichst schnell

[49] Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 154.

[50] Dazu Bruno Dörpinghaus, Die Genfer Sitzungen, in: Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Stuttgart 1976, S. 538–565.

[51] Adenauer an Paul Silverberg am 24. 5. 1948, StBKAH, 07.06.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fortschritte machten. Es liegt darin wahrhaftig die Rettung Europas und die Rettung Deutschlands."[52]

Nachdem Adenauer zu den konkreten Strömungen der Europa-Bewegung und bald darauf zur Europapolitik der Regierungen in Beziehung getreten war, kam den entsprechenden deutschen Denktraditionen, soweit sie überhaupt für ihn von Belang gewesen sind, nur noch ein nachgeordneter Stellenwert zu. Wer die Europapolitik des Bundeskanzlers im größeren Kontext der europäischen Ideen-Strömungen verorten will, muß ab 1949 mit transnationaler Perspektive arbeiten – eine Forschungsaufgabe, die allerdings erst voll angepackt werden kann, wenn sich die amtlichen Archive öffnen.

Will man aber Adenauers Europapolitik im Zusammenhang mit den deutschen Denktraditionen bewerten, ist nicht nur das von Interesse, was er positiv gewollt hat. Ebenso wichtig ist die Frage, von welchen Traditionen und zeitgenössischen Strömungen er sich zugunsten europäischer Orientierung abgewandt hat.

Wie die gesamte Öffentlichkeit ging auch Adenauer nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches davon aus, daß deutsche Nachkriegsaußenpolitik als Kontrast zur Außenpolitik Hitlers gestaltet werden müsse. In seinen programmatischen Stellungnahmen aus den ersten Nachkriegsjahren begegnen jene damals landauf, landab verkündeten Absagen an Prinzipien und Verhaltensweisen, die das Deutsche Reich in den Abgrund getrieben hatten[53]. Gleich vielen anderen Politikern und Besinnungspublizisten jener Jahre hat auch er herausgearbeitet, wie viele Traditionsstränge von Hitlers Macht- und Lebensraumpolitik, vom Nationalismus und Rassismus des Dritten Reiches über die Außenpolitik der Weimarer Republik bis ins Kaiserreich zurückführten und wie besonders der Machtstaatsgedanke tief in der preußisch-deutschen Geschichte wurzelte. Nicht nur die nationalsozialistische Außenpolitik wurde von ihm als schlimme Verwirrung der deutschen Geschichte begriffen. Diskreditiert schienen zugleich sehr viele ältere Traditionen deutscher Großmachtpolitik, der Absolutsetzung der Nation, des Militarismus, der Hinnahme des Krieges als ultima ratio der Außenpolitik.

Zwischen ihm und den Sozialdemokraten der Nachkriegsjahre herrschte zwar über die ideengeschichtlichen und sozio-ökonomischen Ursachen der Fehlentwicklung von Anfang an heftiger Streit. Aber daß künftig auf alle Fälle ein erheblicher Bestandteil der deutschen außenpolitischen Denktradition mit der gleichen Entschiedenheit in den Giftschrank gestellt werden mußte wie jene antidemokratischen und totalitären Elemente, die in der nationalistischen Innenpolitik zum Durchbruch gekommen waren, darüber bestand zwischen den demokratischen Parteien von rechts bis links Übereinstimmung. Dieser prinzipielle Konsensus ist übrigens für den politischen Weg der Bundesrepublik ebenso bedeutsam ge-

[52] Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn 1975, S. 499.

[53] Zusammenfassend dazu – vorwiegend unter Bezugnahme auf die Reden der Jahre 1946 bis 1948 – Anneliese Poppinga, Konrad Adenauer, S. 99–109.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

worden wie der innenpolitische Konsens über die Grundelemente des Verfassungsstaates.

Nunmehr setzten sich in der Öffentlichkeit und bei den Führungsgruppen jene liberalen, föderalistischen, sozialdemokratischen, pazifistischen, internationalistischen Denkschulen durch, die seit der Bismarckzeit im Chor der öffentlichen Meinung nie gefehlt hatten, ohne daß sie aber die Oberhand gewonnen hätten[54].

In den Jahren der Besatzungszeit und in den Anfängen des Bonner Staates war zwar noch nicht völlig klar, welche konkreten außenpolitischen Konzepte künftig angebracht sein würden, nachdem zur autonomen Großmachtpolitik des Deutschen Reiches zunächst kein Weg zurückführte. Aber daß die Westdeutschen erst einmal grundlegend neue außenpolitische Verhaltensweisen zu entwickeln haben würden, stand außer Frage. Gefordert wurde eine Außenpolitik, die in jeder Hinsicht als ein positiver Kontrast zu den verrufenen Methoden der Machtpolitik verstanden werden konnte. Also: unbedingte Friedlichkeit, makellose Vertragstreue, vorbildliche Kooperations- und Kompromißbereitschaft, behutsamer Respekt vor den Interessen und Empfindlichkeiten anderer Staaten, Verläßlichkeit und sichere Kalkulierbarkeit, Internationalismus statt Nationalismus, Friedenspolitik statt Machtpolitik! Am besten läßt sich dieser „new look" deutscher Außenpolitik, dem man sich damals in Westdeutschland verpflichtet sah, als Stil eines vorbehaltlosen Internationalismus[55] bezeichnen.

---

[54] Eine Gesamtdarstellung der Denkschulen, die im Kaiserreich und in der Weimarer Republik im Gegensatz zu den vorherrschenden machtpolitischen Strömungen standen, steht noch aus. Relativ viel Interesse finden neuerdings die außenpolitischen Ideen des Linksliberalismus (zusammenfassend das Symposium ‚Liberalismus und imperialistischer Staat', hrsg. von L. Albertini u. a., Göttingen 1975) und der Friedensbewegung (dazu die Monographie von Detlev Acker, Walther Schücking 1875–1935, Münster 1970, sowie die ältere Arbeit von Richard Barkeley, Die deutsche Friedensbewegung 1870–1933, Hamburg 1948). Zur Bedeutung der Völkerbundsidee in der Weimarer Republik vgl. Ernst Fraenkel, Idee und Realität des Völkerbundes im deutschen politischen Denken, in: VfZ 16 (1968), S. 1–14. Die verschütteten außenpolitischen Ordnungsvorstellungen des Föderalismus, die nach 1945 wiederentdeckt wurden (reichhaltigste zeitgenössische Darstellung bei Wilhelm Röpke, Die deutsche Frage, Zürich 1945) und mit den europäischen Einigungsideen zusammenflossen, harren noch ihrer Historiker. Die Ideen des sozialistischen Internationalismus sind bisher vorwiegend in transnationaler Perspektive dargestellt worden (vgl. Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 1–3, Hannover 1961–1971); auch hier vermißt man noch einschlägige Arbeiten zu den Ideenströmungen im Umfeld der deutschen Sozialdemokratie nach 1945. Über die verschiedenen Ansätze der Europabewegung in der Zwischenkriegszeit vermittelt den gegenwärtig besten Überblick Reinhard Frommelt, Paneuropa oder Mitteleuropa, daneben verschiedene Aufsätze von Carl H. Pegg im Europa-Archiv 17 (1962). Dort findet sich auch das wichtigste zeitgenössische Schrifttum verzeichnet.

[55] In Frankreich und in den angelsächsischen Demokratien fand der Begriff „Internationalismus" bereits in der Vorweltkriegszeit und verstärkt in der Zwischenkriegszeit weite Verbreitung. Publizistische und politische Repräsentanten der Friedensbewegung und des internationalistisch gesonnenen Liberalismus verwandten ihn als Gegenbegriff zu „Nationalismus". In der Encyclopedia of the Social Sciences von 1932 wird „Internationalism"

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Ziele und Strategien des Internationalismus waren allerdings vielfältig; die Konzepte ließen sich auch nicht klar gegeneinander absetzen. Im deutschen Denken jener Jahre begegnen im großen und ganzen vier große Konzepte: erstens der ökonomische Liberalismus mit dem Ziel eines weltweiten Freihandelssystems unter amerikanischer Führung und der damit verbundene Atlantizismus, der alle Bereiche erfaßte – die Wirtschaft, den Sicherheitsbereich, die Kultur[56]; zweitens die nicht konkretisierbaren Vorstellungen einer Neuordnung Europas nach den Grundsätzen des freiheitlichen Sozialismus[57]; drittens der linksliberal-sozialdemokratische Internationalismus mit seinen Sympathien für weltweite internationale Organisationen, kollektive Sicherheitssysteme, globale Abrüstungspolitik, humanitäre Entwicklungshilfe und Dekolonisierung[58]; schließlich viertens der europäische Internationalismus. Hier interessiert nur der letztere.

Gleich, ob der europäische Internationalismus von marktwirtschaftlichen oder planwirtschaftlichen Vorstellungen ausging, unabhängig davon, ob er von den Parteien der demokratischen Linken oder der Mitte und der gemäßigten Rechten getragen wurde, gleich auch, ob kooperative, konföderalistische oder föderalisti-

---

definiert als „the ideal of an organic, *supranational* (!) society which would include within itself constituent national societies ...". Der Internationalismus strebe danach, nationale Antagonismen zu transzendieren (Stichwort „Internationalism", in: Encyclopedia of the Social Sciences, New York[9] 1951 [1932]). Die modernen internationalen Beziehungen, so sahen es die Internationalisten, müssen aufgrund der weltwirtschaftlichen und technologischen Verflechtungen durch ein hohes Maß an Kooperation auf allen Ebenen, durch organisierte Verflechtung der Interessen, Friedlichkeit, Errichtung internationaler Organisationen und Vorherrschaft wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gesichtspunkte gekennzeichnet sein. Zum amerikanischen Internationalismus vgl. F. Kuehl, Seeking World Order. The United States and International Organization, Nashville 1969; Robert Divine, Second Chance: The Triumph of Internationalism in America during World War II, New York 1967. In Deutschland ist der Internationalismus ursprünglich vor allem von Linksliberalen und Sozialisten vertreten worden. Adenauer stand diesen Gedankengängen fern. 1950 begegnete er dann in Jean Monnet einem führenden Repräsentanten des Internationalismus, der dieser Denkschule seit dem Ersten Weltkrieg angehörte. Wie in der konkreten Arbeit an den europäischen Institutionen der stärker staatsbezogene Internationalismus des Kanzlers und seiner Mitarbeiter mit dem primär gesellschaftsbezogenen Ansatz Monnets eine Verbindung einging, wird zu den reizvollsten Darstellungsaufgaben künftiger Integrationsforschung gehören.

[56] In der Publizistik ist dieser Ansatz seit 1945 vor allem von Wilhelm Röpke vertreten worden; während der Spätphase der Ära Adenauer und unter Bundeskanzler Erhard haben die sogenannten „Atlantiker" unter Führung von Ludwig Erhard und Gerhard Schröder diesen Kurs befürwortet. Sie antworteten damit auf Kennedys vage Idee der „atlantischen Partnerschaft". Unter ideengeschichtlicher Fragestellung ist diese Gruppierung noch nicht dargestellt worden.

[57] Bestes Beispiel dieses Ansatzes: Richard Löwenthal (Paul Sering), Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung, Lauf 1947 (Neuauflage Bonn 1977).

[58] Der sozialdemokratische Internationalismus lebt aus zwei Traditionen: aus der des sozialistischen Internationalismus und aus starken Impulsen, die aus dem angelsächsischen Liberalismus kommen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche Formen angestrebt wurden – auf alle Fälle waren dies Ansätze, die den autonomen Nationalstaat transzendierten und statt nationalistischer Rivalität einem gemeinschaftlichen Problemlösen den Vorzug gaben.

In der Bundesrepublik traf der europäische Internationalismus zudem noch auf die Renaissance, die die deutsche föderalistische Tradition nach 1945 erfahren hatte. Denen, die für den binnenstaatlichen Bereich im Föderalismus die angemessene Ordnungsform zur Bewältigung der Herausforderungen moderner Massendemokratien zu erkennen glaubten, erschien der europäische Föderalismus auch als überlegenes internationales Gegenkonzept zur diskreditierten Idee des autonomen, der Machtpolitik verschriebenen Nationalstaates.

Und mit dem föderalistischen Denken jener Jahre war eine andere Renaissance verbunden: die des christlichen und des humanistisch-säkularen Naturrechts. Föderalismus, Wiederbesinnung auf die christlich-abendländischen Werte, Humanismus und Internationalismus gingen in den Europaideen jener Jahre enge Verbindungen ein.

So muß Adenauers Hinwendung nach Europa auch als Variante viel umfassenderer Bemühungen um eine prinzipiell neue, internationalistische Außenpolitik gesehen werden. Adenauer stand in den föderalistisch-europäischen Ideenströmungen. Seine großen Reden in den ersten Nachkriegsjahren lassen erkennen, wie er die innen- und außenpolitischen Grundgedanken des Föderalismus miteinander kombinierte: Absage an einen preußisch-deutschen Kult der „Staatsomnipotenz" und des Zentralismus, statt dessen Durchsetzung des gewaltenteiligen, föderalistischen Prinzips. Auf Dauer schien dies nur sicher durch Absage auch an den autonomen Machtstaat – die nach außen gewandte Form der Staatsomnipotenz. Bei der Suche nach internationalistisch-europäischen Ansätzen und föderalistischen Lösungsmöglichkeiten für die Probleme der Nachkriegszeit sind also innen- und außenpolitische Überlegungen zusammengekommen.

Die Auseinandersetzungen, die in der Adenauer-Ära um die Europapolitik geführt wurden, können und müssen somit auch als Konflikte zwischen verschiedenen Ausprägungen des Internationalismus verstanden werden: des kontinentaleuropäischen (der, wie schon ausgeführt, bei Adenauer auch eine stark atlantische Komponente hatte), des liberal-freihändlerischen (der aber durchaus Kompromisse mit dem europäischen Ansatz eingehen konnte) und des linksliberal-sozialdemokratischen, der seit Mitte der fünfziger Jahre seinen Frieden mit der Europaorientierung zu machen begann, ohne aber die globale Orientierung je preiszugeben.

Daneben lief aber die eigentlich entscheidende, grundlegende Auseinandersetzung mit jenen Gruppierungen, denen der Nachkriegs-Internationalismus prinzipiell verdächtig war und die in den traditionellen nationalstaatlichen Kategorien deutscher Außenpolitik seit Bismarck dachten.

Bekanntlich hat sich die außenpolitische Kontroverse über die Integrationspolitik vor allem zwischen Adenauer und Schumacher abgespielt. Die Einwände,

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die der SPD-Vorsitzende gegen Adenauers Integrationskurs vorbrachte, ließen erkennen, daß die klassischen Denktraditionen nationalstaatlicher Politik durchaus noch lebendig waren. Sie konnten bereits in den Anfängen der Bundesrepublik wieder offen artikuliert werden, allerdings wohl nur deshalb so schrill wie von Schumacher, weil sie von links kamen und weil hinter ihnen ein deutscher Patriot stand, der im nationalsozialistischen Konzentrationslager gelitten hatte.

Doch eben daß es die sozialdemokratische Opposition war, die mit den aus der Weimarer Zeit wohlbekannten Vorwürfen gegen Erfüllungspolitik und nationalen Ausverkauf die Europapolitik ablehnte, war ein Glück für den Kanzler. Das verschaffte ihm nicht nur die an und für sich ja keineswegs selbstverständliche Unterstützung der Westalliierten. Es erschwerte es auch jenen Gruppen und einzelnen in der Regierungskoalition, die in der Außenpolitik ähnlich dachten wie die Opposition, offen und frontal gegen Adenauer vorzugehen. Hinsichtlich der Saarfrage ließen sich die kritischen Stimmen der FDP, doch auch in der CDU, zwar nicht zum Verstummen bringen. Doch in den wirklich entscheidenden Streitfragen – Beitritt zum Europarat, Schuman-Plan, EVG, Deutschlandvertrag – hat die Opposition dem Kanzler die Gegner im eigenen Lager vom Leibe gehalten.

Auch diese vertraten natürlich gemäßigte Spielarten nationalen Denkens. Die Palette außenpolitischer Strömungen war längst nicht mehr so bunt wie in der Weimarer Republik. Die außenpolitischen Traditionen der extremen Rechten waren tabuisiert oder wurden, wo sie sich dennoch äußerten, wie bei der SRP, aus dem politischen Leben ausgeschaltet. Aber die entscheidende Frage in der Außenpolitik jener Jahre war, ob eine rein nationalorientierte Politik unter den Bedingungen des neuen europäischen Staatensystems überhaupt noch zeitgemäß und international durchsetzbar war. Adenauer verneinte dies, es sei denn, die gemäßigt nationalorientierte Linie verband sich mit den neuen Europakonzeptionen. Die Mehrzahl der nationalorientierten Politiker in der Regierungskoalition erkannte dies letzten Endes auch, aber wohl nur deshalb, weil sie von einem harten Herrn auf den Europakurs gezwungen wurde.

Heute erscheint es uns ganz selbstverständlich, daß Adenauer die Westdeutschen daran gewöhnte, ihre Interessen im europäischen Kontext zu definieren und sich – wie er schon 1945 wünschte – als Westeuropäer zu verstehen[59]. Was dies damals bedeutete und welche tradierten Selbstverständnisse deutscher Außenpolitik auch im Regierungslager dadurch in Frage gestellt wurden, gerät darüber in Vergessenheit. Tatsächlich war es aber alles andere als selbstverständlich, daß die europäische Option mit solcher Entschiedenheit aufgegriffen wurde, wie dies der erste Bundeskanzler tat.

Die Besonderheit der Adenauerschen Europapolitik wird deutlich, wenn man sich im Sinne einer „counter-factual history" vor Augen führt, welcher andere

[59] So in dem Interview mit „News Chronicle" und AP am 5. 10. 1945, vgl. Erinnerungen 1945–1953, S. 34.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kurs unter den Bedingungen jener Jahre möglich gewesen wäre. Greifen wir dazu statt langer theoretischer Überlegungen ein konkretes Beispiel heraus.

Einer der vielen, die sich über Alternativen zur Europapolitik Gedanken machten, war der ehemalige Reichskanzler Heinrich Brüning. Wer heute die langen und bitteren Briefe liest, die er aus der Einsamkeit seines Office in Lowell House (Harvard) im Herbst und Winter 1950 an seine deutschen Briefpartner sandte, wird daran erinnert, worum es bei der europäischen Neudefinition der deutschen Interessen durch Adenauer ging.

In diesen Wochen und Monaten, so meinte Brüning, gehe es nicht nur um „Sein oder Nichtsein des deutschen Reiches, sondern auch des ganzen Volkes"[60]. „Jetzt wird es aber langsam tödlich ernst", schrieb er am 25. Oktober 1950 an Hermann Pünder; „wenn es so weitergeht, werden wir auf eine Generation festgelegt – vielleicht länger, und eine Wiedervereinigung mit unserem Osten kommt nicht mehr zustande, die vom Quai d'Orsay . . . unter allen Umständen verhindert werden soll."[61] Der Zug, meinte er resigniert, bewegt sich „in der falschen Fahrtrichtung"[62]. Statt abzuwarten, statt die Zeit für Deutschland arbeiten zu lassen, statt sich nicht drängen zu lassen, „wo ein falscher Schritt uns auf Generationen festlegen kann"[63], tue der Kanzler das Gegenteil – mit der Gefahr, „daß alles außenpolitisch verpfuscht wird"[64].

Adenauer, den er früher für viel schlauer gehalten habe als er sei[65], gehe – so lautete der Kern seiner Vorwürfe – auf den Leim der französischen Europa-Ideen, die ihm mit den Vorschlägen eines westeuropäischen Parlaments, mit dem Schuman-Plan, mit den Plänen einer Europa-Armee vorgegaukelt würden. „Natürlich ist der Gedanke einer engeren Verbindung der europäischen Staaten ein guter", lesen wir in einem Brief vom 9. Januar 1951 an Hermann Pünder, „aber er kann nur Schritt für Schritt für ganz bestimmte Zwecke verwirklicht werden."[66] Welcher Art diese „bestimmten Zwecke" nach Auffassung von Brüning waren, geht aus den uns bisher zugänglichen Brieffragmenten deutlich hervor: Erlangung der wirtschaftlichen Autonomie und der politischen Souveränität, Orientierung

[60] Vgl. Brief an Johannes Gronowski, in: Heinrich Brüning, Briefe 1946–1950, hrsg. von Claire Nix, Stuttgart 1974, S. 247. Die von Frau Nix verantwortete Briefausgabe ist nachlässig ediert. Der entsprechende Briefwechsel mit Pünder wurde anhand der Originale überprüft. Die Motive und Hauptpunkte der Kritik Brünings an der Außenpolitik des „entscheidenden Herrn" kommen aber überall so klar heraus und die Textabweichungen sind an den überprüften Stellen so unerheblich, daß eine Bezugnahme auf die vorliegende Edition gerechtfertigt ist. Zum Verhältnis Adenauer–Brüning generell vgl. Rudolf Morsey, Brüning und Adenauer. Zwei deutsche Staatsmänner, Düsseldorf 1972.

[61] Ebenda, S. 239.

[62] Ebenda, S. 247.

[63] Am 29. 10. 1950 an Gerd Bucerius und am 31. 10. 1950 an Käthe Mönning, ebenda, S. 240 f., ebenso am 25. 10. 1950 an Pünder.

[64] Ebenda, S. 214.

[65] An Gottfried Treviranus, ebenda, S. 238.

[66] Ebenda, S. 256 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der bundesdeutschen Politik am Ziel der Wiedervereinigung und der Wiedergewinnung der Ostgebiete, überhaupt: bedingungsloses Festhalten an der territorialen Integrität des Reiches, auch in bezug auf das Saarland. Letzten Endes sollte die Bundesrepublik eben nicht westdeutsche Politik betreiben, sondern sich bewußt in die Traditionen autonomer deutscher Politik stellen, die von Bismarck, Stresemann und von Brüning selbst gestaltet worden waren.

Die Europapolitik Frankreichs aber, die sich Adenauer zu eigen zu machen schien, führte nach Brünings Auffassung in genau die entgegengesetzte Richtung: zur wirtschaftlichen Knebelung Westdeutschlands durch den Schuman-Plan, zur politischen Kontrolle der Bundesrepublik „mit Hilfe eines westeuropäischen Parlaments"[67], zur „dauernden Aufteilung Deutschlands"[68] in offenem oder verstecktem Zusammenspiel mit der Sowjetunion, zur Hegemoniestellung Frankreichs auf dem Kontinent[69]. Nach Meinung Brünings schien Adenauer, den er im Juni 1950 in einem persönlichen Gespräch gewarnt hatte, dies alles nicht zu sehen oder er nahm es zu leicht.

Es erstaunt nicht, daß sich aus dieser Sicht der Dinge alle jene Unwerturteile über die Adenauersche Europapolitik ergaben, die Kurt Schumacher dem Kanzler im Deutschen Bundestag entgegenhielt, während sie damals von Brüning nur in der Verschwiegenheit von Briefwechseln geäußert wurden: „Ich habe es erst einfach für unmöglich gehalten, daß irgend jemand einen solchen ‚Ausverkauf' in der Außenpolitik machen könnte."[70] Und mit diesem klassischen Vorwurf der Erfüllungspolitik verband sich der Zweifel am Interesse des Kanzlers an den Ostgebieten: „Der Mann in Bonn hat ja kein Interesse am Osten trotz allen Getues."[71]

Welche Alternative aber hätte es nach Meinung dieses national-konservativen Kritikers der Adenauerschen Europapolitik angesichts der nicht wegzudiskutierenden außenpolitischen Abhängigkeit der Bundesrepublik und angesichts der Gefahren gegeben, die von Rußland drohten? Hier lesen wir immer dieselben Formulierungen: „Die Zeit arbeitet für uns, wenn wir warten können und uns nicht drängen lassen."[72] Man dürfe sich nicht definitiv festlegen, müsse härter verhandeln usw. Selbstverständlich wäre auch Brüning ebenso wie Adenauer bestrebt gewesen, ein Maximum an politischer und wirtschaftlicher Handlungsfreiheit für die Bundesrepublik herauszuholen. Aber die Korrespondenz läßt klar erkennen, daß sich ein Kanzler Brüning auf die Europapolitik nur rein taktisch eingelassen

---

[67] An Hermann Pünder am 9. 1. 1951, ebenda, S. 256.

[68] An Josef Schmitt, 26. 5. 1951, ebenda, S. 272.

[69] An Hermann Pünder, 25. 10. 1950, ebenda, S. 239.

[70] An Helene Weber, 31. 5. 1951, ebenda, S. 273.

[71] An A. H. Berning, 30. 12. 1951, ebenda, S. 291.

[72] An Gerd Bucerius, 29. 10. 1950, ebenda, S. 240. An Pünder schrieb Brüning am 25. 10. 1950: „Ich habe dem entsch. Herrn im Juni 1949 eine kleine Denkschrift durch Erhard übermitteln lassen mit dem Tenor: Alles wird sich um uns reißen, wenn wir uns nicht zu früh nach einer einzigen Seite hin festlegen. Das scheint er nicht zu verstehen." (Brief vom 25. 10. 1950; Pünder-Nachlaß, Bundesarchiv)

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hätte; sein Leitbild wäre das der Restauration Deutschlands im Rahmen des Staatensystems der Zwischenkriegszeit gewesen.

Brünings Kritik war kein Einzelfall. Er stand für eine ganze Denkschule deutscher Außenpolitik Anfang der fünfziger Jahre. Ihre Vertreter neigten dazu, in der Integrationspolitik nur einen Notbehelf zu sehen, der preiszugeben wäre, wenn die Bundesrepublik endlich die Souveränität erlangt hätte oder wenn von der Sowjetunion günstige Angebote kamen. Nach wie vor dominierten hier die über 80 Jahre alten, klassischen Denktraditionen deutscher Großmachtpolitik: unbedingtes Autonomiestreben und Festhalten an der territorialen Integrität des Reiches, Bejahung vorsichtiger Gleichgewichtspolitik einer Großmacht bei Vermeiden definitiver Festlegung, kluges Finassieren und Mißtrauen gegen Frankreich. Wenn Adenauer – nach Brünings Worten – entschlossen war, den Zug der deutschen Außenpolitik auf ein *neues* Gleis zu rangieren, so wollten ihn Brüning und die Denkschule, deren Meinung er artikulierte, so rasch wie möglich auf jenes Gleis zurückdirigieren, auf dem er von Bismarck an bis in die Endphase der Weimarer Republik gerollt war.

Ob die Kritiker mehr von nationalkonservativen Positionen ausgingen (wie Brüning selbst, aber auch Jakob Kaiser und ein deutsch-national eingefärbter Flügel der FDP) oder mehr von nationalliberalen (wie Karl-Georg Pfleiderer, Reinhold Maier mit Publizisten wie Rudolf Augstein, Paul Sethe oder Richard Tüngel von der „Zeit") – ihre Einwände gegen die Adenauersche Europapolitik ließen jeweils erkennen, daß es zumeist nicht um taktische, sondern um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten ging[73].

Bekanntlich drehte sich die Auseinandersetzung zu einem Gutteil um den Zusammenhang zwischen europäischer Bindung und deutscher Teilung. Doch nicht daß sich die Kritiker entschieden für die Wiedervereinigung einsetzten, war im Zusammenhang der Europapolitik das eigentlich Interessante. Schließlich hat ja auch der Kanzler, wie noch zu erörtern sein wird, seine Europapolitik als Wiedervereinigungspolitik verstanden. Viel wesentlicher war, daß die Verfechter der „alten Tradition" von der Modellvorstellung eines europäischen Staatensystems ausgingen, dessen Grundannahmen und Prinzipien nicht mit der Integrationspolitik in Einklang zu bringen waren. Sie dachten noch in den Kategorien eines Systems, das nicht bipolar, sondern multipolar, das nicht antagonistisch, sondern ein Konzert war, eines Systems, das um eine Gruppe konkurrierender, doch zugleich kooperierender Großmächte gravitierte, zu denen auch Deutschland gehörte.

Sie wußten auch, welche Optionen sich dem Deutschen Reich in seiner starken, aber gefährdeten Mittellage eröffnet hatten, wobei die einzelnen Optionen zu

[73] Einen breit angelegten Überblick über die diesbezüglichen Denkschulen im Zeitpunkt der Deutschland-Noten der Sowjetunion von 1952 gibt Hermann Graml, Nationalstaat oder westdeutscher Teilstaat. Die sowjetischen Noten vom Jahre 1952 und die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ 25 (1977), S. 821–864.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verschiedenen Perioden jeweils von unterschiedlichen Denkschulen bevorzugt wurden. Es gab die von Bismarck praktizierte und von Stresemann nochmals erstrebte Option einer vorsichtigen Gleichgewichtspolitik bei Vermeiden definitiver Festlegungen. Es gab die Optionen für dauerhaftere Allianzen – mit Österreich-Ungarn im Rahmen eines Mitteleuropa-Blocks, mit dem konservativen Rußland, wie es alt-preußischer Tradition entsprach, mit England, dem die Liberalen zuneigten. Schließlich bestand die Option des „Griffs nach der Weltmacht", um aus den strukturellen Gefährdungen der Mittellage ein für allemal auszubrechen. Welche dieser Alternativen aber auch erstrebt wurde, so bestand doch zwischen allen außenpolitischen Gruppierungen ein weitgehender Konsens darüber, daß das Reich autonome Großmachtpolitik betreiben mußte und auch stark genug war, sich damit zu behaupten. Andreas Hillgruber hat diesen grundlegenden Sachverhalt in einem Aufsatz über Kontinuität und Diskontinuität der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler wie folgt skizziert: „Oberstes Ziel blieb stets die Behauptung einer nicht nur völkerrechtlich formalen, sondern vor allem faktisch-realen Großmachtstellung, deren wichtigstes Merkmal absolute Unabhängigkeit von anderen Groß- und Weltmächten und Handlungsfreiheit in der Außenpolitik nach allen Seiten war, gestützt auf den Rückhalt eines starken Heeres."[74]

Diejenigen, die trotz des Zusammenbruches nicht daran verzweifelten, das Deutsche Reich noch einmal zu restaurieren, hatten natürlich erkannt, daß die Hegemonialoption von der Geschichte endgültig abgeheftet war. Auch auf den Rückhalt eines starken Heeres würde wohl künftig verzichtet werden müssen. Die Autonomieposition aber schien unverzichtbar, wenn man überhaupt eine Restauration des alten, wenn auch modifizierten europäischen Staatensystems für richtig und machbar hielt. Die eigentliche Auseinandersetzung drehte sich somit zwischen 1951 und 1954 darum, ob das wiedervereinigte Deutschland für eine Position dauerhafter Allianzen optieren sollte oder für die klassische Gleichgewichtsrolle. Adenauer befürwortete ein Konzept dauerhafter Allianz, das ja auch in der bisherigen deutschen Geschichte immer wieder Befürworter gefunden hatte und im Grunde kein fundamental neues Konzept war. Dafür nannte er viele heterogene Argumente: Die Ost-West-Spannungen ließen keine Wahl. Das Scheitern aller Versuche außenpolitischen Zusammengehens mit den westlichen Demokratien habe auch die Demokratie in Deutschland selbst geschwächt. Man müsse Deutschland also vor sich selbst schützen – das sei aber nur in einem Verbundsystem der europäischen Demokratien möglich. Allein in einem engen Integrationsverbund sei auch die Wiedervereinigung international akzeptabel. Und hatten nicht die beiden Kriege gezeigt, daß die Außenpolitik ungesicherter Mittellage in die Kata-

[74] Andreas Hillgruber, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, in: Großmachtpolitik und Militarismus im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1974, S. 16. Eine anders ansetzende originelle Erörterung der Kontinuitätsproblematik findet sich jetzt auch bei David Calleo, The German Problem Reconsidered. Germany and the World Order 1870 to the Present, Cambridge University Press, Cambridge 1978.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

strophe führte? Den Ausschlag gab wohl weniger die Erinnerung an die geschichtlichen Erfahrungen, sondern der Blick auf das gegenwärtige System[75].

Die Kritiker Adenauerscher Europapolitik machten aber geltend, daß die Forderung nach dauerhafter Westallianz die Wiedervereinigung und die Wiedergewinnung der Ostgebiete von vornherein unmöglich mache oder aber zum Kriege führen könne. Es bleibe also nur der prekäre Versuch, auf die Einigung der Siegermächte hinzuarbeiten und für das wiedervereinigte Deutschland erneut jene – sicherlich reduzierte – Gleichgewichtslage zu suchen, wie sie von Bismarck errungen worden war.

Alle, die von diesem Grundgedanken einer Restauration des europäischen Konzerts und des Deutschen Reiches ausgingen, mußten somit den eigentlichen Fehler Adenauers in seiner Hinnahme *definitiver* Bindungen erkennen. Daß es unter den Aspekten kurzfristiger Opportunität keine praktikable Alternative zur vorläufigen Anlehnung an die Westmächte gab, war allerdings in der Gründungsphase der Bundesrepublik noch ziemlich unumstritten. Und selbst von denen, die insgeheim beabsichtigten, möglichst bald die konventionelle Linie deutscher nationalstaatlicher Politik in einem multipolaren europäischen System wieder aufzunehmen, konnten die europäischen Lösungen, die nun einmal angeboten wurden, als kurzer Umweg zurück zur breiten Straße traditioneller deutscher Nationalstaatspolitik begriffen werden.

Aber die Bedingungen der West- und Europapolitik durften ihrer Meinung nach nicht so beschaffen sein, daß dieser Rückweg überhaupt unmöglich gemacht wurde. Daher die Weheklage über die definitive Festlegung, die ja in der Tat bis heute definitiv geblieben ist.

Doch eben die definitive Bindung wünschte Adenauer, obwohl er auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Verträge im Jahr 1952 gewisse taktische Rückzieher machen zu müssen glaubte[76]. Stabilität der Demokratie und Sicherheit vor neuer Einkreisung waren nach den Erfahrungen der Vergangenheit nur beim prinzipiellen Verzicht auf autonome Großmachtpolitik möglich. Die militärische Sicherheit und die Zukunft als Industriegesellschaft schienen nur in einem westeuropäischen Integrationssystem gewährleistet, das in ein umfassenderes atlantisches System eingebettet war. Vor allem war Frankreich nur dann von einer sterilen anti-deutschen Sicherheitspolitik abzubringen, wenn es sich davon überzeugte, daß die Integrationspolitik Bonns mehr war als ein bloß taktisches Zwischenspiel. Nur wenn die definitive Bindung glaubhaft war, konnten

[75] Angeblich hat Adenauer 1925 mit Bezug auf Stresemann „das Unstete und Schwankende der deutschen Politik" gerügt (Paul Weymar, Konrad Adenauer. Autorisierte Biographie, München 1955, S. 132 f.). Doch ist zweifelhaft, ob das auf die Ost-West-Beziehungen gemünzt war; dazu mit guten Argumenten Fritz Stern, Adenauer und Weimar: Der Mann und das System, in: Das Scheitern illiberaler Politik. Studien zur politischen Kultur Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1974 (1972), S. 208.

[76] Das hat Arnulf Baring genau bemerkt: vgl. Die westdeutsche Außenpolitik in der Ära Adenauer, in: Politische Vierteljahresschrift 9 (1968), S. 49.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

somit die europäischen Lösungen für das deutsche Problem den gewünschten positiven Effekt erzielen.

Derart grundsätzliche Überlegungen waren es vor allem auch, die ihn alle Vorschläge einer Wiedervereinigung in einem blockfreien Status verwerfen ließen. Ein wiedervereinigtes, praktisch neutralisiertes Deutschland würde sich, so war Adenauer überzeugt, nie allein auf ein kollektives Sicherheitssystem verlassen können. Sein Potential wäre so gewichtig, seine Lage weiter so exponiert, daß es sich den Einflußnahmen von allen Seiten nicht würde entziehen können. Neutralisierung in einem kollektiven Sicherheitssystem wäre die beste Formel für Instabilität des europäischen Staatensystems. Eine weitere Katastrophe war dann vorprogrammiert, denn bei einer Wiedervereinigung hätte die Außenpolitik der Mittellage von besonders ungünstigen Bedingungen ihren Ausgang nehmen müssen. Wenn also Wiedervereinigung, so nur im festen europäischen Rahmen.

Oft ist damals und später die Auffassung vertreten worden, daß der Kanzler die Gelegenheiten des Jahres 1952 nach dem vielzitierten Diktum Sethes „versäumt" habe. Selbstverständlich sah auch er in den sowjetischen Noten vom Frühjahr 1952 Möglichkeiten zur Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates – aber eben zu Bedingungen, die er für verhängnisvoll hielt. Es ist also – sieht man die Entscheidungen des Jahres 1952 in der Perspektive Heinemanns, Dehlers, Sethes – noch sehr viel schlimmer, als diese es formulierten. Adenauer hat die Gelegenheit zur nationalstaatlichen Wiedervereinigung im blockfreien Status nicht „versäumt", sondern er hat sie mit voller Überlegung verworfen!

In den fünfziger Jahren waren ihm Neutralisierungsideen Anathema. Nur einmal hat er, soweit wir sehen, mit dem Gedanken einer Neutralisierung gespielt – in den Monaten vor der Moskauer Konferenz im Frühjahr 1947. Damals schrieb er an Dr. Elsässer, er sei sich noch nicht darüber im klaren, „ob bei der augenblicklichen außenpolitischen Situation die Frage der Neutralisierung anzuschneiden richtig ist". Echte Neutralität setze nämlich die Fähigkeit zur militärischen Sicherung der eigenen Integrität voraus. Dafür seien aber die Alliierten wohl aus verständlichen Gründen nicht zu haben. Doch er fügte hinzu: „Als Ziel der deutschen Politik würde ich eine derartige vollkommene Neutralisierung durchaus begrüßen. Wenn das Ziel auch nicht sofort erreichbar ist, so soll man es doch nicht aufgeben und die deutsche Politik über Sinn und Inhalt einer vollen Neutralisierung aufklären."[77] Solche Vorstellungen waren mit den Ideen der Westintegration kaum zu vereinbaren; sie zeigen aber wieder einmal, wie stark er von den jeweiligen Gegebenheiten des Systems her dachte.

Adenauer ist später nie mehr darauf zurückgekommen – ganz im Gegenteil. Wenn es in späteren Jahren eine Idee war, die er auch schon in ersten Ansätzen kompromißlos ablehnte, dann die einer Neutralisierung Deutschlands. Seine dies-

[77] An Dr. Elsässer, 17. 2. 1947; StBKAH, 07.13. Auf welche Vermutungen er sich dabei wohl stützte, geht aus einer Stellungnahme am 20. 12. 1946 hervor (Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, S. 252).

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bezüglichen Bemühungen hinsichtlich der berühmten Bindungsklausel gemäß Artikel VII, 3 des Deutschlandvertrags sind bekannt, ebenso alle späteren grundsätzlichen Einwände gegen den Eden-Plan in der ursprünglichen Fassung, gegen die Disengagement-Ideen der Jahre 1956 bis 1958 und gegen jede Form einer mitteleuropäischen Rüstungskontrollzone. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil die Entwicklung der so wichtigen Waffentechnologie jeden Gedanken an die erfolgreiche Selbstverteidigung eines wiedervereinigten Deutschlands seit langem schon illusionär erscheinen ließ.

Ein weiterer Hauptpunkt der nationalen Kritiker war die Bereitschaft Adenauers, all jene Projekte als positive europäische Lösungen gutzuheißen, die in Wirklichkeit nur Instrumente französischer Hegemonial- und Sicherheitspolitik waren: die Montan-Union, die EVG, den Generalvertrag mit der umstrittenen Bindungsklausel in Artikel VII, 3, das europäische Saarstatut. Zu befürchten schien eine Festschreibung der Machtverhältnisse auf Kosten der deutschen Interessen. Daß die Westverträge der Jahre 1950 bis 1952 ungleiche Verträge waren, ist schon damals offensichtlich gewesen. Ob aber der Kalkül aufgehen würde, daß die Eigendynamik der Entwicklung viele der strangulierenden Bestimmungen nach einigen Jahren außer Kraft setzen müßte, war in den Jahren von 1950 bis 1953 noch ziemlich ungewiß.

Wie immer auch die großen Entscheidungen hießen: westdeutsche Staatsgründung 1948/49, Ja zur Montan-Union im Mai 1950 und Beitritt zum Europarat, Ja zum Wehrbeitrag im gleichen Jahr, Festlegung auf das EVG-Konzept im Sommer 1951 – stets sah sich die Bundesrepublik der Erwartung gegenüber, erst einmal die bloße Aussicht auf vergrößerten Bewegungsspielraum innerhalb der westeuropäischen Staatengemeinschaft mit der Hinnahme langfristiger Festlegungen zu bezahlen.

Im Fall der Staatsgründung hieß dies, daß die Deutschen in der letzten Phase der von ihnen nicht verschuldeten Teilung bei einer weitgehenden Verfestigung des Status quo an der Getrenntentwicklung nun noch selbst mitwirkten. Das prinzipielle Ja zur Montan-Union mußte von Adenauer gegeben werden, ohne daß Klarheit darüber bestand, ob Frankreich den Vertrag nicht zu einer langfristigen Manipulation der deutschen Wirtschaft nutzen würde. Mit dem Beitritt zum Europarat war auch eine – faktisch vielleicht definitive – Separatentwicklung des Saargebietes verbunden. Der Wehrbeitrag mußte nach menschlichem Ermessen die Spaltung vertiefen und – so sah es damals aus – die Kriegsgefahr verschärfen. Auch in der EVG konnte man mit guten Argumenten nicht ein Element europäischer Gemeinschaftsentwicklung, sondern ein Institut zur langfristigen französischen Kontrolle des deutschen Militärpotentials sehen, wobei die Bundesrepublik die Kosten und Risiken, Frankreich den Nutzen gehabt hätte. Integrationspolitik war eben, man mochte es drehen und wenden wie man wollte, Vorleistungspolitik, gebaut auf das Prinzip Hoffnung.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reinhold Maier, gewiß kein Freund des Kanzlers, aber ein scharfsinniger Beobachter, hat den Sachverhalt rückblickend wie folgt beschrieben: „Die Deutschen wurden in vielen Einzelheiten entfesselt, in den Hauptpunkten voraussehbarer Entwicklung der internationalen Politik nicht nur neu gefesselt, sondern praktisch an den Westen geschmiedet." Sie wurden „vor allem in ihrer außenpolitischen Handlungsfähigkeit in ein festes Korsett eingeschnürt, das die alliierten Vertragspartner je nach ihren Interessen lockern konnten oder aber auch nicht"[78]. Die Entwicklung gab dem Kanzler recht. Die Westalliierten haben das Korsett in der Tat rasch gelockert. Aber riskant gespielt hat Adenauer damals.

Wenn die Verfechter der „alten Tradition" dem Optimismus des Kanzlers keinen Glauben schenken wollten, so auch wieder deshalb, weil ihr Denken von gewichtigen geschichtlichen Erfahrungen geprägt war und sich noch in den traditionellen Bahnen bewegte. Sie konnten sich größtenteils nicht vorstellen, daß der Erbfeind Frankreich nach einigen Jahren tatsächlich zu einer Außenpolitik der Verständigung und der fairen Zusammenarbeit bereit sein würde. Sie glaubten nicht an die Möglichkeit partnerschaftlicher Europapolitik, und sie zweifelten am Funktionieren europäischer Institutionen. Fixiert auf die klassische Großmachtdiplomatie rechneten sie nicht damit, daß die Nachkriegswelt gerade im europäischen Bereich eine Vielfalt neuer Methoden zur Intensivierung internationaler Zusammenarbeit hervorbringen würde. Vertraut waren ihnen nur die Denkkategorien des autonomen Nationalstaates, und diese schienen nach wie vor zeitgemäß. Das Denken in internationalen Prozeß- und Funktionszusammenhängen, wie es dann das dritte Quartal des 20. Jahrhunderts bestimmen sollte, war ihnen noch fremd. Sie sahen zwar zutreffend, daß gerade Frankreich nationale Zielsetzungen häufig in europäischer Verbrämung präsentierte, unterschätzten aber die realitätsverändernde Kraft der europäischen Idee und ihrer Protagonisten.

Daß auch Adenauer die starken negativen Strömungen in Frankreich sah, ist wohlbekannt. Wenn er sich dennoch auf die konkreten Projekte der Europapolitik in den frühen fünfziger Jahren einließ, so kamen dabei viele Motive zusammen: genuine Sympathie für europäische Ansätze, das Fehlen günstigerer Alternativen, das Gefühl, seit 1948 in einem dynamischen Prozeß zu stehen, der auch negative Festlegungen rasch obsolet machen würde, Vertrauen zu einzelnen Persönlichkeiten wie Jean Monnet, Robert Schuman, John McCloy – letzteres eine Komponente bei den Entscheidungen des Kanzlers, die bisher in ihrer Bedeutung zu wenig gewürdigt wurde. Seine Außenpolitik war bei allem Gespür für die Bedingungen des Systems doch immer auch stark auf einzelne ausländische Partner bezogen, auch die Europapolitik. Hinzu trat auch noch ein weiterer Faktor. Je länger er im europäischen Geschäft war, um so deutlicher ließ er sich auch von einer Einstellung tragen, für die der Ausdruck „Europäischer Nationalismus" nicht fehl am Platze ist.

---

[78] Reinhold Maier, Erinnerungen 1948–1953, Tübingen 1966, S. 446 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dies bringt zum letzten Themenkreis dieser Betrachtungen, zur Frage, auf welche politische Bezugseinheit er sich denn am stärksten orientiert hat – auf Westdeutschland bzw. die Bundesrepublik, auf Gesamtdeutschland, auf Europa, oder auf alle zusammen.

III. Europäische Definition der deutschen Interessen

Bis heute ist strittig, mit welcher Zielvorstellung von deutscher Politik Adenauers Europakurs eigentlich verbunden war. Ist er ein egoistischer bürgerlicher „Rheinbundpolitiker" gewesen, der Westdeutschland in der Stunde der Not vom gesamtdeutschen Schicksal abkoppelte und an den westeuropäischen Zug hängte? War die Integrationspolitik, wie er selbst behauptet hat, eng mit einem aufrichtig angestrebten Wiedervereinigungsprogramm verbunden? Oder haben gar jene Deuter seiner Europapolitik recht, nach deren Meinung er den Nationalstaat bereits hinter sich gelassen hatte, um einer größeren europäischen Einheit zuzustreben?

1. Soweit wir sehen, war es zuerst Rudolf Augstein, der das Stichwort „Rheinbundpolitik" in die Diskussion geworfen hat. Er sah viele Motive dafür: national pflichtvergessenen Egoismus eines rheinischen Bourgeois; tiefverwurzelte Abneigung des katholischen Kölners gegen den protestantischen Osten, besonders gegen Preußen; fatale Neigung zu separatistischer Politik, die sich schon in den Krisenjahren des Rheinlandes zwischen 1919 und 1923 gezeigt habe; Unverständnis für die traditionelle deutsche Außenpolitik der Mittellage, die sowohl nach Westen wie nach Osten schauen mußte[79]. Aus all dem als natürliche Konsequenz resultierend der Anschluß dieses „Rheinbunds unter dem Protektorat des Generals Eisenhower" an die westeuropäischen Staaten. Diese SPIEGEL-Interpretation der Adenauerschen Deutschland- und Europapolitik ist im Lauf der Zeit verfeinert und nuanciert, aber nicht grundsätzlich revidiert worden – erst in einer 1961 erschienenen Serie von Georg Wolff[80], später in einer nochmaligen grundsätzlichen Deutung aus der Feder Augsteins, die zum 100. Geburtstag Adenauers im Januar 1976 geschrieben wurde[81].

   Sie hat auch in der wissenschaftlichen Literatur ihre Spuren hinterlassen. Selbst Arnulf Barings bisher unübertroffene Darstellung und Analyse der grundlegenden Entscheidungen in den Jahren 1950 bis 1953 steht doch stark

[79] Augstein hat seine diesbezüglichen SPIEGEL-Artikel unter dem Pseudonym Jens Daniel in einer Broschüre des Titels erscheinen lassen: Deutschland – ein Rheinbund? Kommentare zur Zeit, o. J.

[80] Georg Wolff, Mein Gott, was soll aus Deutschland werden? Konrad Adenauer, seine Zeit, sein Staat, in: DER SPIEGEL, Nr. 40–46, 27. 9.–8. 11. 1961.

[81] Rudolf Augstein, Jener Mongole mit den schlauen Augen, in: DER SPIEGEL, Nr. 1/2, 5. 1. 1976.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unter dem Bann dieser auf den rheinischen Adenauer eingeschränkten Blickweise, wenn er beispielsweise schrieb: „Man gewinnt den Eindruck, als sei ihm alles, was östlich des Bergischen Landes lag, letztlich rätselhaft und unheimlich geblieben. Seine Phantasie blieb rheinisch-katholisch begrenzt."[82] Daher dann in den kritischen Perioden rheinischer Geschichte die Hinwendung zu Westeuropa und die Bereitschaft, westeuropäische Lösungen für die Probleme Deutschlands zu akzeptieren, die primär den Interessen des Rheinlandes entsprachen. Das Bewußtsein westeuropäisch-abendländischer Kultur und die konkreten Interessen des Westens hätten nach zwei Kriegen jeweils einen Kurs der Westbindung und der ausschließlichen Hinwendung zu den direkten westlichen Nachbarn bewirkt. Baring läßt allerdings vorsichtig offen, ob der erste Bundeskanzler überhaupt ein genuin westeuropäisches Konzept hatte. Geleitet von seinen geschichtlichen Erfahrungen, von den rheinischen Interessen und Instinkten habe er auf die Lage der Jahre nach 1945 reagiert und eben jene europäischen Lösungsmöglichkeiten aufgegriffen, die sich anboten.

Auch der Verfasser hat diesen Akzent seinerzeit nicht ganz vermieden. Aus seiner Darstellung der Anfänge der Adenauerschen Außenpolitik in der Besatzungsperiode wurde vor allem das suggestive Bild „Deutsche und europäische Politik mit dem Kölner Dom als Zentrum" aufgegriffen[83], wobei nicht genügend deutlich gesehen wurde, daß die Bedingungen der Jahre 1945–1947, in denen der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone primär auf die Probleme des rheinisch-westfälischen Gebiets konzentriert sein mußte, andere waren als die der Jahre 1950 bis 1952 und wieder andere als die der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre. Freilich hat Adenauer damals selbst in zahlreichen markanten Äußerungen die rheinische Perspektive seiner Politik betont.

Die rheinische Deutung der Genese Adenauerscher Europapolitik ließ sich unschwer zu einer Interpretation ausweiten, die in der Hinwendung nach Europa primär westdeutsche Interessenpolitik sah. So hat dies Besson in seiner großen Darstellung der Entwicklung westdeutscher Außenpolitik getan; sie sei, mit Richard Löwenthal zu sprechen, eine Politik der „westlichen Selbstbeschränkung"[84]. Adenauer habe aber seinen Kompaß verloren, als sich herausstellte, daß eine fugenlose Integration in Westeuropa nicht möglich war, während andererseits die west-östliche Entspannungspolitik den Westdeutschen ad oculos demonstrierte, daß sie auch ihrem mitteleuropäischen Schicksal nicht auf Dauer den Rücken wenden können[85]. In ähnlicher Weise konstatiert auch

---

[82] Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München und Wien 1969, S. 53.

[83] Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 423, 435. Vgl. dazu Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, S. 50.

[84] Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, S. 62.

[85] Vgl. Besson in dem schon erwähnten Essay „Der Streit der Traditionen: Über die historischen Grundlagen der westdeutschen Außenpolitik", S. 94–109.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Baring, daß Adenauer bis 1954 das „Fernziel einer westdeutschen Verschmelzung mit Westeuropa" erstrebt habe, während er danach wieder national im traditionellen Sinne zu werden begann[86].

In dieser Sicht der Dinge ist Richtiges und Falsches miteinander verbunden. Richtig ist, daß Adenauer immer in erster Linie die Freiheits- und Wohlfahrtsinteressen der Westdeutschen im Auge hatte, für die er Verantwortung trug. Daß seine Europapolitik in diesem Sinn auch nach Meinung des Verfassers instrumentale Bedeutung hatte, mag aus dem bereits Ausgeführten hinlänglich deutlich geworden sein. Desgleichen liegt der kulturelle Wurzelboden dieser Orientierung ebenso offen wie die Motive, die aus der Lebenserfahrung Adenauers kamen.

Aber manches ist auch verzeichnet. Wie eine genauere Lektüre der Grundsatzreden aus der Nachkriegszeit sehen läßt, war Adenauers Kritik am preußischen Geist doch recht nuanciert – wenn Adenauer den Militarismus und die Machtpolitik beklagte, wandte er sich gegen eine Tradition, die sich seit 1870/71 des ganzen Volkes bemächtigt habe. Der Separatismusvorwurf ist spätestens seit den Forschungen Erdmanns widerlegt. Man sollte auch die vielzitierten Bemerkungen über das „heidnische Berlin", die „asiatische Steppe", die hinter Magdeburg beginne, u. a. mehr nicht überbewerten – gedruckt lesen sich spöttisch-ironische Bemerkungen gewichtiger, als sie im rheinischen Tonfall gemeint waren. Das konfessionelle Argument, das in der SPIEGEL-Interpretation Adenauers solches Gewicht hat, überschätzt zudem die Bedeutung der Adenauerschen Katholizität für seine Politik und bewertet zu gering, daß er sich mit großer Entschiedenheit für die überkonfessionelle Union eingesetzt hat. Vor allem aber zeigt jede genaue Prüfung der Äußerungen im ersten Jahrzehnt nach 1945, daß der alte Herr, der noch zu jener Generation gehörte, deren Heldengestalt der Reichsgründer Bismarck war, im Deutschen Reich weiterhin die natürliche Ordnung der Dinge gesehen hat.

Wie die meisten westdeutschen Politiker, die damals für die Westbindung optierten, hat auch er darin keine Absage an die Idee der deutschen Einheit verstanden. Allerdings hielt er eine Wiedervereinigung nur im Rahmen der westeuropäischen Integration für erreichbar und international akzeptabel. Daß dies eine weitgehende Kapitulation der Sowjetunion bedeutet hätte, war auch ihm klar. Aber welcher demokratische deutsche Politiker, der in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre die Wiedervereinigung durch freie Wahlen forderte, hat nicht dasselbe erstrebt?

Die europäische Neudefinition der deutschen Interessenlage wäre politisch nicht durchsetzbar gewesen, wenn damit ein expliziter Verzicht auf das Ziel der nationalen Wiedervereinigung und der Wiedergewinnung der Ostgebiete verbunden gewesen wäre. Adenauer, der auf seine Art durchaus auch entschlossen

[86] Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, S. 334.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war, die Deutschen in der Ostzone zu befreien, war nicht bereit, einen derartigen Verzicht zu leisten. Er hätte es auch nicht gekonnt. Dennoch wurde ihm von allen Seiten entgegengehalten, daß seine Neudefinition der deutschen Interessen eben dies bedeutete. Wie seine Europapolitik von denen bewertet wurde, die in den klassischen nationalen Kategorien dachten, ist zu Beginn am Beispiel Brünings dargestellt worden. Der Kanzler befand sich hier in der Defensive und führte die Auseinandersetzung mit den bekannten Argumenten.

Das wichtigste langfristige Argument bestand aus zwei Thesen: Ein europäisches Verbundsystem, dem die Bundesrepublik angehörte, würde – erstens – auf lange Sicht so stark und in jeder Hinsicht so attraktiv sein, daß die Sowjetunion die Deutschen in der DDR nicht auf Dauer in ihrem Imperium halten könne. Damit verbunden war die zweite These. Es sei Rußland selbst bei voller Berücksichtigung seiner legitimen Sicherheitsinteressen zumutbar, sich auf eine Freigabe der Deutschen einzulassen, weil gerade die Einbettung Deutschlands in Westeuropa die beste Gewähr dafür gebe, daß ein wiedervereinigtes Deutschland keine Friedensgefahr für seine Nachbarn mehr werden könne.

Ob sich das erste Argument als zutreffend erweisen würde, war von 1950 bis 1955 während der Auseinandersetzungen um die Verträge nicht voll abzusehen. Wie wir inzwischen erfahren haben, lassen die positiven Auswirkungen der Politik der Stärke immer noch auf sich warten. Das zweite Argument aber stand von Anfang an im Widerspruch zu der Analyse, mit der Adenauer selbst die Integrationspolitik begründet hat. Von einer machtpolitisch expansiven Sowjetunion konnte nicht erwartet werden, daß sie sich aus ihrer günstigen Position in Mitteleuropa zurückzog und damit auch noch das Sicherheitsglacis gefährdete, das sie am Ende des Zweiten Weltkrieges erobert hatte. Dieses Argument ging zu schlicht von der Prämisse einer defensiven Sowjetunion aus, die es nach Adenauers Überzeugung gar nicht gab.

So stand die These, die Integrationspolitik werde auch dem deutschen Interesse einer aktiven Wiedervereinigungspolitik dienen, von Anfang an auf nicht besonders festen Füßen. Adenauer hat das auch gespürt. Der Wiedervereinigungskalkül, den wir seit Frühjahr 1952 bei ihm erkennen können, ist nur ziemlich indirekt mit der Europapolitik verbunden. Dieser Wiedervereinigungskalkül war im Kern ein Entspannungskalkül. Adenauer selbst hat ihn so bezeichnet, und er ging dabei von der Auffassung aus, ein Rückzug der Sowjetunion aus ihren vorgeschobenen Positionen werde nur erfolgen, wenn sie sich nicht mehr bedroht sehe. Sicher könne aber auch sie sich nur in einem Klima weltweiter und europäischer Entspannungspolitik fühlen. Das hinwiederum setze voraus, daß sie ihre expansiven Zielsetzungen aufgegeben habe, denn sonst werde auch der Westen nicht bereit sein, auf seine eigene Machtpolitik zu verzichten[87].

[87] Das wird genauer ausgeführt in dem schon erwähnten Aufsatz des Verfassers: Entspannung und Wiedervereinigung.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unter welchen Bedingungen, so fragte Adenauer in diesem Zusammenhang, kann eine derartige Entspannungsbereitschaft der Sowjetunion eintreten. Er entwickelte dabei meist drei Theorien:

1. Die Frustrationstheorie: Die sowjetische Führung werde eines Tages erkennen, daß sie gegenüber dem einigen und starken Westen nicht vorankommen könne. Auch die Einigung Europas, so glaubte Adenauer, müsse sie schließlich darin bestärken. Dann erst werde ein ernsthaftes Verhandeln möglich.

2. Die Krisentheorie: Die Kosten des Rüstungswettlaufs, der inneren Entwicklung, der Unterdrückung des Satellitensystems und einer expansiven Weltmachtpolitik würden untragbar. Daraus müsse sich ein genuines Interesse sowohl an echter Abrüstung wie an einer Aufgabe der kostspieligen Expansionspolitik ergeben. Davon könnte echte ost-westliche Entspannungspolitik ihren Ausgang nehmen.

3. Die China-Theorie: Die Belastung durch die chinesische Gefahr werde für Moskau irgendwann so groß, daß es sich nach Westen hin Entlastung schaffen müsse – vielleicht nach einer vorhergehenden Drangperiode.

Betrachtet man diesen sehr langfristigen Wiedervereinigungskalkül genauer, so ist unschwer zu erkennen, daß es ein im Grunde ziemlich defensiver Ansatz ist. Man müsse stark bleiben, den eigenen Bereich unangreifbar machen, dem Gegenspieler ständig die Nachteile der Konfrontation und die möglichen Vorteile echter Entspannung vor Augen halten, vor allem aber die Zeit für sich arbeiten lassen. Die positiven Veränderungen, mit denen Adenauer rechnete, wären zu einem Großteil Entwicklungen gewesen, die sich in der Sowjetunion selbst Bahn gebrochen hätten und die von außen nur indirekt beeinflußt werden konnten. Und natürlich hätten sie, obwohl Adenauer darin das Resultat einer Entspannungspolitik sah, doch ein fast vollständiges Nachgeben Moskaus vorausgesetzt.

Diese Grundauffassung liefert aber einen Schlüssel dafür, weshalb der Kanzler keine Bedenken hatte, mit der Integrationspolitik voranzuschreiten, obwohl sie die Lösung der Deutschlandfrage kurzfristig eher erschwerte. Nach seiner Lagebeurteilung gab es eben gar keine kurzfristig mögliche Lösung der Deutschlandfrage, die irgendwie befriedigend gewesen wäre. Wenn man aber in der Wiedervereinigungsfrage ohnehin geduldig abwarten mußte, dann konnte es nur von Vorteil sein, erst einmal in Westeuropa eine neue Basis zu legen. War dann – nach fünf, zehn oder noch mehr Jahren – die Zeit für ein ernsthaftes Verhandeln über die deutsche Frage gekommen, so war inzwischen in Westeuropa ein völlig neues System konsolidiert, in dem auch ein wiedervereinigtes Deutschland Platz finden konnte. Kam es aber auf lange Zeit zu keinen ertragreichen Wiedervereinigungsgesprächen, so wäre es erst recht falsch gewesen, die möglichen Integrationsfortschritte im Westen nicht wahrzunehmen.

Das Urteil über die Adenauersche Neudefinition der deutschen außenpolitischen Interessen hängt also von der Antwort darauf ab, ob Moskau bei einer

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutschen Politik des Abwartens und des Vermeidens definitiver Festlegungen zu Angeboten bereit gewesen wäre – zu Angeboten, die erstens die Wiedervereinigung in Freiheit ermöglicht hätten und zweitens eine gewisse Gewähr dafür boten, daß dieses wiedervereinigte Deutschland sicher und frei blieb. Schon im ersten Punkt war Adenauer sehr skeptisch, im zweiten war und blieb er völlig ungläubig. Von diesen Prämissen ausgehend sah er also keinen Widerspruch darin, die deutschen Interessen europäisch zu definieren, gleichzeitig aber am Ziel einer Befreiung der Irredenta in der DDR festzuhalten. Wer diese Prämissen nicht teilte, kam zu dem – aus Adenauers Sicht der Dinge – völlig ungerechtfertigten Schluß, den Brüning in einem seiner Briefe am Jahresende 1951 zog: „Der Mann in Bonn hat ja kein Interesse am Osten trotz allen Getues."[88]

Ähnlich sahen es auch zynische französische Diplomaten, die gleichfalls wenig von der deutschen Wiedervereinigung hielten. Während Kritiker wie Brüning die Schädigung des vitalsten aller deutschen Interessen als eine vielleicht ungewollte, aber doch unvermeidliche Folge der Europapolitik Adenauers ansahen, konnte man darin natürlich auch ein Instrument sehen, mit dem die Teilung ganz planmäßig konsolidiert wurde. Sulzberger hat sich ein Gespräch mit Hervé Alphand notiert, das er am 4. November 1953 in Paris führte: „Alphand räumte ein, daß es Leute gibt, die in der EVG eine Möglichkeit sähen, die Teilung Deutschlands zu verewigen. Er lächelte und zwinkerte, als er das sagte; ich habe aber keine Ahnung, ob er sich damit auf sich selbst bezog oder nicht. Es war natürlich Irrsinn der Deutschen, Adenauers Theorie zu glauben, daß die EVG der einzige Weg zur Wiedervereinigung sei. Er glaubte jedoch nicht, daß die Tradition der deutschen Einheit bei den Deutschen so tief verwurzelt sei wie bei den Franzosen. Als Folge scherten sich viele Westdeutsche den Teufel darum, was ihren Vettern in Ostdeutschland geschah, solange es ihnen selbst gutging und sie geschützt waren."[89]

In dieser Sicht war Adenauers europäische Neudefinition der deutschen Außenpolitik nur ein durchsichtiger Versuch, aus dem Deutschen Reich auszusteigen und in Wirklichkeit die langfristigen Interessen dessen zu definieren, was man 1948 den „Weststaat" nannte: die Interessen also der Bundesrepublik Deutschland.

Jedoch werden in dieser Deutung die Überlegungen Adenauers zu sehr vereinfacht. Er war ein besserer Europäer und auch ein besserer Deutscher, als es diese simplifizierte Deutung wahrhaben will, aber er war keine unentschiedene Hamletfigur. Deshalb hat er, als die Entscheidung anstand, nicht gezögert, die langfristigen Interessen Deutschlands *vorerst* – bis eine günstigere Stunde kam – als die Interessen der Bundesrepublik zu definieren, einer Bundesrepublik nota-

[88] Heinrich Brüning, Briefe 1946–1960, S. 291.

[89] Cyrus L. Sulzberger, Auf schmalen Straßen durch die Nacht. Erinnerungen eines Augenzeugen der Weltgeschichte 1934–1954, Wien, München, Zürich 1971, S. 524.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bene, die sich während der ganzen fünfziger Jahre noch ganz selbstverständlich als den deutschen Kernstaat und die DDR als Zone verstand.

Die List und vielleicht sogar die innere Logik der Geschichte hat aber dann dazu geführt, daß eine Integrationspolitik, die in den Anfängen auf die Geschichte und auf die Zukunft des Deutschen Reiches bezogen war, mehr und mehr zu einem Konzept wurde, das allein der Bundesrepublik auf den Leib geschnitten war. Was Adenauer in den ersten Jahren der Besatzungsherrschaft und des Bonner Staates als Neudefinition der deutschen Interessen begonnen hatte, wurde – mit Waldemar Besson zu sprechen – zur „Staatsräson der Bundesrepublik".

Wenn man nicht künstlich zwischen einem guten Europäer Adenauer vor dem Scheitern des EVG-Vertrags 1954 und einem wieder stärker nationalorientierten der Folgezeit unterscheiden möchte, spricht eben doch viel für die Annahme, daß der Kanzler auch in der dynamischsten und interessantesten Phase der Westpolitik von 1950 bis 1954 immer zugleich auch die Wiedervereinigung im Blick hatte – allerdings als Fernziel. In der Lage Deutschlands hatten sich seit 1945 so viele unerwartete Veränderungen ergeben, ein Provisorium war, mit Kurt Schumacher zu sprechen, hinter dem anderen her auf die Bühne der Geschichte gestolpert, daß weitere positive Veränderungen der Lage Deutschlands, mittelfristig gesehen, doch noch wahrscheinlich schienen.

2. Schließt man aber einen entschlossenen Verzicht Adenauers auf die Wiedervereinigung aus, so sieht man sich der zweiten Deutung seiner Europapolitik gegenüber. Nach ihr war Adenauers Integrationspolitik in ihrer Gesamtanlage auf die Wiederherstellung des Deutschen Reiches abgestellt – und eben nicht auf eine europäische Föderation. Mancher kluge und skeptische Zeitgenosse des Kanzlers ist von dieser Annahme ausgegangen. Allerdings hat die spätere Forschung dieser Hypothese bisher weniger Beachtung geschenkt.

Der erste Staatspräsident der IV. Republik, Vincent Auriol, dessen Tagebuch eine Fundgrube für alle jene ist, die die Überlegungen der germanophoben Denkschule in Frankreich studieren möchten, notierte am 30. September 1953, unmittelbar nach den Bundestagswahlen, aus einem Gespräch mit dem amerikanischen Journalisten E. Moorer: „Il faut prendre garde. Il ne faut pas répéter qu'Adenauer est le grand Européen. Hitler l'était avant lui, à sa manière. Les Allemands veulent refaire leur unité. Vous n'empêcherez pas cela. Et puis, ils chercheront à faire leur unité territoriale. Ils ne renonceront jamais à leurs territoires de l'Est et ils feront tout pour les reconquérir. N'oublions pas qu'avant les élections Adenauer est allé s'incliner sur la tombe de Bismarck. Il a dit dans une réunion, il y a deux ans: ‚Nous considérons l'alliance comme offensive et défensive, car nous voulons reconquérir nos territoires de l'Est'; et si l'Allemagne n'a pas satisfaction du côté de l'Ouest, elle se tournera vers la Russie."[90] Auriol hat übrigens später sein Urteil über Adenauer mehr und mehr revidiert.

[90] Journal du Septennat 1947–1954, Tome VII, 1953–1954, Paris 1971, S. 438.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Denselben Verdacht notierte Cyrus L. Sulzberger, der Anfang der fünfziger Jahre von Adenauer verschiedentlich zu ausführlichen Unterredungen empfangen wurde. Der Kanzler hatte ihm bei einem Zusammentreffen am 9. Juni 1952 von seinen Überlegungen gesprochen, Polen, das er „als die östlichste Bastion der westlichen Welt" ansah, eines Tages für ein Kondominium über die Ostgebiete zu gewinnen; denkbar sei auch eine UN-Treuhänderschaft. „Persönlich", so meinte Sulzberger dazu, „sehe ich in diesem Denken den deutlichen Wunsch, mit Hilfe der NATO, der EVG, selbst der UN ehemals deutsche Gebiete an die Bundesrepublik zurückzuholen, und zwar unter der Tarnung, ein stärkeres ‚Europa' aufzubauen. Ich glaube, das ist der Schlüssel zu Adenauers heutiger Außenpolitik, und ich glaube nicht, daß unsere Regierung das durchschaut."[91] Und etwas mehr als ein Jahr später, am 17. August 1953, notierte Sulzberger nach einem weiteren Gespräch mit dem Kanzler: „Für mein Geld ist Adenauer auf seine listige, kluge Art darauf aus, *unter der Tarnung der europäischen Idee* (vom Verfasser hervorg.) alle Gebiete zwischen der Saar und Ostpreußen für Deutschland zurückzuholen. Wer kann ihn tadeln? Letzten Endes ist er deutscher Staatsmann."[92]

Nach dieser Deutung hat also auch Adenauer – vom Gros seiner Koalition oder der sozialdemokratischen Opposition ganz zu schweigen – das vorrangige Interesse seiner Außenpolitik in der Wiederherstellung des Deutschen Reiches und der Wiedererlangung der verlorenen Provinzen gesehen. Die Integrationspolitik war nur Mittel zum Zweck, der europäische Zusammenschluß kein Ziel an sich, sondern bloßes Instrument zur Durchsetzung nationaler Ziele. Zu einer so verstandenen Europapolitik hatte schon Bismarck in dem Diktat vom 9. November 1876 bereits alles Nötige gesagt: „Ich habe das Wort Europa immer im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten."[93]

Alle bisher zugänglichen Quellen deuten indessen darauf hin, daß diese Interpretation der Motive Adenauerscher Integrationspolitik falsch ist. Gewiß hat er alles versucht, um die Option der Wiedervereinigung und die Frage der Ostgrenzen offenzuhalten, wenn möglich auch der Wiedervereinigung näherzukommen. Aber dies war nicht das Entscheidende: vorrangig war seine Absicht, die deutsche Interessenlage neu – und zwar auf Westeuropa hin – zu definieren.

Die Indizien, die gegen die Annahme einer bloß taktisch und auf Zeit angelegten Europapolitik sprechen, können nur kurz umrissen werden. Dagegen spricht die Tatsache, daß er bewußt definitive langfristige Bindungen einge-

---

[91] Cyrus L. Sulzberger, Auf schmalen Straßen durch die Nacht, S. 464.

[92] Ebenda, S. 511.

[93] Diktat vom 9. 11. 1876, in: Die große Politik der europäischen Kabinette, Bd. II, 1922–1927, S. 88.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gangen ist, denen sich ein wiedervereinigtes Deutschland nur schwer hätte entziehen können: mit dem Beitritt zur Montan-Union, mit der EVG und mit dem Deutschlandvertrag. Dagegen sprechen die ständig teils öffentlich, teils intern artikulierten Begründungen, die er für die Europapolitik gegeben hat. Dagegen spricht, daß er weder im Frühjahr 1952 noch in der unklaren Lage kurz nach Abschluß des Österreichischen Staatsvertrags im Frühjahr 1955 keinen Augenblick erwogen zu haben scheint, eine neutralistische Lösung der deutschen Frage anzusteuern. Dagegen spricht auch eine zunehmende Neigung, die europäische Einigung als Wert an sich zu verstehen – eine Neigung, die bei manchen die Überzeugung nährte, Adenauer habe, den Blick fest auf die Vereinigten Staaten von Europa gerichtet, sowohl die Interessen der Bundesrepublik wie die der deutschen Nation bereits weit hinter sich gelassen.

Man wird also auch in bezug auf den Zusammenhang seiner Europapolitik mit der gesamtdeutschen Politik zum Schluß kommen, daß er ein Mann des „Sowohl-Als-auch" gewesen ist, wobei allerdings die europäische Einigung zeitlichen Vorrang hatte. Der Verdacht liegt zwar nahe, er habe gewußt, daß die Entscheidung hinsichtlich der zeitlichen Abfolge auch die Entscheidung in der Sache beinhalte – somit gegen die Wiedervereinigung. Doch das ist aus der Rückschau leichter zu sehen als aus der Sicht der frühen fünfziger Jahre.

3. Und wie steht es nun mit der dritten Hypothese – Europa als Wert an sich und als höchstes Ziel Adenauerscher Außenpolitik?

Daß der Kanzler die Integration *auch* instrumental verstanden hat, wurde bereits ausgeführt. Von einer monomanen Absolutsetzung der Idee einer europäischen Föderation, die ihm in der tagespolitischen Auseinandersetzung verschiedentlich unterstellt wurde, kann keine Rede sein. Dennoch trifft es zu, daß er in gewisser Weise Europa ebenso als Ziel seiner Außenpolitik begriffen hat wie die Wiedervereinigung.

Dabei ging er von einer geschichtlichen Lagebeurteilung aus, die er mit dem Stichwort „Machtverfall Europas" kennzeichnete[94].

Immer wieder hat Adenauer seit dem Zweiten Weltkrieg in weit ausholenden Ansprachen wie in Gesprächen mit ausländischen Diplomaten und Politikern dieses Thema variiert. Die Überlegung wurde meist in ähnlichen Worten präsentiert, hier eine Fassung vom Oktober 1950 aus der Grundsatzrede vor dem Gründungskongreß der CDU in Goslar:

[94] Dieser Gedanke war im Argumentationsarsenal der Europabewegung nicht neu. Albert Demangeon hatte kurz nach dem Ersten Weltkrieg in einem stark beachteten Buch auf diese Folge des Krieges aufmerksam gemacht (Le Declin de l'Europe, Paris 1920). Auch Coudenhove-Kalergi prophezeite den Untergang Europas, falls es sich nicht einige: es würde dann zum Schlachtfeld außereuropäischer Mächte und bei der Verteilung der Märkte und Rohstoffe übergangen (Paneuropa, Wien/Leipzig 1923, S. 16, 26 f.).

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Bis zum Jahr 1914 sah die Welt folgendermaßen aus: Deutschland war die stärkste Militärmacht, England war die stärkste Seemacht der Welt, seine Flotte war größer als die beiden nächstfolgenden Flotten zusammen. Frankreich war eine wirtschaftlich und militärisch starke Großmacht. Das Gleiche gilt von Italien. Als weitere Großmacht vereinigte Österreich-Ungarn in sich die Volkskräfte des früheren großen Österreichs, Ungarns und der Tschechoslowakei, und es band fast die gesamten Balkanstaaten an Europa. Rußland war eine Großmacht, aber es betrachtete sich als zu Europa, zu dessen Kultur gehörend. Dieses politisch und wirtschaftlich starke und im großen und ganzen im Gleichgewicht sich befindende europäische Staatensystem konnte kraft seiner Stärke und infolge seines Gleichgewichts wirtschaftlich und politisch die übrige Welt führen: die Vereinigten Staaten von Nordamerika waren 1914 – man glaubt es nicht, wenn man es heute sagt – ein Schuldnerland. Ihre Streitmacht war relativ klein . . . Europa war maßgebend für die Geschicke der Welt.

Und jetzt? Deutschland in zwei Teile gewaltsam zerrissen, politisch und wirtschaftlich schwer geschädigt, außenpolitisch ein Vakuum. Frankreich hat sich von schweren Wunden, die es in beiden Kriegen bekommen hat, bisher nicht erholen können. Das Gleiche gilt von Italien. England hat, obgleich es der Staatskunst seiner Lenker gelungen ist, in erheblichem Umfange die alten Empire-Verbindungen aufrecht zu erhalten, schwer an seinem wirtschaftlichen und politischen Einfluß gelitten und seine Weltgeltung zum Teil verloren.

Sowjet-Rußland fühlt sich nicht mehr als europäische, sondern als bolschewistische Macht . . . Es ist aber in der Lage, aufgrund seiner Ausdehnung nach Mitteleuropa und durch die 5. Kolonne auf die politischen Geschicke anderer europäischer Länder einen entscheidenden Einfluß in seinem Sinne auszuüben.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben sich seit 1914 zu einer Weltmacht allerersten Ranges entwickelt. Man kann, ohne zu übertreiben, sagen, daß seit der Zeit des Römischen Reiches unter Kaiser Augustus kein Land jemals eine solche Macht in Händen gehabt hat, wie sie jetzt die Vereinigten Staaten besitzen. Es ist die stärkste Militärmacht, die stärkste wirtschaftliche Macht der Erde . . . Während Europa bis zum Jahre 1914 entscheidend das politische und wirtschaftliche Geschehen in der Welt beeinflußte, ist es jetzt in einen Zustand der Lähmung verfallen, der es ihm nicht erlaubte, entscheidend in den Lauf der Dinge einzugreifen . . ."[95]

Adenauer hat in der eben zitierten Rede die europäische Konsequenz aus dieser Lagebeurteilung nicht voll ausgeführt, sondern den Akzent stärker auf den Antagonismus von freier Welt und totalitärem Osten gelegt. Aber zumeist zog er aus der breiten Darlegung des Machtverfalls Europas die Forderung nach dem europäischen Zusammenschluß. Überlegungen dieser Art tauchen

[95] Konrad Adenauer, Reden 1917–1967, S. 183 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ständig in seinen grundsätzlichen Äußerungen zur Europafrage auf bis hin zur letzten großen Rede, die der 91jährige am 16. Februar 1967, einige Wochen vor seinem Tode, im Ateneo in Madrid gehalten hat.

Verschiedenes fällt bei diesem Argumentationsmuster auf. Zuerst die europäische Perspektive. Das Konzept eines europäischen Zusammenschlusses wird nicht aus der deutschen Interessenlage, sondern aus der Europas entwickelt.

Elemente eines europäischen Nationalismus und kulturellen Überlegenheitsgefühls sind dabei gar nicht zu übersehen. Das betraf auch Adenauers Einstellung zum Dekolonisierungsvorgang und zum Selbständigkeitsverlangen der Nationalbewegungen und der jungen Staaten in Afrika und Asien[96]. Der Kanzler hat in dieser Hinsicht nie ganz aufgehört, die überseeische Welt wie in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zu sehen – wenn man so will in der Perspektive von Rudyard Kipling. Das äußerte sich auch immer wieder konkret: Er hat selten ein abfälliges Wort für die Anstrengungen Frankreichs und Großbritanniens gefunden, ihre überseeischen Einflußzonen beizubehalten, notfalls auch durch Intervention und Repression. Intern ermutigte er Frankreich, aus geostrategischen Gründen – gleichsam stellvertretend für Europa – an seinen Positionen im Maghreb festzuhalten. Er hatte volles Verständnis für die Suez-Intervention und den Algerienkrieg. Er zweifelte bis auf weiteres auch an der Fähigkeit der jungen Staaten, die Geschicke ihrer Völker verantwortlich zu gestalten. Man findet bei ihm keine Spur von Schuldgefühl wegen der kolonialen Vergangenheit, wohl aber Stolz auf die einstige Weltgeltung Europas. Die humanitäre Entwicklungsthematik, die den liberalen und sozialistischen Denkschulen auch seiner Zeit schon so sehr am Herzen lag, hat ihn wenig gekümmert; von vorrangiger Bedeutung schienen ihm machtpolitische und geostrategische Überlegungen.

Sein nostalgisches Bild der einstigen Weltmachtstellung Europas erinnert in manchem an die etwas romantisierende Art und Weise, in der die politischen Generationen der nach-napoleonischen Ära und der Reichsgründungsepoche angesichts der nationalen Ohnmacht und Zersplitterung die große, besonnte Vergangenheit des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation sahen und daraus die Entschlossenheit ableiteten, Deutschland wieder zu einem Machtfaktor, doch ebenso zu einem kulturell führenden Staat zu machen.

Der Machtstaatsgedanke ist in diesem Europakonzept mit Händen zu greifen, obgleich – wie auch bei vielen der eben erwähnten Deutschen, die sich in Nostalgie nach der einstigen Größe des Kaiserreichs verzehrten – überhöht durch

[96] Hier finden sich übrigens Parallelen zum Denken Coudenhove-Kalergis, der die Kolonien im Interesse europäischer Weltgeltung für unverzichtbar hielt. Adenauer ging nie soweit, die Aufrechterhaltung des Kolonialsystems zu propagieren. Er konnte aber in seiner Liquidierung auch keinen Vorteil erkennen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die idealistische Überzeugung von der Überlegenheit abendländischer Kultur. In diesem Zusammenhang kommt bei Adenauer das Wertsystem europäischer Demokratie ins Spiel, die seiner Überzeugung nach auf dem christlich begründeten Menschenbild des Personalismus beruht und weltweite Vorbildlichkeit beanspruchen kann. Entscheidend aber ist doch der machtstaatliche Ansatz, auch wenn er in den öffentlichen Äußerungen bemüht war, in dieser Hinsicht keine schlafenden Hunde zu wecken.

Dabei hat er die Macht in ihren verschiedenen Dimensionen begriffen: als zivilisatorisch-kulturelle Überlegenheit, als Überlegenheit eines gewaltigen Wirtschaftsraums von stärkster Dynamik, als militärische Macht und als politische Macht gebündelten Willens der europäischen Industriestaaten. Weltmacht Europa: dies war durchaus die langfristige Zielvorstellung des Kanzlers, die allerdings mit nüchterner Einsicht in das derzeit Machbare verbunden war.

Es liegt nahe, in diesem Denken die Konsequenz aus der deutschen Niederlage zu erkennen. Nachdem es Deutschland, so könnte die Überlegung entstanden sein, nicht gelungen war, Sicherheit und Wohlfahrt der Deutschen durch Aufbau eines Machtstaates zu gewährleisten, mußte dies angesichts der inzwischen fundamental veränderten wirtschaftlichen, geostrategischen, waffentechnologischen Gegebenheiten nochmals auf einer sehr viel breiteren, eben der europäischen Ebene versucht werden. Tatsächlich finden sich aber wenig Anhaltspunkte dafür, daß dieses Element seines Europakonzepts primär das Resultat der Katerstimmung nach dem Scheitern auch des zweiten „Griffs nach der Weltmacht" gewesen ist. Allem Anschein nach ging er tatsächlich von einer genuin europäischen Sicht der Dinge aus, wobei die geschwächte Lage Deutschlands ja nur ein Sonderfall unter anderen war.

Eher wird man sagen können, daß sich in solchen Gedankengängen eine deutliche Sehnsucht nach der „Welt von gestern" äußerte. Es ist häufig gesagt worden, de Gaulle habe in den außenpolitischen Kategorien des 17. Jahrhunderts gedacht. Adenauers Geschichtsbild war demgegenüber von den Erfahrungen der Welt vor 1914 geprägt – in manchem doch 19. Jahrhundert.

Dabei fällt auf, welche große Rolle das Paradigma der deutschen Einigung in allen seinen Überlegungen spielte. Mit dem Konzept der „organischen Verflechtung" der europäischen Volkswirtschaften und durch die EWG sollte etwas Ähnliches erreicht werden wie seinerzeit mit dem Deutschen Zollverein; der politische Zusammenschluß in Formen, die sich nach den Bedingungen der Konstellation zu richten hatten, würde, so meinte er, der wirtschaftlichen Phase zu gegebener Zeit nachfolgen[97].

Ebenso wichtig war für ihn die geschichtliche Erfahrung, daß schließlich auch das Deutsche Reich in einer nicht eben durch Logik und staatsrechtliche

[97] Die Analogie zur wirtschaftlichen Einigung Deutschlands ist schon im Kingsbury Smith-Interview vom 21. 3. 1950 in aller Ausführlichkeit entwickelt worden (siehe Erinnerungen 1945–1953, S. 314).

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Systematik gekennzeichneten Abfolge unterschiedlichster Ansätze staatenbundlicher und bundesstaatlicher Natur geschaffen worden war. Dabei stand auch nicht von vornherein fest, welche Staaten tatsächlich an dem Zusammenschluß teilnehmen wollten.

Jedenfalls läßt sich die These belegen, daß Adenauer mit dem europäischen Zusammenschluß unter den Bedingungen der zweiten Hälfte des 20. und vielleicht sogar des 21. Jahrhunderts den Vorgang der Gründung des Deutschen Reiches nochmals auf westeuropäischer Basis wiederholt sehen wollte. Der alte Herr dachte dabei durchaus in weiten historischen Zeiträumen. Und dieses europäische Machtzentrum würde dann – das war von ihm durchaus nicht vergessen – die Erlösung der „Irredenta" unterworfener abendländischer Völker zur Aufgabe haben: der Polen, Ungarn, Tschechoslowaken und ganz besonders auch der Ostdeutschen. Das ganze Europa lag also durchaus in der ferneren Zielperspektive, insofern hatte er mehr im Sinne als eine exklusive Westeuropa-Föderation. Auch hier liegen die Parallelen zur deutschen Entwicklung nach der Reichsgründung auf der Hand.

Es war also durchaus kein harmloses Europa-Konzept, das sich aus seinem Entsetzen über den Machtverfall Europas herausdestillierte. Die „Gefährlichkeit der Lage", so beschwor er seine Hörer ganz am Ende seiner Tage im Ateneo zu Madrid, „die außerordentliche Schnelligkeit der Entwicklungen zwingt Europa zu schnellem, entschlossenem Handeln, zwingt es zur schnellen politischen Einigung, um seine besonderen Interessen zu wahren und damit seine Existenz als Faktor des Weltgeschehens zu erhalten . . . Wenn die europäischen Länder oder auch nur ein großer Teil von ihnen in einer politischen Union geeint sind, wird ihre Stimme in der Weltpolitik gehört werden auch in den Fragen, die mit der nuklearen Waffe und der Verwendung der Atomkraft für friedliche Zwecke zusammenhängen."[98]

Welche politische Form allerdings dieses Europa haben sollte und aus welchen Teilnehmern es sich zusammensetzen würde, blieb unbestimmt. Adenauer war nie bereit, mit institutionellen Blaupausen zu arbeiten. Jeder Teilnehmerkreis schien ihm akzeptabel, unter der Voraussetzung allerdings, daß Frankreich und Deutschland mit dabei waren, und nur dann, wenn sich die teilnehmenden Staaten wirklich zu gemeinsamem Handeln zusammenschlossen, das auch machtpolitische Konsequenzen hatte.

Institutionell aber war alles vorstellbar: von Organisationsformen nach dem lockeren Modell des Europäischen Konzerts, wie es von Metternich zwischen 1815 und 1824 gestaltet wurde, bis hin zum föderalistischen Modell der Vereinigten Staaten von Europa nach dem Vorbild der amerikanischen Bundesverfassung von 1787 oder des Bismarck-Reiches. Ganz offensichtlich mußte man in den Anfängen erst einmal mit den lockeren Organisationsformen expe-

[98] Konrad Adenauer, Reden 1917–1967, S. 489.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rimentieren. Insofern hat er die Auseinandersetzungen zwischen Konföderalisten und Föderalisten immer als ziemlich müßig betrachtet. Auf lange Sicht gesehen lag der europäische Bundesstaat natürlich in der Fluchtlinie seiner Gedankengänge. Das wußte er genau. Kurz- und mittelfristig mußte man sich aber mit vorläufigen Lösungen begnügen – ein Punkt, den die „Hyper-Europäer" seiner Meinung nach allzuleicht übersahen[99].

Sulzberger, der ihn auch in den sechziger Jahren noch aufzusuchen pflegte, hielt er am 2. April 1962 in Cadenabbia einen langen Vortrag zum Thema Föderation oder Konföderation und meinte: Im Völkerrecht seien die Begriffe Föderation und Konföderation vielfältig entwickelt und interpretiert worden. Er meine, daß die politische Union genauso in Stufen entwickelt werden müsse wie der gemeinsame Markt. Er denke da so wie de Gaulle. Er wolle auch an die deutsche Geschichte erinnern, wo in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erst der Norddeutsche Zollverein, dann der Deutsche Zollverein entstanden sei, um sich dann im Politischen zu entwickeln. Nach seiner Meinung sollte man hier nicht zu theoretisch sein[100].

Von der Idee, die EWG stufenweise in einen Bundesstaat zu entwickeln, hielt er nicht viel. In diesem Punkt kam es im Juli 1960 zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten mit Hallstein, dem er den dringenden Rat gab, nicht zu scharf und zu schnell vorzugehen. Mit Rücksicht auf de Gaulle, aber auch in klarer Erkenntnis des Entwicklungsstandes der öffentlichen Meinung hielt er in der Spätphase seiner Europapolitik eine Art „Zweigleisigkeit", wie er sich ausdrückte, für den besten Weg: einerseits Fortentwicklung des Gemeinsamen Marktes, andererseits Aufbau einer Politischen Union, der notfalls nicht alle EWG-Mitglieder angehören mußten – am Ende waren es dann nur noch zwei, Frankreich und Deutschland. Und an einen hochgestellten CDU-Politiker, der ihn davor warnte, sich auf de Gaulles Konzept eines „Europa der Vaterländer" einzulassen, schrieb er im August 1960, er halte eine europäische Regierung derzeit nicht für möglich, da die Europäer in den verschiedenen Ländern einfach dafür noch nicht reif seien. Man müsse die Frage des europäischen Zusammenschlusses mit großer Gelassenheit behandeln und müsse sich vor allem Zeit lassen. Auch dabei erinnerte er wieder an den Norddeutschen Zollverein.

Wenigstens in seiner Spätphase hielt er zu dem Konzept der Supranationalität sorgfältig Abstand. Einem amerikanischen Besucher gegenüber bemerkte er einige Monate vor dem Rücktritt, ehe wirklich supranationale Institutionen geschaffen werden können, brauche man ein supranationales Parlament, das aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen sei. Man wolle keine supranationale Bürokratie, sondern einen echten supranationalen Staat.

War das – wie oft gesagt wurde – eine unter dem Einfluß de Gaulles vollzogene Kehrtwendung gegenüber seinen föderalistischen Anfängen? Die Frage

[99] So zu de Gaulle am 3. Juli 1962, vgl. Erinnerungen 1959–1963, S. 162.
[100] C. L. Sulzberger, The Last of the Giants, New York 1970, S. 868.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kann hier nicht vertieft erörtert werden, da es in unserem Zusammenhang in erster Linie um den Machtstaatsgedanken in Adenauers langfristigen Europa-Vorstellungen geht.

Ganz sicher ist, daß er schon geraume Zeit *vor* der Rückkehr de Gaulles zur Macht den Akzent auf differenzierte konföderalistische, wenn nicht gar präkonföderalistische Ansätze legte, etwa in einer Ansprache vor den Grandes Conférences Catholiques in Brüssel am 25. September 1956. Der Kernpunkt dieser Ansprache verdient es, im Wortlaut wiedergegeben zu werden: „Wir müssen noch ein weiteres lernen aus den Erfahrungen der letzten zehn Jahre: Die Verwirklichung der Europäischen Integration darf nicht unmöglich gemacht werden durch eine Krankheit unserer Zeit, den Perfektionismus. Die Europäische Integration darf nicht starr sein, sie muß so dehnbar und so elastisch sein wie eben möglich. Sie darf kein einschnürender Panzer sein für die europäischen Völker, sie muß vielmehr ihnen und ihrer Entwicklung ein gemeinsamer Halt, eine gemeinsame Stütze für eine gesunde, den berechtigten Eigenheiten eines jeden Einzelnen entsprechende Entwicklung sein. Ich halte deshalb supranationale Einrichtungen nicht für notwendig; sie schrecken vom Beitritt ab, sie tragen zur Verwirklichung des gemeinsamen Ziels nichts bei, weil ja hinter solchen supranationalen Einrichtungen keine Gewalt steht, die ihren Beschlüssen gegenüber dem Widerstreben einzelner Mächte Geltung zu verschaffen in der Lage ist. Auf der anderen Seite darf das Wirken und das Wirksamwerden einer solchen Föderation nicht von dem Willen oder den vermeintlichen Interessen eines einzelnen Mitgliedes abhängen. Ich bin überzeugt, daß sich ein Mittelweg zwischen den beiden Extremen finden läßt."[101]

Bei genauerem Zusehen zeigt sich, daß er aber auch schon 1953, bei Gelegenheit der Beratungen über den Verfassungsentwurf der ad hoc-Versammlung, für ein behutsames Vorgehen war. Übereilte Maßnahmen, meinte er, könnten leicht zu einem Rückschlag der europäischen Entwicklung führen; weiser Fortschritt nach dem Vorbild der Schweiz müsse die Devise sein. Vielleicht hätten das die entschiedenen Europäer in der ad hoc-Versammlung nicht so gesehen. Er war dagegen, dem Europäischen Parlament die Kompetenz-Kompetenz zu geben, auch gegen das Recht des Parlaments, permanent zu tagen und sich mit allem und jedem zu befassen. Und im Unterschied zu der im Bundeskabinett vorherrschenden Auffassung sprach er sich für die indirekte Wahl des Europäischen Parlaments aus mit dem Argument, anders würde es nicht genügend qualifizierte Abgeordnete bekommen.

Es ist richtig, daß er vor der Übernahme der Kanzlerschaft und in den ersten Jahren öffentlich, doch auch manchmal intern, ein rasches Voranschreiten anregte und für möglich hielt. Nach einigen Jahren im europäischen Geschäft hatte er aber gelernt, daß die Bäume der Föderalisten nicht zu schnell in den Himmel wachsen würden.

[101] Konrad Adenauer, Reden 1917–1967, S. 330 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

So zeigt sich bei ihm eine deutliche Ambivalenz. Einerseits wußte er, daß der von ihm beklagte Machtverlust Europas letztlich nur durch einen Bundesstaat rückgängig zu machen war – wenn überhaupt. Angesichts divergierender Interessenlagen der Partner und bei unterschiedlichen innenpolitischen Bedingungen wußte er natürlich genau, daß jede bloß staatenbundliche oder eine gar noch schwächere Vereinigung wenig handlungsfähig war. Andererseits bekundete er eine ausgeprägte Bereitschaft, sich auch auf konföderative, sektorale und bloß koordinative Integrationsformen einzulassen, um überhaupt voranzukommen. Seine Europapolitik zeigt auch ein charakteristisches Schwanken zwischen einem dramatischen Drängen, das in der fast panischen Sorge wurzelte, eventuell zu spät zu kommen, und der Neigung, die Zeit arbeiten zu lassen. So können sich also sowohl die Föderalisten wie die geduldigeren europäischen Pragmatiker auf ihn berufen.

Ganz sicher ist jedenfalls, daß hier ein Denken am Werk war, das die Kategorien des rein nationalstaatlichen Interessenkalküls hinter sich gelassen hatte. In gewisser Hinsicht wußte er sich in derselben Lage wie die Politiker und Diplomaten, die in den Jahren zwischen 1848 und 1871 auf das Deutsche Reich hinarbeiteten. Auch sie mußten bestrebt sein, den ja durchaus noch realen Interessen ihres jeweiligen Staates und seinen innenpolitischen Bedingungen zu entsprechen, zugleich aber schon den Zielpunkt eines festgefügten Bundesstaates im Auge zu haben, der in der Lage wäre, den einzelstaatlichen Interessen insgesamt sehr viel nachhaltiger zu dienen. Wie im Fall dieses geschichtlichen Paradigmas war die politische Aufgabe nicht die Maximierung, sondern die Optimierung beider Ebenen der Interessenwahrung. Natürlich mußte er als Kanzler der Bundesrepublik primär die Interessen des ihm anvertrauten Staates wahrnehmen, doch hat er auch die Interessen Deutschlands zugleich europäisch definiert und andererseits das Interesse Europas mit dem Deutschlands in eins gesetzt. Dabei war Deutschland nicht völlig mit der Bundesrepublik identisch, und Europa sollte nicht auf Dauer am Eisernen Vorhang aufhören, auch nicht an der Ostgrenze Deutschlands.

Der Forscher, der genau wissen möchte, was nun eigentlich die höchste Bezugseinheit Adenauers war – Westdeutschland, das Deutsche Reich oder Europa –, blickt also in eine Art Kaleidoskop. Dort sind zwar die Konturen der Bundesrepublik besonders deutlich zu erkennen und sie kehren auch häufig wieder, aber daneben gibt es auch die anderen Konfigurationen, für die er nach prägnanten Zielen sucht. Das ist verwirrend – aber das Bild gibt wahrscheinlich die Realität der Adenauerschen Vorstellungen recht genau wieder. Denn Politiker wirken immer dann am wahrhaftigsten, wenn sie die inneren Widersprüche ihres Sinnens und Trachtens nicht verbergen wollen oder nicht verbergen können.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MANFRED OVERESCH

HERMANN BRILL UND DIE NEUANFÄNGE DEUTSCHER POLITIK IN THÜRINGEN 1945

„Ich bedauere, daß uns die von den Sowjets inaugurierte Politik von 1945 nicht die Zeit gelassen hat, Legenden zu zerstören, Herostraten zu beseitigen, Fehler einzusehen, Verantwortlichkeit festzustellen, Schuldige zu bestrafen und für uns selbst ein neues Geschichtsbewußtsein zu schaffen, ohne das eine neue Politik nicht möglich ist." Mit diesen Worten beschrieb Hermann Louis Brill im Frühsommer 1950 in einem Brief an den damaligen Vorsitzenden der SPD, Kurt Schumacher, das Dilemma der deutschen Geschichte nach 1945, so wie er es sah[1]. Brill konnte dabei mit einer gewissen Autorität sprechen, denn er hat 1945 in direkter Zusammenarbeit und Konfrontation mit Amerikanern und Russen, mit deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten von Thüringen aus einen neuen Anfang genuin deutscher Politik zu setzen versucht. Er ist erster Regierungspräsident dieses Landes nach dem Zweiten Weltkrieg geworden und einer der geistigen Väter und formaler Initiator jenes „Bundes demokratischer Sozialisten" (BdS), der, in Widerstandsgruppen seit 1933 theoretisch-programmatisch vorbereitet, am 8. Juli 1945 in Weimar gegründet wurde und eine der Zellen geistiger und politischer Erneuerung Deutschlands sein wollte. „Gegenwartsforderung" der durch den BdS vertretenen Politik sollte ein demokratischer Sozialismus sein[2]. Freunde haben Brill als „politischen Held" gefeiert, Gegner ihn mit der gleichen Stärke bekämpft[3].

---

[1] Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (im folgenden: AsD), NL Schumacher Q 21: Brill an Schumacher, 12. 6. 1950.

[2] Rede Brills vor dem BdS am 8. 7. 1945, AsD, NL Brill 1. Brill führte zur Begriffsbestimmung dessen, was er unter demokratischem Sozialismus verstand, u. a. aus: „Nicht die Demokratie nach ihrer sozialen Seite steht mir im Vordergrund, sondern der Sozialismus in der demokratischen Form seiner Erscheinung." In einer Vortragsveranstaltung schlug er 1947 – zusammen mit K. P. Schulz – vor, ein jetzt zu schreibendes Sozialistisches Manifest nicht beginnen zu lassen: „Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Kommunismus", sondern: „Eine Hoffnung geht um die Welt, die Hoffnung des demokratischen Sozialismus", in: Das Sozialistische Jahrhundert (im folgenden: Soz. Jhh.) 2 (1947), S. 41.

[3] Ernst Thape, der Brill als persönlicher und politischer Freund lange Jahre nahestand, urteilte 1967 über ihn: „Gelänge es, dieses übervolle Leben zu beschreiben, dann käme eine Geschichte Mitteleuropas vom Sozialistengesetz bis zur heutigen Berlinkrise zustande." E. Thape, Lebensweg eines Sozialdemokraten, AsD, NL Thape, S. 262. Hier (S. 259) auch der Hinweis, daß Brill „oft wie ein Don Quichotte" wirkte. Adolf Arndt sagte am Sarge Brills 1959 beziehungsreich: „Du machtest es deinen Freunden nicht leicht, aber du machtest es auch dir nicht leicht" (zit. ebenda, S. 259). Gegenpositionen nahmen 1945 besonders Heinrich Hoffmann und Werner Eggerath ein, vgl. AsD, NL Brill 1. In der Rückschau läßt Eggerath noch verhalten Bewunderung durchblicken: „... dieser Dr. Brill ..., das war zweifellos eine harte Nuß", W. Eggerath, Die fröhliche Beichte. Ein Jahr meines Lebens (1945/46), Berlin (Ost) 1975, S. 174.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Brill ist 1945 in Thüringen als Landes- und Parteipolitiker gescheitert. Das lag nicht an einer minderen Qualität seiner Zielvorstellungen, sondern an machtpolitischen Realitäten, fortlaufend antagonistischer werdenden Ideologien und auch persönlichen Unzulänglichkeiten. Die Amerikaner holten ihn – seit August 1945 vorübergehend, wenige Monate später dauerhaft – in ihre Manpower Division nach Berlin und wünschten sich ihn als einen der fünf im Potsdamer Abkommen vorgesehenen deutschen Staatssekretäre. Als die Einrichtung der zentralen deutschen Verwaltungsabteilungen auf Grund der französischen Widerstände zunehmend unwahrscheinlicher wurde, ging Brill im Frühsommer 1946 in den Westen Deutschlands. Unter mehreren Angeboten nahm er das eines Staatssekretärs in der Wiesbadener Staatskanzlei an. Aus dieser Position heraus beeinflußte er sehr wesentlich den politischen und verwaltungstechnischen Aufbau des Landes Hessen und die Anfänge der Diskussion über eine (west-) deutsche Verfassung. Noch und gerade auf dem Verfassungskonvent von Herrenchiemsee hat Hermann Brill im August 1948 eine zentrale Rolle gespielt. Danach trat er – nicht freiwillig, aber auch nicht ganz ohne eigene Schuld – aus der ersten Reihe der Männer des deutschen Neuaufbaus zurück, blieb aber in vielen politischen (europäische Einigungsbewegung), wissenschaftlichen (Wiedereinführung der Wissenschaft von der Politik in Deutschland) und verwaltungsorganisatorischen Fragen (Hessen) wirkungsvoll präsent.

Die Forschung hat bisher von seiner politischen Vita kaum Kenntnis genommen[4]. Dies soll hier in einem ersten Aufriß[5] nachgeholt werden. Dabei wird mit Bedacht jene Phase aus dem Leben Brills stärker akzentuiert, welche in

[4] In der westdeutschen Forschung findet Brill zwar eine immer häufigere, aber noch peripher bleibende Erwähnung, z. B. bei B. W. Bouvier, Antifaschistische Zusammenarbeit, Selbständigkeitsanspruch und Vereinigungstendenz. Die Rolle der Sozialdemokratie beim administrativen und parteipolitischen Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone 1945 auf regionaler und lokaler Ebene, in: Archiv für Sozialgesch. XVI (1976), S. 417 ff. Eine erste Skizze seiner politischen Ideen nach 1945 versucht F. Moraw, Die Parole der „Einheit" und die Sozialdemokratie, Bonn 1973, S. 65 ff. Tief eindringende Studien zur Rolle Brills im Widerstand hatte E. Marschall (†) getrieben, Bundesarchiv Koblenz (im folgenden: BA), NL Brill Appendix. In den von E.-U. Huster u. a. hrsg. Determinanten der westdeutschen Restauration, 1945–1949, Frankfurt 1975, wird Brill nicht erwähnt, obwohl dies wegen des ideologischen Ansatzes der Autoren zu vermuten wäre. Der Geschichtswissenschaft in der DDR bereitet die Beurteilung der politischen Rolle Brills Schwierigkeiten, vgl. M. Weißbecker, Die Kommunistische Partei Deutschlands im Kampf gegen die faschistische Diktatur in Thüringen 1933–1935, Diss. Jena 1962; J. Fuchs, Die Besatzungspolitik der USA in Thüringen von April bis Juli 1945, Diss. Leipzig 1966; W. Mägdefrau/V. Wahl, Zur Politik und Ideologie des rechten sozialdemokratischen Führers Dr. Hermann L. Brill, in: Jahrb. für Regionalgesch. 5, Weimar 1975, S. 191 ff.; J. Streisand, Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung, Köln 1976, verzichtet auf eine Darstellung der für Thüringen im Frühsommer 1945 bedeutenden Leistungen Brills und beginnt mit dem Befehl Nr. 2 der SMAD v. 10. 6. 1945.

[5] Vgl. demnächst M. Overesch, Demokratie im Sozialismus. Hermann L. Brill und das Dilemma einer linken sozialdemokratischen Position in Deutschland 1918–1959.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einem dramatischen Augenblick deutscher Geschichte die größte Verdichtung der theoretischen und praktischen Ansätze des Politikers Hermann L. Brill bietet, das Jahr 1945 in Thüringen. Hat schon die historische Kenntnisnahme einen Wert an sich, so bietet darüber hinaus das Beispiel Brills heute, 30 Jahre nach der Teilung Deutschlands, der Suche nach einer möglicherweise gemeinsamen und nicht nach Ost und West getrennten deutschen Identität Orientierungshilfen.

Als Brill am 26. April 1945 zum Berater der amerikanischen Militärregierung in Weimar ernannt, am 7. Mai vorläufig und am 9. Juni 1945 endgültig erster Regierungspräsident Thüringens wurde, war er für diese Tätigkeit ausgesprochen prädestiniert. Brill brachte Erfahrungen in der Verwaltung politischer Behörden mit, war als langjähriger Abgeordneter des Weimarer Landtags und zeitweiliger Staatsrat in der Regierung Frölich – gerade 1921/23 – mit den Verhältnissen in Thüringen vertraut und stand, was 1945 in diesem mitteldeutschen Raum besonders ins Gewicht fallen konnte, als früheres Mitglied der USPD zwischen der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei. Darüber hinaus besaß er durch seine aktive Widerstandstätigkeit seit 1933, die mit seiner Verhaftung durch die Gestapo am 21. September 1938 und der Verurteilung durch den Volksgerichtshof am 28. Juli 1939 keineswegs endete, sondern ihre Fortsetzung im Zuchthaus Brandenburg-Görden und danach besonders im Konzentrationslager Buchenwald fand, den Rang eines in hervorragender Weise legitimierten deutschen Nachkriegspolitikers.

Diese zentralen Erfahrungsbereiche, die Brills Denken und Handeln in der Nachkriegszeit wesentlich vorgeprägt haben, sollen hier wenigstens gestreift werden, wenngleich erst die intensive Erforschung des Wechselverhältnisses von äußeren Eindrücken, ihrer geistigen Verarbeitung und handelnden Umsetzung in den Jahren zwischen 1914 und 1945 es ermöglichen wird, die Stellung, die Brill in der deutschen Geschichte einnimmt, angemessen zu gewichten.

Brill stammte aus Thüringen, dem Land, das mit seinen Städten Eisenach, Gotha und Erfurt als geographische Heimat der deutschen Sozialdemokratie anzusehen ist. In Gräfenroda, Landkreis Arnstadt, am 9. Februar 1895 geboren, wuchs er zunächst in Ohrdruf, später in Gotha, einem der Zentren der USPD, auf. Sein Vater, Michael Brill, von Beruf Schneidermeister, war Mitglied der SPD mit einigem Bekennermut. Schon zur Zeit des Sozialistengesetzes hatte er Verfolgte aufgenommen, später, nach 1906, auch sozialistische Emigranten aus Polen und Rußland[6]. Auch August Bebel verkehrte vor dem Ersten Weltkrieg im Hause Brill. Als der Vater im Dezember 1918 Mitglied des Ohrdrufer Arbeiter- und Soldatenrates wurde, stand dieser bemerkenswerte Mann sogar für einen Augenblick auf der politischen Bühne.

Sohn Hermann trat damals, am 3. Oktober 1918, der USPD bei. In diesem ersten Schritt in die parteipolitische Aktivität sprach sich sicher eine Affinität zu der im Elternhaus ge- und erlebten politischen Welt aus, doch hatte er eine

[6] BA, NL Brill 358: Brill an Gablentz, 11. 8. 1958. Zum folgenden BA, NL Brill 20–25.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durchaus eigenständige und persönliche Begründung. Mißverstanden würde Brill, wollte man in seinem Beitritt zur USPD das Bekenntnis zu einer proletarisch-revolutionären Politik im Sinne eines orthodoxen Marxismus sehen oder gar die Übernahme Leninscher Revolutionsdoktrinen. Auch sozio-ökonomische Interessen sind als Erklärungshilfen fehl am Platze, denn Brill hat sich Zeit seines Lebens mit wirtschaftlichen Fragen gar nicht und mit gesellschaftlichen Analysen wenig beschäftigt. Er, der nie Großstadtproletarier war, keinen damals „typischen" SPD-Beruf hatte, nicht Schlosser, Redakteur, Arbeiter oder Mittelständler war, sondern Lehrer, Ministerialbeamter und Richter, konnte nur schwer Beziehungen zur proletarischen Welt herstellen. Seine Vorstellung von sozialistischer Haltung entsprang philosophischen Studien, hergeleitet aus dem Idealismus Kants und dem Humanismus des frühen Marx, beides 1914–1918 durch das Fronterlebnis im Ersten Weltkrieg geistig und handelnd verarbeitet[7].

Brill nahm somit gleich zu Beginn seiner politischen Aktivität jene Position im Parteienspektrum ein, die für sein ganzes Leben kennzeichnend werden sollte: die Position zwischen der Mehrheitssozialdemokratie und der Kommunistischen Partei. Viele leidvolle Erfahrungen und Hemmnisse, aber auch Chancen haben in diesem „Platz zwischen den Stühlen" ihre erste Ursache.

Als Abgeordneter der USPD kam Brill nach den thüringischen Wahlen vom 20. Juni 1920, den ersten nach der zum 1. Mai 1920 erfolgten geographisch-politischen Flurbereinigung in Thüringen, in den Weimarer Landtag. Nachdem das knappe Wahlergebnis – 334 192 Stimmen für die Rechten, 326 982 für die Linken – und das Unvermögen der Parteien, nach dem Berliner Muster auch hier eine „Weimarer Koalition" zu bilden[8], schon am 11. September 1921 Neuwahlen nötig machten, konnten trotz geringfügiger Wählerfluktuation SPD und USPD am 7. Oktober 1921 eine von der KPD tolerierte Regierung bilden[9]. Brill, 26jährig, gehörte dieser Regierung als Staatsrat an. Vorher[10] war er im Volks-

---

[7] Dieser geistige Entwicklungsprozeß ist durch Brills Briefe aus dem Ersten Weltkrieg belegt (Briefe Brills an M. Salzmann, 30. 9., 31. 10., 20. u. 29. 12. 1914; BA, NL Brill 20). Über seine Kameraden urteilte Brill: „Jeder ist sich selbst der Nächste. Im Kriege steckt kein Funken Kultur. Das Land, die Leute, der Feind, die eigene Partei, alles ist den meisten wurscht." Für sich selbst ließ er gelten: „... das höchste ist der sittliche Wille." Oder: „Es ist etwas Großes, diese Gestalt gewordene Unerbittlichkeit der Pflicht."

[8] SPD und DDP bildeten eine nur auf 15 von 53 Mandaten gestützte Minderheitenkoalition, die von der DVP und dem Landbund nur zeitweise toleriert wurde; vgl. Staatshandbuch für Thüringen, hrsg. v. Thür. Staatsministerium, Weimar 1931, S. 18, und Staatshandbuch für Thüringen, hrsg. v. der Präsidialabteilg. des Thür. Staatsmin., Weimar 1926, S. 31.

[9] Die Verteilung der Wählerstimmen ergab diesesmal ein Plus von 1769 zugunsten der 3 Linksparteien, was diesen allerdings einen Zuwachs von 2 Mandaten und damit die absolute Mehrheit (28 zu 26) eingebracht hatte; ebenda. Vgl. G. Witzmann, Thüringen von 1918–1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim 1958, S. 54 ff.

[10] Der beste biographische Abriß über Brill bei F. Osterroth, Biographisches Lexikon, S. 49 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bildungsministerium einige Stufen der Hierarchie hinaufgestiegen, danach, im September 1923, wurde er Ministerialdirektor im Innenministerium.

Von diesen politischen Positionen aus hat Brill konsequent sozialistisches Gedankengut zu realisieren versucht. Die starke Zurückhaltung der Parteileitung der SPD in Berlin gegenüber jeglicher Zuammenarbeit mit der KPD war ihm schon damals fremd. Er kooperierte mit den Kommunisten und suchte, gestützt auf die exekutivgewaltigen Ministerialämter, mit der Schul- und Beamtenpolitik eine Integration der linken Kräfte in die junge Republik zu ermöglichen[11]. Allerdings widersetzte gerade er sich dem seit 1922 immer stärker werdenden Verlangen der KPD, über den proletarischen Selbstschutz und die Betriebsrätebewegung Legislative und Exekutive auf außerparlamentarische Macht- und Massenorganisationen zu verlagern. Als einer der herausragenden intellektuellen Köpfe in der Thüringer Arbeiterbewegung gab er richtungsweisende Formulierungen: „Der moderne Verfassungsstaat ordnet die Schicksale der Gesellschaft auf der Grundlage der politischen Demokratie. Die parlamentarische Regierung verkörpert eine Staatsgewalt, die in erster Linie auf der politischen Organisation des Volkes und damit auf seiner Einsicht und seinem Willen beruht. Staatsbürgerliche Bildung ist deshalb eine unerläßliche Voraussetzung der Republik, politische Kultur die Gewähr für ihren endlichen Bestand."[12] Eine solche Aussage, hier einem Vortrag Ende Mai 1922 in Weimar entnommen, zeigt die sich bei Brill früh herauskristallisierende Neigung, Bildung, Wissen und rationale Reflexion als Antriebe sozialistischer Haltung zu sehen. Keineswegs vertrat er das Konzept eines aus eigenem Antrieb revolutionären Proletariats.

Trotz seines öffentlichen und wiederholten Bekenntnisses zu Verfassungsstaat und Parlamentarismus war Brill Ende 1923 für das Reichsinnenministerium, sogar unter dem SPD-Mitglied Sollmann, ein „einseitiger fanatischer Sozialist". Andererseits warf ihm wegen solcher Bekenntnisse etwa Ruth Fischer, damals Exponent des linken Flügels der KPD, „reformistische Abweichung" vor[13]. Die Hintergründe gerade eines solchen Verdikts sind schnell zu erhellen. Die KPD, durch die 3. Kommunistische Internationale vom Dezember 1919 weitgehend in das Fahrwasser der Leninschen Revolutionstheorie geraten und besonders durch Sinowjew in der Hoffnung bestärkt, in den hochindustrialisierten Gebieten Deutschlands, zu denen Thüringen in erster Linie gehörte, eine proletarische Revolution im klassischen Marxschen Sinne erreichen zu können[14], sah gerade in

---

[11] Materialien dazu in: BA, NL Brill 93, R 431/2314, R 431/2730 und NS 20/123.

[12] Nur als Zitat überliefert in: Von Marx bis Brill, Neue Zeitung, 10. 6. 1922.

[13] BA, R 431/2314: Denkschrift des Ministers des Innern, Berlin, November 1923. R. Fischer, Zur Taktik der Einheitsfront, in: Die Internationale 5/3, 1. 8. 1922, S. 62 f.

[14] Vgl. hierzu besonders G. Sinowjew, Probleme der deutschen Revolution, deutsche Ausgabe Moskau November 1923. Materialien in: BA, R 431/2729 und NS 20/123 mit einer „Denkschrift über die politischen Verhältnisse in Thüringen" v. 16. 5. 1923.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Brill – noch einmal und diesesmal auf deutschem Boden – „das ganze Elend des Menschewismus" verkörpert[15].

Als die Reichsregierung 1923 den in Sachsen und Thüringen drohenden „roten Oktober" durch die Erklärung des Ausnahmezustands und den Einmarsch der Reichswehr verhinderte und die Landtagswahlen vom 10. Februar 1924 der im „Thüringer Ordnungsbund" vereinigten Rechten die parlamentarische Mehrheit brachten[16], verloren die Sozialdemokraten, die zuvor noch gerade von Brill mit energischen Parolen in den Wahlkampf geführt worden waren[17], jeden bestimmenden Einfluß auf die politische Gestaltung des Landes. Brill, im März 1924 als Ministerialdirektor in den einstweiligen Wartestand versetzt, ging als Student an die Universität Jena und gleichzeitig als Dozent an die Volkshochschule Schloß Tinz bei Gera, die damals, wesentlich von ihm mitgetragen, in die Rolle einer SPD-Parteischule hineinzuwachsen begann[18].

Als im Januar 1930 eine bürgerlich-nationalsozialistische Koalitionsregierung in Thüringen gewählt wurde, der Wilhelm Frick als Minister für Inneres und Volksbildung angehörte, begann für Brill bereits die Zeit des aktiven Widerstands gegen den Nationalsozialismus. In seiner Position als Mitglied des thüringischen Staatsgerichtshofes wie als Abgeordneter des Landtags, der er von 1920 bis 1933 ununterbrochen war, bemühte er sich, die Versuche Fricks zu konterkarieren, in Thüringen die politischen Vorstellungen des Nationalsozialismus zu verwirklichen. Als Vorsitzender eines Untersuchungsausschusses, den der thüringische Landtag zur Durchleuchtung der Praktiken des NS-Ministers Frick 1932 eingesetzt hatte, lud Brill auch Hitler als Zeugen vor. Der Vorgang hat ihm, glaubt man seinen Aufzeichnungen, den Anstoß gegeben, von jetzt an „gegen Hitler zu kämpfen"[19].

Den Schritt zu gesteigerter politischer Aktivität förderte auch das von ihm mißbilligte Verhalten seiner eigenen Partei. Brill erlebte 1932, als er während der kurzen Legislaturperiode von Juli bis November Mitglied des Reichstages war, aus nächster Nähe das stetige Schwinden des Einflusses der SPD. Die abwar-

---

15 Von Marx bis Brill, Neue Zeitung, 10. 6. 1922.

16 BA, NL Brill 92: Der militärische Ausnahmezustand in Thüringen. Zu den Wahlen vom 10. 2. 1924 s. Staatshandbuch, S. 18 u. 31.

17 Vgl. Saalfelder Volksblatt, 8. 1. 1924.

18 Zu Tinz vgl. E. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 82, und E. Thape, Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold. Lebensweg eines Sozialdemokraten, Hannover 1969, S. 90. Unterrichtsmaterialien und Vortragsdispositionen Brills zu Kursen an der VHS Tinz in: BA, R 58/508. In Jena schloß Brill sein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften 1928/29 mit der Promotion ab; BA, NL Brill 95: Brill an Krusch, 23. 5. 1945. Der Dr.-Titel wurde ihm am 22. 2. 1940 wieder aberkannt; ebenda.

19 Brill, Gegen den Strom, Offenbach 1946, S. 7 ff. Es ging am Verhandlungstag, dem 14. 3. 1932, einen Tag nach dem ersten Gang zur Reichspräsidentenwahl, bei der Hitler gegen Hindenburg und Thälmann kandidiert hatte, um die etwas dubiose, von Frick vollzogene Ernennung Hitlers zum Gendarmeriekommissar des kleinsten thüringischen Landkreises, Hildburghausen, am 12. 6. 1930; ebenda, S. 10 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tend-passive Haltung des Parteivorstands, geradezu erhöht zu einer „Theorie der Untätigkeit"[20], leitete seinen programmatischen wie organisatorischen Bruch mit der SPD ein. Seine tiefe sozialistisch-kämpferische Überzeugung wie seine konsequente, oft apodiktisch-harte Persönlichkeit gestatteten ihm den Einsatz für eine Partei nicht mehr, die er ohne Rückgrat und Stehvermögen vor den Attacken der Nationalsozialisten zurückweichen sah. Als auch der Thüringer Bezirksverband unter Georg Dietrich diese abwartend-legalistische Linie der Berliner Parteiführung mitmachte und im Frühjahr 1933 nur noch mit Allgemeinplätzen Trost zu spenden suchte – wie: „ . . . wer über sozialistisches Wissen verfügt, denkt daran: Das einzige Beständige in der Welt ist die Veränderung"[21] –, stellte Brill auf einer Sitzung der thüringischen Parteileitung am 29. Mai, deren Debatte über die politische Lage für ihn offenbar unbefriedigend verlief, den Antrag, den Bezirksverband Großthüringen der SPD aufzulösen. Als dies abgelehnt wurde, trat er am 30. Mai 1933 aus der SPD aus und versuchte mit Gleichgesinnten, eine neue Fraktion im Landtag zu bilden, was aber bis zum Verbot der SPD im Juni 1933 nicht mehr gelang[22]. Die Arbeit in der Illegalität begann.

Schon vor dem 30. Januar 1933 hatte sich links und rechts der Parteileitung der SPD eine Vielzahl konspirativer Zirkel gebildet[23]. Brill schloß sich zunächst einer von Otto Jensen – wie er ehemaliger Dozent der Tinzer Volkshochschule – gegründeten thüringischen Gruppe an, die sich nach dem russischen Initiativvorbild Plechanows von 1883 „Befreiung der Arbeit" nannte[24]. Seiner Begabung und Neigung entsprechend arbeitete Brill bereits in diesem frühen Widerstandskreis vor allem als Theoretiker und Verfasser programmatischer Schriften[25]. Nach der Überleitung dieser sozialistischen Widerstandsgruppe in die Gruppe „Neu Beginnen" im Juni 1934 auf der Dübener Heide zwischen Torgau und Ellenburg fand Brill kurzfristig eine größere Aktionsbasis. Die Gestapo entdeckte jedoch die sozialdemokratischen Widerstandsgruppen in Thüringen und zerschlug sie weitgehend. Brills Beteiligung blieb unentdeckt. Im Juli 1934 siedelte er von Weimar nach Berlin über, um dort, im Zentrum des sozialistischen

[20] So E. Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. v. E. Matthias u. R. Morsey, Düsseldorf 1960, S. 162; s. a. Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn 1975.

[21] BA, R 58/508: Rundschreiben des Bezirksvorstands der SPD Großthüringen v. 10. 5. 1933, S. 2.

[22] Weißbecker, S. 119. Materialien zu den Hintergründen in: AsD, NL Hertz, Film XXIII.

[23] H. J. Reichardt, Neu Beginnen, in: Zs. f. d. Gesch. Mittel- u. Ostdt. 12 (1963), S. 176; E. Matthias, S. 191 f. Jetzt am besten U. Langkau-Alex, Volksfront für Deutschland? Bd. 1, Frankfurt 1977, S. 50 ff. Material in: AsD, NL Erler, Mappe Neu Beginnen.

[24] BA, NL Brill 57: Brill an Otto Jensen, 26. 8. 1946; Brill, Strom, S. 15; Weißbecker, S. 147.

[25] Brill an Jensen, ebenda. Diese Schriften sind verlorengegangen, möglicherweise bei Brills erster Verhaftung durch die Gestapo im Spätsommer 1933; dazu Brill, Strom, S. 15. Vgl. auch das Urteil des Volksgerichtshofs gegen Otto Brass u. H. L. Brill v. 28. 7. 1939, S. 39, in: Berlin Document Center. Vgl. auch allgemein H. Schulze, Anpassung oder Widerstand.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Widerstands, zusammen mit Otto Brass und anderen die „Deutsche Volksfront" zu gründen.

Mit Otto Brass und Hermann Brill fanden sich zwei Männer, deren politische Orientierung schon in der Vergangenheit gekennzeichnet war durch die Suche nach einem festen Standort innerhalb der seit dem Ersten Weltkrieg so zersplitterten deutschen Arbeiterbewegung[26]. Beiden erschien die Zerschlagung der Arbeiterparteien 1933 zugleich als tödliche Bedrohung und als einmalige Regenerationschance des Sozialismus, den sie grundlegend neu, einheitlich und jenseits der als veraltet angesehenen bisherigen Positionen aufzubauen gedachten. Ihr politischer Standort auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie, ihre kritische Distanz zu dem nach Prag emigrierten Parteivorstand der SPD und ihre Erfahrung in der Kooperation mit Kommunisten führten Brill und Brass schon früh zur Zusammenarbeit mit Widerstandsgruppen der KPD in Berlin. Die organisatorischen Einzelheiten müssen hier zurückstehen[27]. Vorgestellt seien aber markante Züge der wesentlich von Brill erarbeiteten theoretisch-programmatischen Aussagen.

Ende 1936 trat die Gruppe Brill/Brass, angeregt durch die von der KPD seit dem VII. Weltkongreß der 3. KI und der Brüsseler Konferenz mit zunehmender Intensität geführten Einheits- und Volksfrontdiskussion und ermutigt durch die Volksfrontbündnisse in Spanien und Frankreich, mit einem „Zehn-Punkte-Programm" hervor[28]. Sie suchte sich dadurch als „Deutsche Volksfront" bekannt zu machen. Die zehn Forderungen gruppierten sich um drei zentrale Themen:

a) Aufbau eines sozialen und demokratischen Rechtsstaates, „ein Reich der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Demokratie".
b) Außenpolitik des Friedens und der europäischen Zusammenarbeit.
c) Wirtschaftspolitik, „die allein der Besserung des deutschen Volkes dient", bei Verstaatlichung der Grundstoffindustrie, der Banken und des Großgrundbesitzes.

Die im Programm einleitend getroffene Feststellung, „die liberalen, demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Gruppen Deutschlands" hätten sich

---

[26] VGH-Urteil Brass/Brill, S. 2 f., u. Brill, Strom, S. 15. Ergänzend R. Griepenburg, Volksfront und deutsche Sozialdemokratie, Marburg 1971, S. 71 f., und B. D. Fritz, Die kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPD und der SAP, Bonn 1966, S. 77, 98 u. 144 ff. Zur schwankenden Haltung von Brass vgl. Paul Hertz an Brill, 10. 3. 1946: „Daß Otto Brass bei der KPD gelandet ist, hat mich nicht überrascht, mit dieser Entwicklung bei ihm habe ich immer gerechnet, er hat sich bei der SP niemals wohl gefühlt"; AsD, NL Hertz, Film XXX.

[27] E. Marschall (†) hat die bis 1976 dazu erschienene Literatur kritisch verarbeitet; vgl. demnächst Overesch, Demokratie im Sozialismus.

[28] Erstmals veröffentlicht wurde das Zehn-Punkte-Programm durch die KPD im Februar 1937: Rote Fahne Nr. 2/1937. Danach wurde das Programm von der KPD mehrfach publiziert und auch über Rundfunk verbreitet; vgl. K. Mammach, Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933–1939, Frankfurt/M. 1974, S. 210. Der Text heute bei Brill, Strom, S. 16 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu einer Volksfront zusammengeschlossen, um „dem deutschen Volk" geistige Richtlinien zu geben, machen bereits jene Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutlich, die auch in den folgenden Jahren ein Kennzeichen der Gruppe um Brill und Brass blieb. Die Neigung, angestrebte Ziele in den Aussagen als bereits weitgehend erreicht vorwegzunehmen, findet sich in nahezu allen Schriften der „Deutschen Volksfront" und erschwert natürlich die rechte Einschätzung ihrer tatsächlichen Wirkung und Reichweite[29].

Sicher ist indessen, daß die „Deutsche Volksfront" von der Realisierung ihres Anspruchs, die Führung einer vereinigten Front der Hitlergegner zu übernehmen oder gar schon zu besitzen, weit entfernt war. Zu diesem Zeitpunkt verfügte sie weder über einen ausgebauten konspirativen Apparat noch über die technischen Mittel oder übergreifenden Kontakte, um die beanspruchte Rolle auch spielen zu können. Einer Zusammenfassung aller Widerstandskämpfer stand im übrigen die auch im Reich tiefgreifende ideologische Zersplitterung der Illegalen im Wege, ganz zu schweigen von den staatlichen Verfolgungsorganen, die eine so breit angelegte Bewegung schon im Ansatz zerschlagen hätten.

Da die Entwicklung in Deutschland seit 1933 einen immer größer werdenden Anteil der Bevölkerung, gerade unter der Arbeiterschaft, mit dem Nationalsozialismus zumindest äußerlich versöhnte, griffen die sozialistischen Widerstandsgruppen auch mehr und mehr ins Leere[30]. Ihre theoretischen Schriften dienten deswegen eher der Wahrung der politischen Identität einzelner in der Isolierung der Illegalität, als daß sie Handlungsmaximen einer politischen Masse werden konnten.

Eine gerade an Brills Schriften zu beobachtende Konsequenz dieser Tatsache waren die zunehmend idealistischer werdenden Züge in der politischen Programmatik. Das sei kurz umrissen an Brills Schrift „Deutsche Ideologie" vom Oktober 1937, seinem Vortrag über die „Deutsche Volksfront" vor der „Sozialistischen Internationalen" in Brüssel im Dezember 1937, dem zu den „Zehn Punkten" Anfang Februar 1938 geschriebenen Kommentar „Freiheit" und seiner Schrift über „Dialektischen Materialismus" vom Sommer 1938[31].

Scharf und kompromißlos blieb Brill in seiner Kritik an der Politik der beiden großen Arbeiterparteien in der Weimarer Republik. Den sozialdemokratischen

---

[29] Diese kritische Bemerkung trifft auch auf andere Widerstandsgruppen zu.

[30] Brill bezog natürlich auch – mit Recht – das Bürgertum in den Kreis derer ein, die sich dem NS zuwandten: „Die massenhafte Desertion, vor allem der Lehrer und Richter, in das Lager der NSDAP, das völlige Versagen der Universitäten als geistige Treuhänder des kulturellen Erbes, der geringe, immer nur vereinzelte Mut, der Diktatur entgegenzutreten, alles das hat mit dem Jahre 1945 das Ende des intellektuellen Bürgertums besiegelt"; Brill, Von Jena bis Nürnberg, 14. 10. 1946, BA, NL Brill 331.

[31] Deutsche Ideologie 1937, in: Brill, Strom, S. 19 ff. Bericht über die Volksfrontbewegung in Deutschland, Niederschrift des Vortrags von Brill bei der SAI in Brüssel im Dezember 1937, in: AsD, NL Hertz, Film XXIII. Freiheit, in: Brill, Strom, S. 61 ff. Dialektischer Materialismus, in: AsD, NL Brill 1. Hierzu schrieb Brill 1947 ein Vorwort: BA, NL Brill 334.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reformismus lehnte er ebenso entschieden ab wie den kommunistischen Putschismus. Die von beiden Parteien vertretene Doktrin, „daß die proletarischen Massen durch Klasseninstinkt, Klassenbewußtsein und Klassenmoral sozialistisch seien“[32], hielt Brill schon allein durch die Erfolge des Nationalsozialismus gerade unter der Arbeiterschaft für widerlegt[33]. Aus dieser historisch greifbaren Erfahrung bestritt er grundsätzlich die Maxime von der „einseitigen Verursachung der Politik durch ökonomische Verhältnisse und der Notwendigkeit, mit der angeblich der Sozialismus kommen müsse, die marxistischen Parteien aber gemäß der von Marx entdeckten historischen Gesetze die Träger dieser Entwicklung seien“[34].

Brills Analyse der Arbeiterbewegung vor 1933 bestätigte ihm geradezu die immer vertretene Skepsis gegenüber sozio-ökonomischen Begründungszusammenhängen. Von den beiden in der Marxschen Dialektik angelegten Antriebskräften des historischen Prozesses, den objektiven wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und den subjektiven Entscheidungen, von denen den ersten bei Marx eindeutige Priorität zukam, vertraute Brill jetzt noch mehr als früher auf den subjektiven Willen. Echte Einsicht und kraftvolles Wollen aber konnte man seiner Ansicht nach nicht von den in der Weltwirtschaftskrise verkommenen Massen erwarten, sondern nur noch von einer moralischen und geistigen Elite, die sich von der alten Parteiführung der SPD, der Brill „Vergreisung“ vorwarf[35], und von der einem mechanistischen Marxismus und diktatorischen Leninismus folgenden KPD losgelöst hatte.

Er pries ein neues Ideal: „Ein neuer Mensch entsteht, kritisch, aktiv im Denken und Tun, schöpferisch und tragisch in erlebter Humanität.“[36] In fast hymnischer Formulierung feierte Brill den Geist dieses neuen Menschen: „Wert, Wahrheit und Recht treten in ihrer lautersten, reinsten und vollkommensten Form wieder auf.“[37] Volksfront war nicht eine Frage der Organisation, sondern eine der Erziehung und Bewußtseinsbildung, getragen und gefördert von der „Einheitsfront derjenigen, die unter der Diktatur anständig und vernünftig ge-

---

[32] Brill, Ideologie, S. 41.

[33] „. . . schon dem Augenschein nach [ist] nicht zu bestreiten, daß die Masse im Gefolge Hitlers weitgehend Proletarier waren“, ebenda, S. 42.

[34] Ebenda.

[35] Ebenda, S. 48.

[36] Ebenda, S. 24.

[37] Ebenda. „Regeneration im personellen Bereich und Renaissance im Denken und in der Moral“ bestimmte er als die „gesellschaftlichen Grundlagen“ (Bericht Brills bei der SAI, S. 7) dieser Entwicklung. In diesem Konzept des neuen Menschen zeigt sich, wie fern ökonomische und soziale Kategorien dem Denken Brills waren. Auch wo er den Begriff „gesellschaftlich“ verwendet, wie in dem zit. Satz, beschrieb er oft keine im engeren Sinne sozialen Phänomene; so bezeichnete er die „Renaissance im Denken und der Moral“ als „unsere gesellschaftlichen Grundlagen“, obwohl es sich dabei um ein geistig-individuelles Phänomen handelt, das, wie er selbst immer wieder betonte, nicht an eine bestimmte soziale Gruppierung gebunden war.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

blieben sind"[38]. In emphatischen, zeitweilig an die Sprache des neuen Testaments erinnernden Formulierungen schrieb Brill in der Schrift „Freiheit": Die Volksfront „lebt in den Herzen und Gewissen aller derjenigen, die Freiheit statt Unterdrückung, die Selbstbestimmung statt Führung, Recht und Gerechtigkeit statt Terrorismus, Frieden statt Kriegsdrohungen, Arbeit für den Wohlstand aller statt Kriegs- und Zwangswirtschaft, Butter statt Kanonen wollen. Die Volksfront ist überall, wo zwei oder drei sich freimachen von der unausgesetzten Propaganda der Goebbels-Blätter und des Radios, wo über Spanien diskutiert wird, wo Menschen versuchen, das, was notwendig ist, vom Standpunkt der nächsten 30 Jahre zu begreifen"[39].

Der Masse der Bevölkerung empfahl er deswegen: „Lest keine NS-Zeitungen und Zeitschriften. Hört keinen deutschen Nachrichtendienst. Seht euch keinen NS-Film an. Lest keinen ‚volkhaften' Dichter. Aber lest Lessing, Schiller und Goethe. Hört ausländische Nachrichten. Seht euch alte Filme an. Studiert unsere revolutionären Blätter und Schriften. Vor allem: Gebraucht euren Kopf zum Denken! Das ist unser erster Weg zum Sturz der Diktatur: Das eigene Denken eines jeden, das Nachdenken des ganzen Volkes. Denken hat noch stets in der Weltgeschichte jeden Mythos zersprengt. Ohne dieses Denken werden wir nie die Diktatur überwinden. Hitler muß von innen fallen."[40]

Von der Elite verlangte er, diesem inneren Weg vom Mythos zum Logos Inhalte zu geben. Selbst umriß er diese so: „Eine neue Philosophie zu finden, die nicht nur zur Erkenntnisgrundlage einer neuen Soziologie, sondern auch zum Leitfaden der Politik einer neuen Gesellschaft werden kann."[41] Der Sozialismus komme nicht mit objektiver Gesetzmäßigkeit, sondern nur durch ein philosophisch-materialistisches Denken. „Der Sozialismus ist eine neue Lebensform der Gesellschaft, die alle Wissenschaften umfaßt, weil er alle Lebensgebiete gestaltet. Neues gesellschaftliches Leben ist ohne neues Denken unmöglich. Also ist der Sozialismus zuerst und vor allem Philosophie. Und da sich das Ziel des Sozialismus auf etwas eminent Materielles, Gesellschaft und Wirtschaft, richtet, muß diese Philosophie Materialismus sein. Unveränderlich wie das Ziel des Sozialismus ist seine Philosophie materialistisch."[42]

Die hier vorgenommene Vermengung sozio-ökonomischer und geistesgeschichtlicher Denkelemente kennzeichnet alle Schriften Brills aus dieser Zeit. Sie ist, wie ja auch bei anderen deutschen Sozialdemokraten zu beobachten, Ausdruck einer

---

[38] Freiheit, S. 63. Solche Gedanken wiesen vielfältige Übereinstimmungen mit den später im sog. Kreisauer Kreis formulierten Hoffnungen auf. Es wäre zu überprüfen, wie weit Übereinstimmungen zwischen Brill und Adolf Reichwein vorliegen. Beide waren zur gleichen Zeit – etwa 1926 – in Jena und an ähnlichen bildungspolitischen Fragen interessiert, Brill an der VHS in Tinz, Reichwein an der in Jena.

[39] Ebenda, S. 63.

[40] Ebenda, S. 67.

[41] Dialektischer Materialismus, Vorwort 1947.

[42] Materialismus, S. 12 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ambivalenten geistigen Situation. Als Schüler des Gothaer Herzog-Ernst-Seminars und Student der Jenaer Universität nahm Brill die klassischen griechischen und deutschen Bildungsgüter, traditionell dargeboten in geistesgeschichtlicher Betrachtungsweise, in sich auf; als Sozialdemokrat des linken Flügels hatte er dagegen gelernt, in Kategorien des Marxismus zu denken. Eine Synthese wird von ihm immer gesucht, bleibt aber in dieser Zeit unscharf.

Klarer, wenn auch nicht ganz durchstrukturiert, waren die von Brill 1937/38 erarbeiteten Grundzüge einer neuen staatlichen Ordnung in Deutschland. Sie zielten ab auf einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat, in dem die „großen Aufgaben der Politik und Gesetzgebung" in die Kompetenz einer zentralen Staatsgewalt fallen, alle übrigen öffentlichen Belange durch Selbstverwaltungsorgane wahrgenommen werden sollten. Wiederherstellung der Rechtsordnung, gesicherte Menschenrechte, Demokratisierung auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, ein gemäßigter Parteienparlamentarismus ohne die Zersplitterung der Weimarer Zeit, Volksbeamtentum, Verstaatlichung der Grundstoffindustrie, der Banken und des Großgrundbesitzes, bäuerliches Siedlungs- und Genossenschaftswesen: das sind die Kernpunkte seines Programms[43].

Zu weiteren theoretischen Arbeiten in relativer Freiheit ist Brill nicht mehr gekommen. Im Sommer 1938 fiel seine Gruppe der Gestapo in die Hände[44]. Sarkastisch urteilte er 1947, daß ihm seine bis 1938 geleisteten Arbeiten „vom sogenannten Volksgerichtshof der nazistischen Diktatur mit zwölf Jahren Zuchthaus honoriert" worden seien[45].

Schon die vier Jahre im Zuchthaus Brandenburg haben Brill schwer gezeichnet. Nacht für Nacht mußte er die letzten Schreie derer hören, die direkt unter seinem Zellenfenster durch eine Guillotine ermordet wurden. In Buchenwald wurden Erlebnisse dieser Art noch schlimmer. 1948 schrieb er an Georg Dietrich, daß ihn immer noch die Erinnerung an die 2000 Hinrichtungen, die er dort miterlebt habe, an „die Leichenhaufen von verhungerten, erfrorenen und erschlagenen Menschen", die er mitansehen, und an „das Knarren der zweirädrigen, hoch mit Leichen beladenen Wagen", das er im Winter 1944/45 täglich in Buchenwald mitanhören mußte, nachts um den Schlaf bringe und seine Gesundheit nachhaltig ruiniert habe[46].

Diese Umwelt hat Brill allerdings von der politischen Arbeit nicht abgebracht.

---

[43] Die Ausformulierungen finden sich besonders im „Zehn-Punkte-Programm" und in der Schrift „Freiheit".

[44] Vgl. VGH-Urteil Brass/Brill.

[45] Dialektischer Materialismus, Vorwort.

[46] BA, NL Brill 58: Brill an Dietrich, 19. 2. 1948. Zu Buchenwald vgl. u. a. Bericht des internationalen Lagerkomitees Buchenwald, Weimar 1945; AsD, NL Thape; B. Kautsky, Teufel und Verdammte. Erfahrungen und Erkenntnisse aus sieben Jahren in deutschen Konzentrationslagern, Zürich 1946, S. 287 ff., bes. S. 295 ff.; Brill, Strom, S. 88 ff.; K. Drobisch, Widerstand in Buchenwald, Frankfurt/M. 1978.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Gegenteil, sie bestärkte ihn darin[47]. Als er im Dezember 1943 als „nicht besserungsfähiger Häftling" nach Buchenwald überstellt wurde, versteckten ihn dort Mithäftlinge sofort als Sanitäter in der Typhus-Quarantäne-Baracke, damals der einzige Ort im KZ, an dem sich wegen der großen Ansteckungsgefahr kaum ein SS-Mann sehen ließ. Aus dieser relativen Deckung heraus begann Brill sofort, „eine in mehrfacher Beziehung erweiterte und vertiefte Auffassung des Volksfrontgedankens" zu erarbeiten[48].

Die Formulierung deutet an, daß Brill in Buchenwald von den stark idealistisch geprägten Aussagen der Jahre 1937/38 wieder zu nüchternen politischen Analysen zurückfand. Die „Buchenwalder Plattform" vom 1. Mai 1944 und das „Buchenwalder Manifest" „Für Frieden, Freiheit, Sozialismus!" legen davon Zeugnis ab[49]. Beide Schriften dokumentieren den Versuch Brills, jetzt im Niemandsland zwischen SPD und KPD programmatisch und organisatorisch Fuß zu fassen[50]. Seine Zielvorstellung warb um die neue politische Gemeinsamkeit: „Die antinazistische Politik kann nicht das Werk einzelner Organisationen, sondern nur das Ergebnis einer antinazistischen Bewegung der breiten werktätigen Massen in Stadt und Land sein. Deshalb kommt es darauf an, diese Bewegung auf konkrete politische Ziele zu lenken. Das Mittel dazu müssen die aus allen antifaschistischen Gruppen zu bildenden Volksfront-Komitees sein. Sie sind im ganzen Reich auf allen Stufen seiner politischen Gliederung zu bilden und in einem deutschen Volkskongreß zusammenzufassen. Er hat Regierung und Volks-

---

[47] „Lektüre war mehr als Unterhaltung, Diskussion mehr als parlamentarische Debatte, Kommentar mehr als Meinungsäußerung und Information mehr als Mitteilung. Sie waren jedes für sich und zusammen die innigste seelische Gemeinschaft, die man sich überhaupt vorstellen kann, eine Gemeinschaft, in der selbst die Erinnerung an die Toten zur Steigerung des Willens zum Leben wurde"; Brill, Der Widerstand der Sozialdemokratie im nationalsozialistischen Deutschland, 1949, AsD, Personalia Brill.

[48] Brill, Bericht über die Tätigkeit des Volksfrontkomitees des ehemaligen KZ Buchenwald, in: Brill, Strom, S. 89. Drobisch (S. 84 ff.) übergeht – in der Absicht, die führende Rolle der Kommunisten herauszustellen? – die Eigeninitiative Brills. Dazu Kautsky, S. 134.

[49] Brill, Strom, S. 94 ff. Den Höhepunkt der vorher abgeschlossenen „idealistischen Phase" stellt die Schrift „Vollendung und Unendlichkeit" dar, von Brill im Zuchthaus Brandenburg im Winter 1942/43 geschrieben. Sie versucht eine Synthese sokratischen, christlichen und sozialistischen Gedankenguts: „Vollendung finden wir in der Beständigkeit, Mensch aus Liebe zu sein" (S. 59); BA, NL Brill 70.

[50] Die „Buchenwalder Plattform" ist als einziges Dokument aus dieser Zeit von Männern aus verschiedenen parteipolitischen Lagern erarbeitet worden: Ernst Thape, SPD, Werner Hilpert, Christliche Demokraten, Walter Wolf, KPD, Hermann Brill, Sozialist. Aus dieser Tatsache aber abzuleiten, in Buchenwald sei eine „Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte in einer Volksfront" gelungen (Brill, Strom, S. 89), ginge an der Realität vorbei. Richtig ist aber, daß die „Buchenwalder Plattform" und das „Buchenwalder Manifest" einzigartige Manifestationen sozialistischen Gedankenguts darstellen, wie sie keine andere Gefangenengruppe im KZ in geistiger Unabhängigkeit fertiggestellt hat.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vertretung einzusetzen"[51]. Das verstand Brill jetzt unter der „Errichtung einer deutschen Volksrepublik auf neuer demokratischer Grundlage"[52].

Weitere Konkretionen gab er zu administrativen Maßnahmen an. Das alte Verhältnis von Reich und Ländern sollte zugunsten einer Neueinteilung des Reiches in Verwaltungsbezirke verändert werden, was eine stärkere Zentralisation bedeutete; den Beamtenstatus wollte er „auf die Träger öffentlicher Funktionen" einschränken, deren Privilegien jedoch abschaffen, sie auf Zeit wählen lassen und qualifizierte Angestellte ihnen sozial gleichstellen. Das Wirtschaftsprogramm sah eine freie genossenschaftliche Ordnung vor. Nur die Hauptnahrungsmittel Getreide und Kartoffeln sollten planwirtschaftlich erfaßt, die Industrie nur „zeitweise" verstaatlicht werden. Noch unklar waren die Vorstellungen von der Presse. Hierzu hieß es allgemein, sie sei „aus einer soziologischen Auffassung heraus völlig neu" zu gestalten, ebenso der Bereich der Erziehung und Bildung, wo man „eine politische Schule neuen Typs" anstrebe[53].

Die Kommunisten im KZ Buchenwald haben dieses Programm nicht mitgetragen. Bestrebt, selbst die Führung in allen politischen Fragen und Aktionen zu erhalten, waren sie um eigene Kaderarbeit bemüht. Die ersten Tage nach der Befreiung des Konzentrationslagers am 11. April 1945 um 16.00 Uhr – sie geschah von außen durch die Truppen der 1. amerikanischen Armee und durch einen unterstützenden Akt der Selbstbefreiung der Häftlinge von innen[54] – zeigen, daß die deutsche Arbeiterbewegung das Ende des Nationalsozialismus genauso gespalten erlebte wie dessen Anfang.

Auch wenn das „Buchenwalder Manifest", zwei Tage nach der Befreiung von Brill niedergeschrieben, „einen neuen Typ der Demokratie, die sich nicht in einem leeren formelhaften Parlamentarismus erschöpft, sondern den breiten Massen in Stadt und Land eine effektive Betätigung in Politik und Verwaltung ermöglicht", verhieß, trug es nur die Unterschriften ehemaliger Sozialdemokraten[55]. Als Brill am 23. April in der Buchenwalder Kinohalle 700 Häftlingen aus 22 Nationen das Manifest als „Regierungsprogramm für eine deutsche Volks-

[51] Brill, Strom, S. 90.

[52] „Buchenwalder Plattform", S. 94.

[53] Bericht über die Tätigkeit des Volksfrontkomitees des ehem. KZ Buchenwald, in: Brill, Strom, S. 90 ff. Brill hat sich im KZ Buchenwald sehr stark mit Fragen der Bildung beschäftigt; dazu Materialien in: BA, NL Brill 26, 27 u. 56. Drobisch, S. 86, erwähnt diese Tatsache ebenfalls.

[54] Drobisch, S. 141 ff.; W. Uhlmann, Blick hinter die Gitter. „Gesprengte Fesseln", in: IWK, 13 (1977), S. 234 ff. mit weiterer Lit.

[55] „Buchenwalder Manifest", S. 98. Die schriftlichen Vorarbeiten für dieses Manifest hatten anläßlich einer SS-Aktion um die Jahreswende 1944/45 restlos vernichtet werden müssen, als „Preis des Lebens", wie Brill am 20. 11. 1947 an Brumme schrieb (BA, NL Brill 27). Zur Autorschaft Brills vgl. Kautsky (Vorwärts, 19. 2. 1960): „Unmittelbar nach der Befreiung (des Lagers) drang Brill darauf, daß die Sozialdemokratie deutscher Zunge ein gemeinsames Buchenwalder Manifest herausgab, als dessen eigentlicher Verfasser er anzusehen ist."

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

regierung" vortrug[56], hatten die Kommunisten am Tage zuvor mit der Gründung eines „Deutschen Komitees" eine eigene Organisationsform gefunden und ihrerseits die Aktivierung möglicher Anhänger mit der Parole eingeleitet: „Unsere Zentralaufgabe ist heute: Mobilisierung aller Antifaschisten auf der Grundlage des Nationalkomitees Freies Deutschland." Das war ein Bekenntnis zum Führungsanspruch der zu diesem Zeitpunkt noch im Moskauer Exil weilenden KPD-Mitglieder Ulbricht, Pieck u. a.[57].

Symbolisch faßbar wurde die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, als bei der Feier zum 1. Mai 1945, bei der Vertreter aller Nationen sich mit ihren Landesflaggen „rund um den Appellplatz aufgestellt" hatten, die deutschen Kommunisten als einzige die von den deutschen Sozialdemokraten geforderte schwarz-rot-goldene Fahne ablehnten und sich unter ein rotes Tuch mit einem gelben fünfzackigen Stern stellten[58]. Brill hatte zu diesem Zeitpunkt das Lager bereits verlassen dürfen und hielt sich in Weimar auf.

Gleich nach seiner Rede am 23. April war er von einem amerikanischen Offi-

---

[56] Brill, Der Widerstand der Sozialdemokratie, a. a. O.

[57] Entschließung v. 22. 4. 1945, abgedruckt bei Fuchs, S. 61. Fuchs erweckt den Eindruck, als habe es bereits zu diesem frühen Zeitpunkt eine Koordination aller Kommunisten auf der Grundlage der am 5. 4. 1945 in der Moskauer Emigration erarbeiteten „Richtlinien des Politbüros in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet" gegeben (vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 5, Berlin 1966, S. 622). Das ist in der Sache wenig wahrscheinlich. Bis zum 26. April 1945 ist niemand aus dem KZ Buchenwald entlassen worden. Hermann Brill war der erste.

[58] AsD, NL Thape, S. 115. Die von W. Wolf geleitete Landsmannschaft Thüringen im „Deutschen Komitee" hatte am 22. 4. 1945, ohne Absprache mit den Sozialdemokraten, in einem Schreiben an den amerikanischen Platzkommandanten Buchenwald diesen ersucht, „eine größere Anzahl bekannter Thüringer Antifaschisten vorerst und möglichst sofort zur Entlassung zu bringen" oder zumindest „für 8–14 Tage zu beurlauben", damit diese bei der „Ausmerzung und Sicherstellung der Faschisten" in Thüringen helfen und eventuell nützliche Hinweise „für die Kriegsführung und Verwaltungstätigkeit der Alliierten" geben könnten; Landsmannschaft Thüringen an Platzkommandant Buchenwald, 22. 4. 1945, SED-Parteiarchiv Erfurt, abgedruckt bei Fuchs, Dok. 17a. Zur Einrichtung der am. Mil.-Reg. in Thüringen am 21. 4. 1945 vgl. deren „Bekanntmachung an die Zivilbevölkerung" vom selben Tag, Fuchs, Dok. 26. Auch außerhalb des Lagers unternahmen die Kommunisten ebenso schnelle Versuche, die eigenen Kräfte zu sammeln und der deutschen Bevölkerung und den Amerikanern als hilfsfähige Antifaschisten anzubieten. Kontakte fanden schon am 12. und 14. 4. statt. In den Betrieben, dem damals einzigen größeren Aktionsfeld, suchte man Zellen zu gründen (Fuchs, S. 121 ff., nennt für den 25. 4. 1945 bereits 28 Erfurter Betriebe, in denen kommunistische Zellen gegründet waren). Die Kommunalverwaltungen wollte man übernehmen, und durch Schilder wies man die Bevölkerung auf die Existenz erster Geschäftsstellen von Antinazi-Komitees hin. Die Aktivitäten waren offensichtlich so groß und so publik, daß der amerik. Stadtkommandant in Weimar sich am 28. 4. veranlaßt sah, entsprechend einer zwei Tage zuvor von der Militärregierung erlassenen Direktive „das Verbot jeglicher politischer Parteien" zu erneuern und „insbesondere jede politische Tätigkeit des Antinazi-Komitees schärfstens" zu untersagen; Kloß (Bürgermeister von Weimar) an das Antinazi-Komitee Weimar, 28. 4. 1945, Fuchs, Dok. 24.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zier ans Lagertor gerufen und für den 26. in den Weimarer „Elefanten" bestellt worden. Das bedeutete seine Befreiung und leitete seinen Versuch ein, in Thüringen den Neuanfang deutscher Politik zu setzen. Wie sehr er von diesem Verlangen durchdrungen war, zeigt ein Brief aus diesen Tagen, in welchem Brill die bisher von ihm geleistete geistige Vorarbeit auf eine verdichtende Formel bringt. An Walter Krusch schrieb er am 23. Mai, als er schon zum Regierungspräsidenten ernannt worden war, er sei von dem „heißen Wunsch" erfüllt, Deutschland „aus diesem historisch beispiellosen Unglück . . . zu einer neuen deutschen Größe geistiger (!) Mächte . . . zu verhelfen". Sein Gefühl, dazu durch seine Widerstandsarbeit legitimiert zu sein, erhellt aus der hinzugefügten Bemerkung: „Ich nehme für mich in Anspruch, gegen die schändlichste aller Diktaturen gekämpft und mir meine heutige Stellung aus eigenem Verdienst erworben zu haben, meine Amtsbefugnisse aus eigenem Recht auszuüben."[59]

Die Begegnung Brills mit dem am 25. April zum Commanding Officer für Weimar ernannten amerikanischen Major William M. Brown, einem Professor für deutsche Sprache und Literatur an der Columbia University, war durchaus der historischen Bedeutung des „Elefanten", wo man sich traf, angemessen. Nach einleitenden Gesprächen über die Vergangenheit Brills, über die sich die Amerikaner informiert zeigten, erhielt Brill den Auftrag, Vorschläge für die Reorganisation des politischen Lebens in Weimar einzureichen. Ein solcher Auftrag entsprach nicht ganz seinen eigenen Intentionen. Er wollte nicht in die Landes-, schon gar nicht in die Kommunalpolitik, sondern hatte gerade aus Buchenwald die Erkenntnis mitgenommen, daß es „die objektive Notwendigkeit erfordert, sich der Gestaltung im Reich anzunehmen"[60]. Aber diese begann, besonders in der Vorstellung der Amerikaner, durch einen Aufbau von unten.

So nahm Brill den Auftrag Browns an und erläuterte diesem schon am nächsten Tag den zunächst anzuwendenden personalpolitischen Grundsatz: „. . . es ist

---

[59] BA, NL Brill: Brill an Walter Krusch, 23. 5. 1945. Zu den folgenden Ereignissen s. AsD, NL Brill 1: Bericht über die Regierungstätigkeit in Thüringen vom 23. 4. bis 17. 7. 1945. Der Bericht ist leider unvollständig. Die im Text angegebenen Daten werden von Brill in verschiedenen Briefen wiederholt. Zu allgemein in der Darstellung der Ereignisse in Thüringen im Frühsommer 1945 ist Moraw, S. 67, detaillierter Bouvier, S. 444 ff. Die wenig informativen Darstellungen bei Fuchs (S. 64 ff.) und Mägdefrau/Wahl (S. 198 ff.) leiden deutlich darunter, Brill als „Rechtssozialisten" zeigen zu wollen.

[60] Diese Auffassung, hier aus seinem Brief an Werner Hilpert vom 4. 10. 1945 zitiert (BA, NL Brill 26), hat Brill bis in das Frühjahr 1946 vertreten. Sie entsprach den Intentionen des „Buchenwalder Manifests". Als das Potsdamer Abkommen herauskam, glaubte Brill sogar, darin die völkerrechtlich verbindliche Basis einer zentralen deutschen Politik sehen zu können: „Ich habe mich jedoch", so schrieb er am 16. 9. 1946 an Dietrich (BA, NL Brill 57), „zwischen März und Mai d. Js. (gem. ist 1946, der Verf.) davon überzeugen müssen, daß die Politik von Potsdam in Bezug auf die Einheit Deutschlands undurchführbar ist." Das veranlaßte ihn, im Juni 1946 in die Landespolitik (Hessens) einzutreten.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

notwendig, daß an die Stelle der jetzt mehr oder weniger zufällig herangeholten alten Beamten, von denen sich keiner unter der Diktatur der Herren Hitler, Sauckel und Marschler[61] als Antifaschist betätigt hat, Männer und Frauen treten, die durch ihre Vergangenheit, Haltung und Aktivität gegen den Nazismus Ansehen und Vertrauen in der Bevölkerung genießen." Um einen solchen Grundsatz in die Tat umzusetzen, empfahl Brill als neue staatliche Funktionsträger in erster Linie jene Antifaschisten, die sich „auf diese Arbeit in einer langen, gefahrvollen und ertragreichen illegalen Tätigkeit vorbereitet" haben und jetzt „mit brennender Ungeduld darauf warten, nach den langen Jahren des antifaschistischen Kampfes und der nazistischen Gefangenschaft zur Arbeit eingesetzt zu werden"[62]. Brown war einverstanden und forderte Brill auf, nach diesen ihm am 27. April vorgelegten Grundsätzen „der Stadt Weimar und dem Landkreis Weimar eine neue Verwaltung zu geben"[63]. Ein solcher Auftrag erforderte erste personelle Entscheidungen.

Brill hat sich die entsprechenden Vorschläge nicht leicht gemacht. Es lag nahe, daß er sie in erster Linie in Absprache mit Buchenwald-Häftlingen zu treffen suchte. Noch am 27. April 1945 „als erster Deutscher" offiziell aus diesem KZ entlassen[64], konnte er dort frei mit Vertretern aller ehemaligen Parteien, insbesondere natürlich mit Sozialdemokraten und Kommunisten, verhandeln. Auch das bereits in Weimar gegründete Antinazi-Komitee bezog er in die Vorgespräche ein. Als Ergebnis unterbreitete er am 30. April den Amerikanern folgende, von allen beteiligten Deutschen gemeinsam getragene Personalvorschläge: Oberbürgermeister sollte Fritz Behr (SPD) werden, der schon vor 1933 stellvertretender Stadtratsvorsitzender in Weimar gewesen war und jetzt noch im KZ Buchenwald saß, Bürgermeister Paul Fleisch (SPD), früher bereits Bürgermeister in Schmiedefeld, der wegen seiner jüdischen Frau in ein Gestapo-Arbeitslager gekommen war, aus dem er am 5. April 1945 hatte fliehen können. Das Arbeitsamt sollte Hermann Schwarz von den Freien Gewerkschaften (früher SPD) übernehmen, das Bauamt Gerhard Mitter (KPD), das Wohnungsamt Paul Schuster (KPD), das Wirtschafts- und Ernährungsamt Alfons Gärtner (DDP) und das Wohlfahrtsamt Elisabeth Zajac-Frölich (SPD)[65].

---

[61] Nicht belegt.

[62] AsD, NL Brill 1: Brill an Brown, 26. 4. 1945.

[63] Ebenda, Brill an Michel Müller, 13. 2. 1947.

[64] Brill, Bericht über die Regierungstätigkeit, S. 3.

[65] Ebenda, S. 3 f., und BA, NL Brill 95: Berufung des neuen Stadtvorstands für den Stadtkreis Weimar. Elisabeth Zajac-Frölich war die Frau August Frölichs, des thür. Min.-Präs. von 1920–23, der 1946 erster Landtagspräsident in Thüringen wurde. Alfons Gärtner, ein gebürtiger Elsässer, war 1921 Geschäftsführer der Apoldaer Textil-Industrie und gehörte bis 1933 als Mitglied der DDP dem Stadtrat in Apolda und dem Aufsichtsrat der Thüringer Elektrizitäts- und Gaswerke an. Er galt als Fachmann in allen Wirtschaftsfragen (BA, NL Brill 97: Die politische Entwicklung Thüringens unter der sowjetischen Besatzung, 3. 10. 1947). Gärtner wurde im Sommer 1945 2. Vorsitzender der LDP-Thüringen, galt dort als der einzig „greifbare repräsentative Mann mit Kultur"

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Man kann in diesem neuen Stadtvorstand eine Konzentration der antinazistischen Kräfte sehen. Das Stimmenverhältnis – SPD 4, KPD 2, DDP 1 – war von Brill bewußt von den in Thüringen bei den Reichstagswahlen von 1928 und 1932 auf die einzelnen Parteien entfallenen Anteilen abgeleitet worden, natürlich unter Nichtbeachtung der Rechtsparteien. SPD und KPD sollten das „Rückgrat" des neuen politischen Lebens bilden: „the backbone for the building-up of new political life in Thuringia"[66]. Nicht zu übersehen ist, daß die Kommunisten eine solche Qualitätsstufe nicht ganz erreichten, da sie keine im engeren Sinne politischen Ressorts besetzten. Rücksichtnahme auf die amerikanische Besatzungsmacht, welche die Aktivitäten der Kommunisten bereits moniert hatte[67], ist als Erklärung zu bedenken.

Major Brown hat am 1. Mai im Weimarer Rathaus den ihm vorgeschlagenen Oberbürgermeister Behr und dessen Stellvertreter Fleisch ernannt; die Ernennung der anderen überließ er entsprechend dem amerikanischen Grundsatz der Selbstverwaltung dem neuen Stadtoberhaupt. Bei einer kleinen Feier wurden kurze Reden ausgetauscht, die den Gehalt der Stunde zu erfassen suchten. Nur Eingeweihte konnten allerdings dabei den in Sonderheit von Brill angesprochenen politischen Hintergrund mitdenken.

Der Amerikaner suchte die Bedeutung des Augenblicks mit den genii loci zu erfassen. Er zitierte Goethe: „Wir bekennen uns zu dem Geschlecht, das aus dem Dunkeln ins Helle strebt", und Schiller: „Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen". Behr antwortete beziehungsreich mit Abraham Lincoln: „Ihr könnt das ganze Volk einen Teil der Zeit und einen Teil des Volks die ganze Zeit, aber nicht das ganze Volk die ganze Zeit irreführen."[68]

(Der Abend, 22. 7. 1948), floh aber im Juli 1948 in den Westen (Der Kurier, 21. 7. 1948).

[66] BA, NL Brill 95: Brill an Brown, Mai 1945. Bei den Reichstagswahlen v. 20. 5. 1928 hatte die SPD in Thüringen 368 885 Stimmen erhalten, die KPD 138 046, am 31. 7. 1932 die SPD 231 231, die KPD 159 233, ebenda.

[67] Vgl. Anm. 58.

[68] BA, NL Brill 95: Berufung des neuen Stadtvorstandes für den Stadtkreis Weimar 2. 5. 1945. Die Verbundenheit Browns mit der deutschen Klassik zeigte sich auch in seinem erfolgreichen Bemühen, die vom Reichsstatthalter Sauckel Ende März 1945 aus der Weimarer Fürstengruft entfernten Sarkophage Goethes und Schillers, die noch am 12. April auf Befehl Sauckels gesprengt werden sollten, sich dann aber unversehrt in einem Bunker in der Nähe des Paradies-Bahnhofs in Jena wiederfanden, unverzüglich und unversehrt nach Weimar zurückbringen zu lassen. Er wollte das sogar am 2. Mai mit einer Trauerparade tun, bekam dafür aber nicht die Erlaubnis des amerikanischen Oberkommandos, da zu diesem Zeitpunkt noch der Kriegszustand herrschte. Den 12. Mai 1945, an dem die Sarkophage dann in einer schlichten Feierstunde wieder an ihren alten Ort überführt wurden, nannte Brown den „Höhepunkt meines Lebens"; AsD, NL Brill 1: Bericht über die Regierungstätigkeit, S. 7 ff., und BA, NL Brill 339: Goethes zweites Begräbnis. Brill regte damals „aus einem bewegten, deutsch und humanistisch fühlenden Herzen" bei der juristischen Fakultät der Universität Jena an, Brown „wegen seiner Verdienste um die Rückführung der Särge Goethes und Schillers zum Dr. h. c. zu ernennen".

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Rede hatte Brill verfaßt[69]. Sie stand unter dem Motto: „Wir beginnen für Freiheit, Frieden und Humanität". Das konnte als ein Anknüpfen an die Weimarer Klassik verstanden werden. William M. Brown, ein Verehrer eben dieser Klassik, wird das auch so aufgefaßt haben. Brill hingegen meinte nicht „die literarische, die schöngeistige, die spekulative Humanität, die Humanität der gebildeten Menschen in der Form der bürgerlichen Persönlichkeit". Das war für ihn „eine versunkene Lebensform"[70]. Er meinte „die materialistische Humanität eines neuen Sozialismus". So stand es als Quintessenz seiner geistigen Widerstandsarbeit im „Buchenwalder Manifest". Das Motto des 1. Mai 1945 war somit ein eminent politisches. „Für Freiheit, Frieden und Humanität" war geradezu identisch mit „Für Frieden, Freiheit, Sozialismus".

Grundsätze dieser Art hatten jetzt in der konkreten Politik ihre Anwendung zu finden. In Weimar wurden sofort alle Straßenschilder mit dynastischen, militärischen und nazistischen Namen durch solche mit republikanischen, demokratischen und sozialistischen ersetzt. Die Ernährungslage war in Thüringen durch Plünderung zentraler Vorratslager und unkontrolliertes Abschlachten großer Viehbestände angespannt, aber wegen der Jahreszeit nicht besorgniserregend[71]. Dringender war die Reorganisation der Polizei. Brill legte dazu am 5. Mai 1945 den Amerikanern Vorschläge vor[72]. Das auf die Nationalsozialisten zurückgehende Nebeneinander von städtischer Polizei und einer der Reichsverwaltung unterstellten Gestapo und Kriminalpolizei wollte Brill wieder aufheben. „Hier mußte ganze Arbeit geleistet werden." Sicherheits-, Kriminal- und Verwaltungspolizei sollten als die drei Bereiche des Polizeiwesens von einem Polizeidirektor geleitet werden, der „als Beigeordneter der Stadt Weimar Mitglied des Stadtvorstandes" sein sollte, um so jederzeit informiert und kontrollierbar zu sein[73]. Brill schlug

---

Die Fakultät lehnte das zu diesem Zeitpunkt ab, da sie darin eine zu schnelle Anbiederung an die Siegermacht USA sah; BA, NL Brill 95: Brill an Krusch, 23. 5. 1945, und Krusch an Brill, 29. 5. 1945, ebenda, NL Brill 77.

[69] Brill, Bericht über die Regierungstätigkeit, S. 4.

[70] Brill, Arbeiterbildung als Aufgabe der Demokratie, Vortrag 18. 4. 1947; BA, NL Brill 333. Der Gedanke wird an einer anderen Stelle des Vortrags noch einmal so formuliert: „Arbeiterbildung in der Demokratie ist die Aufrichtung einer neuen Humanität. Nicht substanzloser Kosmopolitismus, noch ein literarisches und philosophisches Weltbürgertum, die beide für urbane Globetrotter und Literaten und Künstler angebracht sein mögen, ist unser Ziel. Unser Ziel ist die Verwirklichung konkreter materieller Menschenrechte."

[71] Zur Ernährungslage in Thüringen s. den Bericht des Landesernährungsamtes v. 11. 5. 1945; StA Weimar, Thür. Min. des Innern III-A-10-42, zit. bei Fuchs, S. 78 und Dok. 20.

[72] BA, NL Brill 95: Vorschläge für die Reorganisation der Polizei der Stadt Weimar v. 5. 5. 1945.

[73] Der demokratischen Kontrolle der Beamten hat Brill auch später große Bedeutung beigemessen, „denn die Bürokratie ist in Deutschland eine stärkere Herrschaftsmacht als die Summe aller demokratischen Elemente". In Sonderheit sah er für das Ende der Weimarer Republik eine kausale Verbindung zwischen der weitgehend eigenmächtigen Reichsbürokratie und dem Aufkommen des Faschismus: „Es ist kein Zufall, daß dieser

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für dieses wichtige Amt ein „Mitglied der DDP" vor. Für das Personal der Sicherheits- und der Kriminalpolizei benannte er insgesamt 35 Häftlinge aus dem KZ Buchenwald, die zum Teil im Spanischen Bürgerkrieg als Milizoffiziere auf der Seite der verfassungsmäßigen Regierung Negrin gestanden und sich dabei meist zur KPD bekannt hatten.

Die Amerikaner nahmen Brills organisatorische und personelle Vorschläge an, stellten Uniformen und Kraftwagen zur Verfügung, ließen schon in der zweiten Maihälfte die Bewaffnung der deutschen Sicherheitspolizei zu und zogen sich selbst als Verkehrspolizei aus dem Weimarer Stadtbild zurück[74].

Nach Abschluß dieser ersten Verwaltungsmaßnahmen wurde Brill am 7. Mai 1945 mit der provisorischen Führung der thüringischen Landesregierung beauftragt[75]. Ein solcher Auftrag gab ihm vermehrte Chancen für die Gestaltung des politischen Lebens, fesselte ihn aber auch enger an die Besatzungsmacht und machte ihn darüber hinaus für alle politischen Gruppierungen Thüringens, damals als Ausschüsse, Komitees und Beiräte organisiert, zu einer entscheidenden Zwischenstation auf dem Weg zur politischen Macht.

Alle politischen Entscheidungen waren damals in erster Linie personalpolitische Entscheidungen. Man hatte sie bisher einvernehmlich getroffen. Brill hatte sich sehr darum bemüht, auch wenn nicht zu übersehen ist, daß die KPD dabei nicht in entscheidende Positionen gekommen war[76]. Ein solches Einvernehmen herzustellen, wurde schwieriger, als es darum ging, eine provisorische thüringische Landesregierung zu bilden. In Weimar hatten sich schon Ende April mit Billigung der Militärregierung Emil Friedrich (KPD), Hugo Günther (SPD), Leonhard Moog (DDP) und Dr. Max Kolter (Zentrum) zu einem „Politischen Beirat beim Oberbürgermeister" zusammengeschlossen[77]. Diese vier meldeten sich

---

Leviathan den Faschismus gebar." Brill, Die Macht der Bürokratie, in: Soz. Jhh. 1 (1947), S. 324 f.

[74] Bericht über die Regierungstätigkeit, S. 5.

[75] Ebenda, S. 6, und AsD, NL Brill 1: Brill an Müller, 13. 2. 1947.

[76] Brill hatte die Aktivitäten der KPD vor den Amerikanern „von Fall zu Fall ... richtig verstecken müssen"; AsD, NL Brill 1: Brills Rede vor dem BdS 8. 7. 1945.

[77] BA, NL Brill 95: Der Politische Beirat beim Oberbürgermeister an Dr. Behr, 11. 5. 1945. Den Beirat hatte noch Behrs Vorgänger Kloß gegründet; Kloß an Antinazi-Komitee Weimar, 28. 4. 1945, a. a. O. Die Demokraten (Leonhard Moog) waren dabei berücksichtigt worden, obwohl sie seit den Kommunalwahlen vom Dezember 1929 in Weimar keinen Vertreter mehr im Stadtrat gehabt hatten. Moog hatte sich deswegen 1930 auch nicht mehr zur Landtagswahl gestellt, sondern sich völlig aus der Politik zurückgezogen (BA, NL Brill 57: Brill an Dietrich, 16. 9. 1946). Moog galt allerdings 1945 als unentbehrlicher Fachmann für Finanzfragen. Er wurde bereits am 12. 5. 1945 Minister für Finanzen und blieb dies trotz aller politischen Umschwünge bis Anfang 1950. Zwischenzeitlich, nach Pauls Rücktritt als Min.-Präsident (21. 9. 1947) und vor Eggeraths Wahl zum neuen Min.-Präsidenten (8. 10. 1947), war Moog sogar kommissarischer Min.-Präsident von Thüringen. Ende 1950 kam der Umschwung. Die DDR machte Moog in Abwesenheit – dieser war im Januar 1950 nach Berlin-West geflohen – einen Schauprozeß; vgl. Tägliche Rundschau, Ausgaben Dezember 1950.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jetzt zu Wort. Sie unterbreiteten Brill am 11. Mai „endgültige Vorschläge" für die Besetzung der einzurichtenden Ministerämter. Die Namen Moog (Finanzen), Wolf (Volksbildung), Friedrich und Kolter (Wirtschaft), Blaicher und Fiedler (Gauwirtschaftskammer), Günther (Thüringenwerk) und Burckhardt (Gagfah) wurden neben Brill (Reg.-Präsident und Innenministerium) genannt. Die KPD benannte noch zusätzlich Ernst Busse, ihren späteren 1. Vorsitzenden in Thüringen[78].

Die Amerikaner zögerten die Genehmigung lange hinaus. Ende Mai waren erst Brill, Moog, Wolf und Kolter im Amt, ein Mitglied für jede Partei, im Juni kamen Alfons Gärtner (Landesamt für Industrie, Handel und Gewerbe) und Ernst Busse (Landesarbeitsamt) hinzu, und am 16. Juli, als schon die Sowjetunion seit zwei Wochen die neue Besatzungsmacht war, noch Friedrich Buchwald (Landesamt des Innern) und Georg Appell (Landesverkehrsamt)[79]. Die Bezeichnung „Landesamt" bringt zum Ausdruck, daß die Amerikaner keine Ministerien zuließen, weil dieser Begriff eine höhere politische Eigenständigkeit der Deutschen impliziert hätte. Doch die Ressorteinteilung war traditionell, die Besetzung personalpolitisch ausgewogen, „ein kleines parlamentarisches Kunststück", wie Brill meinte[80].

Ein „parlamentarisches" Kunststück war es sicher nicht. Das „Volk" war in keiner Weise beteiligt worden. Doch in der Abneigung gegen eine allzu frühzeitige demokratische Legitimierung und Kontrolle trafen sich damals Brills Vorstellungen mit denen der Amerikaner. Während seiner Verhandlungen im Mai hatte Brill Vertretern der amerikanischen Militärregierung ausdrücklich von baldigen plebiszitären Aktionen irgendwelcher Art abgeraten[81]. Solange nicht die Nationalsozialisten aus allen öffentlichen Ämtern und „from the whole sphere of social life" eliminiert seien, sei es ein Ausdruck politischen Scharfsinns („a matter of political shrewdness"), „to select the new antifascist heads of department in all government offices". Nur so sei „the foundation of public life with profound thoroughness" gewährleistet. Der von Brill 1937/38 sehr idealistisch beschriebene „neue Mensch", der richtungsweisend und erziehend der Masse voranzugehen habe, erhielt jetzt, im Mai 1945, konkrete Züge und Aufgabenfelder. Es wird sich bald zeigen, daß das dahinterstehende elitäre Demokratieverständnis

---

[78] Busse war während seiner Häftlingszeit im KZ Buchenwald 2. Lagerältester gewesen. 1946 wurde er Vizepräsident des Thür. Landtags. Als er zu dieser Zeit mit Giftspritzungen im KZ in Verbindung gebracht wurde, mußte er – zusammen mit Walter Wolf – im Sommer 1947 gehen. Der SSD der DDR verhaftete ihn im Juli 1950 „wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit" (Der Abend, 21. 7. 1950). 1953 kam er auf ungeklärte Weise zu Tode. Der Öffentlichkeit war er inzwischen als „Schlächter von Buchenwald" bekannt (Der Abend, 11. 9. 1953).

[79] BA, NL Brill 96: Aktennotiz vom 26. 5. 1954, und BA, NL Brill 95: Regierungsblatt für die Provinz Thüringen Nr. 1 vom 16. 7. 1945.

[80] Rede Brills vor der 1. Landeskonferenz des BdS am 8. 7. 1945, S. 14.

[81] BA, NL Brill 95: Brill an Brown, Mai 1945.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Brills, ohnehin in gewissem Widerspruch zu den im „Buchenwalder Manifest" betonten urdemokratischen Anfängen, in Thüringen auf Widerstand stieß.

Die Bildung der Landesregierung ging einher mit einer Gebietsreform. Aus drei ganz verschiedenen früheren Verwaltungsbereichen, dem Land Thüringen, dem preußischen Regierungsbezirk Erfurt und dem zur ehemals preußischen Provinz Kurhessen gehörenden Kreis Schmalkalden, erstand nach Brills Vorschlag die Provinz Thüringen[82]. Heinrich Hoffmann, ein wenige Wochen später im Hintergrund agierender Gegenspieler Brills, gratulierte diesem zu der mit der Gründung der Provinz Thüringen am 9. Juni 1945 verbundenen Ernennung zum Reg.-Präsidenten mit dem ersten gedruckten Exemplar des „Buchenwalder Manifests". Das war ein sinnfälliges Geschenk. Etwas burschikos wirkte der Schlußsatz seines Begleitschreibens: „Und nun wollen wir in Thüringen nach holsteinischer Art ‚Klar Schiff' machen. Gib das Kommando ‚Volldampf voraus!'"[83]

Der Anfang mußte in der Verwaltung gemacht werden. Da lag ein besonderes Bedürfnis vor. In Thüringen war der gesamte Behördenapparat schon frühzeitig mit Nationalsozialisten durchsetzt worden. Hier hatte die NSDAP 1926 ihren ersten Parteitag abgehalten, Sauckel war 1927 Gauleiter geworden, Wilhelm Frick 1930 als erster Nationalsozialist (Innen- und Volksbildungs-)Minister, und die NSDAP hatte in Thüringen bei den Landtagswahlen von 1932 mit über 42 % den größten Stimmenanteil errungen, so daß sie schon zu dieser Zeit fast allein die Landesregierung stellen konnte[84]. Rigorose Säuberungsmaßnahmen waren also 1945 zu treffen. Den Amerikanern gegenüber nannte Brill dies „the most urgent work to be done in this country"[85]. Er suchte ihre reinigende und zugleich sühnende Kraft oft durch den Gebrauch des griechischen Wortes „Katharsis" zu verdeutlichen.

Die „Richtlinien für die Reinigung der Verwaltung von nazistischen Elementen", die Brill entwarf und am 26. Mai zusammen mit Moog, Wolf und Kolter unterzeichnete, waren sein ureigenstes Werk, von ihm selbst „mein geistiges Eigentum" genannt[86]. Obwohl die Amerikaner auf der Konferenz von Jalta im

---

[82] BA, NL Brill 95: Thüringen 9. 6. 1945, mit Richtlinien für eine neue Verwaltungsordnung. Brill brachte mit diesem Vorgang einen von ihm schon 1920 mitgetragenen Prozeß einer geographisch-politischen Flurbereinigung Thüringens zum Abschluß. Vgl. dazu Thape, S. 255.

[83] BA, NL Brill 94: Hoffmann an Brill, 9. 6. 1945.

[84] Vgl. Bouvier, S. 444 f. Am 19. 9. 1945 gab Reg.-Präsident Paul auf einer Konferenz der Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister Thüringens den früheren Anteil der Nationalsozialisten unter den Lehrern in Thüringen mit 98 % und in der Kommunalverwaltung mit 96 % an; StA Weimar, Der Ministerpräsident Nr. 246, zit. bei Fuchs, S. 55.

[85] Vgl. Anm. 81.

[86] So in seiner Rede auf der 1. Landeskonferenz des BdS am 8. 7. 1945, S. 14. Der Entwurf der Richtlinien in: BA, NL Brill 96. Starke Worte zur Katharsis in Thüringen fand auch Ernst Busse: „Durch keine Weichheit, keine Nachsichtigkeit, darf den gewesenen Trägern dieser verbrecherischen Staats- und Gesellschaftsführung erlaubt werden, sich der Verantwortung und Strafe zu entziehen. Kein Weg darf sie wieder zur Betätigung oder in

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Februar 1945 mit den Sowjetrussen und Engländern verabredet hatten, „alle nationalsozialistischen und militärischen Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen sowie aus dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschalten", und obwohl sie diesen Grundsatz noch einmal in ihrer „Proklamation Nr. 1" im Mai 1945 bestätigt hatten[87], akzeptierten sie Brills Richtlinien jetzt nur zum Teil[88]. Die Kontroverse ist nicht ohne Bedeutung und verdient eine genauere Darstellung.

Brill hatte den allgemeinen Grundsatz des „Buchenwalder Manifests" („Alle Beamte, die als Träger der Diktatur tätig gewesen sind, müssen unverzüglich den öffentlichen Dienst verlassen."[89]) differenziert. Es sollte nach drei Kategorien entschieden werden. In die erste waren alle „alten Kämpfer" aufzunehmen, d. h. Beamte, Angestellte und Arbeiter, die vor dem 23. März 1933 – am 24. März 1933 wurde das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. Ermächtigungsgesetz, verkündet – der NSDAP beigetreten waren. Für die zweite sollte der 30. April 1937 Stichtag sein, für die dritte der 8. Mai 1945. Entsprechend abgestuft waren die zu ergreifenden Maßnahmen.

Alle Betroffenen waren sofort vom Dienst zu suspendieren, die „alten Kämpfer" ohne Versorgungsbezüge, die der zweiten Kategorie mit dem Recht, nach Ablauf von drei Monaten einen Antrag auf solche Bezüge zu stellen, die ihnen dann „widerruflich auf Zeit" gewährt werden konnten, und die der dritten Kategorie mit einem Rechtsanspruch auf einen Teil ihrer Versorgungsbezüge. Strenge Sicherungsmaßnahmen sah Brill gegen die „alten Kämpfer" vor. Sie waren „summarisch in Polizeihaft zu nehmen und einem Ermittlungsverfahren zu unterwerfen". Ihr Sach- und Geldvermögen (Kraftfahrzeuge, Schreibmaschinen, Telefon und anderes) sollte eingezogen, ihre Familien sollten polizeilich überwacht werden. Gelten sollten solche Maßnahmen bei Beamten vom Reg.-Rat aufwärts, bei den Angestellten und Arbeitern in den entsprechenden Gruppen. Ausnahmen waren nur dann zulässig, „wenn die Betreffenden nur unter dem recht-

---

Positionen führen ... Das deutsche Volk muß wissen, daß diese Bürokratie das Rückgrat dieser Diktatur bildete und daß dieses Rückgrat gebrochen werden muß. Deutschland muß erkennen, daß alle diese Ämter gesäubert werden müssen." Busse an Anonymus, 5. 6. 1945, in: AsD, NL Brill 1. Eine Mitarbeit des „Schlächters von Buchenwald" an Brills Richtlinien ist nicht nachweisbar, dagegen trägt dieser als Innenminister mit Paul als Reg.-Präsidenten die Verantwortung für die Ende Juli stark abgeschwächt herausgegebenen Reinigungsrichtlinien; s. Brills Marginalie zum oben genannten Brief. Zu Busse vgl. Anm. 78.

87 Dort hieß es: „In dem deutschen Gebiet ... werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten, die Herrschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beseitigen, die NSDAP auflösen sowie die grausamen, harten und ungerechten Rechtssätze und Einrichtungen, die von der NSDAP geschaffen worden sind, aufheben." Fuchs, Dok. 21.

88 Man muß hier im Auge behalten, daß es in der Proklamation Nr. 1 auch hieß: „Alle Beamten sind verpflichtet, bis auf weiteres auf ihrem Posten zu verbleiben."

89 „Buchenwalder Manifest", S. 98.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichen Zwang einer Zugehörigkeit zu einer NS-Organisation eine Anstellungsprüfung ablegen oder zu einer beruflichen Anstellung zugelassen werden konnten". Für diesen Fall behielt sich Brill in seiner Eigenschaft als Reg.-Präsident eine Entscheidung persönlich vor.

Die Sicherungsmaßnahmen folgten dem Grundsatz des „Buchenwalder Manifests", alle durch ihre aktive oder auch passive Mitgliedschaft belasteten Personen „schnell, streng und gerecht" auszusondern und gegebenenfalls „einem Strafvollzug nach ihren eigenen Anschauungen zu unterwerfen"[90]. Brill hat auch an eine gelegentliche Rechtspraxis in Deutschland vor 1933 angeknüpft[91]. Trotzdem war er den Amerikanern zu rigoros. Sie genehmigten am 26. Mai nur den ersten Teil der Richtlinien, der sich auf die „alten Kämpfer" bezog, und den lediglich für die Stadt und den Landkreis Weimar[92].

Auch in Teilen der deutschen Bevölkerung Thüringens wurde Brill dieser Richtlinien wegen „als rigoroser Moralist verschrieen"[93]. Doch ein solches Urteil verkennt das aus dem intendierten politischen Neuanfang abgeleitete notwendige Ausmaß einer Katharsis. Brill hat sofort nach dem Einzug der sowjetischen Besatzungsmacht in Thüringen (1.–3. Juli 1945) erfolgreich bei dieser die Erlaubnis erbeten, „alsbald nach diesen Richtlinien verfahren zu dürfen, damit endlich die nazistischen Elemente aus der öffentlichen Verwaltung entfernt werden können"[94]. Sein Nachfolger im Amt des Reg.-Präsidenten, Rudolf Paul, hat sie jedoch in einer neuen Verordnung vom 23. Juli 1945 so sehr entschärft, daß Anfang September die Behörden Thüringens noch zu 50 % mit belasteten Personen durchsetzt waren, Ende Oktober noch mit 32,1 %[95].

---

[90] Ebenda. Schon in der „Freiheit" von 1937 (S. 69) hatte Brill geschrieben: „Schnell, streng und gerecht wird die Volksfront das deutsche Volk von den Verbrechern der Diktatur reinigen." Das Urteil im Nürnberger Prozeß hat Brill im Oktober 1946 so begrüßt: „Streng, aber gerecht sind die Nürnberger Verurteilten aus der menschlichen Gesellschaft ausgemerzt worden." Brill, Von Jena bis Nürnberg.

[91] Am 9. März 1931 hatte der Thüringer Disziplinarhof in Übereinstimmung mit einem Rechtsspruch des 4. Senats des Reichsgerichts vom 10. Februar 1931 einen Polizeioffizier deswegen eines Dienstvergehens beschuldigt und entlassen, weil dieser offen für die NSDAP eingetreten war (Allg. Thür. Landeszeitung, 28. 2. 1932). Brill war zu dieser Zeit selbst Richter am Thür. Disziplinarhof.

[92] Clark an den Landrat des Landkreises Weimar, 26. 5. 1945, bei Fuchs, Dok. 29. Die Ablehnung der Richtlinien begründete Brill später damit, daß die Amerikaner sich „nicht in unsere Verhältnisse hineindenken" konnten (Brill vor der 1. Landeskonferenz des BdS, 8. 7. 1945).

[93] BA, NL Brill 28: Brill an Paul Lärtz, 4. 9. 1946.

[94] Am 5. 7. 1945 teilte Brill allen Landräten, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern in Thüringen mit, daß die Richtlinien „die Billigung des Vertreters des Oberkommandos der russischen Besatzungstruppe gefunden" hätten (BA, NL Brill 96).

[95] Die von Paul vorgenommene Entschärfung bestand besonders darin, daß die Richtlinien erst vom Reg.-Direktor an aufwärts – bei Brill vom Reg.-Rat an – gelten sollten (BA, NL Brill 96: Verordnung über die Reinigung der öffentlichen Verwaltung von Nazi-Elementen vom 23. 7. 1945). Die Angaben über den Anteil der belasteten Beamten in der Verwaltung Thüringens bei Fuchs, S. 117, mit Belegen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Widerstände, welche die Amerikaner der Säuberung der Verwaltung entgegensetzten, kündigten sich im Juni auch im engeren politischen Bereich an. Am 15. Mai 1945 hatte sich aus dem Buchenwalder „Thüringen-Komitee" und dem Weimarer „Antinazi-Komitee" ein „Thüringen-Ausschuß" gebildet, eine Operationsbasis der sich bisher in Thüringen politisch nicht ausreichend repräsentiert fühlenden Kommunisten. Vorsitzender war Johannes Brumme (KPD). Der „Thüringen-Ausschuß" forderte von Brill, daß entsprechend dem Beispiel des „Politischen Beirats beim Oberbürgermeister" der Stadt Weimar und örtlicher Antifa-Komitees auch bei der Landesregierung ein „Thüringen-Beirat" einzurichten sei. Brill ging auf dieses Verlangen am 4. Juni ein und lud je drei kommunistische (Hugo Günther, Johannes Brumme und Richard Eyermann) und sozialdemokratische (Kurt Böhme, Elisabeth Zajac-Frölich und Heinrich Hoffmann) Vertreter, einen der Demokratischen Partei (Felix Zumhasch) und einen der Christlichen Demokraten (Fritz Franz) zur konstituierenden Sitzung eines solchen Gremiums für den 8. Juni ein[96]. Das Stimmenverhältnis 3 – 3 – 1 – 1 berücksichtigte die Dominanz und Gleichrangigkeit der beiden Arbeiterparteien.

Auf der Sitzung beschlossen die Genannten die Gründung des Beirats und verabredeten wöchentliche Konferenzen mit dem Reg.-Präsidenten, auf denen alle politischen Entscheidungen koordiniert werden sollten. Sie forderten außerdem die Mitsprache bei personalpolitischen Entscheidungen. Dies bedeutete eine Schmälerung Brillscher Kompetenzen, denn nach den „Richtlinien für eine Landesverwaltungsordnung" von Anfang Juni sollte der Reg.-Präsident „allein für die Personalpolitik verantwortlich" sein[97]. Jedoch fügte sich der Vorstoß der Kommunisten dem von Brill selbst ins Auge gefaßten Rahmen einer von einer politischen Elite gelenkten Übergangsphase ein, in der „the new antifascist heads of department in all government offices" Fuß fassen sollten. Ein anderer Vorstoß offenbarte die Problematik, die in einem elitär vollzogenen demokratischen Neuanfang lag.

Anfang Juni 1945 war das „Buchenwalder Manifest" im Druck erschienen. Den Sozialdemokraten in Berlin war es noch nicht bekannt, denen aus den Westzonen erst recht nicht, wohl aber den politisch Interessierten in Thüringen. Das Geraer Antifa-Komitee, vermutlich das erste seiner Art in Thüringen[98], berief sich darauf. Am 20. Juni warfen Vertreter dieses Komitees Brill mit dessen eigenen Worten vor: „Wir erstreben einen neuen Typ der Demokratie, der sich nicht in einem leeren formelhaften Parlamentarismus erschöpft, sondern den breiten Massen in Stadt und Land eine öffentliche Betätigung in Politik und Verwaltung ermöglicht." Sie konstatierten, daß in Thüringen unter der Präsidentschaft Brills,

[96] BA, NL Brill 95: Brumme an Brill, 4. 6. 1945 (2 Schreiben). Die Bezeichnungen schwanken zwischen Thüringen-Ausschuß und Thüringen-Beirat. Dies ist als Ausdruck hektischer und sich überschneidender parteipolitischer Aktivitäten kurz vor der Zulassung der offiziellen Parteigründungen anzusehen.

[97] Ebenda: Richtlinien für eine Landesverwaltungsordnung, Juni 1945.

[98] Vgl. Bouvier, S. 448 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der doch der geistige Urheber dieses Manifests war, „zwischen Theorie und Praxis ein riesenhafter Unterschied besteht"[99]. In Gera empfand man den Aufbau der neuen Landesregierung als zu elitär, formal und traditionalistisch. Obwohl Brill früher angekündigt habe, für einen Wiederaufbau Deutschlands das „seelische Reservoir der Arbeiter und Bauern" heranzuziehen, habe er in Weimar einen solchen Vorsatz nicht realisiert. Die Geraer Genossen forderten ihn deswegen auf: „Das privilegierte Berufsbeamtentum ist abzuschaffen und durch ein hochqualifiziertes, sauberes, sozial modernes Volksbeamtentum zu ersetzen ... Die ganze Juristerei muß revidiert werden und fähige Köpfe aus der Arbeiterschaft auch in allen rechtlichen und gerichtlichen Angelegenheiten herangezogen werden, denn wir sind die Kraft, wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat." Die „Massen der Werktätigen in Stadt und Land" sollten mobilisiert und die Regierung in eine Industriestadt verlegt werden („weg von Weimar")[100]. Das war eine direkte Anknüpfung an den Geist der thüringischen Landschaft, das war das alte Erfurter Programm.

Brills Bemühen, an den Anfängen deutscher Politik in Thüringen die Vertreter aller antifaschistischen Parteien zu beteiligen, den dominanten Einfluß aber den beiden alten Arbeiterparteien zu sichern, ist nicht zu übersehen. Eine schlagartige Verwandlung des Staats- und Verwaltungsapparates, wie ihn die Gegner am 20. Juni gefordert hatten, war illusorisch. Die amerikanische Besatzungsmacht hätte dazu nicht ihre Genehmigung gegeben, „fähige Köpfe aus der Arbeiterschaft" konnten gar nicht in der benötigten Zahl zur Verfügung stehen. Auch Brill wollte den Staat, „das alte morsche Ding", auf eine neue Basis stellen. Doch dies sollte nicht revolutionär geschehen, sondern „vom Standpunkt der nächsten 30 Jahre" bedacht und eingeleitet werden[101]. Eine Übergangsphase, notwendigerweise von den dazu durch ihren Widerstand besonders legitimierten „neuen Menschen" elitär, aber mit kollektiver Verantwortung gestaltet, hatte die spätere, die urdemokratische Phase vorzubereiten. Am 8. Juli 1945 umriß Brill in einer öffentlichen Rede vor ehemaligen thüringischen Sozialdemokraten dieses Konzept. Der politische Zusammenhang, in den die Rede gehört, sei kurz vorausgeschickt.

Gemäß der am 12. September 1944 von der „European Advisory Commission" in London getroffenen und in Jalta im Februar 1945 von den drei Alliierten nicht geänderten Absprache über den Zonengrenzverlauf in Deutschland zogen sich die amerikanischen Truppen vom 1. bis 3. Juli aus Thüringen und den Teilen Sachsens, die sie erobert hatten, zurück. Sowjetrussische Verbände rückten sofort nach. In direktem Zusammenhang damit steht der Beginn einer partei-

[99] BA, NL Brill 95: Antifa-Komitee Gera an Brill, 20. 6. 1945.

[100] Brill selbst hatte im „Buchenwalder Manifest" (S. 98) dafür plädiert, „zuerst ... in allen Orten antifaschistische Volksausschüsse zu bilden", sie auf eine „urdemokratische" Grundlage zu stellen, um von dort aus einen Volkskongreß zu berufen, der eine Volksregierung einzusetzen und eine Volksvertretung zu wählen habe.

[101] Vgl. Anm. 39.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politischen Renaissance in Thüringen. Mit einem Schlage traten Fragen der Reinigung und Reorganisation der Behörden in den Hintergrund – nur am Rande des Interesses blieb die „Verordnung über die Beschlagnahme der Vermögen aller Nazis" vom 7. Juli 1945 als eine Konsequenz der Reinigungsrichtlinien[102] – und parteiorganisatorische und -ideologische in den Vordergrund. Der Befehl Nr. 2 der russischen Besatzungsmacht vom 10. Juni 1945 bot die Voraussetzung dazu. Das Geschehen der nächsten Tage glich auch in Thüringen einem Kampf um die Gunst der Stunde und blieb nicht ohne dramatische Akzente.

Noch am 3. Juli gaben als erste die Kommunisten Thüringens eine Zeitung heraus, die „Thüringer Volkszeitung"[103]. Die Sozialdemokraten riefen für denselben 3. Juli 42 ihrer ehemaligen Mitglieder zu einer Gründungsversammlung in den Sitzungssaal des Reg.-Präsidiums in Weimar. Initiator scheint Heinrich Hoffmann gewesen zu sein.

Es ist den zur Verfügung stehenden Quellen nicht eindeutig zu entnehmen, ob Brill von dieser Entwicklung überfahren wurde. Zumindest entsprach es nicht seinen Intentionen, die alte Parteienlandschaft zu restaurieren. Das war für ihn sogar ein grundlegender Fehler. Die Antifa-Komitees waren in seinen Augen ein richtiger Anfang gewesen, ihnen wäre jetzt eine andere organisatorische Struktur, ideologische Schulung und dazu eine im Zeichen des Sozialismus geeinte Massenbasis zu geben, „eine", wie Brill selbst durchaus erkannte, „ungeheure politische Aufgabe der Erziehung, der Organisation, der Kritik der politischen Übung und der Kontrolle"[104]. Diese Aufgabe suchte er jetzt anzufassen.

Am 3. Juli 1945 versammelten sich 21 ehemalige thüringische SPD-Mitglieder. Elf von ihnen gehörten inzwischen der Provinzialregierung an (Brill, Böhme, Hoffmann, Schultes, Appell, Heilmann, Känsche, Keneter, Brack, Carnarius und Thierfelder), sieben der Weimarer Kommunalverwaltung (Behr, Fleisch, Zajac-Frölich, Baumeister, Braun, Soback und Treyße), einer (Hildebrandt) war Landrat in Meiningen, und nur zwei (Pohle und Henninger) waren bisher ohne eine öffentliche Stellung[105]. Die Auflistung zeigt, daß sich im wesentlichen jene Personen trafen, die zum engeren Führungskreis um Hermann Brill gehörten. Das „geistige Reservoir der Arbeiter und Bauern" fehlte.

Brill konnte die Versammelten zu dem einstimmig gefaßten Beschluß bewegen, „daß es eine aus der gegenwärtigen Entwicklung heraus gebotene Notwendigkeit ist, sofort zur Gründung einer Ortsgruppe des Bundes demokratischer

---

102 BA, NL Brill 96: Verordnung über Beschlagnahme der Vermögen aller Nazis, 7. 7. 1945.

103 Fuchs, S. 169.

104 Dies eine grundlegende Auffassung Brills, hier zitiert aus seinem Aufsatz „Die Revolution der Freiheit". Dort findet sich auch eine andere Wendung desselben Gedankens: „Keine politische Verfassung, die eine demokratische sein will, hat Aussicht auf Bestand, wenn nicht gleichzeitig eine Änderung der politischen Struktur stattfindet." Soz. Jhh. 2 (1948), S. 126 f.

105 AsD, NL Brill 1: Protokoll der Sitzung v. 3. 7. 1945. Die Personalangaben wurden von Frau Martha Brill ergänzt.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sozialisten – SPD zu schreiten"[106]. Man wählte August Frölich, Heinz Baumeister, Cäsar Thierfelder, Paul Hildebrandt und Marie Carnarius in einen provisorischen Vorstand (Frölich, den ehemaligen Ministerpräsidenten Thüringens, in Abwesenheit). Ein Bezirksvorstand wurde per Akklamation vorläufig mit Hermann Brill, Rudolf Jungmann und Kurt Böhme besetzt (Jungmann in Abwesenheit). Eine Bezirks- und auch eine Landeskonferenz nahm man in Aussicht und gab dafür sofort „Richtlinien des Bundes demokratischer Sozialisten" in Auftrag. Von diesen organisatorischen Vorgängen, noch mehr von den darin manifest werdenden politischen Absichten, sollte sogleich das „Antinazi-Komitee" in Weimar, die Vorstufe der KPD, in Kenntnis gesetzt werden. Der Gründungsschwung wurde beibehalten. Am 5. Juli gab es einen Landesverband des BdS, in dessen Namen Böhme und Hoffmann zu einer 1. Landeskonferenz für den 8. Juli 1945 einluden[107].

Es war nur natürlich, daß Brill die „Richtlinien des BdS" verfaßte. Trotz knapper Formulierungen[108] ist nicht zu übersehen, daß er dabei eher an den Tenor seiner Widerstandsschriften von 1937/38 anzuknüpfen bemüht war als an den des „Buchenwalder Manifests". Im KZ hatte er Anfang April 1945 den politischen Neubeginn so skizziert: „Zuerst haben sich in allen Orten antifaschistische Volksausschüsse zu bilden, die sobald als möglich durch Heranziehung antifaschistischer Organisationen auf eine urdemokratische Grundlage zu stellen sind"[109]. In den „Richtlinien des BdS" schrieb er nun Anfang Juli: „Während früher die Masse sich ihre Führer erwählte und diese sich in der Organisation für die späteren Aufgaben schulten, müssen jetzt die Führer erst ihre Gefolgschaft suchen, sie organisieren und ihr eine einheitliche Meinungs- und Willensbildung anerziehen. Es kann daher zur Zeit, noch in naher Zukunft, weder von einer demokratischen Organisationsform noch von einer Demokratie im öffentlichen oder staatlichen Leben die Rede sein. Wir werden vielmehr zu einem System kommen müssen, das eine Synthese von Autorität und Demokratie darstellt: die autoritäre Demokratie!" Männer „aus einem bestimmten Kreis aufbauwilliger antifaschistischer Kräfte, der sich durch gemeinsames Schicksal und gemeinsamen Willen zusammengefunden hat", sollten als Führungselite mit „Kollektiv-Verantwortung" für „eine mehrere Jahre dauernde Frist" vorangehen, weil die Masse der Bevölkerung aus ihrer politischen Lethargie heraus keine Eigeninitiative entwickeln und wegen ihres nur unvollkommen ausgebildeten politischen Verständnisses keine Eigenverantwortung übernehmen könne.

Die Richtlinien sind für einen internen Mitarbeiterkreis, für die Elite selbst, geschrieben worden. Das beeinflußte sicher manche Gedankenführung. Im Kern

---

[106] Ebenda. Im Rückblick hat Brill diesen 3. 7. 1945 als Datum der Gründung der SPD Thüringens angegeben; AsD, NL Brill 1: Brill an Baehre, 18. 3. 1946.

[107] Protokoll, 3. 7. 1945.

[108] AsD, NL Brill 1: Richtlinien des Bundes demokratischer Sozialisten, Anfang Juni 1945.

[109] „Buchenwalder Manifest", S. 98.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jedoch dokumentieren sie die bei Brill immer erkennbare Abneigung gegen eine aus eigenem Antrieb revolutionäre Masse. Er suchte schon 1914 das Konzept einer autoritär-demokratischen Übergangsphase zu entwickeln. Zweifel an der Realisierbarkeit eines solchen Programms im Thüringen des Jahres 1945 sind angebracht. Briefe wie der des Geraer Antifa-Komitees vom 20. Juni machten deutlich, daß zumindest Teile der Bevölkerung, eben der „urdemokratischen Grundlage", einer solchen Überleitungsphase keine Sympathie entgegenbrachten. Wie würden die ehemaligen Sozialdemokraten in corpore reagieren, wie die Kommunisten, wie schließlich die sowjetische Besatzungsmacht? Antworten auf derlei Fragen mußten die nächsten Julitage bringen.

Am 8. Juli 1945 hatten sich 250 ehemalige SPD-Mitglieder im Saal des alten thüringischen Landtags zu der 1. Landeskonferenz des BdS zusammengefunden. Hoffmann, von der Landeskonferenz zum 2. Vorsitzenden gewählt[110], stellte den Versammelten den BdS als eine „vom Geiste echten freiheitlichen Weltbürgertums und von der großen Tradition des internationalen Sozialismus" bestimmte politische Vereinigung vor. Den geistigen Horizont spannte er vom Mittelalter bis in die Moderne. Es fielen die Namen Thomas Morus, John Stuart Smith, Rousseau, Saint Simon, Kant, Fichte, Hegel, Marx, Engels, Lessing, Goethe, Schiller, Grabbe, Büchner, Heine, Herwegh, Freiligrath, Tolstoi, Dostojewski, Gorki, Upton Sinclair, Jack London, Plechanow, Lenin, auch der Stalins und weiterer Sozialisten und Dichter. „Welch eine weite Welt tut sich auf!"

In der Tat, der Rahmen war weit. Doch auch durch Namen (Plechanow und Stalin etwa) belegte Widersprüche waren nicht zu übersehen. Brill enthielt sich solcher bedenklichen Aufrisse. Er stellte seine programmatische Rede unter die Kampfparole des sozialistischen Widerstands: „Neu beginnen!". Das gab zu erkennen, daß er jetzt endlich die Zeit gekommen sah, die in der Illegalität entwickelten Theorien zur Maxime eines legalen gesellschaftlichen und staatlichen Wiederaufbaus zu machen. Was er seit seiner Entlassung aus dem KZ Buchenwald in Weimar und Thüringen getan hatte, gewann durch diese Rede wieder den Charakter dessen zurück, was es in seinen Augen war, kommunal- und landespolitische Übergangsmaßnahmen, Reinigung und Reorganisation unter den Augen der amerikanischen Besatzungsmacht. Jetzt, vor dem Forum der 1. Landeskonferenz des BdS, wollte Brill den eigentlichen Neubeginn, die „Gestaltung im Reich", einleiten.

Die Konturen müssen ehemaligen SPD-Genossen nicht unbedingt vertraut geklungen haben. „Das sozialdemokratische Zeitalter ist zu Ende", sagte Brill, auch das der KPD. Beide Parteien hätten in der Weimarer Republik versagt, die eine mit der „Theorie von dem friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus", die andere mit der „Theorie von dem revolutionären Aufstand". Unter diese Vergangenheit sei ein „Schlußstrich" zu ziehen. Eine solche Einschätzung konn-

[110] AsD, NL Brill 1: Protokoll der 1. Landeskonferenz des Bundes demokratischer Sozialisten – SPD, 8. 7. 1945.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten die Zuhörer durch einen Rückblick in die Geschichte nachvollziehen. Aber das Neue – von Brill am 8. Juli nur mit den im „Buchenwalder Manifest" niedergelegten Skizzen über „eine neue Form der Demokratie", die Volksdemokratie, und mit knappen Ausführungen über Rechtsstaatlichkeit und Sozialisierung der Wirtschaft vorgetragen und summarisch in die Formel gefaßt: „Der Sozialismus ist die unmittelbare Gegenwartsaufgabe" – blieb schemenhaft. Hinweise, die möglicherweise hätten klärend wirken können, Hinweise auf eine „autoritäre Demokratie" als Übergangsphase, gab Brill vor diesem Forum nicht. Die häufig in seine Rede eingestreuten Bemerkungen über einen durch Erziehung und Bildung neu geformten Menschen konnte nur verstehen, wer in Brills Gedankengänge eingeweiht war. Klarer wurde indessen allen Zuhörern der erste Schritt auf dem Weg zum Sozialismus.

Was das Zentralkomitee der KPD und der Zentralausschuß der SPD am 15. Juni 1945 in Berlin beschlossen hatten (gegenseitiges Verständnis, Blockbildung, Arbeitsgemeinschaft, Durchführung gemeinsamer Aktionen), hielt Brill für „viel zu wenig, viel zu allgemein". Auch glaubte er in solchen Absprachen „viel zu viele Gefahren" zu sehen, „die ein Sonderdasein der KPD ermöglichen"[111]. Das konnte er als Mitglied der thüringischen Landesregierung von 1921–23 und Widerstandskämpfer durchaus glaubwürdig und überzeugend sagen. Um die in der Vergangenheit gemachten, vielfältig begründbaren Fehler zu vermeiden, empfahl Brill jetzt als ersten Schritt eine stärkere Integration der ehemaligen SPD und KPD durch Arbeitsgemeinschaften auf allen politischen und lokalen Ebenen, eine Fraktionsgemeinschaft und eine organisatorische Einheit in Sport-, Wohlfahrts- und Fürsorgeverbänden wie der „Arbeiterwohlfahrt", dem „Roten Kreuz" oder der „Roten Hilfe". Allein die gewerkschaftliche Arbeit sollte sich ohne äußere Einflußnahme der Parteien entwickeln. So konnte man eine „Einheit aus Erkenntnis, Willen und Aktion" formen, die „Voraussetzung für die völlige Verschmelzung" der beiden alten deutschen Arbeiterparteien schaffen und den demokratischen Sozialismus realisieren[112].

Zunächst schien die Resonanz auf Brills programmatische Rede positiv zu sein. BdS-SPD und KPD trafen sich am 9. Juli in Weimar zu einer gemeinsa-

---

[111] Dem Gedanken lag die Absicht zugrunde, die Steuerung der deutschen Kommunisten durch Moskau zu unterlaufen. Über die Schwierigkeiten gab Brill sich keinen Illusionen hin. Bei späterer Gelegenheit („Arbeiten – und nicht verzweifeln", in: Soz. Jhh. 2, 1948, S. 99) betonte er: „Selbstverständlich wird der demokratische Sozialismus niemals seine Gegnerschaft gegen die bolschewistische Auffassung der Diktatur des Proletariats als einer Diktatur der Kommunistischen Partei und ihrer getarnten parteilosen und Blockorganisationen aufgeben."

[112] „Das sozialdemokratische Zeitalter ist zu Ende... Deshalb wollen wir im Marx'schen Sinne neu beginnen und wollen durch ein revolutionäres Handeln die Einheit aus Erkenntnis, Willen und Aktion finden, die unserer Zeit bittere Notwendigkeit ist." AsD, NL Brill 1: Protokoll der 1. Landeskonferenz des BdS, 8. 7. 1945. In Brills Brief an Baehre v. 18. 3. 1946 (ebenda) steht das Bekenntnis: „In der Politik gehörte ich zu denjenigen, die sich bemüht haben, die Wiederkehr der alten Parteien zu verhindern."

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

men Konferenz. Dabei wurden „vorbereitende Maßnahmen zur Schaffung eines gemeinsamen Aktionsprogramms und organisatorische Maßnahmen zur Herstellung einer politischen Einheit des werktätigen Volkes beraten". Brill hatte bei der Gelegenheit auch praktische Vorschläge für „eine völlige Verschmelzung der sozialistischen Arbeiterbewegung . . . im Sinne unseres Buchenwalder Manifests" gemacht[113]. Seine Vorschläge wurden angenommen. BdS-SPD und KPD beschlossen, sie auf 5000 Plakaten in ganz Thüringen bekanntzugeben.

Dieser interessanten Initiative einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit war kein Erfolg beschieden. Zunächst reduzierte die KPD ohne Rücksprache die Zahl der Plakate auf 3000, dann verbot die sowjetische Besatzungsmacht den Aushang mit der Begründung, ihr sei das Plakat vor der Drucklegung nicht zur Genehmigung vorgelegt worden[114]. Die Hintergründe, die zu diesem Schritt geführt haben, sind folgende:

Am selben 9. Juli, als in Weimar Vertreter von BdS-SPD und KPD konferierten, fand in Berlin ein erster Schulungstag für kommunistische Funktionäre statt; Vertreter aus Thüringen nahmen daran teil. Bei dieser Gelegenheit wurde nicht nur die alte Sozialfaschismus-Schuldthese neu vertreten[115], sondern auch der Gründungsaufruf der KPD vom 11. Juni 1945 in seiner zentralen Aussage bestätigt: „Es wäre . . . falsch, heute den Sozialismus zu fordern, denn das deutsche Volk ist ideologisch verwirrt, die Arbeiter sind seit einem Jahrhundert zersplittert. Heute gilt es, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen."

Damit waren die Erfolgschancen einer proletarischen Einheitsaktion, so wie Brill sie propagiert hatte, bereits merklich gemindert. Seine eigene Position verschlechterte sich darüber hinaus am 10. Juli. Vertreter der Besatzungsmacht eröffneten den Parteien, daß die Besetzung des Amtes des Reg.-Präsidenten von Thüringen „überdacht" werden müsse. Der sofort unternommene Versuch der sich jetzt SPD-BdS nennenden Sozialdemokraten, Brill mit Unterstützung der anderen Parteien zu halten oder zumindest ihren Genossen Georg Appell in diese wichtige Position zu bringen, scheiterte. Die KPD, noch am Abend des 10. Juli von dem Alternativvorschlag unterrichtet und um seine Unterstützung bei den Sowjets gebeten, schwieg sich dazu jetzt und später hartnäckig aus. Die Besatzer

[113] AsD, NL Brill 1: Brill an Busse, 10. 7. 1945. Vgl. dazu (ebenda) das Rundschreiben Nr. 3 der SPD vom Juli 1945. Die praktischen Vorschläge Brills lassen sich direkt aus dem „Buchenwalder Manifest" ableiten, wo ja als zweiter Schritt auf dem Wege zu einem neuen Typ der Demokratie die „Heranziehung antifaschistischer Organisationen" vorgeschlagen wurde.

[114] Die Einzelheiten im Rundschreiben Nr. 3 der SPD (vgl. Anm. 113).

[115] „Die historische Schuld für das Versagen der deutschen Arbeiterklasse trägt die Sozialdemokratie, die durch ihre Politik der Arbeitergemeinschaft mit der Bourgeoisie und durch die Ablehnung der Einheitsfront die Spaltung vertiefte und die Arbeiterklasse entwaffnete." AsD, NL Brill 1: Auszug aus dem Protokoll des 1. Schulungstages für Funktionäre der KPD v. 9. 7. 1945 in Berlin.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeigten sich ihrerseits von den ihnen als Argument vorgelegten Wahlergebnissen von 1928 (368 885 für SPD, 138 046 für KPD) und 1932 (231 231 für SPD, 159 233 für KPD) nicht beeindruckt. Ohnehin hatten sie sich bereits im Juni entschieden, in Thüringen einem bürgerlichen Kandidaten den Vorzug zu geben[116]. Ein solcher war der frühere Jenaer Rechtsanwalt und Angehörige der DDP, Rudolf Paul. Er wurde am 16. Juli Brills Nachfolger. Mit Ernst Busse wurde ein Mitglied der KPD zum 1. Vizepräsidenten ernannt; 2. Vizepräsident wurde Max Kolter vom früheren Zentrum[117]. Die SPD verlor mit einem Schlag ihre führende Position[118].

---

116 General Bokow und Oberst Tulpanow begründeten bei ihrem ersten Gespräch mit Vertretern der Berliner SPD (Fechner, Grotewohl, Dahrendorf, Meier und Gniffke) am 21. Juni 1945 ihre Abneigung gegen Brill mit dessen „Buchenwalder Manifest" und der propagierten neuen Partei. Den Berlinern war zu diesem Zeitpunkt das „Buchenwalder Manifest" noch unbekannt. Vgl. Gniffke, S. 40 ff.

117 Die Vorgänge um die Neubildung der thür. Regierung am 16. 7. 1945 im Rundschreiben Nr. 5 der SPD vom 16. 8. 1945, AsD, NL Brill 1. Vgl. dazu noch: Hoffmann an die russische Kommandantur, 12. 7. 1945, ebenda. Appell war bis 1933 Rechtsanwalt in Eisenach und Mitglied der DDP gewesen. Während der NS-Zeit hatte er engen Kontakt mit der Gruppe Deutsche Volksfront gehalten und war deswegen im Juli 1945 dem BdS beigetreten. Appell galt als fachlich hochqualifiziert, war aber auf politischem Gebiet zurückhaltend.

Rudolf Paul war in den Augen Brills eine schillernde Person, immer bemüht, „verschiedene Eisen in verschiedenen Feuern zu haben, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein" (AsD, NL Brill 1: Nachrichten zur Biographie von Dr. Rudolf Paul, 3./4. 11. 1947), für die spätere SED und die Russen allenfalls ein bürgerliches Aushängeschild, das der Osten etwa auf der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz nutzte, hinter dem aber schon im Spätherbst 1945 Werner Eggerath die Geschäfte führte. Paul, in Thüringen bekannt durch eine von ihm seit 1924 in Jena erfolgreich geführte Anwaltspraxis, in eigener Einschätzung durch eine von ihm im März 1923 veranlaßte Verhaftung einiger NSDAP-Mitglieder als Antifaschist legitimiert, ebenso durch seine Mitgliedschaft in der DDP, wurde im April 1945 von den Amerikanern in Gera als Oberbürgermeister eingesetzt. Er hatte von Brill im Mai 1945 zunächst vergeblich die Ernennung zum Reg.-Präsidenten von Ostthüringen verlangt. Als ihm dies mißlang, versuchte er, Brill bei den Kommunisten in Mißkredit zu bringen (vgl. dazu das Schreiben des Antifa-Komitees Gera an Brill v. 20. 6. 1945, a. a. O.). Beim Einmarsch der Roten Armee in Gera hatte er dieser einen großen Empfang organisiert: „Dr. Paul fuhr der Panzerspitze der Sowjettruppen im offenen Kraftwagen entgegen, verhandelte mit dem sowjetischen Panzergeneral über das Festprogramm und bereitete alles so großartig vor, als ob Adolf Hitler zum Parteitage erwartet würde." Brill, Nachrichten zur Biographie, a. a. O. Das harte Urteil Brills – „Dr. Paul ist eine typische Erscheinung der Übergangszeit. Er konnte hochkommen, weil ein Mangel an intellektuellen Kräften bestand" (ebenda) – wird durch die Geschichte nicht widerlegt. Im thüringischen Volksmund hieß Paul „der Lautsprecher" (Gniffke, S. 168). Vgl. auch Pauls erste Rede als thüringischer Reg.-Präsident vor dem Politischen Beirat des Thüringen-Ausschusses, wo er selbst bekannte: „[Brill] ist ein Mann mit einem asketischen Denken und außerordentlichem Fleiß, ein Mann mit großen anderen Fähigkeiten. Ich bringe diese Voraussetzungen meines Vorgängers nicht mit, aber ein helles Ohr für die Bedürfnisse im Land." BA, NL Brill 95.

118 Die Aufrufe der KPD und SPD in: Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 16. Juli wurde Brill abgesetzt, am 24. erfuhr Hoffmann, wenn auch nicht in aller Offenheit, die Gründe dieser Entscheidung. Der russische Kommandant Kolesnitschenko erklärte dem Deutschen, daß Brills „Forderung nach einer Sozialisierung im gegenwärtigen Augenblick verfehlt" sei. Kolesnitschenko dachte an die ökonomische Seite, genauer gesagt an Stalins Reparationsinteressen, als er sagte: „Die deutsche Volkswirtschaft kann . . . nur wieder bestehen, wenn die private Unternehmerinitiative wieder freien Spielraum hat." Damit widersprach er einem entscheidenden Grundsatz des „Buchenwalder Manifests", das er auch ausdrücklich als ein verfehltes politisches Programm kennzeichnete[119].

Auch die KPD Thüringens ging jetzt deutlich auf Distanz. Sie setzte sich am 21. Juli ebenso wie Kolesnitschenko vom „Buchenwalder Manifest", dem noch am 9. Juli anerkannten programmatischen Grundkonzept, ab. „Es ist notwendig", so erklärte ihr Vorsitzender Busse der SPD, die jetzt ihren Zusatz BdS ganz fallengelassen hatte, „daß an den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen nur insoweit Änderungen eintreten dürfen, als sie durch die Beschlagnahme-Aktionen gegen die Nazis bedingt sind, während sonst die freie Wirtschaft auch in kapitalistischem Sinne wieder hergestellt werden muß. Ebenso steht es – nach Auffassung der KPD – mit der Errichtung der parlamentarisch-demokratischen Republik."[120]

Aus dieser vollständigen Übernahme sowjetischer deutschlandpolitischer Vorstellungen war abzuleiten, daß organisatorische Absprachen oder gar Fraktionsgemeinschaften, wie Brill sie noch einmal am 10. Juli der KPD vorgeschlagen hatte, von dieser jetzt abgelehnt wurden. Weder in den Bereichen Sport und Jugend noch in den karitativen Organisationen wollte die KPD jetzt mehr als lose Arbeitsgemeinschaften. Alles andere war ihr jetzt „nicht die primäre Aufgabe". In der wichtigen Gewerkschaftsarbeit lehnte sie jede bindende Absprache mit der SPD ab. Schroff mußte ihre Erklärung klingen, es könne „nicht angängig sein, daß eine Partei der anderen irgendwelche Vorschriften organisatorischer Art macht"[121]. Vorschriften hatte Brill ja nie machen wollen.

1848 bis zur Gegenwart, Bd. 6, Berlin/München, S 10 ff. Die Absetzung der SPD bestand in ihrer bekannten Forderung: „Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft", ebenda, S. 17. Zur Überraschung der SPD über den Inhalt des KPD-Aufrufs vgl. Gniffke, S. 27.

Dazu am besten Gniffke, S. 42 ff. Auch in diesem Augenblick betonte die Berliner SPD noch (Das Volk, 15. 7. 1945): „Diese Einheit überbrückt nicht die Gegensätzlichkeit von Weltanschauungen." Erst nach der großen Kundgebung des Blocks antifaschistischer Parteien, auf der am 12. 8. 1945 Pieck, Grotewohl, Hermes und Koch sprachen, hieß es, die SPD wolle jetzt „den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit führen. Vorbehaltlos" (Das Volk, 14. 8. 1945).

119 AsD, NL Brill 1: Niederschrift der Unterredung Hoffmanns mit Kolesnitschenko, 24. 7. 1945.

120 Ebenda: KPD an SPD, 21. 7. 1945.

121 Ebenda.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Den Äußerungen ist unschwer zu entnehmen, daß die KPD Thüringens, den Anweisungen des ZK in Berlin folgend, als Partei Tritt zu fassen suchte. Nach der in Berlin am 14. Juli getroffenen Entscheidung für die Schaffung eines antifaschistischen Blocks suchte sie auch in Thüringen ihrerseits die Initiative zu übernehmen. Am 27. Juli lud sie die anderen Parteien (SPD, Zentrum und DDP) „zu einer gemeinsamen Besprechung zur Schaffung eines antifaschistischen Blocks" für den 31. Juli ein und schlug, „um schnell zu einem Ergebnis zu kommen", jene fünf Punkte als Gesprächsgrundlage vor, die KPD, SPD, LPD und CDU am 14. Juli in Berlin vereinbart hatten[122].

Die SPD ordnete sich dieser Initiative unter. „Um nun endlich in der außerordentlich wichtigen Angelegenheit der Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien vorwärts und zu praktischen Ergebnissen zu kommen"[123], verzichtete sie auf ihre eigenen Vorschläge, auch auf eine immer noch ausstehende Antwort der KPD auf die gestellte Frage, warum diese sich nicht für Brill oder wenigstens Appell eingesetzt habe, war mit einer Terminverschiebung vom 31. Juli auf den 8. August, um die die KPD gebeten hatte, angeblich, weil Busse nicht früher konnte[124], einverstanden und ließ sich ihre Initiative und damit auch ihr politisches Konzept in Thüringen aus der Hand nehmen.

Man muß den Grund dafür auch wohl darin sehen, daß Brill nach dem 16. Juli schwer erkrankte. Das war sicher eine psychosomatische Reaktion auf die nach der Widerstandsarbeit, den Jahren im KZ und der politischen Aufbauarbeit in Weimar als ungerecht empfundene Absetzung. Außerdem wurde er unmittelbar vor der für den 8. August angesetzten Konferenz zweimal, am 4. und 6., von Sowjetrussen verhaftet, „natürlich aus Versehen", wie er es später kommentierte[125]. Dadurch fiel auf der Seite der SPD die wichtigste Person in entscheidenden Tagen aus. Das wog auch deswegen schwer, weil Brills Stellvertreter, Hoffmann, schon jetzt offen mit der KPD sympathisierte. Hoffmann, Böhme, Brack, Thierfelder, Carnarius und Bremer vertraten am 8. August die SPD[126].

---

122 AsD, NL Brill 1: KPD an SPD, 27. 7. 1945.

123 Ebenda: Rundschreiben Nr. 5 der SPD v. 16. 8. 1945, S. 3.

124 Der wahre Grund für diese Terminverschiebung dürfte darin zu sehen sein, daß Ulbricht erst am 5. 8. 1945 auf der 2. Bezirkskonferenz der KPD-Thüringen vor 400 Funktionären in Erfurt sprach; s. Fuchs, S. 168.

125 AsD, NL Brill 1: Brill an Baehre, 18. 5. 1946. Die Sowjets hatten Brill bei der Verhaftung gedroht, ihn „vor ein Kriegsgericht" zu stellen, falls er nicht aufhöre, „die Verwirklichung des Sozialismus als eine Gegenwartsforderung zu propagieren"; BA, NL Brill 27: Brill an Friedrich Adler, 22. 4. 1947.

126 Kurt Böhme war Unterzeichner des „Buchenwalder Manifests" gewesen. Er galt als fleißiger Bürokrat, allerdings auch als Opportunist und moralisch und politisch schwacher Charakter. Seit dem 1. 6. 1945 bekleidete Böhme das wichtige Personalreferat der Provinzialregierung Thüringens. Unter Paul wurde er nach Busses Rücktritt am 17. 8. 1945 Leiter des Landesamtes für Kommunalwesen; Fuchs, S. 170. Gustav Brack gehörte seit 1919 der SPD an, war bis 1933 Landesvorsitzender des Zentralverbandes der Angestellten Thüringens gewesen, von 1935–1941 inhaftiert, 1944 noch einmal. Kurz vor Ende des Krieges konnte er aus der NS-Haft fliehen. Brill ernannte ihn am 2. 5. 1945 zum Reg.-

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Ergebnis dieser Konferenz liegt ganz auf der Linie der vorangegangenen Berliner Ereignisse. Auch in Thüringen wollten jetzt SPD und KPD „im Geiste gegenseitigen Vertrauens und ... von dem festen Willen zur aufrichtigen Zusammenarbeit" getragen, wie es im Protokoll hieß, eine „enge Zusammenarbeit bei der Durchführung der gemeinsam beschlossenen dringlichen Aktionsaufgaben zur Liquidierung der Überreste des Nazismus und zum Wiederaufbau des Landes auf sicheren Grundlagen. Als Voraussetzung hierzu wird der Aufbau einer antifaschistischen demokratischen parlamentarischen Republik betrachtet, die die Fehler und Schwächen der Vergangenheit vermeidet und dem schaffenden Volk alle demokratischen Rechte und Freiheiten sichert". Auch in Thüringen bildeten die Parteien SPD, KPD, Zentrum und DDP einen „festen antifaschistischen Block". Das geschah am 17. August 1945[127].

Innerhalb eines Monats hatten sich in diesem Land die Verhältnisse geändert. Sie waren denen der anderen Länder der sowjetischen Besatzungszone angeglichen worden[128]. Die große Initiative Brills, in einem BdS eine einheitliche sozialistische Partei als Grundlage für „einen neuen Typ der Demokratie" zu schaffen, in der „Deutschen Volksfront" ideologisch vorbereitet, im „Buchenwalder Manifest" konkretisiert und am 8. Juli in Weimar öffentlich propagiert, war am 8. August gescheitert. Seine Offensive war von der KPD zunächst positiv aufgenommen, nach den Berliner Signalen vom 9. und 14. Juli aber bekämpft und am 8./17. August erfolgreich durch die eigene Initiative einer antifaschistischen Blockbildung unterlaufen worden. Brill wurde auf den Posten eines Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Thüringer Verwaltungsgesellschaft abgeschoben[129].

Im Herbst 1945 versuchte Hermann Brill noch einmal Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen. Die in Thüringen in den Sommermonaten gemachten Erfahrungen mit dem Kader der KPD und den Besatzern, aber auch die auf wiederholten Berlinreisen und durch einen Kurzaufenthalt in Frankfurt/Main eingeholten Informationen müssen den stets zur handelnden Umsetzung intellektueller

---

Rat. 1946 wurde Brack Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge in Berlin; s. AsD, Personalia Brack. Thierfelder, Carnarius und Bremer sind nicht besonders hervorgetreten.

127 AsD, NL Brill 1: Rundschreiben der SPD Nr. 5, 16. 8. 1945.

128 Vgl. Bouvier, S. 417 ff.

129 Die Gesellschaft war für die Sicherstellung und Enteignung des Nazi-Vermögens in Thüringen gegründet worden. Eine gesetzliche Grundlage fehlte lange, Abstimmungen mit anderen Gesetzen (Enteignungsgesetz, Bodenreformgesetz, Wiedergutmachungsgesetz u. a.) wurden trotz mehrfacher Vorstellungen Brills von Paul als dem verantwortlichen Reg.-Präsidenten nicht eingeleitet, so daß die Verwaltungsgesellschaft als vollziehende Behörde keine exakten Arbeitsunterlagen besaß. Angesichts dieser Tatbestände war der von den Russen erhobene Vorwurf, die Gesellschaft sei untätig gewesen, natürlich absurd; vgl. dazu BA, NL Brill 95: Brill an Paul, 11. 12. 1945. Kolesnitschenko hatte am 6. 12. 1945 die sofortige Auflösung der Verwaltungsgesellschaft gefordert; AsD, NL Brill 1: Brill an Moog, 6. 12. 1945. Brill war somit vom 16. 9. bis 6. 12. 1945 Vorsitzender dieser Gesellschaft.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einsichten bereiten Politiker zu einer neuen Orts- und Handlungsbestimmung veranlaßt haben. In Probstzella äußerte er sich Ende September zum ersten Mal skeptisch zur deutschen Einheit: „Deutschland wird auch für das Wirken der Parteien aus besetzten Zonen bestehen, drei oder vier. Mindestens eine dieser Zonen, die unsere mit Berlin, wird mit den übrigen Zonen – vielleicht – keine politische Verbindung haben. Es ist denkbar, daß unsere Zone auch ein eigenes Schicksal hat. Damit würde unsere Partei in der Zone auch einen eigenen Weg gehen."[130]

Dieser „Einsicht" in das mögliche Sonderschicksal der sowjetischen Zone stellte sich das schnelle Anwachsen der Mitgliederzahlen der SPD in Thüringen[131] gleichsam als plebiszitäres Votum für eine sofortige Handlungsinitiative zur Seite. Auf mehreren Veranstaltungen im Oktober – am 18. vor Funktionären in Erfurt, am 24. in Jena, am 28. auf dem 1. Landesparteitag der SPD in Weimar und noch einmal am 29. vor dem Landesvorstand in Weimar – trug Brill das Motto der neuen sozialdemokratischen Politik vor: „Demokratie von unten heraus". Nicht mehr eine Elite sollte bildend und erziehend vorangehen, sondern die Masse der Arbeiter sollte die Demokratie neu erstreiten: „In dieser Situation ist eine Neuorientierung von Theorie und Praxis der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Frage der Demokratie notwendig ...: Vorrang der Entwicklung der demokratischen Kräfte vor der Bildung neuer demokratischer Formen durch Aufbau von Gewerkschaften und Genossenschaften. Schaffung einer neuen Betriebs- und Wirtschaftsverfassung, Organisation der kommunalen, sozialen und pädagogischen Selbstverwaltung."

Das sagte Brill – unter deutlicher Anspielung auf die der KPD in Thüringen fehlende Massenbasis in der Bevölkerung – vor Funktionären in Erfurt, der kommunistischen Hochburg[132]. In Jena, wo die SPD am 24. Oktober „nach über zwölf Jahren Unterdrückung zum ersten Mal zu einer öffentlichen Kundgebung aufrufen konnte", sprach er es noch direkter aus: „Nicht etwa Reformismus wie man früher vielleicht annahm, und auch nicht Parlamentarismus, sondern Initiative und Mitarbeit von unten heraus muß das Wesen der neuen Demokratie sein." Die Methode lautete auch jetzt für den stets an Bildung und Einsicht als

---

130 AsD, NL Brill 1: Brill vor Parteiversammlung in Probstzella, 28.–30. 9. 1945.

131 Die Partei hatte bis zum Oktober 1945 in Thüringen 425 Ortsvereine mit zusammen 28 917 eingeschriebenen Mitgliedern gegründet, bis Dezember 1945 waren es 611 Ortsvereine mit 57 447, bis zum 6. April 1946 1077 mit 91 831 Mitgliedern. Das waren immerhin über 3,1 % der Gesamtbevölkerung Thüringens (Stand 29. 10. 1946: 2 927 497 Einwohner). Die Zahlen in: Das Volk, 9. 4. 1946, und BA, NL Brill 27: Brill an Adler, 22. 4. 1947. Die zunächst von den Sowjets verbotene Herausgabe der alten SPD-Zeitung, der Tribüne, wurde der Partei im August genehmigt. Am 15. 8. startete sie mit einer Auflage von 50 000, am 15. 2. 1946 besaß sie 127 000 Abonnenten; AsD, NL Brill 1: Kolesnitschenko an Hoffmann, 24. 7. 1945, und ebenda, Die SPD in Thüringen, Ein Bericht.

132 BA, NL Brill 97: Brill, Zur Frage der Demokratie, Vortrag vor Parteifunktionären in Erfurt am 18. 10. 1945. Zum Mitgliederstand der KPD vgl. Anm. 134.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wege zum Sozialismus glaubenden Brill „vor allem Diskussion, Debatte, Gedankenaustausch". Aber er bot den Zuhörern auch konkrete Handlungshilfen an. Die Vergangenheit stellte Anschauungsmaterial negativer Art bereit: „Nach 1918 bestand der Fehler darin, erst die formale Demokratie einzuführen, und nachher wollte man den demokratischen Umbau des Staates vornehmen; heute müssen wir erst die materiellen und staatlichen Voraussetzungen für die Demokratie schaffen und dann zu allgemeinen Wahlen schreiten." Das neue Bewußtsein war „von unten herauf" zu entwickeln, „besonders mit den Gewerkschaften und Genossenschaften", die es „zu Organen der proletarischen Selbstverantwortung" auszubauen galt[133].

Brills Versuchen, das Gesetz des Handelns durch eine jetzt stärkere Berücksichtigung des Buchenwalder Mottos „Demokratie von unten" noch einmal in die Hand zu bekommen, kam die KPD mit der von ihr im November propagierten Einheitsoffensive[134] nur scheinbar entgegen, denn sie verstand unter Einheit den Gewinn der sozialdemokratischen Wählerschichten und das Durchsetzen ihres zentralistischen Demokratieverständnisses. Brill wurde von den deutschen Kommunisten und den sowjetischen Besatzern öffentlich angegriffen und wegen seiner in dieser Zeit wiederholten Hinweise auf den Vorbildcharakter der Labour Party als „Agent der englischen Imperialisten" verunglimpft[135]. Gleichzeitig zwang man die sozialdemokratische ‚Tribüne', druckfertig gelieferte Artikel aus kommunistischer Feder zu publizieren, darunter einen, in dem Kurt Schumacher bezichtigt wurde, in Dachau Mithäftlinge der Gestapo ausgeliefert zu haben[136].

Brill setzte sich am 6. November in einem zuvor vom Landesvorstand seiner Partei grundsätzlich gebilligten Rundschreiben, gerichtet an alle Vorsitzenden

---

133 AsD, NL Brill 1: Kundgebung mit Hermann Brill in Jena, 24. 10. 1945.

134 Den Versuchen der KPD, ihren Mitgliederstand dem der SPD anzugleichen, war bis dahin kein sonderlicher Erfolg beschieden, „obwohl für die Kommunisten", wie Sozialdemokraten urteilten, „jeder PG tragbar war"; AsD, NL Brill 1: Die SPD in Thüringen. Ein Bericht, S. 3. Die Werbung der KPD zielte naturgemäß auf dasselbe Wählerreservoir, das die SPD ansprach. Folglich setzte die KPD auf einen Gegensatz zwischen den „reformistischen Führern" – damit meinte sie in Sonderheit Brill – und den „ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern" (vgl. AsD, NL Brill 1: Rundschreiben der SPD Nr. 18 v. 6. 11. 1945). In den Gewerkschaften, in denen sie sich gegenüber der SPD freie Hand ausbedungen hatte (vgl. den Brief der KPD an die SPD v. 27. 7. 1945; s. Anm. 122), suchte sie durch die im September 1945 beginnende Bodenreform landlose oder landarme Bauern zu sich zu ziehen. Ideologischen Auseinandersetzungen ging sie nach einer ersten Ideologie-Konferenz zwischen Fritz Schneider und Hermann Brill, am 18. 10. 1945 in Erfurt geführt (AsD, NL Brill 1: Rede Brills v. 26. 11. 1945), aus dem Wege. Die ihr von der SPD angebotene gemeinsame Erarbeitung eines Redemanuskripts für eine SPD-Versammlung am 8. 11. lehnte sie ebenso ab. Parteiprominenz aus Berlin reiste wiederholt an. So sprach Pieck in Erfurt, Ackermann in Gera. Beide Redner versuchten, die SPD in die Nähe Noskes, Stampfers und Severings zu rücken; AsD, NL Brill 1: Rundschreiben Nr. 18 v. 6. 11. 1945.

135 Ebenda.

136 Ebenda.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Kreis- und Ortsverbände der SPD Thüringens, gegen derartige Angriffe zur Wehr[137]. Darin gab er die bisher beachtete Rücksicht und Verbindlichkeit gegenüber der KPD auf, ein deutliches Zeichen für die veränderte Lage. Er machte die besonders im Juli hinhaltende und dann destruktive Haltung der KPD publik. Auf der anderen Seite mußte er, ein weiteres Zeichen der ungünstiger werdenden Voraussetzungen für eine Politik nach seiner Konzeption, im eigenen Lager zu taktieren beginnen. Hoffmann, Böhme und einige untergeordnete SPD-Mitglieder – intern bereits als „Hoffmann-Böhme-Fraktion" bezeichnet – begannen, ohne Rücksprache mit dem Parteivorstand lokalen Aktionsvorschlägen der KPD zu folgen. Die Einheit der Partei war gefährdet. Brills ausdrückliche Forderung nach Parteidisziplin setzte dieser Spaltungstendenz ein deutliches Mal. Allen Vorsitzenden schärfte er ein, „daß andere Bindungen gegenüber der KPD als Fraktionsgemeinschaften bei der öffentlichen politischen Tätigkeit und gemeinsame Funktionärssitzungen nicht zulässig sind. Wir weisen deshalb hiermit alle Kreisverbände und Ortsvereine an, keinerlei andere gemeinsame Veranstaltungen mit der KPD durchzuführen".

Eine zwei Wochen später von den beiden Landes- bzw. Bezirksverbänden der SPD und KPD in Weimar geführte Aussprache über den Inhalt des Rundschreibens brachte die gegenseitig erhobenen Vorwürfe nur noch klarer zum Ausdruck. Eggerath, der vom ZK bestimmte neue Vorsitzende der KPD-Thüringen, ließ bei der Gelegenheit durchblicken, daß man sogar im ZK der KPD auf das Rundschreiben aufmerksam geworden sei. Pieck und Ackermann fühlten sich „brüskiert". Brill belegte, daß er nur „ganz kühle Tatsachenpolitik" publiziert habe[138]. SPD und KPD standen einander frontal gegenüber. Ein Stimmungsbild von der Sitzung des Gesamtvorstands (Landesvorstand und Vorsitzende der Kreisverbände) der SPD-Thüringen am 26. November 1945 vermag dies noch deutlicher zu machen.

Brill referierte über die „Herstellung der sozialistischen Einheit der Arbeiterklasse"[139]. Er sparte nicht mit Vorwürfen gegen seine eigene Partei. Sie habe sich treiben lassen, habe der KPD einen Organisationsvorsprung gegeben. Der im August eingesetzte Organisationsausschuß habe „bis Mitte Oktober eine Art Dornröschenschlaf" gehalten. Der Vorwurf, das ist nicht zu übersehen, traf auch Brill selber, denn dieser hatte im Sommer andere Direktiven ausgegeben: „Wir

---

137 Ebenda.

138 AsD, NL Brill 1: Stenogramm der Sitzung der Landes- bzw. Bezirksverbände von SPD und KPD am 23. 11. 1945 in Weimar. Zu den Vorgängen um die Delegation Eggeraths nach Thüringen s. Eggerath, S. 168 ff., und Pieck im Neuen Deutschland, 16. 3. 1950. Eggerath wurde am 7. 10. 1947 als Nachfolger des geflüchteten Paul Min.-Präsident Thüringens.

139 AsD, NL Brill 1: Protokoll der Sitzung des Gesamtvorstandes der SPD vom 26. 11. 1945. Die SMAD hatte der SPD zuvor große organisatorische Schwierigkeiten gemacht, u. a. dadurch, daß sie zwei Tage vorher „mehrere Tische und Stühle beschlagnahmt hatte"; ebenda.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

waren der Auffassung, die Zeit sei reif dafür, durch einige vorbereitende Organisationen Verhältnisse zu schaffen, die nicht sofort, aber doch in einem bestimmten Zeitraum von vielleicht 2 bis 3 Jahren zur Konstituierung einer neuen Arbeiterpartei führen könnten, die sowohl die alte SPD wie auch die alte KPD überwindet."[140] Deswegen hatte er als Vorsitzender der SPD mit dem Neuaufbau einer festen Struktur dieser Partei keine Eile gezeigt. Anders hatte sich die KPD in Thüringen verhalten: „Wir haben Beweise dafür", so erklärte Brill am 26. November, „daß die KPD die Monate, in denen wir uns auf etwas vollkommen Neues vorbereitet haben, dazu benutzt hat, um unter Mithilfe von etwa 400 Buchenwaldkommunisten die KPD in Thüringen komplett zu organisieren." Inzwischen, im Herbst 1945, hatte sie zehn hauptamtliche Kräfte in der Erfurter Bezirksleitung, die SPD in Weimar nur einen ehrenamtlichen (Brill) und zwei Sekretäre.

Jedoch war die KPD bis zu diesem Zeitpunkt in den Augen der Sozialdemokraten noch immer eine „Partei ohne Mitglieder", eine „Partei der Funktionäre", von Brill am 26. November in aller Schärfe „Deutsche Polizistische Partei" und „Emigrantenkabinett" genannt, die „in der Massenbewegung nur eine kleine organisatorische Minderheit" darstelle. Der SPD gab Brill die höhere Qualitätsstufe. Sie sei „eine Partei aus dem Proletariat heraus", die deswegen der KPD immer erneute Angebote mache, weil sie sich einer großen Sache verbunden fühle.

Der größte Teil der Diskussionsredner gab Brill recht. Viele führten an, daß auch die Bevölkerung Thüringens die SPD „qualitativ viel höher" einschätze als die KPD. Die Versammlungen der Kommunisten seien gering besucht, selbst gemeinsame Veranstaltungen mit der SPD immer noch geringer als reine SPD-Versammlungen[141]. Allein Hoffmann setzte sich in einen starken Gegensatz zu Brill und den meisten Rednern des Vorstands. Die Schwierigkeiten, die der SPD von seiten der KPD und den Besatzungstruppen gemacht wurden, führte er auf „einzelne irregeleitete Elemente" zurück, die Machtverhältnisse in Thüringen –

---

[140] Ebenda. In den Richtlinien für den BdS-SPD von Anfang Juli 1945 hatte es geheißen, man wolle eine „mehrere Jahre dauernde Frist" für die Gründung einer neuen Partei ansetzen; AsD, NL Brill 1.

[141] Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins in Stadtroda, Willi Martin, wurde sehr deutlich: „Unsere Aufgabe ist es ..., den Kommunisten die Rolle zuzuweisen, die sie in England spielen: sie dürfen hinter der großen sozialdemokratischen Partei herlaufen. Das ist unsere historische Aufgabe: daß wir die Kommunisten so reduzieren, wie sie in Wirklichkeit sind, nämlich ein paar Übriggebliebene aus 1933 mit etwas Zulauf aus dem Jahrgang 1945, der sich in der Hauptsache aus Evakuierten rekrutiert." Protokoll der erweiterten Vorstandssitzung v. 26. 11. 1945. Bei der Sitzung der Vorstände von SPD und KPD am 23. 11. 1945 war darauf hingewiesen worden, daß die SPD einen Saal, in dem sie am 22. 11. eine Veranstaltung abgehalten hatte, wegen Überfülle polizeilich sperren lassen mußte. Dagegen hatte eine von SPD und KPD zum Gedenken an den 9. 11. 1918 gemeinsam durchgeführte Veranstaltung „nicht die Hälfte der Besucher" angelockt; Stenogramm v. 23. 11. 1945, S. 16.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die KPD stellte im November 1945 die Oberbürgermeister in Erfurt, Gera und Nordhausen, die Landräte in den für die Bodenreform so wichtigen Landkreisen Weißensee, Langensalza und Saalfeld und die Mehrzahl der Polizeipräsidenten, die SPD war in der Präsidialkanzlei der Regierung überhaupt nicht mehr vertreten[142] – verharmloste er. Ideologische Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Arbeiterparteien („gemeinsame Mutter" ist die SPD) vergrößerte er, indem er an der in Europa seit 1917 zur Realität gewordenen Bolschewisierung eines Teils der Arbeiterbewegung vorbeisah[143]. Die kommunistische Taktik schien er nicht zu durchschauen – oder er akzeptierte sie –, als er dem Parteivorstand den Rat gab, „erst die Parteivereinigung und dann die Massenvereinigung" anzustreben.

Der Gegensatz zwischen Hoffmann und Brill konnte nicht deutlicher zum Ausdruck kommen, als dieser jenem noch einmal antwortete, die Zukunft könne nur so aussehen, „daß durch eine Zusammenfassung von Gewerkschaften, Genossenschaften und politischen Parteien eine neue Partei geschaffen" werde. „Nicht Vereinigung von SPD und KPD, sondern Gründung einer neuen deutschen Arbeiterpartei, die alles Bisherige und das hinzukommende Neue gestaltet", sei das Gebot der Stunde und der Zukunft. „Die Aufgabe der Herstellung der sozialistischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse, als Schicksalsfrage aufgefaßt", gehe „weiter als die Taktik, die wir im Augenblick unter der Agitationswelle zu betreiben haben". Hoffmann ließ sich nicht belehren. Innerhalb der SPD suchte er gegen Brill Unterstützung. Die KPD lud ihn zum Dank dafür als einzigen Vertreter der thüringischen Sozialdemokraten zu Piecks 70. Geburtstag nach Berlin ein. Später, 1946, wurde er 2. Vorsitzender der SED in Thüringen und 1950 Generalstaatsanwalt in Schwerin[144].

Die KPD Thüringens beachtete Brills Vorschläge nicht mehr. Seit Anfang Dezember organisierte sie „spontane Resolutionen" von Betriebsbelegschaften, ihre Art der basisdemokratischen Bewegung für die Einheit der Arbeiterklasse. Mitte Dezember kam die Zeitschrift ‚Einheit' heraus. Am 20. und 21. Dezember fiel dann in Berlin die Vorentscheidung auf dem Wege zur SED. Brill stimmte selbst für die damals auf einer Konferenz verabschiedete Resolution und nannte sie öffentlich einen „wichtigen Schritt zur Einheit der Arbeiterklasse", ließ aber

---

142 Protokoll, 26. 11. 1945.

143 Brill antwortete Hoffmann an dieser Stelle: „Ich halte es für eine grobe Täuschung, wenn wir unser Verhältnis zu der heutigen KPD dahin kennzeichnen, daß wir doch alle *eine* Mutter hätten, nämlich die SPD. Die heutige KPD: .. ist in der Praxis des politischen Lebens eine vollständig neue Erscheinung von Elementen, die niemals durch die sozialdemokratische Partei gegangen sind ... Es ist ein neues Element ..., das geschaffen worden ist durch die sogenannte Bolschewisierung der Arbeiterbewegung." Ebenda.

144 AsD, NL Brill 1, und Telegraph am Abend, 10. 2. 1950. S. auch die von Pieck und Grotewohl zum 50. Geburtstag Hoffmanns verfaßte und im Neuen Deutschland am 8. 1. 1949 abgedruckte Laudatio auf Hoffmann.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durchblicken, daß seiner Meinung nach „dieser Stufe früher oder später eine weitere folgen" müßte, die dann „etwas völlig Neues" zu erbringen habe[145].

Brill wußte, daß er von Thüringen aus daran nicht mehr mitarbeiten konnte. Die SMAD unterzog ihn mehreren Verhören[146]. Am 29. Dezember 1945 fand die letzte Sitzung des Landesvorstands der SPD unter seiner Leitung statt. Es war eine Formsache, denn Brill hatte sich schon zwei Tage vorher entschlossen, den Amerikanern nach Berlin zu folgen und dort als Chiefconsultant in der Manpower Division zu arbeiten[147]. August Frölich wurde die Leitung der Partei kommissarisch anvertraut. Was noch folgte, war ein Nachspiel.

Hoffmann, über den allein die SMAD mit der SPD noch Kontakt zu halten pflegte[148], mußte am 31. Dezember auf der Kommandantur erscheinen. Dort forderte man „eine Resolution, die eine Zustimmung zu den Berliner Beschlüssen [vom 20./21. Dezember 1945], eine Widerrufung des Rundschreibens Nr. 18 [vom 6. November 1945], eine Verurteilung des Verhaltens Dr. Brills und eine Bereitschaft zur engsten Zusammenarbeit mit der KPD enthalten" müsse. Ein Leitartikel in der Tribüne solle besonders „die Doppelzüngigkeit Dr. Brills scharf geißeln und ihn als Saboteur der Einheitsbestrebungen demaskieren". Da Hoffmann – nur – dies letzte ablehnte, begnügten sich die Sowjets in diesem Punkt damit, daß der „Name Dr. Brill . . . weder in Resolutionen noch in der Zeitung mehr erwähnt" würde. An Frölichs Stelle forderten sie als Vorsitzenden „einen jüngeren Genossen mit modernen Anschauungen"[149].

Diese Forderung ließen sie allerdings schnell wieder fallen. Am 2. Januar 1946, als Hoffmann noch einmal mit Frölich auf der Kommandantur erschien, wurde ihm erklärt, die Frage eines neuen Vorsitzenden der SPD sei „jetzt nebensächlich" geworden. Kolesnitschenko sagte im Beisein der KPD-Spitze (Eggerath, Schneider und Busse), er erwarte jetzt von beiden Parteien auch in Thüringen den Vollzug der Einheit[150].

Der Landesvorstand der SPD bekannte sich in einer am 5. Januar 1946 verabschiedeten Resolution zu den Berliner Beschlüssen, sah allerdings in „einigen

---

145 AsD, NL Brill 1: Brill, Ein wichtiger Schritt zur Einheit der Arbeiterbewegung, Dezember 1945.

146 Ebenda: Vorstandssitzung der SPD am 15. 12. 1945.

147 Ebenda: Vorstandssitzung der SPD am 29. 12. 1945.

148 Brill nannte Hoffmann vor dem Gesamtvorstand der SPD am 26. 11. 1945 den „Kandidaten der Sowjet-Militär-Administration für die Führung der Sozialdemokratischen Partei in Thüringen"; ebenda: Protokoll der Sitzung vom 26. 11. 1945.

149 AsD, NL Brill 1: Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Hoffmann und den Russen am 31. 12. 1945. In Altenburg war das SPD-Mitglied Oskar Thieme am 27. 12. 1945 von der dortigen russischen Kommandantur aufgefordert worden, sich auf einer Mitgliederversammlung „innerhalb drei Tagen" von Brill öffentlich zu distanzieren. Thieme hatte das abgelehnt. AsD, NL Brill 1: Thieme an Landesvorstand der SPD, 29. 12. 1945. Am 31. 12. 1945 antwortete Frölich vor der SMAD auf die gleiche Aufforderung: „vielleicht". AsD, NL Brill 1.

150 Ebenda: Protokoll der Vorstandssitzung der SPD vom 2. 1. 1946.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wichtigen Punkten ... noch Unklarheiten" und betonte, wie Brill immer, Hoffmann aber nie, „daß die Vorbereitung der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse nicht das Werk einer Provinz oder eines Landes und auch nicht das Werk einer Zone allein sein" könne, sondern die ganz Deutschlands sein müsse[151]. Diese Forderung, die auch Grotewohl früher häufig erhoben hatte, entfiel schnell. Schon am nächsten Tag blieb sie unerwähnt.

An diesem 6. Januar hielten SPD und KPD Thüringens eine gemeinsame Vorstandssitzung in Jena ab[152]. Zwei Tage später schrieb die SPD ihren Mitgliedern, daß das neue Jahr den Weg „vom Chaos zur Neuordnung" bringen und man jetzt jenen Weg fortsetzen werde, den die Genossen im April 1945 angetreten hätten, „als sie von Buchenwald nach Weimar wanderten, aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern in die verwaisten Amtsstuben der Verwaltungen des Landes, der Städte und Gemeinden". Die Parteimitglieder wurden aufgefordert: „Legt 1946 den Grundstein zu dem großen, allumfassenden Gebäude einer unabhängigen, konsequent marxistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse!"[153]

Die von den Sowjets geforderte Zustimmung zu den Berliner Beschlüssen vom 20./21. Dezember 1945 wurde bei der Gelegenheit noch einmal mit der KPD gemeinsam gegeben. Vorbehalte gab es dieses Mal nicht mehr: „Die Leitungen beider Parteien in Thüringen begrüßen aus ganzem Herzen die in Berlin gefaßte Entschließung und sehen in ihr ein historisches Dokument für die kommende Einigung der deutschen Arbeiter in einer einheitlichen deutschen Arbeiterpartei. Die Leitungen machen sich die Berliner Entschließung vollinhaltlich zu eigen und sind gewillt, alle Kräfte für die Verwirklichung der in der Berliner Entschließung gestellten Aufgaben einzusetzen." Beide Parteien wollten von jetzt an gemeinsame Betriebsversammlungen veranstalten, gemeinsam die Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe unterstützen, engste Zusammenarbeit im Rahmen der „Thüringen-Aktion gegen Not" suchen, gemeinsam Eltern- und Lehrer-Versammlungen zur Vorbereitung einer Schulreform und gemeinsame Funktionärsversammlungen und Schulungskurse durchführen. Für alle Parteimitglieder hieß es, hier schon im imperativen Stil der späteren SED: „Schafft in allen Betrieben und Orten gemeinsame Ausschüsse. Arbeitet in allen Fragen eng und kameradschaftlich zusammen. Erkennt, daß nur die Einigung der Arbeiterklasse die Existenz des deutschen Volkes retten kann. Vorwärts zur Schaffung der einheitlichen deutschen Arbeiterpartei!"[154]

---

151 Ebenda: Resolution des Landesvorstandes der SPD Thüringens vom 5. 1. 1946. Vgl. dazu Brills Artikel „Ein wichtiger Schritt zur Einheit der Arbeiterklasse", ebenda. Die inhaltliche Kongruenz beider Äußerungen zeigt, daß Brills Einfluß in der SPD Thüringens noch dominierte.

152 Dabei wird zum möglichen Namen der neuen Partei gesagt: „vielleicht vereinigte Arbeiterpartei Deutschlands". AsD, NL Brill 1: Protokoll der Vorstandssitzung von SPD und KPD vom 6. 1. 1946.

153 AsD, NL Brill 1: Rundschreiben der SPD Nr. 1, Anfang Januar 1946.

154 Ebenda: Rundschreiben der SPD Nr. 2 vom 6. 1. 1946.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im 3. Rundschreiben des neuen Jahres, am 15. Januar 1946, wurde all dies noch einmal unterstrichen und eine wesentliche Realisierung dokumentiert: mit Hoffmann und Eggerath unterschrieben zum ersten Mal SPD und KPD ein gemeinsames Rundschreiben, und zwar das von der SPD eingeführte, also das mit dem größeren Leserkreis[155].

Brill versuchte noch, von Berlin aus auf Ideologie und Taktik der SPD einzuwirken[156], aber er fand in Thüringen kein Echo mehr. Die KPD hatte es in einer beispiellosen Aktion verstanden, sein Teilziel unter ihrer Führung zu erreichen. Die Vereinigung der beiden deutschen Arbeiterparteien wurde im April 1946 in Berlin vollzogen. Die Thüringer Sozialdemokratie delegierte auf ihrer letzten Sitzung in Gotha am 6. April 1946 aus der geographischen Heimat der SPD 53 Abgeordnete nach Berlin, an der Spitze den ehemaligen thüringischen Ministerpräsidenten August Frölich. Brills Widersacher Hoffmann, der bei dieser Gelegenheit ein großes Bekenntnis zur Sowjetunion ablegte, kam nur auf den 14. Platz[157]. An einen Parteifreund im Westen Deutschlands schrieb er am 17. April: „Wir haben in Thüringen das Werk vollendet, sind froh und stolz darüber."[158]

Blickt man auf das Ergebnis der ersten Gemeindewahlen in Thüringen nach dem Zweiten Weltkrieg, die am 8. September 1946 stattfanden, so besteht zu einem solchen Stolz kein Anlaß. Im Gegenteil: in nahezu allen Städten Thüringens erhielt die SED weniger Stimmen als bei früheren Wahlen die SPD allein, in Gera nicht einmal die Hälfte der früheren SPD-Stimmen[159]. Ein solches Wahl-

---

155 Ebenda: Rundschreiben der SPD Nr. 3 vom 15. 1. 1946.

156 In der von Franz Neumann und Willi Urban am 15. 2. 1946 im Admiralspalast eingebrachten, von Brill aber entworfenen Entschließung hieß es u. a.: „Die Verwirklichung der sozialistischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse ist die wichtigste innenpolitische Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ... Die vom Zentralausschuß der SPD in Berlin verfolgte Politik kann jedoch nicht als der geeignete Weg zu diesem Ziel angesehen werden." Brill hielt dem Zentralausschuß der SPD vor, die Beschlüsse des 21. 12. 1945 – u. a. „die Einsetzung einer Studienkommission, Wahlen mit getrennten Listen, Beschlußfassung durch einen Reichsparteitag" – seien nicht durchgeführt worden; im Gegenteil: die SPD habe sich „völlig ins Schlepptau der KPD nehmen lassen" und sich mit einer zonalen Vereinigung mit der KPD einverstanden erklärt. Brill forderte: 1) „Maßnahmen zur Einheit der Arbeiterklasse immer nur im Reichsmaßstab", 2) „Rücktritt des Zentralausschusses und die Bildung eines Nationalrats der SPD aus Vertretern der Partei aller 5 (sic!) Besatzungszonen", 3) die KPD einzuladen, „einen Organisationsausschuß zur Verwirklichung der sozialistischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse zu bilden" unter Kontrolle der Öffentlichkeit, 4) die KPD muß mit Denunziationen gegen die SPD aufhören. „Beseitigung des überwiegenden Einflusses der Emigranten in den Organen der KPD und ihre Ersetzung durch Genossen, die mit Sozialdemokraten illegal zusammengearbeitet haben." Schließlich 5); die SPD muß „eine wirklich repräsentative sozialdemokratische Tageszeitung großen Stils" haben. AsD, NL Brill 1: Entwurf.

157 AsD, NL Brill 1: Auszug aus dem Protokoll der Konferenz der SPD in Gotha, 6. 4. 1946. Hoffmanns Rede bei Fuchs, S. 171.

158 AsD, NL Brill 1: Hoffmann an einen Parteifreund in Hamm, 17. 4. 1946.

159 BA, NL Brill 57: Brill an Dietrich, 16. 9. 1946.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ergebnis kennzeichnete nach dem Urteil Brills „eine Tragödie für die Demokratie, eine Schande für die sozialistische Arbeiterbewegung und ein Verbrechen für die Feiglinge und Verräter, die die Verantwortung für die im April mit so großem Pomp vollzogene ‚Vereinigung' tragen". In dem Brief an Georg Dietrich vom September 1946, dem dieser Passus entnommen ist[160], schrieb Brill ferner: „In den schweren Auseinandersetzungen der Vorstandssitzungen vom Dezember 1945 habe ich mit Verweis auf die Mitgliederbewegung den Lumpen und Feiglingen um Heinrich Hoffmann herum gesagt, daß die Menschen nicht in Massen zu uns kämen, weil sie den Wunsch haben, sich schnellstens mit der KPD zu vereinigen, sondern weil sie keine Kommunisten werden wollen und daraus die Schlußfolgerung gezogen haben, daß sie der vereinigten Partei aus denselben Motiven in Massen den Rücken kehren werden. Aber Heinrich Hoffmann war der Auffassung, daß das nicht unsere Sorge zu sein braucht."

Brills Sorge war es wohl. Es war 1945 sein Verlangen, die durch die beiden Weltkriege in seinen Augen verursachte „schöpferische Zerstörung" „vom Standpunkt der nächsten 30 Jahre zu begreifen" und für den Aufbau eines neuen Geschichtsbewußtseins aus dem „seelischen Reservoir der Arbeiter und Bauern" heraus zu nutzen. Nach seinen Vorstellungen konnte das Ziel nur ein „Sozialismus in der demokratischen Form seiner Erscheinung" sein[161]. Brill glaubte durch die Geschichte bewiesen zu sehen, daß sowohl die deutschen Sozialdemokraten als auch die deutschen Kommunisten mit ihren sozialistischen Zielsetzungen gescheitert waren, die einen wegen reformistischer, die anderen wegen revolutionärer Abweichungen. Auf der anderen Seite belegten die historischen Beispiele für die Einführung einer Demokratie in Deutschland, 1848 und 1918, nach seinem Urteil ebenfalls Irrtümer politischer Methodik. In beiden Fällen hatte man geglaubt, „durch eine bloße Änderung der Verfassungsgesetze eine Veränderung des politischen Charakters des Staates herbeiführen zu können". Preußische Re-

---

[160] Ebenda. Als Hans Brumme (KPD) Brill später den Vorwurf machte, er habe „dem schönen Thüringen den Rücken gekehrt", antwortete Brill sehr nachdrücklich: „... wenn man die Einheit der Arbeiterklasse auf die Frage der mathematischen Mitgliedereinheit von SPD und KPD reduziert und sie dann so herbeiführen will, daß man den Landesvorsitzenden der SPD monatelang mit Verhaftung, Kriegstribunal, Deportation, Erschießen usw. bedroht und ihn dann auch noch zweimal verhaftet, dann haben Leute, die wissen, was das bedeutet, wohl allen Anlaß, bestimmte Konsequenzen zu ziehen." BA, NL Brill 27: Brill an Brumme, 20. 11. 1947. Ähnlich Brill an Kurt Schumacher, 4. 11. 1946; AsD, NL Brill 2. Brill gab seinen Weimarer Wohnsitz endgültig zu Pfingsten 1946 auf; BA, NL Brill 41: Brill an Friederike Mulert, 1. 9. 1953. Öffentliche Anerkennung fand Brill damals wenig. Die Stimme von Kurt Kersten in der New Yorker Neuen Volkszeitung vom 4. 9. 1948 ist ein seltener Beleg: „Was Männer wie Brill, denen keine Ruhe seit 1933 gegönnt war, die unter ständiger Lebensgefahr gegen Hitler gearbeitet haben und den Galgen dauernd vor sich sahen, dann erneut in einer unvorstellbar schweren Zeit seit dem Mai 1945 geleistet haben, wird ihnen heute von Leuten, die sich geduckt haben und würdelos wie feige mitmachten, gedankt. Schlechte Gewissen rächen sich immer schäbig und gemein, hoffärtig und bösartig."

[161] Vgl. Anm. 2.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aktion und nationalsozialistische Perversion hatten jedoch gezeigt, daß „keine politische Verfassung, die eine demokratische sein will, ... Aussicht auf Bestand [hat], wenn nicht gleichzeitig eine Änderung der politischen Struktur stattfindet“[162].

Um diese Struktur und eine sie tragende politische Theorie ging es Brill. Das ließ sich 1945 nicht schlagartig realisieren. Wie sollte ein ohnehin eher apolitisch erzogenes Volk, das 12 Jahre ein den Menschen deformierendes diktatorisches System bejaht und enthusiastisch bestätigt hatte, so schnell umlernen? Die Struktur mußte im Laufe einer Generation – „vom Standpunkt der nächsten 30 Jahre“ – eingeübt werden; jene Männer, „die unter der Diktatur anständig und vernünftig geblieben“ waren[163], hatten nach Brills Vorstellung in einer Überleitungsphase „autoritärer Demokratie“ zu führen. Nicht aus dem Exil sollte diese Erneuerung nach Deutschland hineingetragen werden; legitimiert waren in erster Linie die in Deutschland gebliebenen Widerstandskämpfer.

Hermann Brill forderte eine schnelle, harte und konsequente Katharsis des deutschen Volkes von seiner nationalsozialistischen Vergangenheit. Die allein mit den Mitteln eines Rechtsstaates durchzusetzende Reinigung sollte den symbolhaften Neubeginn setzen, in Gewerkschaften und Genossenschaften sah er die urdemokratischen Organisationsformen für die Einübung in die Struktur eines demokratischen Sozialismus, dessen Repräsentation am Ende eine neue Partei zwischen der alten SPD und der alten KPD bilden sollte. Die politische Theorie des so entstehenden „neuen Typs der Demokratie“ suchte Brill in einer Synthese aus abendländischer Bildungstradition und marxistischem Denken zu finden: „Zurück zu Marx! Zurück zu Kant! Zurück zu dem Kirchenvater Augustin und zu dem von ihm kanonisierten Aristoteles!“[164] Die Formulierung dieser sozialistisches, idealistisches, christliches und antikes Denken umfassenden Theorie ist ihm jedoch nicht mit letzter Klarheit gelungen. Seine Aussagen blieben philosophisch abstrakt[165]. Der auch am Ende des Zweiten Weltkriegs gegebene Antago-

---

[162] BA, NL Brill 336: „Freiheit ist die Summe der Freiheiten“, Rede zum Gedenken an den 18. 3. 1848, gehalten am 24. 2. 1948.

[163] Vgl. Text zu Anm. 38.

[164] BA, NL Brill 334: „Die geschichtlichen Kräfte des 20. Jahrhunderts“, Rede auf der Tagung sozialistischer Schriftsteller am 25./26. 9. 1947, S. 20. Die Abkehr Brills von dem Marxismusverständnis der SPD und KPD zu Anfang des 20. Jahrhunderts unterstreicht hier seine Bemerkung: „... es muß ausgesprochen werden, daß das Meer von Blut und Tränen, das sich seit 1933 gefüllt hat, uns auch scheidet von dem marxistischen Epigonentum der Kautskyschen wie der Mehringschen Schule. Sie sind für uns Vergangenheit, lehrreiche Vergangenheit, aber eben doch Vergangenheit! Und wir sind ihre Erben, aber wir sind nicht mehr ihre Schüler.“

[165] In seiner Rede (vgl. Anm. 164) über „Die geschichtlichen Kräfte des 20. Jahrhunderts“ hieß es ebenso abstrakt: Es „erweisen sich in der Staatengeschichte die sozialistische Demokratie und der Weltfriede am Ende des zweiten Weltkrieges als die realen geschichtlichen Kräfte des 20. Jahrhunderts. Sie sind nicht mehr philosophische Spekulation, nicht mehr kategorischer Imperativ der Moral und Sittlichkeit, nicht mehr ein juristisches

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nismus der beiden deutschen Arbeiterparteien, ihre schnell machtpolitisch entschiedene Auseinandersetzung, menschliche Unzulänglichkeiten hier und opportunistische Taktiken dort – dies alles verstellte 1945 jedoch ohnehin jede Möglichkeit, auf dem Wege von Buchenwald nach Weimar Markierungen eines neuen politischen Bewußtseins in Deutschland im Sinne der Denkanstöße Hermann L. Brills zu setzen.

---

und technisches oder ein militärisches und politisches Problem: Sie sind die einzige Möglichkeit für die Fortexistenz der menschlichen Gesellschaft. Damit sind wir in das Zentrum des geschichtlichen Bewußtseins vorgedrungen. Dieses Zentrum ist der Mensch im Mittelpunkt seiner Kultur."

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

LAWRENCE D. STOKES

DAS EUTINER SCHUTZHAFTLAGER 1933/34 ZUR GESCHICHTE EINES „WILDEN" KONZENTRATIONSLAGERS

In den Tagen und Wochen nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler entstanden vielerorts in Deutschland sogenannte „wilde" Konzentrationslager[1]. Zweck der mehr als dreißig solcher Einrichtungen[2] war es, in erster Linie tatsächliche, aber auch nur vermutliche Gegner des neuen Regimes daran zu hindern, den Gang der „nationalen Erhebung" durch Propaganda zu stören oder gar mittels Gewaltanwendung umzustoßen. Deshalb waren die ersten Häftlinge hauptsächlich Funktionäre und Anhänger der KPD, die als einzige Organisation sowohl willens als auch fähig schien, die Regierungen in Berlin und in den Ländern zu stürzen[3]. Auch viele Sozialdemokraten und Mitglieder des Reichsbanners, Gewerkschaftsführer, bürgerliche Politiker, Intellektuelle und Beamte, Juden, Priester und Pastoren zählten zu den Festgenommenen, die in den meist improvisierten Lagern häufig brutal geschlagen und vereinzelt ermordet wurden[4]. Hauptvollstrecker dieser Terrormaßnahmen waren die örtlichen Einheiten der SA, deren oberster Führer ihnen jetzt ausdrücklich die langersehnte Chance gab,

---

Der Verfasser ist dem Canada Council und der Alexander von Humboldt-Stiftung für großzügige Unterstützung seiner Forschung über die Geschichte der Stadt Eutin in Schleswig-Holstein zwischen 1919 und 1939 zu besonderem Dank verpflichtet.

[1] Die beste Zusammenfassung des Gesamtkomplexes bietet Martin Broszat, Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–1945, in: Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen und Helmut Krausnick, Anatomie des SS-Staates, Bd. II, München 1967 (DTV-Ausgabe), S. 13 ff. Vgl. auch für die Entwicklung der Anfangsjahre Shlomo Aronson, Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971, S. 90–92, 103–106, 110–133, 168 f., 183–185, 233–243; und Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln u. Opladen 1962, S. 540–543, 870–877.

[2] Vgl. Comité international de la croix rouge, Service international de recherches / International Tracing Service / Internationaler Suchdienst (Hrsg.), Vorläufiges Verzeichnis der Konzentrationslager und deren Außenkommandos sowie anderer Haftstätten unter dem Reichsführer SS in Deutschland und deutsch besetzten Gebieten 1933–1945, Arolsen 1969, S. 1–7.

[3] Die KPD hatte aber weder vor noch nach dem Reichstagsbrand ernsthafte Umsturzpläne im Sinn; vgl. Horst Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln u. Berlin 1972, S. 13–15, 42, 57, 68, 105 f., 120 f., 124.

[4] Allein in Preußen wurden schätzungsweise 25–30 000 Männer und Frauen im März und April 1933 festgenommen. Nach Statistiken des Reichsinnenministeriums, die höchstwahrscheinlich unvollständig sind, gab es am 31. 7. insgesamt 26 789 politische Gefangene, davon 14 906 in Preußen. Zwischen 500 und 600 Deutsche büßten während der nationalsozialistischen Revolution bis zum Okt. 1933 ihr Leben ein. Vgl. Bracher/Sauer/Schulz, S. 543, 871.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit früheren Feinden aus unzähligen Saal- und Straßenschlachten während der „Kampfzeit" abzurechnen und somit etwaigen Widerstand gegen seine Herrschaft im Keime zu ersticken[5]. Der bereits etablierte polizeiliche Begriff der „Schutzhaft" wurde von den hastig als „Hilfspolizisten" angeworbenen SA-Männern umfunktioniert und weit ausgedehnt[6], um Tausende von „Saboteuren" und anderen „verräterischen" Elementen zusammenzutreiben und ins Konzentrationslager zu stecken[7].

Weil viele dieser Lager nur relativ kurze Zeit bestanden (seit dem Frühjahr 1934 nahm Heinrich Himmlers SS schrittweise alle KL unter ihre Obhut, vereinheitlichte weitgehend deren Struktur, löste mehrere auf und zog die übriggebliebenen Gefangenen in größeren und zentral gelegenen Lagern zusammen[8]), sind einige in der wissenschaftlichen Literatur sowie in Memoiren und in der juristischen Aufklärung über das Konzentrationslagerwesen nach dem Krieg kaum erwähnt. Ein bisher fast unbekanntes „wildes" KL stand zuerst in der ostholsteinischen Kleinstadt Eutin, später u. a. in dem benachbarten Ahrensbök und dessen Umgebung[9]. Seine Entstehung und Entwicklung nachzuzeichnen, wird wesent-

---

[5] Hitler forderte (ebenda) am 7. 5. 1933 die aus ganz Schleswig-Holstein in Kiel versammelte SA auf, die „Novemberverbrecher ... zu verfolgen bis in die letzten Schlupfwinkel hinein" und „dieses Gift restlos aus unserem Volkskörper zu entfernen". Die SS nahm ebenfalls an der allgemeinen Verfolgung von politisch Andersdenkenden teil; in Bayern hielt sie von Anfang an das Heft in den Händen.

[6] Hans Tesmer, Die Schutzhaft und ihre rechtlichen Grundlagen, in: Deutsches Recht 6 (1936), S. 135 ff.; Walter Hamel, Wesen und Rechtsgrundlagen der Polizei im nationalsozialistischen Staate, in: Hans Frank (Hrsg.), Deutsches Verwaltungsrecht, München 1937, S. 394 f.; und besonders Otto Geigenmüller, Die politische Schutzhaft im nationalsozialistischen Deutschland, Würzburg 1937, S. 7 ff. Schon vor 1933 nahm man in Preußen und anderen Ländern politisch verdächtige Personen in präventive Schutz- bzw. Polizeihaft während Zeiten besonderer Unruhen „zum Schutz der öffentlichen Ordnung"; der Verhaftete mußte aber binnen 24 Stunden dem Richter vorgeführt werden. Vgl. Broszat, S. 13 f. Ein bezeichnender Fall, in dem über 30 Hamburger Nationalsozialisten nach einem Zusammenstoß mit KPD-Anhängern im Sept. 1930 eine dreitägige Schutzhaft verhängt wurde (letztinstanzlich wurde die polizeiliche Anordnung aufgehoben, weil u. a. keine ausreichende Gefahr bestand, um eine Verhaftung länger als über Nacht zu rechtfertigen), ist aufgeführt in: Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg [künftig zit.: NSAO], Bestand 136, Nr. 2889, Rundschreiben des Reichsministers des Innern an die Nachrichtenstellen der Länder, 23. 3. 1931, samt Abschriften von Urteilen der Hamburger Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichte.

[7] Über den Einsatz der SA als „Hilfspolizei" vgl. Bracher/Sauer/Schulz, S. 866 f.; Aronson, S. 69 ff.; und Hans Buchheim, SA-Hilfspolizei, SA-Feldpolizei und Feldjägerkorps und die beamtenrechtliche Stellung ihrer Angehörigen, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München 1958, S. 335–340.

[8] Hauptsächlich die Lager Columbia-Haus (Berlin), Dachau (Bayern), Lichtenburg (Sachsen), Oranienburg (Brandenburg) und Esterwegen-Papenburg (Emsland) blieben bestehen. Vgl. Broszat, S. 25 ff., 30 f.

[9] Das Ahrensböker (nicht aber das Eutiner) Lager ist in dem zusammenfassenden Verzeichnis des Internationalen Suchdienstes, Arolsen, S. 1, enthalten, allerdings ohne weitere Angaben über das Eröffnungs- oder Schließungsdatum, die Unterbringung und Arbeit der

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich dadurch erschwert, daß fast alle Unterlagen, die aus dem Lager selbst stammten, inzwischen verlorengegangen sind[10]. Sogar ehemalige Häftlinge hatten zeitweise ihre Erinnerungen an das KL verdrängt[11]. Doch eine Fülle von indirekten Zeugnissen aus mehreren weitverstreuten Quellen haben entweder die Vernichtung von Partei- und Regierungsakten aus der Zeit vor 1945 überlebt oder sind im Zusammenhang mit den vor deutschen Richtern geführten Prozessen gegen den Kommandanten und zwei seiner Untergebenen – wegen Mißhandlung von Gefangenen – aufgetaucht[12]. Diese Dokumente erlauben es dem Historiker, ein weitgehend geschlossenes Bild des Lagerlebens oder zumindest wichtiger Aspekte zu rekonstruieren.

Eine genaue Untersuchung der Geschichte des Eutiner-Ahrensböker KL erscheint nicht nur deshalb wertvoll, weil man diesen begrenzten Teil der nationalsozialistischen Revolution aus der Vergessenheit retten sollte. Sein Ursprung in dem schon 1931 ins Leben gerufenen „Freiwilligen Arbeitsdienst" (FAD) und teilweise auch die Übereinstimmung der Ziele liefern ein Beispiel für die bezeichnende Kontinuität zwischen Institutionen und Politik der letzten Phase der Weimarer Republik und denjenigen des neugegründeten „Dritten Reiches". Außerdem beleuchtet das Nachspiel des Eutiner Lagers, in dem mehrere ehemalige Häftlinge den NS-Staat auf Wiedergutmachung entweder verklagt oder zu verklagen versucht haben, die für das Justizsystem unter Hitler charakteristischen

---

Gefangenen usw. Es ist ebenfalls auf einer Karte der in Deutschland gelegenen Konzentrationslager verzeichnet, die von der Royal Geographic Society hergestellt und bei Malcolm J. Proudfoot, European Refugees 1939–1952. A Study in Forced Population Movement, London 1967, S. 305, nachgedruckt ist. Umgekehrt nennt eine zeitgenössische Veröffentlichung, Der Strafvollzug im III. Reich. Denkschrift und Materialsammlung, herausgegeben von der Union für Recht und Freiheit, Prag 1936, S. 38, unter 68 im Dez. 1933 bestehenden Lagern nur Eutin. Beide erscheinen in einer vertraulichen Aufstellung „Concentration Camps in Germany" vom U.S. Geheimdienst Office of Strategic Services, Research and Analysis Branch, die im Okt. 1944 gedruckt und mir freundlicherweise als Fotokopie vom Direktor des Internationalen Suchdienstes zur Verfügung gestellt wurde; darin wird aber die Wachmannschaft irrtümlich als „SS" bezeichnet. Vgl. auch Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen, Ludwigsburg, an den Verfasser, 26. 8. 1975.

[10] Eine Akte über die „Schutzhaft 1933" unter den übriggebliebenen Beständen der Regierung in Eutin, in der vermutlich einmal jeder KL-Häftling einzeln vertreten war, enthält jetzt ein einziges Blatt! Landesarchiv Schleswig-Holstein [künftig zit.: LASH], Akten der Regierung in Eutin [künftig zit.: Reg. Eutin], A Va 27b.

[11] Vgl. Stadtarchiv Eutin [künftig zit.: StAE], Nr. 3839, Stadtdirektor Paul Hensel an die Kreisleitung Eutin, 29. 11. 1946; ebenda, Stadtverwaltung Eutin an Frau A. Pijenke, Wittenburg, 24. 9. 1947.

[12] Im Januar 1975 bekam ich von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Lübeck die Erlaubnis, diese Prozeßakten einzusehen, mit der Bedingung, daß ich sämtliche darin genannten Personen nicht identifizieren dürfe. Inzwischen sind die Unterlagen vollständig dem Landesarchiv in Schleswig-Holstein übergeben worden; vgl. Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Lübeck, 4a KLs 8/48, 14 Ks 11/49 und 2 Ks 7/50, LASH, 352/535–537.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rechtsverhältnisse. Nicht zuletzt gestatten die vorhandenen Unterlagen, ein sozial-politisches Profil des Lagerpersonals und vor allem der Häftlinge dieses frühen KL aufzuzeichnen[13].

I. Die Grundlagen

Die Geschichte des Konzentrationslagers in Eutin begann schon sechs Monate vor Hitlers Amtsantritt und fast ein Jahr, bevor es tatsächlich gegründet wurde. Am 29. Mai 1932 brachten die Wähler des Freistaats Oldenburg, zu dem Eutin als Verwaltungssitz des sogenannten „Landesteils Lübeck" gehörte[14], die erste Landesregierung, die sich auf eine absolute nationalsozialistische Parlamentsmehrheit stützen konnte, an die Macht[15]. Am 15. Juli wurde demzufolge SA-Oberführer und Führer der SA-Untergruppe Ostholstein, Johann Heinrich Böhmcker, als Präsident der Regierung des oldenburgischen Landesteils Lübeck in

---

[13] Die bisherige Literatur über die frühen Konzentrationslager beschäftigt sich hauptsächlich mit deren Verwaltungsorganisation, politischer Entwicklung und auch mit den Brutalitäten, die dort herrschten. Vgl. z. B. über das Lager Bredow bei Stettin Robert Thévoz, Hans Branig und Cécile Lowenthal-Hensel, Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten, Bd. I, Köln u. Berlin 1974, S. 29–38; und über KL Fuhlsbüttel und andere Lager im Hamburger Staatsgebiet die Kapitel von Henning Timpke in: Studien zur Geschichte der Konzentrationslager, Stuttgart 1970, S. 11–28, und derselbe (Hrsg.), Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933, Frankfurt/Main 1964, S. 227–266; aber auch Aronson, S. 114 f., 117.

[14] Der Freistaat Oldenburg, wie zuvor das Großherzogtum, bestand aus drei weit voneinander entfernten und höchst unterschiedlichen Gebieten: 1) dem Landesteil Oldenburg, der, westlich von Bremen, die Landeshauptstadt Oldenburg einschloß und 467 103 Einwohner im Juni 1933 zählte; 2) dem Landesteil Birkenfeld mit einer Bevölkerung von 58 543, der 300 Kilometer südwestlich im linksrheinischen Hunsrück lag; 3) dem etwa 200 Kilometer nördlich von Oldenburg gelegenen Landesteil Lübeck, einer 540 qkm großen Enklave mit 47 494 Einwohnern, umgeben von der preußischen Provinz Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Lübeck. Bis sie im April 1937 Preußen eingegliedert wurden, genossen die beiden kleinen Landesteile eine ziemlich weitgehende Unabhängigkeit von der Oldenburger Staatsregierung. Vgl. Statistisches Landesamt (Hrsg.), Ortschaftsverzeichnis für den Freistaat Oldenburg ... Aufgestellt auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 16. Juni 1933, Oldenburg 1934, S. X; Walther Schücking, Das Staatsrecht des Großherzogtums Oldenburg, Tübingen 1911, S. 18 ff.; und Gustav Peters, Geschichte von Eutin, Neumünster 1958.

[15] Die NSDAP bekam von insgesamt 271 817 Stimmen 131 525 (48,38 %), davon 12 720 (50,36 %) im Landesteil Lübeck. Nur dank des komplizierten Oldenburger Wahlgesetzes, nach dem die Parlamentsmandate nicht ganz proportional nach den abgegebenen Stimmen verteilt wurden, fielen 24 der 46 Sitze im neuen Landtag den Nationalsozialisten zu. Vgl. Anzeiger für das Fürstentum Lübeck (künftig zit.: AFL), Eutin, Kieler Neueste Nachrichten und Bremer Volkszeitung, Nr. 125, 31. 5. 1932; auch Klaus Schaap, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928–1933, Düsseldorf 1978, S. 186 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eutin eingesetzt[16]. Unter seiner tatkräftigen und oftmals rücksichtslosen Leitung[17] wurden zwei Einrichtungen aufgebaut, die für das spätere KL von wesentlicher Bedeutung sein sollten: die Hilfspolizei und der „Freiwillige Arbeitsdienst".

Unter dem Vorwand, als einzige rein nationalsozialistische Landesregierung der besonderen Gefahr der kommunistischen Agitation und möglicherweise auch eines bewaffneten Aufstands ausgesetzt zu sein, ernannte das Staatsministerium in Oldenburg am 27. Juli 1932 230 SA-Mitglieder zu „Hilfspolizisten" und erteilte ihnen den Auftrag, die staatliche Ordnungspolizei in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zu unterstützen[18]. Zwei Tage später händigte auch Böhmcker „im Rahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes" etwa 50 seiner SA-Männer im Landesteil Lübeck die weiße Armbinde und Waffen der Hilfspolizei aus. Alle mußten vorher für die Zeit ihres Dienstes aus der Parteiformation ausscheiden; Leiter war ein ehemaliger Polizeibeamter und SA-Führer[19]. Mehr als einer der Hilfspolizisten war wegen „politischer" oder sonstiger Delikte vorbestraft; zwei waren wahrscheinlich wenig später für einen nächtlichen Bombenanschlag auf den SPD-geführten Konsumverein in Eutin mitverantwortlich[20]. Sofort nach der Reichstagswahl vom 31. Juli aber veranlaßte die Reichsregierung das Oldenburger Ministerium, die Hilfspolizei aufzulösen[21], ein Schritt, den die

---

[16] Über Böhmcker vgl. das treffende Kurzporträt von Herbert Schwarzwälder in: Wilhelm Lührs u. a., Bremische Biographie 1912–1962, Bremen 1969, S. 56–58.

[17] Einige Aspekte von Böhmckers Regime in Eutin bis Jan. 1933 sind in Jeremy Noakes, The Nazi Party in Lower Saxony 1921–1933, London 1971, S. 229 ff., dargestellt. Vgl. auch den zeitgenössischen Aufsatz von dem Partei-Historiker Kreisschulrat (Hermann) Diercks, Fünf Jahre Aufbauarbeit, in: derselbe (Hrsg.), Denkschrift zur Eingliederung des Oldenburgischen Landesteils Lübeck in die Provinz Schleswig-Holstein am 1. April 1937, Plön i. Holstein 1937, S. 103 ff.

[18] Noakes, S. 224; Schaap, S. 205; und Nachrichten für Stadt und Land [künftig zit.: NSL], Oldenburg, Nr. 202, 27. 7. 1932. Die Koalitionsregierungen in Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin, in denen die NSDAP schon die Übermacht besaß, stellten ebenfalls im Sommer 1932 Hilfspolizeieinheiten auf; vgl. Buchheim, S. 335. Die in der SA herrschende bürgerkriegsähnliche Stimmung im Juli–August 1932 beschreibt Heinrich Bennecke, Hitler und die SA, München u. Wien 1962, S. 185 ff.

[19] AFL, Nr. 178, 31. 7. 1932; NSAO, 136/18630, Böhmcker an das Staatsministerium, Oldenburg, 9. 8. 1932; und Diercks, S. 108. Das für Maßnahmen des FAD innerhalb seines Verantwortungsbereichs zuständige Arbeitsamt Lübeck wies Böhmckers Behauptung zurück: es handle sich bei der Hilfspolizei um eine von der Eutiner Regierung allein, ohne Beziehung zum FAD ins Leben gerufene Einrichtung. Vgl. AFL, Nr. 185, 9. 8. 1932.

[20] Vgl. das Verzeichnis von 25 Hilfspolizisten aus Eutin, mit handgeschriebenen Aufzeichnungen über ihre bisherigen Straftaten, in StAE, Nr. 2486; auch die Behauptung eines ehemaligen Polizei-Kommissars vom 10. 1. 1950, ebenda, Nr. 2480, daß der Anschlag, den er selbst an Ort und Stelle untersuchte, von dem späteren Kommandanten des Eutiner Konzentrationslagers inszeniert worden sei. Weil andere Beweise dafür aber fehlten, wurde letzterer deswegen nach 1945 nicht gerichtlich belangt.

[21] Vgl. NSL, Nr. 210, 212 u. 216, 4., 6. u. 10. 8. 1932; und Noakes, S. 224. Nachdem er in einer Besprechung mit Oldenburgs Vertreter in Berlin die Anweisung gegeben hatte, die

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Regierung am 10. August widerwillig vollzog[22]. Sowohl die sozialdemokratische Presse als auch die Deutschnationale Volkspartei warfen Böhmcker vor, während der Wahlperiode ein „Schreckensregiment" geführt zu haben, in dem „hunderte" von SA-Mitgliedern, mit Handgranaten ausgerüstet, auf Kommunistenjagd durch den Landesteil gegangen seien[23]. Insoweit war ein Präzedenzfall für die Zeit nach dem 30. Januar 1933 geschaffen, als unter einem nationalsozialistischen Reichs-

---

Hilfspolizei dürfe nicht in geschlossenen Formationen auftreten, durch SA-Führer geführt werden oder öffentlichen Dienst versehen und sei außerdem am 10. Aug. zu entlassen, erinnerte Reichsinnenminister Freiherr von Gayl die Landesregierungen an die aus dem Jahre 1925 stammenden Bestimmungen für „besonderen polizeilichen Schutz". Zur Erntezeit in ländlichen Gegenden, aber auch bei ausgebrochenem oder unmittelbar drohendem Notstand könnten zuverlässige Einzelpersonen („in erster Linie ältere, besonnene Männer, die mit Waffen umzugehen verstehen") im Rahmen der bestehenden örtlichen Polizei, „und zwar in bürgerlicher Kleidung mit einer kennzeichnenden Armbinde" bis zur Behebung des Notstandes zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben herangezogen werden. „Die Aufstellung und Unterhaltung irgendwelcher anderer Polizei neben der regulären Polizei und Gendarmerie ist unzulässig, gleichgültig, ob sie als Hilfspolizei, Hilfsgendarmerie, Selbstschutz, Einwohnerwehr oder mit sonstigen Namen bezeichnet wird" – dieses wohl im Hinblick auf frühere Proteste der Alliierten gegen unrechtmäßige Schutztruppen in Deutschland. Vgl. NSAO, 136/18630, Vermerk von Oldenburgs Vertretung beim Reich, 6. 8. 1932, und Rundschreiben des Reichsministers des Innern, 12. 8. 1932.

[22] NSL, Nr. 217, 11. 8. 1932. Für die Behauptung von Diercks (S. 108 f.), die Truppe sei nicht aufgelöst, sondern diene weiterhin während der darauffolgenden Monate, um „Unruhestifter" zu bekämpfen, fehlen irgendwelche Beweise sowohl in den überlieferten Unterlagen als auch in der zeitgenössischen nichtnationalsozialistischen Presse. Auch wurde mit keinem Wort ein Weiterbestehen der Hilfspolizei in den von Zentrums- und SPD-Abgeordneten an das Ministerium im Oldenburger Landtag gerichteten Fragen Ende 1932 – Anfang 1933 erwähnt. Vgl. NSAO, Best. 39 (VII. Landtag des Freistaats Oldenburg, 1. Versammlung), Förmliche Anfragen der Abgeordneten Wempe und Zimmermann, 10. 12. 1932; Antwort des Staatsministeriums an den Landtag, 19. 12. 1932; und 7. Sitzung des Landtags, 17. 1. 1933; auch Lübecker Volksbote [künftig zit.: LVB], Nr. 18, 21. 1. 1933.

[23] Schleswig-Holsteinische Volkszeitung [künftig zit.: SHVZ], Kiel, Nr. 186/187, 10. 8. 1932; NSAO, 136/426, Eingabe des DNVP-Kreisausschusses Landesteil Lübeck an das Staatsministerium, Oldenburg, 13. 11. 1932; LASH, Reg. Eutin, A XV c1, Zeitungsausschnitt über eine Rede des DNVP-Kreisvorsitzenden Landesteil Lübeck in Plön, 16. 1. 1933; und ebenda, 301/4570, Bericht (Geheim) von Polizeipräsident Altona-Wandsbek an den Regierungspräsidenten in Schleswig betr. Handgranatenanschläge in Schleswig-Holstein, 25. 10. 1932. Böhmcker aber beteuerte, seine Hilfspolizei sei „nur soweit in der Öffentlichkeit aufgetreten, als sie Marschübungen gemacht hat und zu anderem Außendienst ausgerückt ist", und die ihnen zur Verfügung gestellten „Waffen und sonstigen Ausrüstungsgegenstände" würden der staatlichen Polizeibehörde übergeben. Vgl. NSAO, 136/18630, Böhmcker an das Staatsministerium, Oldenburg, 9. u. 10. 8. 1932. Mit letzterem vor allem beschäftigte sich die SPD-Zeitung: der Anschlag auf den Eutiner Konsumverein in der Nacht vom 10. zum 11. August war mit Stiel- und Eierhandgranaten erfolgt.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

innenminister SA-Hilfspolizisten in Eutin und anderweitig in Deutschland die Gegner Hitlers ungestraft terrorisieren durften.

Während das NS-Ministerium in Oldenburg für die Aufstellung der Hilfspolizei verantwortlich war, ging die gesetzliche Initiative zur Schaffung eines „Freiwilligen Arbeitsdienstes" von der Reichsregierung aus[24]. Am 5. Juni 1931 veröffentlichte das Kabinett Brüning als Teil seiner umfassenden „Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" die ersten Bestimmungen über den FAD[25]. Sein Zweck war es, einer begrenzten Zahl von jungen Arbeitslosen eine sinnvolle Beschäftigung zu geben, für die sie ein bescheidenes Taschengeld sowie (wenn in geschlossenen Lagern untergebracht) Unterkunft und Verpflegung erhielten. Von Anfang an aber sollten sozialpädagogische und nicht rein wirtschaftliche Ziele mitbestimmend – wenn nicht sogar ausschlaggebend – für die Ausrichtung des FAD sein[26]. So schrieb die „regierungskonforme" Reichszentrale für Heimatdienst im August 1932, daß dem FAD das Bestreben zugrunde gelegen habe, „die Arbeitslosenunterstützung zum Gegenwert einer Arbeitsleistung zu machen, zugleich dem Leben der Arbeitslosen wieder einen Inhalt zu geben und sie wieder an regelmäßige Arbeit zu gewöhnen. Das Ziel lag also vorwiegend auf *arbeitspädagogischem*, nicht so sehr auf wirtschaftlichem Gebiete; das Mittel war der selbstlose tätige Dienst zum Nutzen der Allgemeinheit auf der Grundlage allseitiger Freiwilligkeit"[27]. Unter völlig

---

[24] Über den FAD vgl. die ausführliche Analyse von Henning Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht im Jahre 1935, Berlin 1967; Wolfgang Benz, Vom freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht, in: VfZ 16 (1968), S. 317–346.

[25] Köhler, S. 90 f. Sowohl die Ausführungsverordnung vom 23. 7. 1931 als auch die von der Regierung Papen erlassene VO vom 16. 7./2. 8. 1932 bildeten die weitere rechtliche Grundlage des FAD; vgl. ebenda, S. 92 ff., 115 ff.

[26] Ebenda, S. 68 f. (Gesetzentwurf der Wirtschaftspartei über die Einführung der Arbeitsdienstpflicht vom Sommer 1930), S. 75 f. und 78 f. (Konferenz im Reichsarbeitsministerium am 12. 1. 1931), S. 95 f. (Rundschreiben des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die Durchführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes vom 29. 7. 1931) und S. 102 (Bericht über das erste halbe Jahr des FAD); auch Benz, S. 322 (Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage vom Frühjahr 1931).

[27] Reichszentrale für Heimatdienst, Richtlinie Nr. 230, August 1932, „Der deutsche Arbeitsdienst", in: StAE, Nr. 3653; auch „Aufruf der Arbeitsgemeinschaft des Freiwilligen Arbeitsdienstes Eutin, Arbeitslager Sieversdorf, an alle Freunde, Gönner und Förderer des FAD" zu einer Besichtigung des Lagers am 13. 8. 1932, ebenda; und AFL, Nr. 195, 20. 8. 1932. Während der ersten Monate seines Bestehens entfernte sich der FAD in der Praxis immer mehr von seiner ursprünglich „primär" sozialpädagogischen Zielsetzung in Richtung eines Arbeitsbeschaffungsprogrammes, wohl unter dem schweren Druck, mindestens einem Teil der unaufhaltsam steigenden Zahl von jugendlichen und anderen Arbeitslosen irgendwie Beschäftigung zu geben und sie damit von der politischen Radikalisierung womöglich fernzuhalten. Das Kabinett Papen aber versuchte in seiner Verordnung vom 16. 7. 1932 (Artikel 1: „Der Freiwillige Arbeitsdienst gibt den jungen Deutschen die Gelegenheit, zum Nutzen der Gesamtheit in gemeinsamem Dienste freiwillig ernste Arbeit zu leisten und zugleich sich körperlich und geistig-sittlich zu ertüchtigen"),

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anderen Voraussetzungen, vor allem der gänzlichen Aufhebung der Freiwilligkeit, wurden aber dieselben Ideale – nämlich: unter Zugrundelegung geregelter körperlicher Arbeit solchen Deutschen, die politischer Radikalität, Kriminalität oder Asozialität schon verfallen waren bzw. zu verfallen drohten[28], einen neuen Lebensinhalt zu geben und sie dadurch sowohl für die Volksgemeinschaft als auch für sich selbst wieder brauchbar zu machen – später allen Ernstes auch für die im Eutiner Konzentrationslager inhaftierten Gefangenen aufgestellt.

Um die in der Verordnung vom 5. Juni 1931 niedergelegten Zwecke des FAD zu erfüllen, mußten alle Projekte, die von ihm angenommen wurden, der Allgemeinheit zugute kommen. Auftraggeber waren die sogenannten „Träger der Arbeiten", d. h. „öffentlich-rechtliche Körperschaften, gemeinnützige Genossenschaften oder Verbände, welche die Arbeiten für eigene Rechnung und unter eigener Verantwortung ausführen" ließen, während als „Träger des Dienstes" diejenigen Vereinigungen und Verbände bezeichnet wurden (z. B. der Jungdeutsche Orden, der Stahlhelm, katholische und evangelische Jugendorganisationen), „welche Gruppen von Arbeitsdienstwilligen zusammenfassen und für die Arbeiten zur Verfügung stellen"[29]. Im Landesteil Lübeck traten besonders die Regierung, städtische Behörden, die Kirche und die Leitung der Jugendherberge in Eutin als „Träger der Arbeiten" in Erscheinung; zu den aktivsten „Trägern des Dienstes" zählten zuletzt das Reichsbanner und die SA[30]. Bis Ende 1932 gab es

---

der Freizeitgestaltung im FAD und damit seiner sozialpädagogischen Aufgabe eine angemessene und sogar gesetzlich verankerte Stellung zu verleihen. Köhler, S. 109, 110 f., 119 f., 124. Vgl. auch die in der oben zitierten Richtlinie Nr. 230 der Reichszentrale für Heimatdienst näher beschriebene „psychologische und arbeitspädagogische ... Bedeutung" des FAD: „In den Mittelpunkt des Tageslaufs der Arbeitsdienstwilligen war die selbstgewählte ernsthafte Gemeinschaftsarbeit gestellt, die Arbeit als das wichtigste Erziehungsmittel des Arbeitslosen zu beruflicher Fertigkeit und zum Bewußtsein der Pflicht gegen sich selbst und gegen die Volksgemeinschaft ..." Köhler (S. 193 ff.) meint, sicherlich mit Recht, daß sich der FAD seit dem Sommer 1932 auf Grund der „ideologisch gefärbten" Vorstellung Papens, ihn als Kern einer „neuen Volksordnung" zu betrachten, wieder von seinen Anfangszielen entfernt habe; vgl. auch Benz, S. 325.

[28] Vgl. Köhlers Zusammenfassung der Überlegungen von Befürwortern eines FAD in bezug auf die Gefahren, denen arbeitslose Jugendliche ausgesetzt waren, a. a. O., S. 81 f.

[29] Ebenda, S. 94, 149 ff.; vgl. auch Benz, S. 323 f.; und „Merkblatt für den freiwilligen Arbeitsdienst", hrsg. von dem Bezirkskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst im Bezirk des Landesarbeitsamtes Nordmark, Hamburg, 20. 10. 1932; in: StAE, Nr. 3653.

[30] Im Gegensatz zu der von der Reichsleitung nur sehr zögernd und nie ganz aufgegebenen Ablehnung des FAD (vgl. Köhler, S. 207 ff., 243 ff.; Benz, S. 326, 329 ff.), hatte die NSDAP im Gau Schleswig-Holstein schon Ende 1931 mit ernsthaften Vorbereitungen für die Teilnahme begonnen. Vgl. U.S. National Archives [künftig zit.: USNA], Mikrofilm Nr. T-81/175, 317589/90, Rundschreiben („streng vertraulich") von Gauleiter Hinrich Lohse an sämtliche Bezirks-, Stadtkreis- und Kreisleiter, 9. 11. 1931; auch den Bericht dazu vom Kreisleiter Provinz Lübeck, 31. 12. 1931, ebenda, 317588. Am 23. 1. 1932 beantragte die NS-Fraktion im Eutiner Stadtrat „die sofortige Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes in größerem Umfang und die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln" dafür seitens der Stadt und der Regierung; nur die fünf sozialdemokratischen Mitglieder

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

etwa zehn FAD-Lager im Landesteil, die insgesamt über 260 Mädchen und Jungen erfaßten; letztere waren hauptsächlich beim Wegebau beschäftigt[31]. Ein Lager in Timmendorferstrand an der Ostsee hatte als Leiter von Oktober 1932 bis März 1933 den späteren Rechnungsführer des Konzentrationslagers in Ahrensbök[32]. Ein weiteres, unter Leitung des Reichsbanners am 1. November 1932 in Holstendorf bei Ahrensbök eröffnet und in einem von der „Chemischen Fabrik Ahrensbök Dr. C. Christ" gemieteten Haus untergebracht[33], war zwischen Oktober und Dezember 1933 Sitz eines KL.

Die ersten „politischen" Inhaftierungen im Landesteil Lübeck, nachdem Hitler Reichskanzler und Wilhelm Frick Innenminister geworden war, dauerten nur kurze Zeit. Obwohl die am 4. Februar 1933 erlassene „Notverordnung zum Schutz des deutschen Volkes", nach der sie ausgeführt wurden, die Polizeihaft bis zu drei Monaten verlängerte, war das Gesetz ausschließlich bei Verdacht bestimmter strafbarer Handlungen anwendbar; außerdem sah es die gerichtliche Überprüfung von Einzelfällen vor. Deshalb mußten fünf Kommunisten, die nach Hausdurchsuchungen in Eutin, Stockelsdorf und Rensefeld am 8. Februar festgenommen worden waren, schon drei Tage später vermutlich auf Veranlassung der Lübecker Staatsanwaltschaft aus der Haft entlassen werden, „weil keine

---

stimmten dagegen. Vgl. StAE, Nr. 3653; und AFL, Nr. 25, 30. 1. 1932. Die Zurückhaltung der SPD und des Reichsbanners dem FAD gegenüber dauerte bis zum Spätsommer 1932; vgl. SHVZ, Nr. 151, 30. 6. 1932; Köhler, S. 89, 145, 163 ff., 174; Benz, S. 326 f.

[31] Vgl. die umfangreiche Dokumentation über die Anstrengungen Böhmckers in bezug auf den FAD in LASH, Reg. Eutin, A Vc 136; ebenda, 399/6, Nachlaß Johann Heinrich Böhmcker, Stimmungsbericht von der SA-Untergruppe Ostholstein an den Obersten SA-Führer, München, 24. 9. 1932 („Der freiwillige Arbeitsdienst wird hier weitgehendst gefördert und kommt gut vorwärts"); AFL, Nr. 239 u. 263, 11. 10. u. 8. 11. 1932; und Diercks, S. 115 ff. („Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit").

[32] Vgl. die Akte über das FAD-Lager Timmendorferstrand in LASH, Reg. Eutin, A Vc 136 b; auch Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Lübeck, 2 Ks 7/50. – Ich schulde Herrn Archivdirektor Dr. Wolfgang Prange, Schleswig, Dank für seine Hinweise auf die mannigfachen Verbindungen zwischen FAD und KL-Wesen im Eutiner Raum.

[33] Das Holstendorfer Lager, mit 40 bis 60 SPD- und Reichsbanneranhängern belegt, geriet nach dem 30. 1. 1933 dauernd unter den Beschuß einheimischer Nationalsozialisten, die seine sofortige Schließung forderten. Einen willkommenen Anlaß dazu bot die im März von einem 17jährigen Insassen begangene Zerstörung der neugehißten Hakenkreuzfahne des Lagers: sämtliche Mitglieder wurden aus dem FAD entlassen und der Lagerleiter verhaftet, trotz einer Entschuldigung bei Regierungspräsident Böhmcker durch eine Abordnung. Eine Gruppe SA-Arbeitsdienstfreiwilliger übernahm das Lager bis zum Herbst 1933. Vgl. LASH, Reg. Eutin, A Vc 136 b, Akte über das FAD-Lager Holstendorf; StAE, Nr. 1674, Schreiben der Regierung an die Arbeitslager u. a. in Holstendorf und Timmendorferstrand sowie an sämtliche Gendarmeriestandorte und die Ordnungspolizei in Bad Schwartau, 17. 2. 1933; AFL, Nr. 65, 17. 3. 1933; und Ahrensböker Nachrichten, Nr. 33, 18. 3. 1933. Für gleichlaufende NS-Aktionen anderswo gegen die Lager sozialistischer Dienstträger siehe Köhler, S. 253; Benz, S. 333.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

genügenden Gründe" vorlagen (die bei der Razzia beschlagnahmten Schriften, Waffen und Munition waren „nicht verbotswidrig")[34].

Die „Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat" vom 28. Februar „zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte" und die gleichzeitige Aufstellung einer jetzt über das ganze Reich ausgedehnten Hilfspolizei änderten die Rechtslage grundlegend. Diese sogenannte „Reichstagsbrandverordnung" ermächtigte die Polizei, politische Gegner festzunehmen und ohne jeglichen richterlichen Einspruch in Haft zu halten, ja (wie Martin Broszat gezeigt hat) die Schutzhaft als eine rein „vorbeugende" Maßnahme zur Ausschaltung der von „staatsfeindlichen Elementen drohenden Gefahren", gleich welcher Art, anzuordnen[35]. Unterstützung bekam sie im Landesteil Lübeck von 50 Hilfspolizisten, die je zur Hälfte in Eutin und Bad Schwartau stationiert – zuerst aber nicht eingesetzt – waren; ihre Aufgaben sollten darin bestehen, „in erster Linie den Schutz der lebenswichtigen Betriebe, die Bewachung von Eisenbahnbrücken usw." zu übernehmen, aber auch in den beiden Städten und deren Umgebung einen Patrouillendienst einzurichten, „um vor allen Dingen von irgendwelchen Bewegungen politischer Gegner sofort Kenntnis zu erhalten"[36].

Obwohl das Oldenburger Staatsministerium auch Stahlhelmer als Hilfspolizeibeamte in Betracht gezogen hatte, wurden im Landesteil Lübeck (sicherlich auf Grund der sehr harten Auseinandersetzung zwischen NSDAP und DNVP sowohl vor als auch nach dem 30. Januar 1933) nur SA- und SS-Männer angeworben.

---

[34] LASH, Amtsgericht Eutin, 355/265, Gefangenen-Verzeichnis des Gerichtsgefängnisses Eutin vom 10. 7. 1930 bis 3. 6. 1933, Nr. 491–495; ebenda, Reg. Eutin, A Va 26, Strafanzeige gegen Prüter u. a., 16. 2., und Staatsanwaltschaft Lübeck an die Regierung in Eutin, 18. 4. 1933. Vgl. auch Broszat, S. 14 f.

[35] Ebenda; vgl. auch AFL, Nr. 49, 26. 2. 1933: Bracher/Sauer/Schulz, S. 82 ff.; Union für Recht und Freiheit (Hrsg.), S. 53 ff.; Geigenmüller, S. 13 f.; Buchheim, S. 335 ff.; und Werner Spohr, Das Recht der Schutzhaft, in: Deutsche Justiz 96 (1934), S. 58 ff. Am 7. März gab das Innenministerium in Oldenburg folgenden Funkspruch Fricks an die Regierung in Eutin weiter: „Zur Richtigstellung irrtümlicher Auffassung wird darauf hingewiesen, daß Schutzhaft im Rahmen des § 1 der VO vom 28. Februar 1933 eine rein polizeiliche Maßnahme ist, bei der jede Mitwirkung der Gerichte ausgeschlossen ist. Insbesondere kommt Vorführung vor den Richter nicht in Frage." LASH, Reg. Eutin, A Va 32. 1: ebenda, Rundschreiben des Ministers des Innern, Oldenburg, 2. 8. 1933.

[36] Ebenda, A Va 31, Bericht Böhmckers an den Minister des Innern, Oldenburg, 4. 4. 1933. Eine Verfügung des Ministeriums vom 28. 2. sah vor, die Hilfspolizeibeamten listenmäßig zu erfassen und zu verpflichten, sie aber nur „im Falle von Unruhen" einzuberufen und unter das Kommando der Ordnungspolizei zu stellen. Sie sollten als Abzeichen die im August 1932 für die damalige Hilfspolizei beschafften Armbinden, als Waffen in der Regel Gummiknüppel und Pistole tragen, die täglich nach Dienstschluß an die ordentliche Polizei abzugeben waren. Insbesondere bedurfte es der Genehmigung des Ministeriums, „soweit Hilfspolizeibeamte für eine Verwendung einberufen werden sollen, die länger als 24 Stunden dauert". NSAO, 136/18630. Vgl. auch Schaap, S. 252.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sie sollten über 25 Jahre alt sein, sonst – falls arbeitslos – den FAD vorziehen[37]. Unter den Eutiner Rekruten, die in einem Hotel untergebracht und mit Bettstellen und Matratzen von der Reichswehr versorgt waren, gehörten mindestens fünf der SS an[38]. Bis auf einen, der erst am 1. Mai in die Partei eintrat, waren alle diese Hilfspolizisten schon während der „Kampfzeit" Mitglieder der NSDAP[39]. Fünf standen mit dem Konzentrationslager in Eutin oder Ahrensbök 1933/34 zeitweilig in Verbindung: entweder waren sie Aufseher oder sie halfen mit, politisch Verdächtige aufzuspüren. Ein weiterer, der von der Gründung bis fast zur Schließung des Lagers als Wachmann Dienst tat, wurde nach dem Krieg wegen unmenschlicher Behandlung von Schutzhäftlingen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt[40].

Am 4. März gab Böhmcker bekannt, daß er auf Veranlassung Berlins und „mit Rücksicht auf die wiederholten und offenbar wachsenden Versuche gewisser Volkskreise, die Durchführung der Aufgaben der neuen Reichsregierung und der Länderregierungen durch Terrorakte und Unruhestiftungen zu vereiteln", die aus „einwandfreien, staatstreuen Persönlichkeiten" bestehende Hilfspolizei einberufen habe, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten und das Eigentum Eutiner Bürger gegen kommunistische Gewaltmaßnahmen zu schützen[41]. Schon an demselben Abend führten die Hilfspolizisten unter Leitung von Polizeibeamten einen Großeinsatz durch: den Überfall auf eine geheime KPD-Versammlung in einer Privatwohnung außerhalb Eutins. Die dabei gezeigte Brutalität trug vielleicht dazu bei, daß die Formation kurz nach der Reichstagswahl am 5. März wieder aufgelöst wurde[42]. In Zukunft wurden nur einzelne meist vorübergehend als Hilfspolizisten angestellt[43]. Elf aber dienten länger – und zwar im Konzentrationslager.

---

[37] NSAO, 136/18630, Böhmcker an SA-Standartenführer Wiese, Eutin, 28. 2. 1933.

[38] LASH, Reg. Eutin, A Vc 136 b, Böhmcker an Polizeihauptmann Ibbeken, Bad Schwartau, 7. 3. 1933; und StAE, Nr. 2486, „Hilfspolizeibeamte der Stadt Eutin", 28. 2. 1933.

[39] Ein Hilfspolizist läßt sich nicht einwandfrei als Parteimitglied identifizieren, ist aber in einer Liste von 469 Personen aufgeführt, die der Verfasser in einem Aufsatz über „The Social Composition of the Nazi Party in Eutin 1925–1932", in: International Review of Social History 23 (1978), S. 1–32, analysiert hat.

[40] Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Lübeck, 4 a KLs 8/48.

[41] AFL, Nr. 54, 4. 3. 1933; auch NSAO, 136/18630, Böhmcker an Polizeihauptmann Ibbeken, Bad Schwartau, 28. 2., und Niederschrift eines telephonischen Anrufs an das Ministerium in Oldenburg, 2. 3. 1933: „Reg. Präs. Böhmcker, Eutin, berichtet, daß [die] Regierung die Hilfspolizei bis zur Mitte der nächsten Woche einberufen hat."

[42] Nicht aber bevor 14 Angehörige ausgetreten waren, entweder weil sie ihre berufliche Tätigkeit wieder aufnehmen oder als Nationalsozialisten sich „einem Organ, das uns vor 4–6 Wochen noch mit dem Gummiknüppel gegenüberstand, unter keinen Umständen unterordnen" wollten. Letzteres bezog sich auf die Ordnungspolizei, deren Führung aller Sicherheitskräfte im Staat Oldenburg das Ministerium wiederholt bestätigt hatte. Böhmcker schrieb die Auflösung lediglich der ruhiger gewordenen politischen Lage sowie Finanzgründen zu. Vgl. StAE, Nr. 2486, Bericht eines Eutiner Polizeioberwachtmeisters an den Bürgermeister, 7. 3. 1933; NSAO, 136/18630, Verfügung des Ministeriums des

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

II. Die Lager

Nachdem mit der „Reichstagsbrandverordnung" und der Hilfspolizei die gesetzlichen und personellen Grundlagen geschaffen worden waren, bedurfte es nur noch der geographischen Bestimmung, um ein Konzentrationslager einzurichten. Als erste Stelle im Landesteil Lübeck bekam das Amtsgerichtsgefängnis Eutin diese Bezeichnung[44]. Der aus den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts stammende zweistöckige Bau stand neben dem Regierungsgebäude im Zentrum der Stadt. Die politischen Häftlinge waren in Zellen der früheren Frauenabteilung im Erdgeschoß untergebracht[45]. Diese lagen zu beiden Seiten eines breiten Ganges, der mit einem langen Tisch und mehreren Bänken ausgestattet war und als Gemeinschafts- und Eßzimmer für die Schutzhäftlinge diente. Tagsüber durften sie sich frei in diesem Zwischenraum bewegen, meistens nachdem sie zuerst eine kurze Zeit in Einzelhaft verbracht hatten; sonst aber wurden sie nur nachts in ihre Zellen gesperrt. Sie wurden auch streng von den sonstigen Gefangenen im ersten Stock getrennt gehalten, für die die Verantwortung bei dem älteren und besonnenen Gefängnishauptwachtmeister L. blieb. Die Schutzhäftlinge dagegen waren ausschließlich der Gewalt des Lagerkommandanten T. ausgeliefert, der zusammen mit einzelnen als Wachmänner dienenden Hilfspolizisten mehrere Häftlinge mit einem meterlangen dicken Lederknüppel schlug, zum Teil um von ihnen Geständnisse zu erpressen[46]. Bei solchen Anlässen wurden der Wachtmeister und seine Familie, die im Gefängnis wohnten, entweder ins Bett oder auf einen Spaziergang geschickt. Andererseits kümmerte sich Frau L. fürsorglich um die Inhaftierten, deren Essen sie selbst zubereitete; auch erlaubte ihr Mann den Ehefrauen der Schutzhäftlinge, bei Besuchen (die allerdings nur im Beisein des Kommandanten stattfinden konnten) seine „gute Stube" zu benutzen[47]. Briefe durften

---

Innern, Oldenburg, 3. 3., und Bericht Böhmckers an das Ministerium, 9. 3. 1933; Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Nr. 62, 10. 3. 1933.

43 Beispiele von „alten Kämpfern", die mit Zustimmung der SA und SS bis Okt. 1934 zeitweise im Polizeidienst der Stadt Eutin standen, befinden sich in StAE, Nr. 2481 u. 2486.

44 Es läßt sich nicht mehr genau feststellen, seit wann das Eutiner Gefängnis ausdrücklich auch als Konzentrationslager bezeichnet wurde, jedenfalls in der Öffentlichkeit erst im Laufe des Sommers 1933; vgl. AFL, Nr. 164, 16. 7. 1933.

45 Skizzen des (mehrmals veränderten) Grundrisses des 1939 geschlossenen und inzwischen abgerissenen Gebäudes in: LASH, 270/148; NSAO, 133/588; und Staatsanwaltschaft Lübeck, 14 Ks 11/49.

46 Ebenda; auch Lübecker Freie Presse, Nr. 71, 17. 6. 1948 und Nr. 57, 17. 5. 1949.

47 Viele Einzelheiten des Lagerlebens verdanke ich dem inzwischen verstorbenen Reichsbannerführer Adolf Buhrke, der von September 1933 bis März 1934 in Eutin und Ahrensbök in Schutzhaft saß und der mir mehrmals Interviews gewährt hat; auch stellte er mir freundlicherweise seine aus dem KL herausgeschmuggelten Briefe an seine Frau zur Verfügung.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der Regel nicht geschrieben werden; abends aber wurden sie aus den Fenstern geworfen[48]. Das Rauchen war als einzige Freizeitbeschäftigung gestattet.

Schon Mitte März 1933 suchte Regierungspräsident Böhmcker Aufklärung darüber, ob politische Gefangene legal zur Arbeit herangezogen werden durften. Die Antwort, die er erhielt, lautete: „Eine Rechtsgrundlage für die Anordnung der *Zwangsarbeit* gegen die anläßlich der staatsfeindlichen Umtriebe in Schutzhaft Genommenen besteht nicht." Weder das Oldenburger Zwangsarbeitsgesetz vom 10. Mai 1926/20. April 1931 noch das Reichsgesetz vom 4. Dezember 1916 über die Verhängung der Schutzhaft enthielten Bestimmungen, die als Rechtsgrundlage dienen konnten. „Das gleiche gilt für die letzten Notverordnungen des Reiches"[49]. An diese Regelung hielt er sich dann, als der Reichsminister des Innern den Landesregierungen am 18. Mai 1933 empfahl, die noch aus früheren Wahlkämpfen an Häusern, Brücken und sonstigen Anlagen stehenden KPD/SPD-Werbesprüche gegen die NSDAP und deren Führer von „Insassen der Konzentrationslager" beseitigen zu lassen: Böhmcker überließ es seinen untergeordneten Behörden, wie sie diese Arbeit auszuführen gedachten (in Eutin wurden die Plakate und Anstriche von Wohlfahrtsempfängern der Stadt unter Aufsicht eines Hilfspolizeibeamten entfernt[50]). Daß ihm aber eine solche Zurückhaltung gegenüber völlig Unbeschäftigten – noch dazu politischen Gegnern – zur Zeit der „nationalen Erhebung" gar nicht lag, läßt sich leicht vermuten. So scheint Böhmcker, ebenfalls im März, die Unterstützungsansprüche von arbeitslosen Männern unter 25 Jahren, die die ihnen nachgewiesene Arbeit beim FAD ausschlugen, gestrichen zu haben, obwohl das Staatsministerium in Oldenburg eine solche auf Arbeitsdienst*pflicht* hinauslaufende Maßnahme damals ausdrücklich ablehnte[51]. Außerdem gab es andere KL, in denen Schutzhäftlinge zur Arbeit eingesetzt wurden, mit der Genehmigung Berlins, um die Kosten ihrer Unterbringung möglichst niedrig zu halten[52].

---

[48] Der Sohn eines ehemaligen Schutzhäftlings teilte mir mit, daß sein Vater ein Handtuch in seinem Zellenfenster aufhängte, um seiner vorbeigehenden Frau sein Wohlbefinden zu signalisieren. Interview mit Dr. John Stoffregen, Hamburg, 5. 8. 1975.

[49] LASH, Reg. Eutin, A Va 32.1, handgeschriebener Bericht eines Regierungs-Referendars an Böhmcker, 19. 3. 1933; vgl. auch Reichsgesetzblatt, Jg. 1916, S. 1329 ff., und Gesetzblatt für den Freistaat Oldenburg/Landesteil Lübeck, Bd. 30, S. 350 ff., u. Bd. 32, S. 98 f.

[50] StAE, Nr. 3237, Polizeibericht vom 13. 6. 1933.

[51] Ebenda, Nr. 1811 u. 3653, Verfügungen der Regierung in Eutin vom 15. u. 28. 3. 1933; LASH, Reg. Eutin, A Vc 136 b, Schreiben des FAD der Regierung des oldenburgischen Landesteils Lübeck an das Staatsministerium, Oldenburg, 9. 3. 1933; und ebenda, Ministerium des Innern, Oldenburg, an die Regierung, 30. 3. 1933; vgl. auch Köhler, S. 71; und Benz, S. 335 f. Schon Ende 1932 hatte Böhmcker nicht ohne Erfolg versucht, gegen den Einspruch der SPD und der Gewerkschaften den Wohlfahrtserwerbslosen im Falle der Ablehnung der Arbeit im FAD die Unterstützung zu entziehen. NSAO, Best. 39 (VII. Landtag des Freistaats Oldenburg, 1. Versammlung), Antrag des Abgeordneten Fick, 21. 12. 1932; Bericht des Landtagsausschusses II, 1. 2. 1933; und 9. Sitzung, 3. 2. 1933.

[52] Vgl. die Dokumentation bei Timpke (Hrsg.), Gleichschaltung des Landes Hamburg, S. 239–244.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Was immer seine Motive gewesen sein mögen, Böhmcker entschied sich, die Schutzhäftlinge bei verschiedenen Bauprojekten im Landesteil Lübeck zu beschäftigen. Seine erste Wahl fiel auf den Lindenbruch, ein der Regierung gehörendes Moorgelände in der Nähe Eutins, wo schon seit Februar Arbeitsdienst-Freiwillige eingesetzt waren. Am 17. Juni 1933 schickte er dem Befehlshaber der Ordnungspolizei in Bad Schwartau eine Kopie der Bestimmungen für den bevorstehenden Arbeitseinsatz der Gefangenen[53]. „Aus Gesundheits- und sittlichen Gründen", schrieb Böhmcker, würden die in den Gefängnissen Eutin und Bad Schwartau untergebrachten Schutzhäftlinge mit „leichten Kultivierungsarbeiten" beschäftigt werden. Die Schwartauer sollten deshalb sofort nach Eutin überwiesen werden[54]. Alle Gefangenen mußten vormittags sechs Stunden Außenarbeit im Lindenbruch verrichten, hinterher (außer an Sonn- und Feiertagen) noch zwei Stunden Innendienst: „Hierbei soll in erster Linie die Instandsetzung der Arbeitskleidung, der Arbeitsgeräte usw. erfolgen", die teilweise „aus den Beständen des freiwilligen Arbeitsdienstes" entnommen worden waren. Sowohl verbesserte Verpflegung („Morgenkaffee mit bestrichenem Brot, Frühstück mit belegtem Brot, einem kräftigen Mittagessen, Nachmittagskaffee . . . mit bestrichenem Brot, einem ausreichenden Abendbrot") als auch ärztliche Versorgung auf der Arbeitsstelle – beide unter Kontrolle des Landesarztes – waren vorgesehen. Sämtliche Unfallverhütungsvorschriften waren strengstens zu beachten; „für alle Schäden an Personen und Sachen, die bei einer Außerachtlassung der erforderlichen Sorgfalt eintreten, haften die Aufsichtsführenden". Diese waren formell der Gefängnishauptwachtmeister L. und in bezug auf die technische Leitung der Regierungsbaurat B. Bei der Arbeit aber übten der mit geladenem Infanteriegewehr bewaffnete Lagerkommandant T. und ein zweiter Hilfspolizist die Aufsicht über die Schutzhäftlinge aus. Die Anordnung des Regierungspräsidenten schloß mit dem Befehl, daß ihm innerhalb von einer Stunde schriftlich „über alle Vorkommnisse bei der Durchführung des Arbeitsdienstes (sic!)" zu berichten sei.

Diese Vorschriften klingen human; aber sie verhinderten nicht, daß auf dem Lindenbruch und anderen Arbeitsstellen einzelne wehrlose Schutzhäftlinge von ihren Bewachern gelegentlich geschlagen wurden, meistens aus nichtigen Gründen[55]. Auch die öffentliche Demütigung der Gefangenen gehörte zu ihrem täglichen Los. Nur in weißem Drillich und mit Holzschuhen bekleidet, mußten sie

[53] NSAO, aus nicht verzeichneten Beständen, Revierabteilung der Ordnungspolizei Bad Schwartau, „Schutzhäftlinge – Ausweisung lästiger Ausländer".

[54] Politisch Verdächtige aus dem südlichen Landesteil Lübeck waren zeitweise bis etwa Ende Juni und auch noch später im Schwartauer Amtsgerichtsgefängnis untergebracht, wahrscheinlich wegen Platzmangel in Eutin. Am 14. Juli schrieb Böhmcker an die dortige Ordnungspolizei: „Die Revierabteilung wolle umgehend berichten, aus welchem Grunde die Schutzhäftlinge in Bad Schwartau nicht dem Gerichtsgefängnis in Eutin zugeführt werden" (Die Antwort ist nicht erhalten geblieben). Ebenda.

[55] Die Nachkriegsprozesse gegen den Kommandanten und seine Untergebenen enthielten durchaus glaubwürdige Aussagen über mehrere solche Fälle; auch Interview mit Adolf Buhrke, Hamburg, 14. 1. 1975.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Militärlieder singend zur und von der Arbeit „mit größter Ordnung in Marschkolonne" (so Böhmckers Bestimmungen) unter SA-Aufsicht ziehen. Viele Einwohner Eutins kehrten dieser peinlichen Szene verlegen den Rücken zu, während die Angehörigen der Häftlinge traurig zusahen[56].

Wohin sie marschierten, war der Bevölkerung ebenfalls bekannt. Unter der Überschrift „Tatkräftige Aufbauarbeit der Eutiner Regierung" berichtete ihr „Presseamt" am 29. Juni[57], daß dank der Einrichtung der Schutzhaft, „mit der heute unsichere politische Elemente und offene Staatsfeinde ‚beglückt' werden", nunmehr nicht nur „Ruhe im politischen Leben" Deutschlands eingetreten sei, sondern „die einzelnen Regierungen mit diesen billigen Arbeitskräften wichtige Kulturarbeit leisten können". In Worten, die stark an die erklärten Ziele des FAD erinnerten[58], beschrieb der Artikel, wie die Schutzhäftlinge („unruhige Gesellen, die mehr oder weniger ihre geistige Nahrung aus Moskau bekommen"), von der SA überwacht, „in Gottes freier, schöner Natur . . . auf dem Lindenbruch [arbeiten] und hier Werte schaffen, die der gesamten Bevölkerung des Landesteils Lübeck zugute kommen werden". Stubben wurden gerodet, breite Gräben ausgehoben und der so gewonnene Boden – etwa 22 Tonnen – auf die Felder geworfen, wo später edle Grassorten gesät werden sollten. Das auf diese Weise innerhalb eines Jahres urbar gemachte, ideale und äußerst wertvolle Wiesenland wollte die Regierung verpachten. „‚Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe', können diese Elemente dann auch mal die Arbeit zum Nutzen des gesamten Volkes kennen lernen." Der NS-Spruch „Gemeinnutz geht vor Eigennutz!" stand am Ende des Berichts.

Bis Anfang September hatten die Schutzhäftlinge schon 2,5 Hektar Land im Lindenbruch mit Gräben durchzogen, planiert und umgegraben; bei guter Witterung hoffte die Regierung jetzt, die ganze Meliorationsarbeit noch 1933 fertig zu bekommen[59]. Deshalb wurden weitere Projekte für die Betätigung der Häftlinge gefunden, bei denen die Verbindung zwischen Konzentrationslager und FAD noch klarer zu Tage trat. (Die Bezeichnung „Arbeitsdienst" für die Außenbeschäftigung der politisch Inhaftierten war seit Juni 1933 häufig im Gebrauch; auch wurden das KL und die Häftlinge oft „Arbeitslager" bzw. „Arbeitskolonne" genannt[60].) Am 14. September fragte Eutins Forstmeister bei der

---

[56] Über die Existenz anderer KL und – wenn auch verschönernd – das Regiment in ihnen (z. B. in Dachau, Oranienburg, Sonnenburg) wurden Eutiner Zeitungsleser regelmäßig informiert. Vgl. AFL, Nr. 69, 72, 78, 84, 87, 104, 115, 123, 186, 192, 202, 288, 298 u. 299, 22. u. 23. 3., 1., 8. u. 12. 4., 5., 18. u. 28. 5., 11., 18. u. 30. 8., 9., 21. u. 22. 12. 1933, Nr. 22 u. 60, 27. 1. u. 13. 3. 1934.

[57] Die Originalfassung (vgl. LASH, Reg. Eutin, A XXIII 13) erschien etwas redigiert in AFL, Nr. 152, 2. 7. 1933.

[58] Vgl. auch Geigenmüller, S. 37.

[59] AFL, Nr. 206, 3. 9. 1933, „Aus dem Arbeitsprogramm der Regierung unseres Landesteils"; Original in LASH, Reg. Eutin, A XXIII 13.

[60] Ebenda, 355/266, Gefangenen-Verzeichnis des Gerichtsgefängnisses Eutin vom 3. 6. 1933 bis 6. 4. 1935, Nr. 11–12, 15–19, 21, 35; und ebenda, 352/463, Verhör Ernst Leiboldts,

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Regierung nach, ob der FAD bereit sei, mehrere Projekte zur Verbesserung des forstwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens in der Gegend aufzunehmen, was insgesamt etwa 2800 Tagewerke ausmachen würde. Weil der FAD aber im ganzen Landesteil schon am 1. Oktober aufgelöst sein sollte, wurde entschieden, diese Arbeit von Schutzhäftlingen durchführen zu lassen; der Forstmeister sollte sich deshalb mit Lagerkommandant T. in Verbindung setzen[61]. Auch Vorhaben, die vom FAD begonnen, aber wegen seiner Auflösung nicht zu Ende geführt worden waren, wurden den KL-Insassen übertragen[62]. Gleich am 3. Oktober bat der Landrat des benachbarten (preußischen) Kreises Plön den Regierungspräsidenten, den vom Arbeitsdienst angefangenen Ausbau der Wege zwischen Dannau/Kr. Plön und Neukirchen/Landesteil Lübeck abzuschließen; sonst wäre die Benutzung der Strecke für die Einwohner der beiden Orte weiterhin sehr unangenehm, besonders bei schlechter Witterung. Schutzhäftlinge – so bestimmte Böhmcker – würden die Arbeit weiterführen; jedenfalls sollten sie eine Sandschicht aufschütten, bis man im Frühling die Befestigung der Straße in Angriff nehmen könnte. Dieses Projekt beschäftigte die Gefangenen allerdings nur wenige Tage: spätestens am 13. Oktober wurden sie alle schon abgezogen[63].

Ein wesentlich größerer Wegebau, der ebenfalls ein oldenburgisches (Nüchel) mit einem preußischen Dorf verbinden sollte, wurde in einem von dem Eutiner Gestapo-Chef S. und dem Bürgermeister von Kirchnüchel unterzeichneten Vertrag festgehalten. Danach sollte die ursprünglich von dem im Lager Nüchel untergebrachten FAD zu errichtende 250 m lange Straße jetzt von KL-Häftlingen ausgeführt werden, um über die Landesgrenze hinaus in Richtung Kirchnüchel an die dort bereits fertiggestellte preußische Strecke anzuknüpfen. Die Gemeinde Kirchnüchel verpflichtete sich, eine Pauschalsumme von RM 600 an Oldenburg zu zahlen. „Dieser Betrag setzt sich zusammen aus dem Tageszuschuß von [RM] 0,25 für 1200 Tagewerke, aus den Löhnen für den Schachtmeister und zwei Auf-

7. 9. 1933. Vgl. auch die bezeichnende Zusammenfassung von *Konzentrationslager* und *Arbeitsdienstlager* in dem vom Landeskriminalamt Dresden am 5. 8. 1933 veröffentlichten („Nur für den Dienstgebrauch!") ersten Nachtrag zu den „Vorläufigen Bestimmungen über die Errichtung und Verwaltung von Konzentrationslagern und Arbeitsdienstlagern vom 19. April 1933", nachgedruckt bei Reimund Schnabel, Macht ohne Moral. Eine Dokumentation über die SS, Frankfurt/Main 1957, S. 105–107.

[61] Vgl. LASH, Reg. Eutin, A Vc 136 b. Nur etwa die Hälfte dieser Projekte kam tatsächlich zur Durchführung; u. a. pflanzten die Häftlinge Bäume am Ufer des Ukleisees bei Eutin und arbeiteten in einer Kiesgrube in Sielbeck. Interview mit Adolf Buhrke, 14. 1. 1975.

[62] Daß die zuerst dem FAD und später den Schutzhäftlingen zugewiesenen Projekte sehr ähnlich waren, zeigt deren Aufzählung bei Köhler, S. 88, 144. Ja, wo Arbeitsdienst- und Konzentrationslager nebeneinander existierten, beschwerte sich der FAD, daß seine Aufgaben vielfach von KL-Gefangenen übernommen würden; vgl. Timpke (Hrsg.), Gleichschaltung des Landes Hamburg, S. 230.

[63] Über dieses und das darauffolgende Bauvorhaben vgl. LASH, Reg. Eutin, A Vc 136 b; ebenda, Landeskasse Eutin, 260/1704, Hauptbuch 1933/34, S. 483, Zahlung an Gastwirt Schliephake, Neukirchen, 17. 10. 1933; und Diercks, S. 120.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sichtsbeamte nebst Soziallasten." Zwei Überweisungen von je RM 300 „auf das Konto der Landeskasse (Konzentrationslager) bei der Oldenburg-Lübecker Landesbank" in Eutin waren am 12. und 20. Oktober 1933 fällig. Weitere RM 100 für die Herrichtung oder Neulegung des in der Straße gelegenen Siels mußten auch von der Gemeinde bezahlt werden[64]. Das Unternehmen nahm etwa zwei Monate in Anspruch. Die Schutzhäftlinge waren bei sehr kaltem Wetter und ohne angemessene Bekleidung in einem feuchten Schweinestall untergebracht. Unter Aufsicht eines Wachmannes konnten ihre Frauen sie besuchen und ihnen Lebensmittelpakete bringen; aber der für die Leitung der Arbeit verantwortliche Bauunternehmer durfte mit den Gefangenen nicht sprechen[65].

Seit dem Abschluß des Freiwilligen Arbeitsdienstes im Landesteil Lübeck waren auch neue Unterbringungsmöglichkeiten für Schutzhäftlinge vorhanden[66]. So kam es, daß das ehemalige Reichsbanner-Lager in Holstendorf bei Ahrensbök nach dem 3. Oktober als KL diente[67]. Das leerstehende Direktorhaus auf dem Gelände der Ahrensböker chemischen Fabrik erforderte nur geringfügige Umbauten, um funktionsgerecht zu werden: Ein Handwerker unter den Gefangenen mußte ein kleines Fenster neben dem Eingang zur besseren Überwachung der Häftlinge einsetzen. Außerdem wurden verschiedene Einrichtungsgegenstände aus den unbenutzten Aufenthaltsräumen der Werksangehörigen geliehen[68]. Ein Vertrag zwischen der Regierung und der „AG für chemische Produkte vormals H. Scheidemandel", Berlin, Eigentümer der Holstendorfer Anlage, sah eine

---

[64] Die Einzahlungen von insgesamt RM 700 sind im Hauptbuch der Landeskasse Eutin 1933/34 unter dem 17. bezw. 25. 10. 1933 verzeichnet; vgl. LASH, 260/1704, S. 483.

[65] Zwischen dem 11. 10. 1933 und 5. 1. 1934 bekamen der Bauunternehmer oder seine Frau (die das Essen für die Gefangenen zubereitete) und die Spar- und Darlehnskasse in Nüchel Zahlungen in Höhe von RM 2 277,13 aus dem „Schutzhaft"-Konto der Regierung für Verpflegungskosten; zwei Ahrensböker Schachtmeister wurden ebenfalls für ihre Dienstleistungen entlohnt. Ebenda; auch Interview mit Adolf Buhrke, 14. 1. 1975.

[66] Vgl. die Antwort Böhmckers vom 3. 10. 1933 an einen Gastwirt in Neudorf bei Eutin, der kurz zuvor die Regierung ersucht hatte, die Verpflegung der Insassen eines – wie er vermutete – demnächst in einer Neudorfer Schule zu errichtenden *Arbeitsdienstlagers* übernehmen zu dürfen, um auf diese Weise seine rückständigen Steuern abzutragen: „Betrifft Verlegung des Konzentrationslagers [*sic!*]. Ihrem Antrage kann nicht stattgegeben werden, da die Verpflegung vom Lager selbst durchgeführt wird. Da vorläufig noch genügend andere Arbeiten vorhanden sind, bedarf es zunächst der Einrichtung des Konzentrationslagers nicht." LASH, Reg. Eutin, A Vc 136 b.

[67] Vgl. Anm. 33; auch LASH, Reg. Eutin, A XVb 35, Aussage von Lagerführer T., 23. 11. 1933. Holstendorf war womöglich nicht das einzige frühere FAD-Lager in Schleswig-Holstein, das in ein KL umgewandelt wurde: auch das bis zum Sommer 1933 von der Inneren Mission getragene Arbeitsdienstlager in Kuhlen bei Rickling (Kreis Segeberg) scheint seit Ende Juli ein Konzentrationslager – vorübergehend – beherbergt zu haben. Vgl. LASH, 320/624 u. 320/1355; auch Gerhard Hoch, Kaltenkirchen, an den Verfasser, 16. 9. 1977.

[68] Sowohl wegen der baulichen Änderungen auf dem Grundstück (eine Hecke an der Straßenfront des Hauses war ebenfalls von einem Gärtner-Häftling entfernt worden) als auch wegen der entliehenen Gegenstände, die beim Räumen des Lagers vom Komman-

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Monatsmiete von RM 66 vor, die aus dem „Schutzhaft"-Konto der Landeskasse beglichen wurde[69]. Die Arbeit der Insassen bestand wieder aus einem vom FAD eingeleiteten und von der Regierung getragenen Projekt, nämlich der Fertigstellung der Straße zwischen Holstendorf und Havekost. Der Gemeinderat in Havekost beantragte sogar, daß der geplante Weg um weitere 600 m verlängert würde; die daraus entstehenden Mehrkosten für zusätzliche 800 Tagewerke, um 2000 cbm Erde zu bewegen, sollten durch den Einsatz von Schutzhäftlingen möglichst niedrig gehalten werden! Wegen Krankheit, Feiertagen und sonstigen Verzögerungen (wiederholt mußten durch Sprengungen Felsen beseitigt werden) hätten die Dienstfreiwilligen nur etwa 60 Prozent des Projekts durchführen können. „Die Arbeiten im schweren Lehmboden waren im Winter sehr schwierig", berichtete Regierungsbaurat B. am 16. 3. 1934, „dennoch wird von den Schutzhäftlingen etwa das Doppelte geleistet wie beim [FAD]."[70]

Weil das Gebäude in Holstendorf Anfang Dezember 1933 geräumt werden mußte, um Platz für eine dorthin verlegte Realschule zu machen[71], wurde am 5. des Monats das letzte KL im Landesteil Lübeck in Ahrensbök selbst eröffnet[72]. Ausgewählt wurde ein unbewohntes Privathaus, dessen Erdgeschoß – früher ein Schuhgeschäft – als Wachstube diente, während die Gefangenen oben in kleineren Räumen hinter mit Stacheldraht verschlossenen Fenstern schliefen. Für das Essen sorgte ein erkrankter Häftling unter Aufsicht des SS-Lagerkochs; die übrigen Insassen mußten tagsüber, von gewehrtragenden Hilfspolizisten begleitet, am Wegebau Holstendorf–Havekost oder an kleineren Meliorationsprojekten arbeiten. Die Behandlung der Schutzhäftlinge war weiterhin unterschiedlich. Einerseits bekamen sie zu Weihnachten von Angehörigen oder Kameraden Pakete

---

danten zum neuen KL mitgenommen worden waren, geriet die Regierung später mit dem Besitzer in einen Streit. Er endete mit einer Abfindung in Höhe von RM 180. Vgl. LASH, Reg. Eutin, A Vc 136 b, Lagerführer T. („Konzentrationslager, Abt.: Ahrensbök") an die Regierung, 13. 4. 1934; und ebenda, 260/1704, S. 539.

69 Bis zum 1. 4. 1934 wurden insgesamt sechs Zahlungen an die Berliner Firma überwiesen, obwohl das Haus nur bis zum Dezember 1933 tatsächlich als KL benutzt worden war. Ebenda.

70 Ebenda, Reg. Eutin, A Vc, 136 b, Vermerk Böhmckers, 14. 11. 1933; auch Berichte von Regierungsbaurat B., 6. 1., 15. 2., 16. 3. u. 25. 4. 1934.

71 Vgl. die Vermerke Böhmckers vom 5. und 8. 12. 1933, ebenda, 309/23048. Ungefähr 40 Werkzeuge verschiedenster Art aus dem Inventar der Schule gingen dabei – wie die Holstendorfer Einrichtungsgegenstände – bis zu seiner endgültigen Auflösung in den Besitz des KL über.

72 Die Regierung betrachtete zuerst das Amtsgerichtsgefängnis in Eutin, später Neukirchen (Okt. 1933), Nüchel und Holstendorf (bis Dez. 1933) und Ahrensbök sämtlich als KL; zwei „Arbeitskolonnen" aus Ahrensbök bzw. Eutin wurden vorübergehend in Hemmelsdorf und Bosau beim Straßenbau eingesetzt. Auch Hauptwachtmeister L. schrieb bezeichnenderweise an den Minister der Justiz in Oldenburg am 23. 11. 1933: „Am 15. Oktober d. Jrs. haben sich weder im hiesigen Gefängnis *noch in den Konzentrationslagern* des Landesteils Lübeck Staatsangehörige der U.d.S.S.R. befunden [Hervorhebung vom Verfasser]." Ebenda, A Va 3.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zugeschickt, die von den Wachleuten zwar sorgfältig kontrolliert, aber nicht beschlagnahmt wurden[73]. Auch der Tagessatz für Verpflegungskosten war, wie der Rechnungsführer des Lagers nach 1945 betonte, ausreichend[74]. Andererseits aber waren die Häftlinge der Brutalität ihrer Bewacher ausgesetzt; besonders bei einem Fluchtversuch erwartete den Wiederfestgenommenen schwere Mißhandlung[75]. Gerüchte darüber waren so weit verbreitet, daß die Regierung sich veranlaßt sah, eine angeblich von einem früheren Schutzhäftling verfaßte Widerlegung in einer Lübecker Zeitung zu veröffentlichen[76].

Die Auflösung der „wilden" Konzentrationslager wie derjenigen im Landesteil Lübeck wurde mit der Veröffentlichung des grundlegenden Schutzhafterlasses des Reichsministers des Innern vom 12./26. April 1934 angekündigt[77]. Eine an

---

[73] Erst im März 1934 erhielten die Kirchen die Genehmigung, in den Konzentrationslagern Andachten zu halten; es ist nicht bekannt, ob solche in Ahrensbök je stattfanden. Archiv der evangelisch-lutherischen Landeskirche Eutin, Rundschreiben des Landeskirchenamtes an die Gemeindekirchenräte und Pastoren, 13. 3. 1934. Zumindest in einem Fall aber intervenierte der Landespropst Wilhelm Kieckbusch bei Böhmcker, um eine Inschutzhaftnahme zeitweilig zu verhindern.

[74] LASH, Reg. Eutin, A XVd 20, Briefwechsel zwischen Regierungspräsident Böhmcker, dem Gemeindevorstand Ahrensbök, dem „Konzentrationslager Abt. Ahrensbök" und der Landeskasse Eutin, März–Mai 1934; und Interview mit Adolf Buhrke, 14. 1. 1975; auch Buhrke an den Verfasser, 25. 1. 1977, und Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Lübeck, 2 Ks 7/50. Obwohl der Kommandant von mehreren Seiten beschuldigt wurde, Gelder aus der Lagerkasse unterschlagen zu haben (vgl. Teil III), hatte die Ernährung der Gefangenen darunter offensichtlich nicht gelitten.

[75] Vgl. den nach den Nachkriegsschilderungen zu urteilen sehr verharmlosenden Bericht von Böhmcker an das Gendarmerie-Kommando, Oldenburg, 28. 2. 1934, worin er die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen einen Ahrensböker Polizeikommissar forderte, der der Staatsanwaltschaft in Lübeck am Tage nach einer Wiederfestnahme durch die SA telephonisch mitteilte, der Gefangene sei „von den Wachleuten bereits halbtot geschlagen". Der Beamte entging dem Verfahren nur durch seine rechtzeitige Versetzung aus dem Landesteil. LASH, Reg. Eutin, A Va 5; auch AFL, Nr. 61, 14. 3. 1934.

[76] Lübecker General-Anzeiger, Nr. 32, 8. 2. 1934. Der mit der Überschrift „Gegen die Greuelhetze im Konzentrationslager!" versehene „Leser-Brief" erschien nicht in der Eutiner Zeitung. Zweck des KL, behauptete der Autor, war es, Saboteure der nationalen Bewegung „für kurze oder längere Zeit unschädlich" zu machen und ihnen Gelegenheit zu geben, „über begangene Sünden nachzudenken". Entgegen der weitverbreiteten Meinung der Öffentlichkeit und auch seiner ursprünglichen Befürchtungen, fand er die Lager-Verpflegung „sehr gut und reichlich", ja sogar besser als die eines großen Teils der deutschen Bevölkerung; der Kommandant war gerecht, „ein Vorbild für die Wachleute"; und obwohl „zu gegebener Zeit einige harte Worte fallen" mußten, hatte er „von Gummiknüppel und Peitschenhieben" nichts bemerkt – „alles marxistische Greuelhetze und Märchen". Die zu verrichtenden Arbeiten waren „leicht zu erledigen, nichts von Überhastung und Antreiberei". Kurz: das KL war „bestimmt kein Paradies, aber auch lange nicht die Hölle". Der Briefschreiber schloß mit einem Aufruf an die, wie er meinte, immer noch verbohrten und irregeleiteten Marxisten, sich „vom alten Wahn, [der] Befreiung der Arbeiterschaft durch Moskaus Juden", loszusagen und in der Kameradschaft der SA sich der großen Volksgemeinschaft Adolf Hitlers anzuschließen.

[77] Nachgedruckt bei Timpke, Gleichschaltung des Landes Hamburg, S. 261–265. Der Rund-

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diesen Erlaß anknüpfende Verfügung des Leiters der neu errichteten Geheimen Staatspolizeistelle in Eutin vom 28. April[78] wies alle Partei-, Polizei- und Gemeindedienststellen an, daß allein er bzw. der Regierungspräsident im Landesteil die Verhängung von Schutzhaft aussprechen konnte. Die unteren Verwaltungsbehörden, ebenso Parteiämter, durften nur nach seinen Anweisungen Personen in Schutzhaft nehmen, und zwar „zum eigenen Schutze des Häftlings oder dann, wenn der Häftling durch sein Verhalten, insbesondere seine staatsfeindliche Betätigung, die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet". Wegen persönlicher Angelegenheiten, Beleidigungen und wirtschaftlicher Maßnahmen („Lohnfragen, Entlassung von Arbeitnehmern") durfte sie nicht verhängt werden; solche Fälle wurden nach einer Überprüfung durch die Gestapostelle an die Staatsanwaltschaft bzw. den Treuhänder der Arbeit weitergeleitet. Schutzhäftlinge aus dem Landesteil mußten künftig auch anderswo untergebracht werden: Am 9. Mai wurde das Konzentrationslager in Ahrensbök vom Eutiner Gestapo-Chef aufgelöst[79]. Die zurückgebliebenen Gefangenen, „mit Ausnahme einiger, gegen die noch ein Strafverfahren läuft"[80], wurden mit der Mahnung freigelassen, „gegen marxistische Wühlereien" würde weiterhin „mit gleicher Schärfe wie bisher eingeschritten werden". Sonst aber sollten ihnen „bei der Rückkehr in ihren bürgerlichen Beruf keine Schwierigkeiten bereitet werden". Mit der gleichzeitigen Entlassung der Wachmannschaft und der Rückgabe des Lagerinventars an seine Besitzer[81] schien ein Kapitel der NS-Machtergreifung in Schleswig-Holstein abgeschlossen. In den Jahren danach aber sollte das Eutiner Konzentrationslager ein juristisches Nachspiel erleben.

III. Die Leitung

Obwohl Regierungspräsident Böhmcker die Vollmacht, Schutzhaft zu verhängen, zuerst dem Befehlshaber der Ordnungspolizei in Bad Schwartau[82] und anschlie-

erlaß, der eine mißbräuchliche Anwendung der Schutzhaft in Zukunft verhindern sollte, blieb von der SS und der Polizei in den darauffolgenden Jahren regelmäßig unbeachtet.

78 In StAE, Nr. 3482.

79 Vgl. AFL, Nr. 110, 15. 5. 1934.

80 Ob diese Häftlinge vielleicht in das berüchtigte Lager Papenburg/Ems kamen, läßt sich nicht mehr einwandfrei feststellen. 1935 und 1936 saßen mehrere aus dem Landesteil Lübeck stammende Schutzhäftlinge im KL Fuhlsbüttel, wahrscheinlich wegen des bereits in der Weimarer Zeit abgeschlossenen Gefängnisvertrages zwischen Oldenburg, Hamburg und anderen norddeutschen Ländern. Vgl. LASH, Reg. Eutin, A Va 21, Akte „Schutzhaftkosten" des Gerichtsgefängnisses Eutin, Sept. 1935 – Dez. 1936; ebenda, A XVc 2, Akte Paul Marks; und NSAO, 133/587. Verschiedene Aussagen während der Nachkriegsprozesse gegen den Kommandanten T. und seine Untergebenen deuten auch auf Hamburg als Bestimmungsort der noch im Mai 1934 im Gewahrsam gehaltenen Ahrensböker Schutzhäftlinge hin.

81 Vgl. LASH, Reg. Eutin, A III 13, Vermerk des Gestapo-Chefs S., 14. 5. 1934.

82 Vgl. NSAO, aus nicht verzeichneten Beständen (Anm. 53).

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ßend dem Leiter der Geheimen Staatspolizeistelle in Eutin übertrug, blieb er letzten Endes für alle politischen Verhaftungen im Landesteil Lübeck verantwortlich[83]. Da Böhmcker bis Mai 1934 immer noch die meiste Zeit in Eutin verbrachte, kann man das Konzentrationslager durchaus als seine persönliche Einrichtung betrachten. Die traditionelle Selbständigkeit des Landesteils gegenüber dem entfernten Oldenburg[84], dazu Böhmckers Rang als hoher SA-Führer sorgten ebenfalls dafür, daß er mindestens bis zum „Röhm-Putsch" innnerhalb seines Machtbereichs weitgehend nach eigenem Gutdünken schalten und walten durfte. Das KL wurde deshalb zu dem Ort, wo Böhmcker nicht nur tatsächliche oder angebliche Gegner des NS-Regimes einsperrte, sondern auch diejenigen, die sein in der Tat oft rohes Benehmen oder aber seine Regierungspolitik zu kritisieren wagten. Außerdem benutzte er das Lager und die damit verbundene Schutzhaft, um Arbeit und Geld zum Unterhalt seiner SA-Männer zu beschaffen, die in Schleswig-Holstein – wie fast überall in Deutschland – nach der Machtergreifung auftrags- und deshalb zum großen Teil auch stellungslos geblieben waren[85].

Johann Heinrich Böhmcker[86], am 22. Juli 1896 geborener Bauernsohn aus Braak bei Eutin, Frontkämpfer und Offiziersaspirant im Ersten Weltkrieg, danach Ausbildung als Jurist, Korpsstudent und – nach bestandener Staatsprüfung beim dritten Versuch (und deshalb vom Staatsdienst ausgeschlossen) – Rechtsanwalt in Eutin, stieß über die „Organisation Consul" und ähnliche rechtsgerichtete Verbände Ende 1925 zur SA (er trat der NSDAP am 11. Januar 1926 bei; Mitgliedsnummer: 27 601). Als Parteifunktionär und -redner sowie Verteidiger vieler Nationalsozialisten vor republikanischen Gerichten, besonders aber als Gründer der SA in Ostholstein, die er in zahllosen Versammlungs- und Straßenschlachten gegen Sozialdemokraten und Kommunisten führte (er trug stolz den Spitznamen „Latten-Böhmcker")[87], war er bald in ganz Norddeutschland bekannt. Der rasche Aufstieg der NSDAP in Schleswig-Holstein nach 1929 verhalf ihm zuerst zu einem Sitz im Eutiner Stadtparlament und im Landesausschuß (November 1930), später im oldenburgischen Landtag; im November 1931 unterlag er nur knapp als Koalitionskandidat der NSDAP/DNVP für das Amt des Ministerpräsidenten. Gerüchten zum Trotz, daß er nach dem Wahlsieg der Partei in

[83] Vgl. LASH, Reg. Eutin, A XV c1, Schriftsatz des Rechtsanwalts von Stoffregen an das Hanseatische Oberlandesgericht, Hamburg, 26. 11. 1934: „... Regierungspräsident Böhmcker bestimmte nicht nur, wer in Schutzhaft zu nehmen sei, sondern ... auch die Dauer der Schutzhaft."

[84] Vgl. Anm. 14.

[85] Zu diesem Fragenkomplex vgl. AFL, Nr. 145 u. 268, 24. 6. u. 15. 11. 1933; allgemein auch Michael H. Kater, Ansätze zu einer Soziologie der SA bis zur Röhm-Krise, in: Ulrich Engelhardt, Volker Sellin und Horst Stuke (Hrsg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Festschrift für Werner Conze, Stuttgart 1976, S. 798 ff.

[86] Vgl. Schwarzwälder, S. 56 ff.; auch Berlin Document Center [künftig zit.: BDC], Oberstes Parteigericht [künftig zit.: OPG], Akte Böhmcker.

[87] Vgl. LASH, 355/128, Prozeß gegen Böhmcker vor dem Amtsgericht Eutin wegen Waffenmißbrauchs im Nov. 1930; ebenda, 399/6, Akte „Strafsache Münchmeyer".

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Oldenburg im Mai 1932 diesen Posten doch übernehmen würde, kam Böhmcker stattdessen als Regierungspräsident des Landesteils Lübeck nach Eutin[88].

Böhmcker war – nach einhelliger Meinung auch seiner engsten Freunde und Mitarbeiter – eine Landsknechtnatur, ein politischer Kämpfer ohne größeren ideologischen Ballast, der allerdings den Hauptfeind der Hitlerbewegung eher bei reaktionären Deutschnationalen als unter „verblendeten Marxisten" sah[89]. Junggeselle bis drei Jahre vor seinem Tod, wurde er fast zwangsläufig zu Männer- und Wehrbünden wie „O.C." und SA hingezogen. Seine erste Liebe galt den braunen Prätorianern der nationalsozialistischen Revolution; um sich immer mehr deren Anliegen widmen zu können, zog er sich 1933/34 allmählich von seinen Partei- und Staatsverpflichtungen zurück. Zuerst Führer der Brigade 14/ Schleswig-Holstein (Stärke Januar 1934: ca. 31 500), ab Juli 1934 dann Führer der Gruppe „Nordsee" (Sitz in Bremen)[90], betrachtete Böhmcker die SA als das Rückgrat des NS-Staates, als das Ordnungsinstrument, um die Deutschen im wahren Geist der neuen Volksgemeinschaft zu erziehen.

Das bedeutete, kündigte der Regierungspräsident im Juli 1933 an, einerseits „durch positive Aufbauarbeit auch die bisher der nationalsozialistischen Bewegung fernstehenden Bevölkerungsteile zur Mitarbeit zu gewinnen", andererseits aber gegen alle „Saboteure" der Wiedergeburt Deutschlands „ohne Rücksicht auf Stand, Alter, Geschlecht und politische Einstellung auf das rücksichtsloseste" vorzugehen. Solche „Quertreiber . . . haben . . . in einer Volksgemeinschaft, die von dem einmütigen Willen zu Brot und Freiheit beseelt ist, keinen Platz. Ihre Vernichtung dient Volk und Vaterland". Jener „Stand von Kritikern", sagte Böhmcker vor der Kieler SA, „der grundsätzlich aus innerer Einstellung heraus alles das bekämpft, was deutsch ist und in Wahrheit dem deutschen Volke dient, . . . richtet mit einem Wort mehr Schaden an als zehn verlorene Schlachten". Gegen derartige Bestrebungen „werde mit aller Macht vorgegangen werden, und für Leute solcher Gesinnung stünden die Konzentrationslager jederzeit offen"[91]. Sogar ein Unternehmer, der das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung durch die Weigerung, Erwerbslose einzustellen, nicht unterstütze, gefährde dabei die Sanierung der Wirtschaft „und muß sich gefallen lassen, daß er als Feind behandelt und ins Konzentrationslager gebracht wird"[92]. Die nötige Umerzie-

---

[88] Vgl. Schaap, S. 176 ff., 203 ff.

[89] Zu Böhmckers Liebäugeln mit Otto Strassers „linken" Nationalsozialisten Anfang 1930 vgl. LASH, 309/22576.

[90] Nachdem der Landesteil Lübeck am 1. 4. 1937 in Preußen aufgegangen war, bekleidete Böhmcker gleichzeitig und nicht ohne Erfolg das Amt des Regierenden Bürgermeisters in Bremen, bis er unter recht mysteriösen Umständen am 16. 6. 1944 starb. Vgl. Schwarzwälder, S. 57 f.

[91] AFL, Nr. 151, 174 u. 237, 1. u. 28. 7., 10. 10. 1933, Nr. 52, 3. 3. 1934.

[92] LASH, Reg. Eutin, A Vc 138, Böhmcker an Hofbesitzer Fink, Groß Meinsdorf, 20. 9. 1933. Vgl. auch Böhmckers Vermerk vom 29. 9. 1933: „Es erscheint der Kaufmann W. Körber aus Eutin. Ihm wurde vorgehalten, daß er seinen Arbeitern keinen Urlaub gebe. Er erklärte, dann müsse er einen Arbeiter entlassen. Ihm wurde erklärt, dann käme er

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hung, gegebenenfalls Unschädlichmachung durchzuführen, war der Zweck seines eigenen KL, das von Oldenburg weitestgehend ignoriert wurde, bis die „Schutzhaftkomödie in Eutin"[93] ernsthaften finanziellen Schaden für den Staat anzurichten drohte.

Die Hauptursache dafür lag bei der von Böhmcker bevorzugten Methode, das Konzentrationslager und zugleich einen Teil seiner SA zu finanzieren. Unter den Schutzhäftlingen (und unter denjenigen, die mit der Verhängung der Schutzhaft bedroht waren) unterschied er zwischen den wohlhabenden und den wirtschaftlich schwächeren. Letztere, wenn sie nach der Entlassung wieder in ihren Beruf kamen, konnten gezwungen werden, einen bestimmten Tagessatz für die Zeit ihrer Inhaftierung zurückzuerstatten[94]. Ein Sonderkonto („Schutzhaftkosten") wurde im Juli 1933 bei der Landeskasse eingerichtet, um solche Einzahlungen anzunehmen; die laufenden Kosten des Lagers sollten daraus bestritten werden[95]. Dagegen mußten die begüterten Häftlinge oft beträchtliche Summen bezahlen, um überhaupt ihre Freiheit wiederzuerlangen bzw. zu bewahren (vgl. Tabelle 1). In fast allen Fällen gab es mehr oder minder überzeugende „politische" Gründe, um die Geldbußen zu rechtfertigen, obwohl der Ahrensböker Fabrikant Julius Jungclaussen (der den höchsten Betrag entrichten mußte) behauptete, er sei nur in Schutzhaft genommen worden, um erpreßt zu werden[96]. Er wurde aber festgenommen, weil er angeblich bei der Volksabstimmung am 12. November 1933 im Wahllokal „staatsfeindliche Äußerungen" gemacht hatte; außerdem offenbarte er sich seinen Mitgefangenen gegenüber als „staatsgefährlich"[97]. Um nur

ins Konzentrationslager. Er erklärte darauf, dann würde er ihnen Urlaub geben." Arbeitgebern aber, die „mit Vorliebe frühere Kommunisten und Sozialdemokraten" statt „vorzugsweise nationalgesinnte Arbeiter" beschäftigten, wurde ebenfalls Schutzhaft angedroht. AFL, Nr. 182, 6. 8. 1933.

[93] Schwarzwälder, S. 57. Solange das KL im Landesteil Lübeck bestand, erhielt Böhmcker deswegen nachweislich nur eine einzige Rüge: als er angeblich aus gesundheitlichen Rücksichten auch einen *Straf*gefangenen zusammen mit den Schutzhäftlingen im Freien arbeiten ließ. Der oldenburgische Minister der Justiz schrieb ihm am 7. 12. 1933: „Die Unterbringung des Strafgefangenen ... im Arbeitslager war nicht zulässig. Der Herr Regierungspräsident wolle dies für die Zukunft beachten." LASH, Reg. Eutin, A Va 12.

[94] So mußte sich Adolf Buhrke bei seiner Freilassung verpflichten, RM 2,80 pro Tag – insgesamt fast RM 500 – ratenweise zu bezahlen. Weil er aber u. a. sofort aus Böhmckers Machtbereich nach Hamburg zog und lange Jahre arbeitslos war, ließ er die wiederholten Mahnungen des Eutiner Gestapo-Chefs, die „Schulden" umgehend zu tilgen, unbeachtet. Interview mit Buhrke, 14. 1. 1975; auch Geheime Staatspolizeistelle Eutin an Buhrke, Altona, 23. 7. 1934 (Privatunterlagen Buhrkes).

[95] Vgl. LASH, 260/1704, S. 419 f., 483 ff., 537 ff.

[96] Interview mit Adolf Buhrke (einem Gesprächspartner Jungclaussens im KL), 14. 1. 1975. Solche Praktiken wurden von der SA auch in anderen „wilden" Konzentrationslagern angewandt; vgl. Thévoz/Branig/Lowenthal-Hensel, Bd. I, S. 30 f.

[97] Vgl. BDC, OPG-Akte Böhmcker, Bericht des Innenministers, Oldenburg, an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern, Berlin, 29. 1. 1935; auch LASH, 355/266, Nr. 261. Jungclaussen soll ebenfalls die Stromrechnung des Ahrensböker Lagers und seine Frau RM 10 für jeden Besuch bei ihm bezahlt haben; vgl. NSAO, 136/2532, Christian Chri-

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

drei der finanziell am schwersten Betroffenen von Tabelle 1 herauszugreifen: dem Bauer und Stahlhelmer Jäde wurde zur Last gelegt, bei einem Feuerwehrfest abfällige Bemerkungen über die Hakenkreuzflagge und das Zeigen eines Hitlerbildes gemacht zu haben; dieselbe Beschuldigung („wiederholte Verächtlichmachung der nationalsozialistischen Bewegung und ihrer Symbole") kostete den Arzt Dr. Ernst Wittern RM 2500, weil er aus Alters- und Gesundheitsgründen nicht haftfähig war[98]; und der ehemalige deutschnationale Bürgermeister von Eutin, Dr. Otto Stoffregen, von Böhmcker schon Ende 1932 zwangsbeurlaubt, machte seine Absetzung „zu einer politischen Aktion und trug [sie] in die Öffentlichkeit"[99]. Andererseits beteuerte der Hofbesitzer Ontjes (seit 1928 Mitglied der NSDAP und früherer Ortsgruppenleiter), daß er gegen Böhmcker keine Vorwürfe erhoben hätte: Er bekam daraufhin seine „Kaution" zurück[100].

Wie in Tabelle 1 aufgeführt, kam eine stattliche Summe aus Bußen, Haftkostenrückerstattungen und „Zuschüssen" auf dem „Schutzhaft"-Konto der Regierung zusammen. Die oftmals kryptischen Eintragungen im Hauptbuch der Landeskasse sind nicht immer einwandfrei zu klären, insbesondere kann man einige Rückzahlungen nur schwer entziffern; jedoch fallen diese Beträge kaum ins Gewicht. Rund RM 15 000 also fielen der Staatskasse innerhalb von zehn Monaten auf diese Art und Weise zu – abgesehen von den „Kautionen", die wahrscheinlich doch fast alle zurückgegeben wurden. Allerdings versuchten, wie noch zu zeigen sein wird, Häftlinge wie Dr. Stoffregen vergeblich, auch ihre Geldbußen wiederzuerlangen. Obwohl sie Böhmckers Behauptung, sie seien ihre finanziellen Verpflichtungen im KL „freiwillig" eingegangen, energisch bestritten, gibt es keine Anzeichen dafür, daß der Regierungspräsident sich persönlich an diesen oder sonstigen Geldstrafen, die er politischen Gegnern auferlegte[101],

---

stians an das Reichsinnenministerium, Berlin, 17. 10. 1935. Ich kann nicht feststellen, ob diese Summen unter Jungclaussens in Tabelle 1 verzeichneten Bußen eingeschlossen sind.

98 Oberstudienrat und Vorstandsmitglied der DVP Dr. Wilhelm Genz wurde zu einer Geldstrafe von RM 50 verurteilt statt Einsperrung in das KL (seine „nationale Einstellung" war nicht anzuzweifeln): er hatte öffentlich behauptet, der Stahlhelm sollte „die heutigen Bonzen aus ihren Ämtern wieder herausholen". Vgl. LASH, Reg. Eutin, C V 4, Verhör von Dr. Genz, 13. 6./10. 7. 1933; ebenda, 355/266, Nr. 22 u. 244; AFL, Nr. 258, 3. 11. 1933; und BDC, OPG-Akte Böhmcker, Bericht vom 29. 1. 1935 (vgl. Anm. 97).

99 Ebenda. Vgl. die ausführliche Darstellung bei Lawrence D. Stokes, Der Fall Stoffregen. Die Absetzung des Eutiner Bürgermeisters im Zuge der NS-Machtergreifung 1928–1937, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 104 (1979), S. 253 bis 286; auch Noakes, S. 229 f., und Schaap, S. 227, 246 f.

100 BDC, OPG-Akte Böhmcker, Bericht vom 29. 1. 1935 (vgl. oben, Anm. 97).

101 Der wegen Mitwisserschaft an der Tötung eines SS-Mannes vorübergehend inhaftierte frühere SPD-Landtagsabgeordnete Karl Broschko erklärte nach dem Krieg, er habe vor seiner Freilassung über RM 600 in monatlichen Raten an einen Eutiner Gastwirt bezahlen müssen, dessen Fenster von Nationalsozialisten(!) zertrümmert worden waren. Vgl. Nachlaß Broschko, Politischer Lebenslauf, 6. 10. 1945 (im Besitz von Adolf Buhrke).

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 1:
Bußgelder, Haftkosten und Kautionen von Einwohnern des Landesteils Lübeck auf das Konto „Schutzhaftkosten" der Landeskasse Eutin eingezahlt, 1933/34[1]

Name, Beruf, Wohnort	Grund der Verhaftung bzw. Verwarnung[2]	Dauer der Haft[2]	Buße (RM)	Haftkosten (RM)	Zuschuß (RM)	Kaution (RM)	Rückzahlungen (RM)
Wisser, Landmann, Brunskoppel	?	?	50	5			
Jäde, Landmann, Offendorf	Pol. Hetze; Mitgl. d. Stahlhelms	20.–21. 6. 1933	2000				
Witt, Landmann, Eutin	Verbreitung verbot. Schriften; Mitgl. d. Tannenbergbundes	29. 6.–6. 7. 1933		8,75			
Rehbehn, Gastwirt, Gronenberg	Pol. Machenschaften	5.–6. 7. 1933		–,60			
Prüter, Buchbinder, Stockelsdorf	KPD-Versammlungen gehalten und Flugblätter verteilt	5.–6. 7. 1933			10		
Genz, Dr., OStR, Eutin	Kritik an Eutiner Regierung (-spräsidenten)		50				
Tautz, Brotfuhrmann, Fissau	KPD-Kampflieder gesungen	15. 7. 1933	20				
Schumann, Bauunternehmer, Nüchel	?	?	100				
Stoffregen, Dr., Bürgermeister a. D., Eutin u. Hamburg	Pol. Tätigkeit, Mitgl. d. DNVP	25. 7.–4. 8. 1933			3000		
Leiboldt, Kassenassistent, Eutin u. Wesselburen	Pol. Führer u. Hetzer; OG-Leiter d. Reichsbanners	22. 8.–Okt. (?) 1933		400 (?)			
Knutzen, Kaufmann, Eutin	?	?				500	500
Ontjes, Hofbesitzer, Haffkrug	Kritik an Eutiner Regierung (-spräsidenten)	?				1000	1000
Pijacki (s.), Melker, Warnsdorf	Pol. Tätigkeit; Beschimpfung d. B. d. M.	20.–26. 9. 1933	50				
Schwien, Brackrade	Pol. Entgleisung	26.–27. 9. 1933	110				
Lange, Verwalter, Hutzfeld	?	?				500	(?)400
Schaefer, Schlachtermeister, Malente	?	?	1000				
Hopp, Timmendorferstrand	Pol. Sache	5.–6. 10. 1933	100				
Wittern, Dr. med., Eutin	Pol. Tätigkeit; Verächtlichmachung d. NSDAP	1. 11. 1933	2500				
Jungclaussen, Fabrikant Ahrensbök	Pol. Sache; Staatsfeindl. Äußerungen	15. 11. 1933 bis Ende Jan. (?) 1934	600	118,35	4000		

[1] Sämtlich entnommen aus: LASH, 260/1704.
[2] Hauptsächlich entnommen aus: LASH, 355/266 u. AFL, 1933/34.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 1 (Forts.):

Name, Beruf, Wohnort	Grund der Verhaftung bzw. Verwarnung[2]	Dauer der Haft[2]	Buße (RM)	Haftkosten (RM)	Zuschuß (RM)	Kaution (RM)	Rückzahlungen (RM)
Broschko, Krankenkassensekretär, Eutin u. Hamburg	Verdacht d. Mitwisserschaft d. Mordes an SS-Mann Radke	17.–27. 11. 1933			(?) 23,97		
Struck, Schlachter, Malente	?	?	50				
Burmeister, Bhf. Gleschendorf	Pol. Reden gegen d. Reichsregierung	30.–31. 12. 1933		3			
Gentzen, Gnissau	?	?	50				
Witt, Bauer, Barkau	?	?	100				(?) 100
Schultz, Eutin	?	?			89		
Steffen, Haffkrug	?	?	45				
Hardt, Bauer, Schwochel	?	?	500				100
Andersen, Bauer, Wöbs	Pol. Tätigkeit; Rauferei	10. 3.–18. 4. 1934			300		
		Insgesamt	7325	135,70/ 535,70	7399/ 7422,97	2000	1600/ 2100

bereicherte, wie andere über „wilde" Konzentrationslager verfügende SA-Führer es taten[102]. Die von einem hartnäckigen Parteigegner (und mehrmaligen Schutzhäftling) Böhmckers, Christian Christians, eingeleitete und von Staatssekretär Grauert im Reichsinnenministerium durchgeführte Untersuchung über das private und dienstliche Verhalten des Regierungspräsidenten[103] stimmte in dieser Hinsicht angeblich mit dem Bericht des oldenburgischen Innenministers vom 29. Januar 1935 überein: die „Ablösungssummen" waren ausschließlich „zur Deckung der Kosten des . . . Konzentrationslagers verwendet worden". Böhmcker behauptete erfolgreich, daß „die Zahlung einer Geldsumme gegenüber der Haft ein geringeres Übel" darstelle, weil sie „erhebliche Nachteile" auch für die Angehörigen der Schutzhäftlinge und (wenn diese Betriebsinhaber waren) für das allgemeine Wirtschaftsleben abwenden könne; außerdem reiche sie im einzelnen Fall „zur Sicherung eines Wohlverhaltens des Schutzhäftlings" aus. Der Regierungspräsident schloß seine Selbstverteidigung mit einem scharfen Angriff auf

Diese Summe erscheint deshalb nicht im Hauptbuch der Landeskasse, wo nur Broschkos geringfügige Haftkosten verzeichnet sind (vgl. Tabelle 1). Ein weiteres Konto („Nationalsozialistische Aufbauarbeit") enthielt ab August 1933 Eintragungen von Geldstrafen bis zu RM 700, die vom Hofbesitzer Ontjes (vgl. Tabelle 1) und acht anderen Personen eingezahlt worden waren – insgesamt mehr als RM 1600. Bis Mai 1934 wurde das Gehalt des ersten Eutiner Gestapo-Chefs, der kein oldenburgischer Beamter war, aus diesem Konto beglichen. Vgl. LASH, 260/1704, S. 383, 418, 423.

102 Vgl. Bracher/Sauer/Schulz, S. 874.

103 Umfangreiche Dokumentation in BDC, OPG-Akte Böhmcker.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seinen Widersacher Christians: er mache sich zum Anwalt der staatsfeindlichen Kreise, die – zu Recht – im Konzentrationslager eingesperrt seien[104].

Böhmckers Stellvertreter in der Leitung des KL-Wesens im Landesteil Lübeck war seit September 1933 der zur Hilfeleistung bei der Regierung beschäftigte preußische Assessor S.[105]. 1906 in Rüstringen/Oldenburg geboren, studierte S. Jura in Kiel, wo er regelmäßig Parteiveranstaltungen besuchte und eine NS-Studentengruppe gründete. Aus beruflichen Erwägungen aber trat er erst im April 1933 in die NSDAP (Mitgliedsnummer: 2 732 725) und die SA ein, nachdem er die große juristische Staatsprüfung bestanden hatte. Zuerst arbeitslos, wurde er im Sommer 1933 Böhmcker vom Fachberater für Kommunalpolitik des Gaues Schleswig-Holstein als Bürgermeisterkandidat für Eutin vorgeschlagen. Dieser Posten mußte aber an einen oldenburgischen Beamten vergeben werden; der Regierungspräsident stellte S. statt dessen als Referent für „Schutzhaftsachen" und die politische Polizei ein[106]. Als Reichsführer SS Heinrich Himmler Ende Januar 1934 zum Kommandeur des schon seit November bestehenden Geheimen Staatspolizeiamtes in Oldenburg ernannt wurde, beauftragte Böhmcker S. mit der Errichtung einer Staatspolizeistelle für seinen Landesteil, die dieser dann ab März 1934 leitete. „Zu ihrer Aufgabe gehört in erster Linie die Bekämpfung und Überwachung aller staatsfeindlichen Bestrebungen"[107].

Die Verantwortung von S. in bezug auf das Konzentrationslager bestand zum Beispiel darin, Verhandlungen mit oldenburgischen und benachbarten Gemeinden über den Arbeitseinsatz der Insassen durchzuführen[108]. Auch entschied er – sicherlich nur im Einvernehmen mit Böhmcker – über die Freilassung von Häftlingen[109]. Zuletzt war es S., der die Auflösung des Lagers überwachte. Als er im Januar 1935 Eutin verließ, um als Gestapobeamter in Preußen seine Karriere fortzusetzen, konnte Böhmcker ihm bescheinigen, als Leiter der Staatspolizeistelle „sämtliche Schutzhaftsachen einwandfrei bearbeitet" zu haben[110].

---

104 Ebenda, Böhmcker an die Oberste SA-Führung, SA-Sondergericht, München, 23. 11. 1934.

105 Falls nicht anders vermerkt, stammen die Angaben über S. aus seiner SS-Offiziers-Akte im BDC.

106 Vgl. LASH, Reg. Eutin, A XV C1; und ebenda, A III 2 b.

107 Vgl. NSAO, 136/2897, Verfügung des oldenburgischen Innenministers Joel über die Errichtung eines Geheimen Staatspolizeiamtes, 4. 11. 1933; LASH, Reg. Eutin, A Va 1, Bekanntmachung über Himmlers Ernennung, 29. 1. 1934; und AFL, Nr. 5 u. 57, 7. 1. u. 9. 3. 1934.

108 Vgl. den schon in Teil II beschriebenen Vertrag zwischen Nüchel/Landesteil Lübeck und Kirchnüchel/Preußen.

109 So schrieb S. am 21. 12. 1933 Frau Käthe Buhrke: „... Ich kann Ihnen nur mitteilen, daß meine Entscheidung heute nicht anders ausfallen kann, wie die vor einigen Tagen getroffene. Die Entlassung Ihres Ehemannes aus der Schutzhaft kommt augenblicklich noch nicht in Frage." Privatunterlagen Buhrkes. Vgl. auch LASH, Reg. Eutin, A Va 27 b, Schutzhaft Akte Otto Abels: „Abel ist heute vorgeführt. Ihm ist mitgeteilt, daß er am 18. X. entlassen wird ..." Handschriftliche Randbemerkung von S., 11. 10. 1933.

110 LASH, Reg. Eutin, A III 2 b, Regierungspräsident Böhmcker an den Minister des Innern, Oldenburg, 3. 1. 1935. Nachdem S. im Juni 1935 von der SA zur SS übergewechselt

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Obwohl Böhmcker und sein Stellvertreter gelegentlich Vernehmungen beiwohnten, in denen Schutzhäftlinge geschlagen wurden, nahmen sie persönlich nicht an Mißhandlungen teil. Ihre Verantwortung aber war es, daß sie den Lagerkommandanten T. im Amt behielten, lange nachdem seine Missetaten bekanntgeworden waren. T., 1895 als Sohn eines Rentners in Goch (Rheinland) geboren[111], besuchte bis zum Ausbruch des Weltkrieges ein Technikum. Nach vier Jahren Militärdienst erlernte er das Zimmermannshandwerk, fuhr zur See und war als Techniker bei einer Baufirma in Hamburg beschäftigt, bis er 1925 nach Eutin übersiedelte. Zwei Jahre leitete er eine kleine Bürsten- und Pinselfabrik; danach folgte fast ein Jahrzehnt, in dem T. entweder erwerbslos und auf Unterstützung angewiesen war oder sich lediglich als Gelegenheitsarbeiter durchschlagen konnte – vom Milchfuhrmann bis zum KL-Kommandanten.

Im Dezember 1929 schloß sich T. der NSDAP (Mitgliedsnummer: 177 428) und gleichzeitig der SA an; 1933 wurde er Sturmführer. Schon während des Krieges war T. wegen Unterschlagung militärischen Eigentums zu mehrmonatiger Haft und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt worden. Jetzt im Dienst der Partei weitete er sein Strafregister schnell aus. T. wurde Eutins bekanntester Nazi-Schläger; z. B. war er Ende November 1930 Rädelsführer bei der öffentlichen Verprügelung des SPD-Landtagsabgeordneten Broschko durch fünf SA-Männer[112]. Zwei Jahre später wurde er ebenfalls wegen Mittäterschaft an dem Bombenanschlag auf den Eutiner Konsumverein im August 1932 festgenommen[113]. In beiden Fällen kam T. aber dank Böhmckers Hilfe glimpflich davon; so schlug der Regierungspräsident die Untersuchung über das Attentat einfach nieder.

Als Böhmker im Juni 1933 einen SA-Führer zur Überwachung der bei Straßenbau und Moorkultivierung eingesetzten Schutzhäftlinge brauchte, wählte er den beschäftigungslosen T., der ja auch Erfahrung als Werkmeister und Bauhandwerker mitbrachte. Der Hilfspolizist T. bekam dafür zuerst wöchentlich RM 21,

---

war (SS-Nr.: 267 231), stieg er rasch empor: Er leitete die Gestapostellen in Aachen, Stettin, Hamburg und Kassel, bis er als Oberregierungsrat und SS-Standartenführer 1943 zum Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Breslau ernannt wurde. Im Sept. 1945 nahm sich S. in Altona das Leben, sicherlich um einem Prozeß zu entgehen: 1941/42 führte er ein Sonderkommando der mit der Erschießung von Juden und kommunistischen Funktionären in der Ukraine beauftragten Einsatzgruppe D, 1944 (inzwischen zum Oberst der Polizei befördert) wurde er Chef der Einsatzgruppe B und Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD beim Höheren SS- und Polizeiführer Rußland-Mitte und Weißruthenien.

111 Vgl. Lübecker Freie Presse, Nr. 57, 17. 5. 1949; auch Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Lübeck, 14 Ks 11/49.

112 Über den daraus entstandenen Prozeß vgl. LASH, 355/1206; auch SHVZ, Nr. 282, 4. 12. 1930.

113 StAE, Nr. 2481, Bürgermeister Dr. Stoffregen an Regierungspräsident Böhmcker, 31. 10. 1932; vgl. auch Anm. 20.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach der Eröffnung des Holstendorfer Lagers ab 1. Oktober RM 33,25[114]. Eine zunehmende Zahl von SA- und SS-Mitgliedern wurde als Wachleute unter seinem Kommando eingestellt. T. wohnte in Eutin und fuhr von dort regelmäßig nach Ahrensbök und zu den sonstigen Arbeitsstellen, um die Tätigkeit der Gefangenen zu beaufsichtigen. Seine größte Aufmerksamkeit aber galt dem „Polizeidienst": Zusammen mit der Ordnungs- und Kriminalpolizei führte er große Razzien gegen angebliche Gegner des Regimes durch[115] und beteiligte sich auch an den Verhören der Festgenommenen. So war es T., der den der Tötung eines Eutiner SS-Angehörigen bei einer Schlägerei im November 1931 verdächtigten Reichsbannermann aufspürte, ein Geständnis brutal aus ihm herauspreßte und nach seiner (vielleicht zu Unrecht erfolgten) Verurteilung zu zehn Jahren Zuchthaus eine Belohnung von RM 500 wegen „etwa sechs Wochen [Arbeit] . . . an der Klärung der Sache" einsteckte[116].

Nicht genug, daß T. die Gefangenen zum eigenen Vorteil mißhandelte, er scheint sich auch an ihnen bereichert zu haben[117]. Die Beschuldigung, T. habe Verpflegungsgeld aus der Lagerkasse unterschlagen, wurde möglicherweise zuerst von dem Rechnungsführer des KL Ahrensbök erhoben. Abschätzungen der verschwundenen Beträge schwanken zwischen 1200 und mehreren tausend Reichsmark. Vielleicht um eine ihm sicher ungelegene Untersuchung seines Konzentrationslagers zu vermeiden, erstattete Böhmker keine Anzeige gegen T. Jedenfalls trugen diese Vorwürfe aber dazu bei, T. 1938 aus Eutin zu verdrängen, nachdem sich sein Beschützer Böhmcker endgültig nach Bremen zurückgezogen hatte[118].

Die umfangreichen Eintragungen im „Schutzhaft"-Konto der Landeskasse erlauben keine endgültige Aufklärung darüber, ob Unterschlagungen im KL begangen bzw. wie viele Gelder entwendet worden waren. Das Hauptbuch verzeichnet folgende Summen als Einzahlungen: 1) RM 700 von der preußischen Gemeinde Kirchnüchel; 2) RM 90 von vier zusätzlichen Personen oder Körperschaften für von Schutzhäftlingen durchgeführte Wegebauarbeiten; 3) RM 11 592 von der Hauptkassenverwaltung in Oldenburg; 4) RM 1710 vom Reich als Rück-

---

114 LASH, 260/1704, S. 60.

115 Vgl. AFL, Nr. 19, 24. 1. 1934.

116 LASH, Reg. Eutin, A Va 1, Aussage von T., 11. 4. 1934; ebenda, 352/463 und 260/1704, S. 500.

117 Vgl. BDC, Parteikorrespondenz [künftig zit.: PK] T., der Kassenleiter der Kreisleitung Eutin der NSDAP an den Gauschatzmeister, Kiel, 2. 12. 1937; auch Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Lübeck, 2 Ks 7/50; und LASH, Reg. Eutin, A XVc 2, Frau M. Marks an den Ministerpräsidenten, Oldenburg, 3. 7. 1936.

118 Vgl. BDC, PK (auch Mitgliedskarte) T. T. ging nach Neustadt i. Holstein; 1941 wurde er aus der NSDAP entlassen. Nach dem Krieg verurteilte ihn das Lübecker Schwurgericht zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit elf Fällen von Körperverletzung und vier Fällen von Aussageerpressung. Lübecker Freie Presse, Nr. 57, 17. 5. 1949.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erstattungen bzw. Zuschüsse für Gefängniskosten[119]; 5) ca. RM 15 000 aus Bußen und sonstigen Zahlungen von Insassen des Lagers – insgesamt also etwa RM 29 100. Demgegenüber müßten die aus demselben Konto beglichenen Rechnungen gesetzt werden; seit dem 8. August 1933 waren RM 29 600 ausgegeben worden, und zwar wie folgt:

Tabelle 2:

Zusammenfassung der Auszahlungen aus dem Konto „Schutzhaftkosten" der Landeskasse Eutin, 1933/34[1]

Posten	Zwecke	Gesamtkosten (RM)
Lagerkommandant T. (Holstendorf u. Ahrensbök), Oberwachtmeister L. (Amtsgerichtsgefängnis Eutin), Gefängniswärter N. (Bad Schwartau) u. L. (Ahrensbök), verschiedene Gastwirte u. Bauunternehmer	Verpflegungskosten	21 723,23
Verschiedene Kaufleute	Bekleidung, Schuhwerk, Bettzeug, Arbeitsgeräte, Sprengstoff, Kohlen usw.	3 536,82
Lagerkommandant T.	Diäten, Auslagen, Tagegelder	1 213,24
Schachtmeister (Holstendorf u. Ahrensbök)	Vergütung (für die technische Leitung des Straßenbaus)	1 136,12
Verschiedene Dienstleistungen	Rasieren, Zahnbehandlung, Entlausung, Schuhreparaturen usw.	582,68
Chemische Fabrik Ahrensbök Dr. C. Christ	Miete, Instandsetzung	576,—
Autovermieter	Fahrten	357,15
Wachleute, Hilfspolizisten	Vergütung, Reisekosten, Tagegelder	246,71
Verschiedene Auslagen	Zeugengebühren, Weihnachtsgelder, Aktentasche usw.	216,43
Gendarmeriebeamte	Diäten, Reisekosten, Auslagen, Tagegelder	23,27
	Insgesamt	29 611,65

Kaum mehr als RM 500 sind deshalb nicht belegbar. Wie Tabelle 2 aber zeigt, gingen 73 % der Kosten des KL für Verpflegung der Häftlinge hin, davon fast

[1] Sämtlich entnommen aus: LASH, 260/1704.

[119] LASH, 260/1704, S. 485, 537. Über die Finanzierung des frühen KL vgl. ebenda, Reg. Eutin, A Va 21, Verfügung des Staatsministeriums, Oldenburg, an alle Gefangenenanstalten des Freistaats, 8. 7. 1933; auch Timpke, Gleichschaltung des Landes Hamburg, S. 229, 239–244.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Hälfte (RM 10 446) direkt an den Kommandanten T., dem der Regierungspräsident Böhmcker (wie der Kassenleiter bei der Kreisleitung der NSDAP in Eutin dem Gauschatzmeister Schleswig-Holsteins im Dezember 1937 berichtete) „angeblich nicht die nötigen Anweisungen über Belege usw." erteilt hatte[120]. Dabei stand T. mindestens die Möglichkeit offen, Veruntreuung in beträchtlichem Ausmaß zu begehen.

Ob das KL dem Kommandanten rechtswidrig zum Nutzen war oder nicht, jedenfalls profitierte die SA davon. Im Landesteil Lübeck, wie anderswo, beseitigte die NS-Machtergreifung keineswegs sofort die Erwerbslosigkeit; selbst altgediente SA-Männer fanden nur schwer Arbeit, besonders die ungelernten Arbeiter oder die Angehörigen überlaufener Berufe[121]. Das Konzentrationslager eröffnete die Möglichkeit, einigen von ihnen wenigstens einen kargen Lohn zukommen zu lassen: als Hilfspolizisten und Aufseher[122]. Zwischen Juni 1933 und Mai 1934 bekamen 25 SA- und SS-Angehörige auf diese Art und Weise Beschäftigung[123].

Tabelle 3:
Zusammensetzung der Hilfspolizei im Landesteil Lübeck, 1933/34[1]

Nr.	Name	Beruf[2]	Geburtsdatum u. -ort[2]	NSDAP[2] Eintritt	NSDAP[2] Nr.	Dienstbezeichnung u. Rang[3]	Dienstzeit	Entgelt (RM)
1	Herbert B.	Fischer, Hauswart, Bote	1904 in Hamburg	1. 3. 32	984222	Stellv. Lagerkommandant; SA-Truppführer	8. 10. 33–7. 3. 34	604,50
2	Siegfried B.	Ingenieur (Chemotechn.)	1893 in Stralsund	1. 2. 32	957510	Rechnungsführer; SA-Scharführer	2. 10. –18. 11. 33 18. 12. 33–31. 3. 34	456,—
3	Paul C.	Versorgungsanwärter	1904 in Ahrensbök	1. 5. 33	2701557	Wachmann; SA-Mann	19. 9. 33–28. 4. 34	663,—
4	L.					Wachmann	6. 3.–12. 5. 34	204,—
5	Hans P.	Gärtner	1904 in Kiel	1. 12. 31	777078	Wachmann; SS-Mann	10. 10. 33–25. 2. 34	417,—
6	R.					Wachmann	19. 11. 33–3. 3. 34 11.–31. 3. 34	381,—

[120] Vgl. Anm. 117.

[121] Vgl. Kater, S. 809 ff.

[122] Vgl. Bracher/Sauer/Schulz, S. 874, über dieselben Erwägungen in bezug auf das SA-Lagerpersonal im KL Oranienburg. Die SS zeigte zu dieser frühen Zeit auch Interesse daran, ihre beschäftigungslosen Mitglieder als Wachleute unterzubringen; vgl. Aronson, S. 105 f (KL Dachau), und Timpke, Gleichschaltung des Landes Hamburg, S. 245 ff. (KL Fuhlsbüttel und Börgermoor).

[123] Vgl. LASH, 260/1704 u. 260/1705, Hauptbücher der Landeskasse 1933/34 u. 1934/35, Konto „Polizeikosten . . .". Schon bei der Aufstellung einer Hilfspolizei im Sommer 1932 bestimmte das Oldenburger Staatsministerium, daß deren Unterhaltung unter diesem Titel des Landeshaushalts zu bestreiten sei. NSAO, 136/18630.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 3 (Forts.):
Zusammensetzung der Hilfspolizei im Landesteil Lübeck, 1933/34[1]

Nr.	Name	Beruf[2]	Geburtsdatum u. -ort[2]	NSDAP[2] Eintritt	NSDAP[2] Nr.	Dienstbezeichnung u. Rang[3]	Dienstzeit	Entgelt (RM)
7	Werner R.	Soldat, Schlosser	1903 in Hamburg	1. 3. 33	1502784	Wachmann; SA-Mann	5. 11. 33–17. 4. 34	492,—
8	Herbert S.[4]	Eleve, Koch	1913 in Timmendorferstr.	1. 8. 32	1246150	Wachmann	ca. 14. 1.–10. 3. 34 11. 3.–12. 5. 34	245,—
9	Heinrich S.[4]	Maurer	1912 in Eutin	1. 12. 31	799643	Wachmann; SA-Mann	1. 8. 33–5. 5. 34	895,25
10	Theodor T.	Zimmermann, Werkmstr.	1895 in Goch i. Rh.	1. 12. 29	177428	Lagerkommandant; SA-Sturmführer	18. 6. 33–23. 5. 34	1429,50
11	Walter T.	Arbeiter	1906 in Neustadt/Holst.	1. 2. 29	113416	Wachmann; SA-Rottenführer	(14.) 6. 33–17. 4. 34	927,—
12	Paul H.	Kaufmann	1913 in Eutin	1. 2. 32	957512	Wachmann	2. 10. 33–20. 5. 34	698,75
13	Wilhelm K.		1892 in Saage	1. 1. 31	413683		19. 6. –4. 11. 33	417,—
14	Willy B.[4]	Arbeiter	1894 in Eutin	1. 1. 29	110207		30. 8. –6. 9. 33	24,—
15	Karl D.[4]	Kaufmann	1906 in Eutin	1. 11. 28	104326		17. 4.–12. 5. 34	78,—
16	Ernst E.	Stellmacher	1892 in Eutin	1. 5. 33	3547997		29. 8.–7. 9. 33 30. 9. 33	33,—
17	Wilhelm G.	Schlachter	1884 in Eutin	1. 11. 30	367663		12.–22. 7. 33	33,—
18	J.						3.–9. 10. 33	21,—
19	Ernst K.[4]	Kaufmann	1904 in Eutin	1. 7. 31	584645		bis 19. 6. 33 30. 9.–11. 10. 33	54,—
20	Hugo K.[4]	Bote	1904 in Röbel	1. 10. 29	158325		17. 4.–5. 5. 34	57,—
21	Conrad K.[4]	Musiker, Kraftfahrer	1897 in Flötenau	1. 11. 31	413242		26.–31. 7. 33	15,—
22	Gustav R.	Fischer	1909 in Röbel	1. 9. 30	304412		17. 4.–20. 5. 33	107,75
23	S.						30. 9.–11. 10. 33	36,—
24	Rudolf T.	Arbeiter	1903 in Neustadt/Holst.	1. 12. 29	113417		8. 7. 33	3,—
25	W.						1.–11. 10. 33	33,—

[1] Sämtlich entnommen aus: LASH, 260/1704–1705, Konto „Polizeikosten . . .".
[2] Sämtlich entnommen aus: BDC, Zentralkartei.
[3] Sämtlich entnommen aus: Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Lübeck, 4a KLs 8/48, 14 Ks 11/49, 2 Ks 7/50.
[4] Nicht einwandfrei zu identifizieren.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 3 zeigt sowohl ihre berufs- und altersmäßige Zusammensetzung als auch ihre Parteimitgliedschaft und ihren SA- oder SS-Rang, soweit diese feststellbar sind.

Nr. 1 bis 11 dienten über längere Zeitspannen im Eutiner oder Ahrensböker Lager oder in beiden. Zwei weitere (Nr. 12 und 13) wurden offensichtlich als Hilfspolizisten in den Gefängnissen in Eutin und Bad Schwartau mit besonderer Verantwortung für politische Häftlinge betraut; der eine aber war auch kurze Zeit Wachmann im KL Ahrensbök. Die übrigen zwölf bewachten vermutlich nur vorübergehend Schutzhäftlinge oder machten bei Razzien mit. Insgesamt bekamen sie für ihre Dienstleistungen über RM 8300.

Bis auf drei gehörten alle aufgeführten und identifizierbaren Hilfspolizisten schon vor dem 30. Januar 1933 der NSDAP an – sie waren also hauptsächlich „alte Kämpfer". Ihr Durchschnittsalter an jenem Tag betrug 31 Jahre; nur drei waren jünger als 24. Eine gewisse Reife wurde wohl verlangt. Die Mißhandlung der Häftlinge war deshalb um so verwerflicher, weil sie nicht aus jugendlicher Disziplinlosigkeit herrührte, sondern ganz bewußt eine Terrorisierung der Gefangenen bezweckte. Die überwiegende Mehrheit der Hilfspolizisten stammte entweder aus Eutin und Umgebung oder war dort seit mehreren Jahren ansässig; ein ehemaliger Häftling erinnert sich an das vertraute „Duzen" zwischen vielen seiner Mitgefangenen und deren Bewachern – sie kannten sich oft lebenslang[124]. Auch diese Tatsache rückt die Behandlung der Lagerinsassen in ein besonderes Licht. Es hatte im Landesteil Lübeck sehr scharfe politische Kämpfe gegeben, und jetzt waren sicherlich manche Rechnungen zu begleichen. Diese Aufgabe erledigten hauptsächlich Arbeiter (einschließlich Kommandant T.), diejenige Gesellschaftsgruppe, zu der sowohl die meisten Hilfspolizisten als auch die meisten Gefangenen gehörten. Unter den eigentlichen Wachleuten (Nr. 1 bis 13) wurden nur die zwei mit „bürgerlichen" Berufen – der Lagerrechnungsführer (ein Chemotechniker) und ein junger Kaufmann – nach 1945 als anständig in ihrem Verhalten den Häftlingen gegenüber hervorgehoben.

Nur sehr unvollständige Informationen sind über die früheren Beschäftigungsverhältnisse der Hilfspolizisten vorhanden. Sie deuten aber, wie im Falle des Kommandanten, auf lange Arbeitslosigkeit oder bestenfalls eine Reihe von Gelegenheitsarbeiten hin. So verbrachte z. B. der stellvertretende Lagerkommandant nach 1918 eineinhalb bzw. drei Jahre in der Landwirtschaft und der Binnenfischerei, die darauffolgenden fünf Jahre als Hauswart und Bote; für die Zeit zwischen 1928 und Oktober 1933 enthielt seine SA-Offiziersakte im BDC keine Angaben über irgendwelche Erwerbstätigkeit. Der Sieg des Nationalsozialismus brachte dem KL-Personal nur RM 3 täglich und (vielleicht) etwas Weihnachtsgeld ein[125].

---

[124] Interview mit Adolf Buhrke, 14. 1. 1975.

[125] Am 22. 12. 1933 bezog der Lagerkommandant RM 160 als Weihnachtsgeld; unbekannt bleibt, ob er dieses unter seiner Wachmannschaft verteilte. Vgl. LASH, 260/1704, S. 486.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Trotzdem verhalf die Verfolgung und Einsperrung politischer Gegner der NS-Führung dazu, eines ihrer dringendsten Probleme vorläufig loszuwerden, nämlich mehrere tausend verbitterte SA-Männer wenigstens halbwegs zu beschäftigen. Dabei allerdings schuf sie oft gleichzeitig ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten, indem vor allem einflußreiche Vertreter der „Reaktion" wahllos oder wegen Bagatellsachen festgenommen und ins KL gesteckt wurden[126]. Dieser Zustand änderte sich erst, als die „wilden" Konzentrationslager endgültig durch die „rationalisierte" Struktur des SS-Staates mit seiner systematischen Ausbeutung der Arbeitskraft der Insassen abgelöst wurden.

IV. Die Häftlinge

Wer waren die Schutzhäftlinge? Sie vollständig zu erfassen, ist kaum mehr möglich, weil die Lagerakten fast gänzlich fehlen. Erhalten geblieben sind lediglich fünf Quellen, die dokumentieren, wer im Landesteil Lübeck zwischen Januar 1933 und Mai 1934 wegen „politischer" Delikte festgenommen wurde. Die mit Abstand wichtigste Quelle stellen die schon zitierten Verzeichnisse der Gefangenen dar, die während jenes Zeitraumes im Eutiner Amtsgerichtsgefängnis saßen[127]. Eine sorgfältige Überprüfung der Namen, Berufe, Haftzeit und -gründe aller in diesen Registern Aufgenommenen ergibt 259 „politische" Häftlinge, davon 27, die zweimal, und drei, die noch öfter ins Gefängnis kamen – insgesamt 293 Festnahmen. Als Ergänzung dazu dienen die Unterlagen der städtischen Polizei in Eutin, insbesondere ein Verzeichnis über „Polizeihaft", das zwölf zusätzliche „politische" Fälle enthält[128]. Der „Anzeiger für das Fürstentum Lübeck", in dem die Regierung regelmäßig ihre polizeilichen Aktionen publizierte, steuerte weitere 19, meist nicht namentlich genannte Personen bei. Fünf Schutzhäftlinge werden erst in den Nachkriegsprozessen gegen den Lagerkommandanten und seine Wachleute erwähnt. Schließlich erscheinen 16 Namen in der im Niedersächsischen Staatsarchiv Oldenburg erhaltenen Akte der Bad Schwartauer Ordnungspolizei betreffend „Schutzhäftlinge [und] Ausweisung lästiger Ausländer". Mindestens 311 Einwohner des Landesteils und dessen näherer Umgebung waren also bis zur Auflösung des Ahrensböker Konzentrationslagers aus verschiedenen „politischen"

---

126 Böhmckers wohlhabendster Schutzhäftling (und wahrscheinlich der einzige größere Arbeitgeber), der Ahrensböker Fabrikant Jungclaussen, wurde auf Drängen seiner Kundschaft freigelassen. Vgl. dazu die Warnung Hitlers vom 31. 5. 1933 über die Konsequenzen solcher Störungen der NS-Aufbauarbeit (es „entsteht bei den Führern der Wirtschaft ein Gefühl der Vogelfreiheit"), veröffentlicht im AFL, Nr. 167, 20. 7. 1933.

127 LASH, 355/265–266 (vgl. Anm. 34, 60). Diese Bände dürften vollständig sein: Der gewissenhafte Hauptwachtmeister L. bekam von der Regierung die Verpflegungskosten auf Grund seiner Eintragungen zurückerstattet.

128 StAE, Nr. 1752, handgeschriebenes Heft „Polizeihaft".

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gründen von den NS-Machthabern ein- oder mehrmals in Haft genommen worden[129].

Die tatsächliche Zahl lag vermutlich etwas höher. Die Ordnungspolizei berichtete am 15. 1. 1934: „Von dem Beamten der Revierabteilung wurden im Jahre 1933 ... 158 Personen wegen staatsfeindlicher Betätigung in Schutzhaft genommen"[130]. Die meisten dieser Häftlinge wurden im Laufe der Zeit in das Eutiner Gefängnis überwiesen und sind deshalb in dessen Verzeichnis aufgenommen worden. Es scheint aber auch sicher, daß vor allem ab Herbst 1933 einige (wie viele, läßt sich nicht sagen) zuerst in der kleineren Schwartauer Anstalt saßen, danach direkt in das KL Holstendorf oder Ahrensbök kamen und zuletzt freigelassen wurden, ohne überhaupt in Eutin gewesen zu sein[131]. Die nachfolgende Untersuchung der Schutzhäftlinge kann sich aber nur auf die namentlich verzeichneten stützen, die wahrscheinlich die überwiegende Mehrzahl der Gefangenen bildeten.

Noch schwieriger ist es, die Zahl der Insassen eines KL auszurechnen, die dort zu bestimmten Zeiten untergebracht waren. So sprach Böhmcker in seinen Bestimmungen vom 17. Juni 1933 über den Arbeitseinsatz der Schutzhäftlinge im Lindenbruch von 10 bis 20 Gefangenen; letztere Zahl wurde in einem darauffolgenden Bericht des Regierungspresseamtes der Öffentlichkeit bekanntgegeben[132]. Ende September, am Vorabend der Eröffnung des Lagers in Holstendorf, schrieb die Eutiner Zeitung, daß sich 43 Personen „in Schutzhaft" befänden[133]. Nach 1945 meinten ehemalige Aufseher und Gefangene sich zu erinnern, daß es durchschnittlich zwischen 25–35 (Gerichtsgefängnis Eutin) und 50–70 (KL Holstendorf/Ahrensbök) „politische" Inhaftierte gegeben hatte[134]. Andererseits be-

---

129 Mindestens zwei Häftlinge scheinen von der preußischen Polizei auf ihrem Staatsgebiet festgenommen und zum nächstliegenden KL – also Eutin – überführt worden zu sein. Vgl. AFL, Nr. 168 u. 187, 21. 7. u. 12. 8. 1933 (Berichte aus Neustadt i. Holstein bzw. der Insel Fehmarn).

130 LASH, Reg. Eutin, A Va 31, Tätigkeitsbericht der Revierabteilung Schwartau 1933.

131 Vgl. Anm. 54. Laut einer Mitteilung des Direktors Dr. Prange, Schleswig, an den Verfasser sind Gefangenenverzeichnisse des Amtsgerichtsgefängnisses Bad Schwartau für die Zeit nach 1931 im Landesarchiv nicht vorhanden.

132 AFL, Nr. 152, 2. 7. 1933.

133 Ebenda, Nr. 222, 22. 9. 1933. Ob diese 43 Schutzhäftlinge unter den 170 aus dem Freistaat Oldenburg waren, die das Reichsinnenministerum in einem Rundschreiben vom 11. 9. 1933 aufführte, ist nicht feststellbar. Vgl. aber Bracher/Sauer/Schulz, a. a. O., S. 543: „Es ist allerdings zweifelhaft, ob diese Aufstellung auch die ... [‚wilden'] Haftstätten der SA berücksichtigt, die zu diesem Zeitpunkt, wenn auch in geringer Zahl, hier und da noch bestanden."

134 Einen gewissen Aufschluß über den Anstieg der Belegschaft geben die in den Hauptbüchern der Landeskasse verzeichneten Zahlungen für Verpflegungskosten an den Lagerkommandanten: 28. 10. 1933 – RM 790; 1. 12. 1933 – RM 1659; 2. 2. 1934 – RM 1603; 15. 2. 1934 – RM 1365; 6. 3. 1934 – RM 1671; 25. 4. 1934 – RM 1851; 17. 5. 1934 – RM 977. Vgl. LASH, 260/1704, S. 484, 486 ff., 538. Leider aber ist der genaue Tages-

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stätigte der Regierungspräsident selbst die Behauptung seines Widersachers Christians, „daß vielleicht 3–400 Personen durch das Konzentrationslager des Landesteils gegangen sind"[135]. Diese Zahl entspricht grob derjenigen der bereits errechneten „politischen" Festnahmen, so daß letztere wohl der Gesamtbelegschaft gleichgestellt werden dürfen.

Einen Überblick sowohl über die zahlenmäßige Entwicklung der Inhaftierungen (nicht aber der Entlassungen, die nur unregelmäßig auszumachen sind) als auch über die politische und berufliche Zusammensetzung der Festgenommenen, soweit beides auffindbar ist, zeigen die Tabellen 4 und 5[136]. Demnach waren die Neueingänge im KL zwischen März 1933 und Januar 1934 ziemlich gleichmäßig verteilt, allerdings (wie zu erläutern sein wird) mit deutlichen Höhepunkten im März, Mai, Juli, September und Dezember 1933. Die Sommermonate von Mai bis Ende September, als die Außenbeschäftigung der Schutzhäftlinge am produktivsten war, brachten 50 % der Festnahmen. Das Überwiegen kommunistischer und sozialdemokratischer Gefangener erklärt, daß drei Viertel entweder Arbeiter oder Handwerker waren gegenüber etwa 15 % „bürgerlichen". Fünf der Inhaftierten waren Frauen, die nur vorübergehend festgehalten wurden.

In 297 Fällen (86 %) sind auch die Gründe der Inhaftierungen angegeben, überwiegend vom Gefängnishauptwachtmeister L. Mehr als 40 % davon fallen recht nichtssagend aus: „politisch", „politisch hervorgetreten", „politische Aktion/Dienst/Entgleisung/Machenschaften/Sache/Tätigkeit/Umtriebe", „Äußerungen/

satz nicht bekannt, eine Lücke, die ebenfalls den Aussagewert der im Amtsgerichtsgefängnis Eutin für Gefangene errechneten „Verpflegungstage" vermindert:

	ohne Schutzhaft	mit Schutzhaft
1933		
April	210	750
Mai	252	622
Juni	415	668
Juli	338	1052
August	325	1179
September	329	1437
Oktober	464	591
November	456	697
Dezember	399	1067
1934		
Januar	349	1030
Februar	298	433
März	379	919

NSAO, 133/592, Bericht des Vorstehers der Gefangenen-Anstalt O 4 [Eutin] an den Minister der Justiz, Oldenburg, 14. 8. 1934; mit geringfügigen Abweichungen auch LASH, Reg. Eutin, A Va 12, Bericht der Geheimen Staatspolizeistelle, Eutin, an den Präsidenten des Strafvollzugsamts, Hamburg, 3. 4. 1934.

135 BDC, OPG-Akte Böhmcker, der Gruppenführer an die Oberste SA-Führung, SA-Sondergericht, München, 23. 11. 1934.

136 Die jüdische Bevölkerung im Landesteil Lübeck war verschwindend klein und spielte keine politische Rolle vor 1933; sie blieb während der „nationalen Revolution" unbehelligt.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 4:
Politische Inhaftierungen im Landesteil Lübeck, 1933/34[1]

Monat der Festnahme	KPD		SPD/RB		Gewerkschaftler		DNVP/Stahlhelm		NSDAP/SA/SS		Tannenbergbund		Ernste Bibelforscher		Landstreicher/„Asoziale"		Amtsmißbrauch		Ohne Angaben		Insgesamt	%
	Freq.	%	Freq.	%	Freq.	%	Freq.	%	Freq.	%	Freq.	%	Freq.	%	Freq.	%	Freq.	%	Freq.	%		
2. 1933	6	100																			6	1,7
3. 1933	24	68,6	7	20,0															4	11,4	35	10,1
4. 1933	4	23,5	8	47,0															5	29,4	17	4,9
5. 1933	24	77,4	1	3,2	1	3,2													5	16,1	31	9,0
6. 1933	12	57,1	1	4,8			1	4,8			1	4,8							6	28,6	21	6,1
7. 1933	12	28,6	6	14,3			5	11,9	1	2,4			2	4,8	1	2,4			15	35,7	42	12,2
8. 1933	7	25,0	11	39,3													1	3,6	9	32,1	28	8,1
9. 1933	12	25,5	2	4,3					1	2,1					15	31,9			17	36,1	47	13,6
10. 1933	3	12,0			2	8,0			3	12,0							1	4,0	16	64,0	25	7,2
11. 1933	2	8,3	2	8,3															20	83,3	24	7,0
12. 1933	17	50,0	6	17,6															11	32,4	34	9,9
1. 1934	17	73,9	2	8,7											1	4,3			3	13,0	23	6,7
2. 1934	1	10,0													1	10,0			8	80,0	10	2,9
3. 1934																			1	100	1	0,2
4. 1934																			1	100	1	0,2
Insgesamt	141	40,9	46	13,3	3	0,9	6	1,7	5	1,4	1	0,3	2	0,6	18	5,2	2	0,6	121	35,1	345	100

[1] Parteizugehörigkeit vor dem 30. 1. 1933 bzw. am Tage der Festnahme.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 5:
Die berufsmäßige Zusammensetzung der Inhaftierten im Landesteil Lübeck, 1933/34

Berufskategorie[1]	Frequenz	Prozent
Freie Berufstätige, leitende Angestellte und Beamte	5	1,60
Landwirte	8	2,57
Kaufleute, Händler, Unternehmer	16	5,14
Handwerker	67	21,54
Angestellte	13	4,18
Beamte, Lehrer	6	1,92
Arbeiter	164	52,73
Hausangestellte	2	0,64
Studenten	1	0,32
Rentner	1	0,32
Ehefrauen	3	0,96
Ohne Berufsangaben	25	8,03
Insgesamt	311	100

[1] Angelehnt an die Berufszählung vom 16. 6. 1933.

Redensarten", „Agitation/Hetze", „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" usw. Die übrigen aber sind präziser aufgeführt. 34 Personen (11,4 %) wurden festgenommen, weil sie „Funktionäre" waren (vier weitere wurden als „Fanatiker" bezeichnet); 23 bzw. 19 (zusammen 14 %) entweder wegen der Herstellung und Verbreitung von Flugblättern und anderen verbotenen Schriften oder wegen illegalen Besitzes von Waffen, Munition oder Sprengstoff; 27 (9 %) hatten in Wort oder Tat die Reichsregierung, die NSDAP und ihre Hauptrepräsentanten (Hitler, Göring, Goebbels) angegriffen oder verächtlich gemacht (einer rief: „Alle, die für Adolf Hitler sind, sind auch für den nächsten Krieg!"), während 16 Einwohner des Landesteils die Regierung in Eutin, ihren Präsidenten Böhmcker oder seine SA beleidigt, mißachtet oder kritisiert hatten. Auch das Singen verbotener Lieder war Grund genug, um sechs Männer ins Konzentrationslager zu bringen. Zwei weitere, einschließlich Fabrikant Jungclaussen, wurden inhaftiert, weil sie während der Reichstagswahl im November 1933 NS-feindliche Bemerkungen gemacht hatten, ein Landesbeamter wegen „Amtsanmaßung" (er wollte in einem Eutiner Lokal SA-Angehörige verhaften, nachdem sie sich ungebührlich benommen hatten)[137] und ein Melker, weil er seiner Schwester abgeraten hatte, in den Bund deutscher Mädel einzutreten, wo „die schlimmsten Herumtreiberinnen" seien und man sich „keinen guten Ruf" holen könne[138].

[137] StAE, Nr. 1752, „Polizeihaft", Nr. 159; auch AFL, Nr. 193, 19. 8. 1933; und LASH, 355/265, Nr. 613.

[138] Ebenda, 355/266, Nr. 178; NSAO, aus nicht verzeichneten Beständen, Böhmcker an die Revierabteilung der Ordnungspolizei, Bad Schwartau, 10. 9. 1933.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

a) KPD

Kommunisten stellten 41 %, vielleicht sogar die Mehrheit der Inhaftierungen[139]. Die Verhaftungen wurden hauptsächlich in drei Schüben durchgeführt: mindestens 30 von 41 der im Februar und März 1933 (73 %), rund 70 % der im Mai–Juni und wiederum 34 oder 60 % der am Ende des Jahres und im Januar 1934 Festgenommenen gehörten der KPD an. So gut wie alle waren Arbeiter oder Handwerker.

Schon Mitte Januar 1933 forderte Minister-Präsident Röver die Regierung in Eutin auf, einen eingehenden und geheimen Bericht über die Organisation der KPD im Landesteil Lübeck („auch unter Angabe der Namen usw. der Funktionäre") vorzubereiten. Am 1. Februar ging die Information nach Oldenburg. Es sollte schätzungsweise über 600 Parteimitglieder in sieben Ortsgruppen geben, davon ca. 200 in und um Eutin unter der Leitung von Arbeiter August Salhof und Maschinenbauer Friedrich Hamer und 300–320 in den an Lübeck angrenzenden Gemeinden von Stockelsdorf, Bad Schwartau und Rensefeld. Etwa 100 waren gleichzeitig dem „Antifaschistischen Kampfbund" angeschlossen. Zusammenkünfte fanden fast nur in den Privatwohnungen der Führer statt[140]. Der Zweck dieser Nachforschung wurde sofort offenbar: an demselben Tag übernahm Oldenburg das vom Reichsinnenminister als „Kommissar des Reiches" verfügte Verbot aller Versammlungen der KPD und ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen unter freiem Himmel. Sonstige öffentliche und geschlossene Veranstaltungen der Partei waren polizeilich zu überwachen und Durchsuchungen bei KPD-Leitungsstellen und verdächtigen Funktionären vorzubereiten. Dabei sollten hochverräterische Druckerzeugnisse, ebenfalls alle Waffen, „wenn auch an sich erlaubtes Sportgerät", sichergestellt werden[141].

Der vorgesehene Schlag fiel am 8. und 9. Februar, als die Polizei eine Großaktion über den ganzen Landesteil gegen bekannte Kommunistenführer einleitete. Die Wohnungen von Hamer, Salhof und anderen wurden kontrolliert, letzterer zusammen mit vier Funktionären aus Stockelsdorf-Rensefeld festgenommen und mehrere Gewehre, Patronen, ein Vervielfältigungsapparat, Flugblätter und verschiedenes Büroinventar beschlagnahmt. Obwohl die Inhaftierten wegen des für die Nationalsozialisten immer noch unzulänglichen Rechtszustandes innerhalb kurzer Zeit freigelassen werden mußten[142], zählten vier zu den späteren KL-

---

139 Weil keine vollständigen Mitgliedslisten der KPD (oder anderer Parteien) erhalten sind, ist es oft nicht möglich, die in Gefängnisverzeichnissen, Zeitungen oder anderen Unterlagen angegebenen politischen Standorte der Betroffenen zu überprüfen. Andererseits aber sympathisierten sicher viele, deren Parteizugehörigkeit nicht zu ermitteln war, mit dem Kommunismus.

140 Vgl. NSAO, 136/2861. Von den 28 in dem Bericht namentlich erwähnten Ortsgruppen-, Propaganda- und Antifaschistischen-Kampfbundleitern wanderten 23 schließlich in Böhmckers KL.

141 Vgl. LASH, Reg. Eutin, A Va 26.

142 Vgl. Anm. 34; auch AFL, Nr. 35 u. 36, 10. u. 11. 2. 1933; LVB, Nr. 36, 11. 2. 1933; und

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Insassen. (Den Buchbinder Fritz Prüter verfolgte Böhmcker bis nach Berlin; dort sollte er in ein preußisches Konzentrationslager eingewiesen werden und – auf Kosten der Eutiner Regierung – Anfang Juli zurücktransportiert werden[143].) Überhaupt beweisen die wiederholten Festnahmen kommunistischer Funktionäre, daß diese auch im Landesteil Lübeck dem sinnlosen Befehl der Parteileitung gehorchten, das NS-Regime trotz brutalster Unterdrückung unerbittlich zu bekämpfen[144].

Mit der Verkündung der „Reichstagsbrandverordnung" am 28. Februar wurde die KPD im ganzen Freistaat Oldenburg *de facto* verboten und ihre Mitgliederschaft für vogelfrei erklärt. So verfügte Innenminister Pauly, daß bis auf weiteres alle kommunistischen periodischen Druckschriften, Plakate und Flugblätter einzuziehen sowie alle Versammlungen und Umzüge zu verbieten seien. In Anlehnung an den von Göring für Preußen schon erlassenen „Schießbefehl" wies Pauly die oldenburgische Polizei an, „dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln" zu begegnen. „Gegen kommunistische Terrorakte und Überfälle ist mit aller Strenge vorzugehen und, wenn nötig, rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen. Polizeibeamte, die in Ausübung dieser Pflichten von der Schußwaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schußwaffengebrauchs gedeckt; wer hingegen in falscher Rücksichtnahme versagt, hat dienstrechtliche Folgen zu gewärtigen." Die gleichzeitig aufgestellte Hilfspolizei sollte herangezogen werden, um „überraschende gründliche Durchsuchungsaktionen bei allen kommunistischen Funktionären", die Angriffe auf Angehörige „nationaler Verbände" planten, auszuführen[145]. Nachdem Ortsgruppenleiter Salhof gleich am 28. Februar wieder festgenommen worden war[146], überfielen 14 Hilfspolizisten am Vorabend der Reichstagswahl eine in Fissau versammelte Kommunistengruppe auf Grund einer aus Preußen stammenden Warnung vor einem bevorstehenden bewaffneten Aufstand der KPD. Auf dem Rückweg nach Eutin erhielten die hinten in einem Lastwagen auf dem Bauch

---

StAE, Nr. 1674, u. LASH, Reg. Eutin, A Va 26, Berichte der Eutiner Polizei über die Aktion am 9. 2. 1933.

143 Ebenda, der Regierungspräsident in Eutin an den Polizeipräsidenten, Potsdam, 25. 4. 1933 („Eine Freilassung von Prüter kommt unter keinen Umständen in Frage"); ebenda, A Va 32.1, Böhmcker an das Ministerium des Innern, Oldenburg, 12 5. 1933; ebenda, 355/266, Nr. 42; ebenda, 260/1704, S. 58 („3. August 1933: Polizeikasse Potsdam – Haftkosten für Prüter: RM 108,21"); und AFL, Nr. 75, 29. 3. 1933.

144 Vgl. Duhnke. S. 101 ff., 108; und Siegfried Bahne, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Erich Matthias und Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 691 f., 699 ff., 709 f.

145 Die betreffenden Verfügungen, Telegramme und Funksprüche sind in LASH, Reg. Eutin, A Va 1, A Va 3i u. A Va 26 enthalten. Vgl. auch Schaap, S. 252, und Bracher/Sauer/Schulz, S. 72.

146 LASH, 355/265, Nr. 495. Lediglich weil er kommunistischer Funktionär war, mußte Salhof bis Mitte Mai in Schutzhaft bleiben.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

liegenden acht Häftlinge schwere Schläge mit den Gewehrkolben der SA-Männer. Weil bei der Aktion Pistolen und Munition entdeckt worden waren, mußten drei der Inhaftierten nach einem Prozeß bis zu zwölf Monate im Landesgefängnis Vechta/Oldenburg verbringen; die anderen wurden vor Ende April wieder auf freien Fuß gesetzt[147].

Im März befahl Regierungspräsident Böhmcker, daß sämtliche KPD-Funktionäre, „die als Hetzer und Aufwiegler" bekannt waren, in Schutzhaft zu nehmen seien; bis auf sieben konnten sie innerhalb einiger Wochen „nach eingehender Verwarnung" wieder freigelassen werden[148]. Wiederholte Durchsuchungen der Polizei und SA im ganzen Landesteil nach Waffen, Mitgliedslisten und Druckschriften, die in Wohnungen, Lagerräumen oder Postfächern verborgen lagen, führten aber zu der Festnahme weiterer Kommunisten, obwohl tatsächlich nur eine Schreib- und eine Vervielfältigungsmaschine gefunden wurden[149]. Andere wurden wegen Agitation in einem FAD-Lager, heimlicher Treffen oder Flugblattverteilung, einer, weil er „Rot Front!" an seine Hauswand gemalt hatte, inhaftiert[150].

Das Staatsministerium in Oldenburg, offensichtlich besorgt wegen der steigenden Kosten für Dutzende von Schutzhäftlingen, die mehrere Monate hindurch festgehalten wurden, schlug Ende Mai vor, im Hinblick auf die „seit einiger Zeit eingetretene allgemeine Entspannung der Lage und die Möglichkeit, staatsfeindliche Umtriebe jederzeit im Keime ersticken zu können", diejenigen Kommunisten zu entlassen oder zu beurlauben, die zu den „Verführten" zählten oder die „durch die bisherige Haft anderen Sinnes geworden sind oder wenigstens die Zwecklosigkeit der Weiterverfolgung ihrer bisherigen Ziele eingesehen haben". Sie sollten weiterhin von der Polizei überwacht und wieder festgenommen und in ein Konzentrationslager gesteckt werden, „sobald sie sich erneut in staatsfeindlichem Sinne betätigen". Unter diesen Voraussetzungen setzte Böhmcker einige KPD-Anhänger frei; trotzdem mußten sie fast alle (einschließlich der Invaliden unter ihnen) zuerst im Lindenbruch oder bei sonstigen Projekten arbeiten[151]. Die

---

147 Vgl. StAE, Nr. 2486, Bericht der Eutiner Polizei an den Bürgermeister, 5. 3. 1933; AFL, Nr. 56 u. 76, 7. und 30. 3. 1933; Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Lübeck, 4 a KLs 8/48; LASH, 355/265, Nr. 507–514; und ebenda, Reg. Eutin, A Va 32.1, Vermerk Böhmckers über einen von der Ordnungspolizei in Bad Schwartau telephonisch durchgegebenen Funkspruch aus Recklinghausen, 4. 3. 1933.

148 Ebenda, A Va 31 u. A Va 32.1, Böhmcker an den Minister des Innern, Oldenburg, 4. 4. u. 12. 5. 1933.

149 AFL, Nr. 74, 102, 112, 114 u. 151, 28. 3., 3., 14. u. 17. 5. u. 1. 7. 1933; auch NSAO, aus nicht verzeichneten Beständen, Böhmcker an die Revierabteilung der Ordnungspolizei, Bad Schwartau, 6. 5. 1933; und StAE, Nr. 3482, Bericht der städtischen Polizei, Eutin, an die Regierung, 18. 5. 1933.

150 AFL, Nr. 111, 120 u. 154, 13. u. 24. 5. u. 5. 7. 1933; auch LASH, 355/265, Nr. 579, 580, 616.

151 LASH, Reg. Eutin, A Va 32.1, Rundschreiben des Innenministers Joel, 23. 5. 1933;

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eintragungen in den Eutiner Amtsgerichtsgefängnis-Verzeichnissen („Arbeitsdienst", „Kolonne", „Neukirchen", „Nüchel", „Holstendorf" usw.) und auch Nachkriegsaussagen deuten darauf hin, daß Kommunisten zu jeder Zeit die „Stammannschaft" der KL bildeten.

Die Entdeckung von KPD-Zeitungen, Flugschriften und Handzetteln im Sommer und Herbst 1933[152] sowie der Verdacht versteckter Waffenlager brachten die letzten großen Inhaftierungswellen. Am 31. Oktober führte Böhmcker persönlich eine Razzia der SA in den Dörfern Rensefeld und Stockelsdorf an. Häuser wurden durchsucht, Unterlagen beschlagnahmt und mehrere Personen festgenommen. Nachdem sie verhört worden waren, kamen sie nach Holstendorf. „Dort werden sie Gelegenheit haben, zu zeigen, ob sie auch für positive Arbeit zu gebrauchen sind." Die Aktion sollte als Warnung für irgendwelche anderen „Saboteure am nationalsozialistischen Aufbauwerk" dienen.

> „Im Wiederholungsfalle wird die Regierung eine entsprechende Anzahl früherer Marxisten, gleichgültig, ob ihnen eine Beteiligung nachgewiesen werden kann oder nicht, festsetzen und auf diese Weise dafür sorgen, daß der aufbauwillige Teil der Bevölkerung nicht in seiner Arbeit gestört wird. Die Regierung wird auch nicht davor zurückschrecken, die Behandlung der bereits in Schutzhaft eingelieferten Marxisten in fühlbarster Weise zu verschärfen."[153]

Nichtsdestoweniger versuchte die KPD, ihre Organisationsstruktur zu erhalten, indem sie Beiträge sammelte und Propaganda verbreitete; mindestens ein Mitglied wurde von der Polizei festgenommen, weil es für die Partei Geld spendete. Im Dezember wurden Hamer und (zum viertenmal) Salhof auf Veranlassung der Lübecker Gestapo wieder in Schutzhaft genommen. Zusammen mit etwa zwölf Kommunisten, die von Lagerkommandant T. und der Ordnungspolizei nach Razzien im Januar 1934 (ein Abziehapparat, Fahnen und gestohlene Gewehre kamen ans Tageslicht) inhaftiert worden waren, wurden sie im April wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu Gefängnisstrafen bis zu 15 Monaten verurteilt[154]. Diese Strafen erfüllten ihren Zweck: Der Widerstand der KPD im Landesteil Lübeck war endgültig gebrochen.

---

ebenda, 355/266, Nr. 64; und NSAO, aus nicht verzeichneten Beständen, Böhmcker an die Revierabteilung der Ordnungspolizei, Bad Schwartau, 10. 6. 1933.

152 Vgl. den Bericht des Gendarmeriestandorts Bahnhof-Gleschendorf an die Regierung in Eutin, 25. 7. 1933, mit beiliegendem KPD-Flugblatt über Todesurteile gegen Parteimitglieder („Rettet eure Brüder!"), in LASH, Reg. Eutin, A Va 3i; auch ebenda, 355/266, Nr. 130 bis 133, 188–195, 197, 209 f.; und AFL, Nr. 206, 3. 9. 1933.

153 Ebenda, Nr. 258, 3. 11. 1933 („Scharfe Maßnahmen gegen marxistische Propaganda im Landesteil Lübeck"). Diese Drohung wurde auch in die Tat umgesetzt, u. a. mit der schweren Verprügelung eines nach einem Fluchtversuch wieder festgenommenen KPD-Häftlings; vgl. Anm. 75.

154 Ebenda, Nr. 19, 55 u. 107, 24. 1., 7. 3. u. 10. 5. 1934; auch StAE, Nr. 1752, „Polizeihaft", Nr. 220 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

b) SPD/Reichsbanner/Gewerkschaften

Die zweitgrößte Zahl der Inhaftierungen (14 %) stellten Sozialdemokraten, Angehörige des Reichsbanners und der Gewerkschaften (die im Landesteil Lübeck überwiegend der SPD nahestanden). Wie im Falle der Kommunisten wurden die Sozialisten hauptsächlich in drei Gruppen inhaftiert: nicht weniger als 30 % der Festgenommenen im März und April, 25 % im Juli und August und schließlich 17 % im Dezember 1933. Obwohl Arbeiter und Handwerker die Mehrheit bildeten, waren SPD-Funktionäre, die als Beamte und Politiker dienten oder in Wohlfahrtseinrichtungen, Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften beschäftigt waren, ganz besonders der Rache triumphierender Nationalsozialisten ausgesetzt.

Während der Weimarer Republik war die SPD zur stärksten Partei des Landesteils aufgestiegen: bei der Reichstagswahl im Mai 1928 erhielt sie 44 %, im November 1932 immerhin noch ein Drittel aller Stimmen. Bis 1931 schickte die SPD zwei Abgeordnete in den oldenburgischen Landtag. Der Dienstälteste, Zimmermann Karl Fick aus Stockelsdorf, wurde auch als erster Sozialdemokrat von seinem langjährigen Gegner Böhmcker am 11. März 1933 in Schutzhaft genommen. Trotz seines Alters (er war 1881 geboren) mußte Fick in einer Kiesgrube in Sielbeck arbeiten; er wurde Ende September freigelassen[155]. Bis dahin war das Presseimperium der Partei entweder zerschlagen oder gleichgeschaltet, ihre Nebenorganisationen (die Arbeiter-Turn- und Sportvereine, der Arbeiter-Samariterbund usw.) aufgelöst, ihr Vermögen und das des Reichsbanners eingezogen (wo es nicht rechtzeitig in Sicherheit gebracht worden war), ihre Vertreter aus allen öffentlichen Ämtern herausgedrängt und schließlich die SPD selbst als „volks- und staatsfeindliche Partei" am 22. Juni verboten[156].

Weil die Sozialdemokratie 1933 kaum Anzeichen eines organisierten Widerstandes erkennen ließ, mußten die NS-Machthaber nach Gründen suchen, um die

---

155 LASH, 355/265, Nr. 520; ebenda, Reg. Eutin, A Va 32.1, Böhmcker an das Ministerium des Innern, Oldenburg, 12. 5. 1933; und AFL, Nr. 62 u. 206, 14. 3. u. 3. 9. 1933; danach soll er sich „gut geführt" haben, so daß „die Wahrscheinlichkeit besteht, daß er sich den gegebenen Verhältnissen unterordnen wird". Über das tragische Schicksal Karl Ficks (er wurde im Zuge der sogenannten „Gewitteraktion" nach dem 20. 7. 1944 mit mehreren tausend ehemaligen Parlamentariern aus Nord- und Westdeutschland im KL Neuengamme eingesperrt und kam am 3. 5. 1945 beim Untergang der „Cap Arcona" durch britische Fliegerangriffe in der Lübecker Bucht ums Leben) vgl. Annedore Leber, in Zusammenarbeit mit Willy Brandt und Karl Dietrich Bracher (Hrsg.), Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–1945, Berlin u. Frankfurt/Main 1956, S. 280 f.

156 Für die Darstellung der Ereignisse in Eutin vgl. LASH, Reg. Eutin, A Va 32, und StAE, Nr. 3482, insbesondere die Berichte der städtischen Polizei vom 16. u. 18. 5. u. 8. 7. 1933; auch ebenda, Nr. 2668, Protokoll über die dringliche Sitzung des Eutiner Stadtrats am 30. 5. 1933. Vgl. allgemein Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Matthias u. Morsey, S. 151 ff.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Parteiführer zu inhaftieren. So wurde der letzte Kassierer der Ortsgruppe in Eutin wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" am 18. März festgenommen: er hatte Sprengstoff und Zündkapseln in seinem Besitz, wofür er jedoch einen amtlichen Sprengschein vorweisen konnte. Der Vorsitzende und Leiter des Konsumvereins, Paul Hensel, ein Mann von makellosem Ruf, wurde im Laufe einer Untersuchung der Korruption bei den Städtischen Betriebswerken (die vor 1933 zu seinem Dezernat als Ratsherr gehörten) in Schutzhaft genommen. Zwei frühere Eutiner Reichsbannerführer wurden nur wegen dieser Eigenschaft für einen Monat im März und April ins KL gesteckt, ein dritter wegen „politischer Tätigkeit" für 90 Tage; dasselbe Schicksal wurde einem Unterkassierer angedroht, falls er Auskunft über den Verbleib des Reichsbannervermögens verweigerte. Der Kassierer der Landeskrankenkasse, der ehemalige Direktor des Ahrensböker Konsumvereins (gleichzeitig Reichsbannerführer), ein früheres Gemeinderatsmitglied und der Kassierer des Metallarbeiter-Verbandes in Stockelsdorf, ein Ratsherr und der Leiter des Arbeitsamtes in Bad Schwartau mußten alle bis zu fünf Monaten als Schutzhäftlinge verbringen[157]. Ziel dieser Festnahmen war offensichtlich, die einfachen Parteimitglieder dermaßen einzuschüchtern, daß sie der Errichtung einer NS-Diktatur tatenlos zusahen.

Diese Strategie dürfte weitgehend erfolgreich gewesen sein. Trotzdem griffen einzelne Sozialdemokraten das neue Regime an und wurden dafür bestraft. Ein Lehrer und SPD-Gemeinderatsmitglied aus Rensefeld verlor beispielsweise Anfang 1934 seinen Posten, zum Teil weil er ein Jahr zuvor zwei Wochen als Schutzhäftling wegen „herabsetzender Bemerkungen" über Hitler verbracht hatte. Dieselbe Beschuldigung (daß sie Schimpflieder gegen den Reichskanzler gesungen hätten) führte zu der Inhaftierung dreier weiterer Parteianhänger, während ein vierter wegen „Verächtlichmachung der von der Regierung getroffenen Maßnahmen" festgenommen wurde. Über ein 60jähriges ehemaliges Eutiner Mitglied des Fabrikarbeiter-Verbandes wurde die Schutzhaft verhängt, weil es in bezug auf eine Rundfunkansprache von Göring geäußert hatte: „Ich habe mein Radio abgestellt, ich möchte das Gequatsche nicht mehr hören!" Ein einfacher Landarbeiter wurde ebenfalls dreimal inhaftiert (das Datum seiner endgültigen Freilassung ist nicht bekannt); er hatte einigen SA-Männern „beleidigende Worte" zugerufen, außerdem „ungebührliches Benehmen" dem Regierungspräsidenten gegenüber gezeigt, wofür er drei Tage „geschärften Arrest" bekam. Sechs Angehörige des inzwischen aufgelösten Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität" wurden Ende 1933 festgenommen und ihre seit dem vorherigen Sommer versteckten „Saal-

[157] LVB, Nr. 63, 31. 3. 1933; AFL, Nr. 77, 85, 101, 114, 201 u. 226, 31. 3., 9. u. 30. 4., 17. 5., 29. 8. u. 27. 9. 1933; auch LASH, 355/265, Nr. 521, 527, 535, 540, 542 u. 355/266, Nr. 68, 93, 128, 157, 354; ebenda, Reg. Eutin, A XV c20; StAE, Nr. 1752, „Polizeihaft", Nr. 152–153, 189, 197; und ebenda, Nr. 3482, Verhör eines Reichsbanner-Unterkassierers durch den Eutiner Staatskommissar, 16. 5. 1933. Hensel wurde wiederum zusammen mit Karl Fick 1944 im KL Neuengamme inhaftiert, kam aber mit dem Leben davon.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

räder" und Mitgliedsausweise beschlagnahmt; ihr Führer, bei dem die Kasse gefunden wurde, mußte über Weihnachten 30 Tage im Konzentrationslager sitzen. Und nicht zuletzt wurde ein SPD-Kommunalpolitiker aus Stockelsdorf im Juni 1933 in Schutzhaft genommen, der bei der Beerdigung eines Genossen einen mit roter Schleife geschmückten Strauß roter Tulpen auf das Grab gelegt und hinterher die Trauergäste mit einer politischen Rede, „die sich gegen die jetzige Regierung richtete", bedacht hatte. Nach Monaten in den Gefängnissen von Bad Schwartau und Eutin und im KL Holstendorf und Ahrensbök kam er endlich im Mai 1934 wieder frei[158].

Sieben ehemalige Sozialdemokraten und Reichsbannerangehörige wurden im und nach dem August 1933 in Zusammenhang mit der Aufklärung des Todes eines SS-Mannes in Eutin am 9. November 1931 inhaftiert. Von den Hauptverdächtigen wurde einer gleich entlassen, ein zweiter verbrachte mehrere Monate im KL, und zwei weiteren wurde vor dem Lübecker Schwurgericht der Prozeß gemacht, nachdem Lagerkommandant T. durch schwere Mißhandlungen ein Geständnis erzwungen hatte (einer wurde dann freigesprochen)[159]. Die Eutiner Nationalsozialisten versuchten außerdem, die Reichsbannerführung mit dem Fall zu belasten. Ein zur SA übergewechselter Gefangener erlangte seine Freiheit, indem er den schon einmal im März festgenommenen Ortsgruppenleiter des Reichsbanners denunzierte, der jetzt wegen des Verdachts der Mitwisserschaft monatelang Schutzhäftling blieb. Seine an die Staatsanwaltschaft gerichtete Bitte, entweder seine Schuld zu beweisen oder ihn aus dem KL zu entlassen, erhielt die bezeichnende Antwort, daß jenes Amt „auf die Schutzhaft keinen Einfluß hätte, . . . das Befinden hierüber vielmehr ausschließlich Sache der staatlichen bzw. polizeilichen Gewalt sei"[160]. Der im Herbst 1931 sehr aktive Jungbannerführer Eutins, Adolf Buhrke, zählte zu den Festgenommenen; auch er war von einem früheren Reichsbannermann angezeigt worden. Nachdem er in Altona (wo er seit Juli 1932 wohnte) von drei Eutiner Polizei- und Parteibeauftragten inhaftiert worden war, verlor Buhrke sofort seine Stellung als Hilfsfürsorger. Durch seine Tätigkeit als Berichterstatter des „Lübecker Volksboten" und der

---

158 AFL, Nr. 126, 151 u. 201, 1. 6., 1. 7. u. 29. 8. 1933; LASH, Reg. Eutin, A Va 27b, Bericht über die Inschutzhaftnahme den Fabrikarbeiters Abel, 9. 10. 1933; ebenda, A Va 32.II; ebenda, 355/265, Nr. 528, 569 u. 355/266, Nr. 5, 29, 65, 66, 127, 220, 245, 318–323; und NSAO, 134/1210, Bericht von der Regierung in Eutin an den Minister des Innern, Oldenburg, über die Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, 9. 9. 1933. Ein sozialdemokratischer Hauswart bei der Regierung, der sich durch unerlaubte Akteneinsicht Kenntnis über Maßnahmen gegen Fick und andere Schutzhäftlinge verschafft hatte, „um sie der Regierung [gegenüber] feindlich eingestellten Elementen zu hinterbringen", wurde ebenfalls aus dem Dienst fristlos entlassen; ebenda; auch ebenda 136/451, Böhmcker an den Innenminister, Oldenburg, 29. 8. 1933.

159 AFL, Nr. 195, 22. 8. 1933; LASH, 355/266, Nr. 116–117, 119–120, 174, 260; ebenda, 352/463; und StAE, Nr. 1752, „Polizeihaft", Nr. 185–188, 202, 215.

160 AFL, Nr. 198, 25. 8. 1933; StAE, Nr. 1752, „Polizeihaft", Nr. 189; ebenda, Nr. 3482,

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" hatte Buhrke sich den besonderen Haß der NSDAP zugezogen. So schrieb der Regierungspräsident an Buhrkes Rechtsanwalt: „Buhrke ist einer der übelsten Marxisten, die es jedenfalls im Landesteil Lübeck gegeben hat; . . . schon aus diesem Grunde kommt seine Entlassung nicht in Frage." Nur seinem angeschlagenen Gesundheitszustand verdankte es Buhrke, daß er durch Einspruch des Landesarztes am Vorabend der Schließung des Ahrensböker Lagers doch freikam[161].

c) DNVP/Stahlhelm

Obwohl Deutschnationale und Stahlhelmer kaum 2 % der Inhaftierten ausmachten, zählten sie zu den prominentesten. Es waren u. a. Böhmckers früherer Sozius, Duzfreund und seit Anfang 1931 amtierender Kreisleiter der DNVP, Rechtsanwalt Dr. Ernst Evers, der im Herbst 1932 vom Regierungspräsidenten gewaltsam aus seinem Amt entfernte Bürgermeister von Eutin, Dr. Otto Stoffregen[162], Stadtoberinspektor Hans Wulff, ein Kandidat der Partei bei der Landtagswahl im Mai 1932, Rechtsberater und Mandator Max Limburg, ehemaliger Kreisgeschäftsführer des Stahlhelms, und der bei der Regierung beschäftigte Verwaltungsdirektor Friedrich Streekmann, 1933 für kurze Zeit Mitglied der DNVP-Fraktion im Eutiner Stadtrat[163].

Die Auslegung der „zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte" erlassenen „Reichstagsbrandverordnung" wurde schnell erweitert, um alle mutmaßlichen Feinde des NS-Regimes zu erfassen. So schrieb der oldenburgische Innenminister im August 1933: „Die Verordnung richtet sich . . . gegen alles, was die kommunistische Bewegung auch nur mittelbar fördert . . . Nur der neue Staat ist in der Lage, den Kommunismus auszurotten, und er setzt alles daran, dieses Ziel rasch und vollständig zu erreichen. Alles was das Ansehen der Regierung und die Wirkung ihrer Maßnahmen herabzusetzen geeignet ist, hindert den neuen Staat an der Bekämpfung des Kommunismus und dient daher mittelbar zur Förderung kommunistischer staatsfeindlicher Bestrebungen"[164]. Mindestens seit Ende 1932 war die DNVP im Landesteil Lübeck der erbittertste (wenn auch nicht der nach den Wahlresultaten erfolgreichste) politische Gegner der

---

Bericht über die Inschutzhaftnahme des Kassenassistenten Leiboldt, 22. 8. 1933; LASH, 355/266, Nr. 122; und ebenda, 352/463, Staatsanwalt Freiherr von Beust, Lübeck, an Ernst Leiboldt, Amtsgerichtsgefängnis Eutin, 7. 9. 1933.

161 Vgl. AFL, Nr. 213, 12. 9. 1933; StAE, Nr. 1752, „Polizeihaft", Nr. 195; ebenda, Nr. 3482, Bericht über die Inschutzhaftnahme Adolf Buhrkes, 8.–13. 9. 1933; LASH, 355/266, Nr. 153, 373; und Privatunterlagen Buhrkes. Als letzter wurde der ehemalige oldenburgische Landtagsabgeordnete Broschko im November 1933 für zehn Tage wegen Mitwisserschaft im KL eingesperrt. Vgl. Anm. 101; auch LASH, 355/266, Nr. 265.

162 Die Gründe dafür sind erläutert bei Stokes, Der Fall Stoffregen, S. 256 ff.

163 Auch der schon erwähnte Ahrensböker Fabrikbesitzer Jungclaussen stand im Mai 1932 auf dem Wahlvorschlag der Partei; vgl. Tabelle 1.

164 Vgl. NSAO, 136/2897, Rundschreiben des Ministers des Innern, Oldenburg, 2. 8. 1933; auch Geigenmüller, S. 27 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

NSDAP[165]. Dr. Evers z. B. protestierte im Namen des Kreisausschusses der Deutschnationalen am 13. November 1932 nachdrücklich beim Staatsministerium wegen Böhmckers Amtsführung, insbesondere seines Mißbrauchs der SA-Hilfspolizei: „Nur durch die Abberufung des jetzigen Regierungspräsidenten Böhmcker, ... [der] seine Unfähigkeit, ein solch hohes und verantwortungsvolles Amt zu verwalten, mehrfach unter Beweis gestellt hat, ... ist die Wiederkehr gesetzmäßiger Zustände und damit die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gewährleistet."[166] Die DNVP setzte außerdem Anfang 1933 für die Wiedereinsetzung des Bürgermeisters Stoffregen eine Unterschriftensammlung in Umlauf, in die sich etwa 1200 Eutiner eintrugen[167]. Und Verwaltungsdirektor Streekmann entwarf eine am 26. Mai 1933 an die Regierung eingereichte Beschwerde der Deutschnationalen, die die angeblich „nicht arische" Abstammung eines führenden Nationalsozialisten in Eutin geißelte, und zwar in einer selbst von Anhängern Hitlers kaum zu überbietenden antisemitischen Ausdrucksweise[168].

So konnte Böhmcker die Feindschaft der DNVP als gefährlich einschätzen, auch nachdem sie sich am 27. Juni reichsweit aufgelöst hatte[169]. Seit Anfang Juli erschien in der Tagespresse eine Reihe aus Berlin, Oldenburg und Eutin stammender Artikel, die in scharfem Ton „volksfeindliche Betätigung", die Verbreiung herabsetzender Gerüchte über NS-Amtsinhaber, Kritik an Regierungsmaßnahmen und Versuche, die Autorität des Staates zu untergraben, anprangerten. „Gewisse Kreise", schrieb die Regierung in ihrer Bekanntmachung über die Kultivierungsarbeiten im Lindenbruch durch Schutzhäftlinge, „können es scheinbar kaum erwarten, bis [auch] sie in Schutzhaft genommen werden." Während ein Eutiner Parteiführer bei öffentlichen Versammlungen wiederholt behauptete, „Nörgler oder gar Gegner des neuen [nationalsozialistischen] Geistes seien staatsfeindliche Elemente und gehörten in die Konzentrationslager", präzisierte Oldenburgs Innenminister, wem die Warnungen galten und welche Folgen ihre Mißachtung nach sich ziehen würde: „Im Interesse der ungestörten Durchführung der nationalsozialistischen Revolution werde ich die Urheber und die Verbreiter von unwahren Meldungen und diejenigen Personen, die sich in verächtlicher Weise über Maßnahmen der Staatsregierung ergehen, unweigerlich in Schutzhaft nehmen und Konzentrationslagern zuführen lassen. Es wird dabei keine Rücksicht auf Stand oder Parteizugehörigkeit der betr[effenden] Person genommen."[170]

---

165 Vgl. USNA, T-81/164, 303059 u. 302962, Berichte des Kreisleiters und des Kreispropagandaleiters der NSDAP Kreis [Landesteil] Lübeck an die Gauleitung Schleswig-Holstein, Altona, 4. 8. u. 9. 11. 1932.

166 Vgl. Anm. 23.

167 Die Listen sind in LASH, 352/969, erhalten.

168 Ebenda, Reg. Eutin, A XV c1. Dr. Evers unterzeichnete diese Beschwerde.

169 Vgl. Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Die deutschnationale Volkspartei, in: Matthias u. Morsey, S. 593 ff.

170 AFL, Nr. 152, 156, 162 u. 163, 2., 7., 14. u. 15. 7. 1933. Letztere, ebenfalls von dem Minister des Innern in Oldenburg ausgesprochene Drohung lautete: „In besonderem

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die fünf deutschnationalen Führer wurden zwischen dem 22. und 26. Juli verhaftet; gleichzeitig wurde ein zusammen mit Bürgermeister Stoffregen aus dem Dienst entlassener Eutiner Polizeibeamter festgenommen, weil er sich weiterhin für das Stadtoberhaupt engagiert habe[171]. Der Regierungspräsident warf ihnen vor, sie hätten die „weitgehende Milde"(!), die er unterlegenen politischen Gegnern gegenüber gezeigt habe, mißbraucht, indem sie sowohl offene als auch heimliche „gegenrevolutionäre Aktivität" betrieben hätten – insbesondere hätten sie sich in einem Eutiner Lokal getroffen, um angeblich ihre Partei aufzulösen, in Wirklichkeit aber, um über ihr Weiterbestehen zu beraten. Die DNVP, schrieb Böhmcker, habe sich noch nicht mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß sie zu bestehen aufgehört hat und „jeder Versuch, den organisatorischen Zusammenhalt der Partei aufrecht zu erhalten, nach dem Gesetze [gegen die Neubildung von Parteien] vom 14. 7. 1933 mit Zuchthausstrafe bedroht ist". Mit den Festnahmen „ist begonnen, gewisse Bestrebungen endgültig auszurotten, die immer wieder den Versuch machen, durch abfällige Kritik, kleinliche Herabsetzung und erneute Opposition die Aufbauarbeit der nationalsozialistischen Regierung ... und der hinter dieser stehenden NSDAP ... zu stören"[172].

Am 4. August wurden Evers, Stoffregen (die beide als „Schreibhilfen" beim Abschreiben von Steuerlisten gearbeitet hatten), Limburg und Wulff aus dem Konzentrationslager freigelassen. Letzterer, der ebenfalls den Bürgermeister aktiv unterstützt hatte, mußte eine Geldstrafe von RM 600 und außerdem Verpflegungskosten bezahlen, bevor er schließlich als Stadtoberinspektor zurückkehren durfte; Dr. Stoffregen wurde erst auf freien Fuß gesetzt, als er u. a. RM 1000 eingezahlt und sich verpflichtet hatte, weitere RM 2000 der Landeskasse unverzüglich zu überweisen[173]. Streekmann blieb bis Ende September in Haft und schied

---

Auftrag des Herrn Reichskanzlers hat der Herr Reichsminister des Innern alle Landesregierungen ersucht, die Autorität des Staates auf allen Gebieten und unter allen Umständen sicherzustellen und jedem Versuch, diese Autorität zu erschüttern oder auch nur anzuzweifeln, woher er auch kommen mag, rücksichtslos und unter Einsatz aller staatlichen Machtmittel entgegen zu treten. Ich weise die Bevölkerung hierauf besonders hin."

171 Böhmckers Darstellung der Inschutzhaftnahme des Polizeikommissars ist in dessen Personalakte im StAE, Nr. 2480, enthalten. Danach wurden bei einer Hausdurchsuchung u. a. Briefe gefunden, in denen der Polizist sowohl seine Unterstützung für Stoffregen als auch seine Verabscheuung verschiedener Eutiner Nationalsozialisten unmißverständlich zum Ausdruck brachte. Er blieb bis Anfang Januar 1934 im Konzentrationslager. Vgl. ebenda, Nr. 1752, „Polizeihaft", Nr. 177; auch LASH, 355/266, Nr. 79.

172 Vgl. AFL, Nr. 171 f., 174 u. 182, 25., 26. u. 28. 7. u. 6. 8. 1933; LASH, 355/266, Nr. 74, 76 ff., 83; StAE, Nr. 1752, „Polizeihaft", Nr. 175 f., 178 ff.; und ebenda, Nr. 3482, Regierungspräsident Böhmcker an Rechtsanwalt Dr. Ernst Evers („z. Zt. Amtsgerichtsgefängnis, Eutin"), 27. 7. 1933. Das „Einparteiengesetz" vom 14. 7. 1933 ist bei Walter Hofer (Hrsg.), Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945, Frankfurt/Main 1957, S. 61, nachgedruckt.

173 Vgl. Tabelle 1. Die Geldstrafe von Wulff muß an die Stadtkasse gezahlt worden sein, weil sie nicht in dem Konto „Schutzhaftkosten" der Regierung erscheint; vgl. auch

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anschließend aus dem Staatsdienst aus (er wurde allerdings später von Böhmcker wieder aufgenommen)[174].

d) NSDAP/SA/SS

Hitlers Machtübernahme brachte vereinzelt auch Nationalsozialisten in die „wilden" Konzentrationslager. Im Landesteil Lübeck waren es, abgesehen von zwei auf Wanderschaft befindlichen Arbeitern, die sich zwar als Parteianhänger ausgaben, deren Mitgliedschaft aber angezweifelt wurde[175], insgesamt mindestens fünf[176]. Ein Maler und SS-Mann, der sogar im Juli 1932 Hilfspolizist war, kam ein Jahr später für fünf Tage wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" in Schutzhaft. Ein zweiter SS-Angehöriger, Landwirt und ebenfalls Hilfspolizeibeamter zwischen März und Mai 1933, wurde im September ins KL gesteckt, vermutlich weil er einen jungen Knecht mißhandelt hatte[177]. Zuletzt ließ Böhmcker seinen Erzfeind, den arbeitslosen Müller Christians (Mitgliedsnummer: 373 953), im Oktober 1933 wegen scharfer Kritik an der Eutiner SA festnehmen. Auch als Christians nach dem Juni 1934 anfing, Beschwerden gegen den Regierungspräsidenten bei höheren Stellen einzureichen, wurde der „politische Nörgler" mehrmals inhaftiert[178].

e) Tannenbergbund/Ernste Bibelforscher

Ebenfalls auf Grund der „Reichstagsbrandverordnung" zählten im Mai bzw. September 1933 sämtliche Organisationen der internationalen Bibelforscher-Vereinigung[179] und der von General Ludendorff geführte „Tannenbergbund"[180]

StAE, Nr 3168, Magistratsprotokolle, Sitzungen am 25. 7. u. 1. 8. 1933; und AFL, Nr. 224 u. 232, 24. 9. u. 4. 10. 1933.

174 Vgl. LASH, 352/503, Aussagen von Friedrich Streekmann, 15. 8. 1936 u. 16. 6. 1937; auch NSAO, 134/1210, Bericht der Regierung in Eutin an den Minister des Innern, Oldenburg, 9. 9. 1933.

175 Vgl. LASH, 355/266, Nr. 240, 377; und StAE, Nr. 1752, „Polizeihaft", Nr. 228. Der eine trug SA-Uniform, hatte aber keinen Ausweis bei sich; der andere sollte österreichischer Nationalsozialist sein, wollte aber den Stockelsdorfer Kommunisten Prüter aufsuchen. Sie kamen nach sieben bzw. vierzehn Tagen wieder frei.

176 Zwei am 5. 10. 1933 in Schutzhaft genommene und Mitte Dezember wieder freigelassene Eutiner Arbeiter gehörten aller Wahrscheinlichkeit nach der SA oder der Partei an, sind aber nicht als solche einwandfrei zu identifizieren. Vgl. ebenda, Nr. 208.

177 Ebenda, Nr. 173, 198; auch LASH, 355/266, Nr. 58, 161; ebenda, Reg. Eutin, A XVc 21, Bericht eines Eutiner Polizeikommissars, 18. 5. 1933; StAE, Nr. 2486; und BDC, OPG-Akte Böhmcker, der Gruppenführer an die Oberste SA-Führung, SA-Sondergericht, München, 23. 11. 1934.

178 Ebenda, Beschwerde Christians gegen Böhmcker, ca. Okt. 1934; StAE, Nr. 1752, „Polizeihaft", Nr. 206, 247, 249, 253; LASH, 355/266, Nr. 211, 469.

179 Vgl. StAE, Nr. 3482, Verfügung des Ministers des Innern, Oldenburg, 17. 5. 1933; und NSAO, 136/2875, Bericht der Regierung in Eutin an das Ministerium des Innern, Oldenburg, 19. 5. 1933; auch Michael H. Kater, Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich, in: VfZ 17 (1969), S. 181–218.

180 Vgl. StAE, Nr. 3482, Bericht eines Eutiner Polizeikommissars an den Regierungspräsi-

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu den religiösen Sekten und Vereinen, die von der neuen Regierung aufgelöst und unterdrückt wurden. Im Landesteil Lübeck wurde die Polizei veranlaßt, das Vermögen der Bibelforscher zu beschlagnahmen. Auch durften Schriften und Flugblätter der beiden Gruppen nicht verbreitet werden. Drei ihrer Anhänger kamen im Sommer 1933 für kurze Zeit ins Konzentrationslager, weil sie dieses Verbot zu umgehen versucht hatten. Mehrere Frauen entgingen nur deshalb demselben Schicksal, weil sie Kleinkinder zu betreuen hatten[181].

f) Landstreicher/„Asoziale"

Am 10. Mai 1933 schickte der Führer der SA-Gruppe „Nordmark" in Itzehoe ein Rundschreiben an den Regierungspräsidenten in Eutin, in dem er vorschlug, strengere Maßnahmen gegen das „Bettelunwesen" zu unternehmen: viele solche Personen seien KPD-Anhänger. Böhmcker stimmte zu, aber erst Anfang September, nachdem ein Polizeikommissar in Malente von Unbekannten niedergeschossen worden war und das Innenministerium in Oldenburg sich entschloß, in dieser Hinsicht dem Beispiel Preußens zu folgen, wurde im ganzen Freistaat eine Großaktion gegen Landstreicher eingeleitet. Die Reichspropagandastelle für Schleswig-Holstein in Altona führte gleichzeitig eine Aufklärungskampagne gegen das Betteln durch: die Winterhilfe mache es völlig unnötig. Der Bevölkerung des Landesteils war durchaus bekannt, welche Behandlung auf die Festgenommenen wartete: „Die Regierung wird sich nicht mehr damit begnügen, gefaßte Bettler der Bestrafung zuzuführen, sondern sie auf Monate ins Konzentrationslager stekken, damit sie einmal wieder den Wert geregelter Arbeit kennenlernen."

Mit der Hilfe von SA-Angehörigen nahm die Gendarmerie zwischen dem 18. und 23. September mehrere Landstreicher in Schutzhaft. Sie waren überwiegend ältere Männer, „die sich jahrelang umhertreiben und total verkommen sind", die aber in einem KL nur vorübergehend untergebracht werden konnten. Der Lagerkommandant T. beklagte sich bei Böhmcker, mit dreizehn bereits inhaftierten Bettlern und weiteren zu erwartenden müßten entweder andere Unterbringungsmöglichkeiten gesucht oder aber einige Gefangene freigelassen werden. Der Regierungspräsident nahm beide Vorschläge an. Am 26. September erkundigte er sich beim oldenburgischen Innenminister, ob eventuell Landstreicher, die Renten bekämen oder Invaliden seien, in das Landeskorrektionshaus Vechta verlegt werden könnten, weil die wenigen vorhandenen Anstalten im

denten, 3. 5. 1934; auch Hans Buchheim, Die organisatorische Entwicklung der Ludendorff-Bewegung und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, S. 356–370.

181 AFL, Nr. 151 u. 166, 1. u. 19. 7. 1933; LASH, 355/266, Nr. 35, 56; ebenda, Reg. Eutin, A Va 3i, die Regierung in Eutin an die Firma Watch Tower Bible and Tract Society, Magdeburg, 7. 6. 1933; und ebenda, A Va 32.II, Polizeiberichte über die Festnahme der Laborantin Kruse und des Arbeiters Behrens, Malente, 22. u. 28. 6. 1933; vgl. auch Tabelle 1.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Landesteil Lübeck „zum größten Teil schon mit Schutzhäftlingen besetzt sind". Ende Oktober stimmte der Minister widerstrebend zu (Oldenburgs Gefängnisse waren gleichfalls überfüllt), aber bis dahin waren die Landstreicher fast alle schon entlassen worden. Trotzdem blieben die Landstraßen „von umherziehenden Vagabunden völlig leer", auch ein Jahr später, als eine zweite Razzia durchgeführt wurde. Deshalb konnte die Eutiner Polizei im November 1934 stolz berichten, die in den letzten Monaten gegen Bettler gezeigte Härte habe dazu geführt, daß sie die Stadt jetzt mieden[182].

Außer Landstreichern wurden einige als „arbeitsscheu" bekannte Männer in das Konzentrationslager gesperrt. Einer, dessen Eltern und Brüder schon vor dem 30. Januar 1933 der NSDAP angehörten, wurde offensichtlich von seiner eigenen Familie dem Lagerkommandanten übergeben, weil er „faul" war. Ein anderer „Faulenzer und ganz roher Patron" weigerte sich, regelmäßig zu arbeiten; wenn die Wohlfahrtsbehörde ihm deshalb keine Unterstützung weiterbezahlen wollte, bedrohte er sie. Für ihn wurde von einem Eutiner Hilfspolizisten die Verhängung der Schutzhaft empfohlen: „Eine Unterbringung im Konzentrationslager wird . . . für dringend angebracht gehalten." Dieselbe Begründung („schlechter Lebenswandel") führte der Stadtmagistrat an, um einen deswegen von der Reichspost Entlassenen in das KL einzuweisen; zwei weitere Bürger entgingen nur knapp einer ähnlichen „Resozialisierung"[183].

g) Amtsmißbrauch

Wegen Amtsmißbrauch kamen zwei weitere Personen in Schutzhaft. Ein früherer Betriebsratsvorsitzender der Schwartauer Werke (seit Mai 1933 auch Parteimitglied) wurde Anfang Oktober festgenommen, angeblich weil er Gelder der NS-Betriebszellenorganisation unterschlagen hatte („Ausbeutung von Arbeitsgenossen")[184]. In dem anderen Fall handelte es sich um den Direktor der Eutiner Betriebswerke, Wilhelm Maas. Ihm wurde vorgeworfen, er habe seine Pflichten grob vernachlässigt und außerdem Veruntreuungen begangen. Seine Inschutzhaftnahme, zusammen mit dem SPD-Ratsherrn Hensel, gehörte zu einem breitangelegten Versuch der NS-Machthaber, die städtischen Verwaltun-

---

182 AFL, Nr. 206, 217, 221, 230 u. 273, 3., 16. u. 21. 9., 1. 10. u. 21. 11. 1933; auch LASH, Reg. Eutin, A Vd 7.

183 StAE, Nr. 1752, „Polizeihaft", Nr. 149, 223; ebenda, Nr. 3482, der Minister des Innern, Oldenburg, an die Staatspolizeistelle, Eutin, 29. 1. 1936; ebenda, Nr. 3168, Magistratsprotokolle, Sitzungen am 15. 6., 5. u. 28. 12. 1933, 16. 1. u. 12. 2. 1934; LASH, 355/266, Nr. 41 („ein niederträchtiger Mensch"); ebenda, Reg. Eutin, A Va 12, Bericht der Eutiner Polizei, 8. 7. 1933; und Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Lübeck, 14 Ks 11/49 u. 4a KLs 8/48.

184 NSAO, aus nicht verzeichneten Beständen, Böhmcker an die Revierabteilung der Ordnungspolizei, Bad Schwartau, 3. 10. 1933. Sein Name stand später unter der in einer Lübecker Zeitung veröffentlichten „Widerlegung" von Gerüchten über die Mißhandlung von Insassen in Böhmckers KL; vgl. Anm. 76.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen der Weimarer Republik in Mißkredit zu bringen. Böhmcker schrieb am 20. November 1933 dem oldenburgischen Innenminister: „Wenn endlich einmal mit der eigennützigen, teilweise auch nachlässigen Leitung der kommunalen Betriebe aufgeräumt werden sollte, so mußte ein Beispiel statuiert werden, um endlich die verantwortlichen Leiter dieser Institute zu einem Verhalten zu veranlassen, das in jeder Weise einwandfrei ist." Ob der unglückliche Beamte schuldig war oder nicht, er mußte auf alle Rechte verzichten und aus dem Dienst der Stadt austreten, bevor er nach fast drei Monaten Inhaftierung endlich aus dem KL entlassen wurde[185]. Wie im Falle des Bürgermeisters Stoffregen aber versuchte Maas später, seine Beamtenrechte mittels Gerichtsprozeß wiederzuerlangen.

V. Nachspiel

Fast vier Jahre nach der Auflösung des KL hatten die Eutiner Regierung, das oldenburgische Innenministerium und sogar verschiedene Reichsbehörden sich mit den rechtlichen Folgen von Böhmckers Schutzhaftpolitik auseinanderzusetzen. Dieses für die Rechtszustände im Dritten Reich bezeichnende Nachspiel entsprang den finanziellen und sonstigen Strafen, die der Regierungspräsident prominenten Gefangenen aufbürdete, bevor er sie freiließ. Es gibt Beweise dafür, daß mehrere ehemalige Häftlinge Prozesse einleiteten oder doch planten, um ihre von Böhmcker abverlangten Gelder und Rechte zurückzubekommen[186]. Unterlagen, um diese Gerichtsverhandlungen nachzuzeichnen, sind aber nur in drei Fällen vorhanden: von Bürgermeister Stoffregen, von Betriebsdirektor Maas und von Bauer Jäde aus Offendorf bei Bad Schwartau[187].

---

185 AFL, Nr. 199 u. 200, 26. u. 27. 8. 1933; LASH, 355/266, Nr. 125; ebenda, Reg. Eutin, A XV c20, Böhmcker an Betriebsdirektor Maas, 24. 8. 1933; StAE, Nr. 1752, „Polizeihaft", Nr. 191; ebenda, Nr. 2479; und NSAO, 136/2545.

186 Unter den in Tabelle 1 aufgeführten Personen werden Hofbesitzer Ontjes, Fabrikant Jungclaussen und Dr. med. Wittern in verschiedenen Akten als Kläger bzw. mögliche Kläger gegen Böhmcker und den Freistaat Oldenburg genannt. Vgl. LASH, Reg. Eutin, A XV c1, Briefwechsel zwischen dem Regierungspräsidenten in Eutin und dem Minister des Innern, Oldenburg, Nov.–Dez. 1934; und ebenda, C V 27, Rechtsanwalt Westphal, Bad Schwartau, an den Regierungspräsidenten, Eutin, 31. 8. 1935; auch Thévoz/Branig/Lowenthal-Hensel, Bd. I, S. 30 f., 37 f., für Beispiele ähnlicher Rechtsfolgen aus dem „wilden" Stettiner KL Bredow.

187 Wegen der finanziellen, insbesondere aber politischen Konsequenzen nahm Böhmcker seinen Rechtsstreit mit Dr. Stoffregen sehr ernst. Vgl. LASH, Reg. Eutin, A XV c1, der Regierungspräsident in Eutin an die Rechtsanwälte Dr. Raeke und Schlüter, Hamburg, 12. u. 14. 2. 1935: „[Dieser] Rechtsstreit [ist] von außerordentlich großer grundsätzlicher Bedeutung für mich . . ., da ich in den Jahren 1933 und 1934 in vielen Fällen die Schutzhaft durch Zahlung einer Buße auf ein Konto zur Rettung von Volk und Staat [*sic!*] habe abwenden lassen. Die Auferlegung der Buße ist in allen Fällen durch eine

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die drei wurden zwar aus verschiedenen Anlässen festgenommen, aber unter ähnlichen Umständen freigelassen. Der Bürgermeister mußte sich vertraglich verpflichten, RM 3000 an die Landeskasse zu zahlen, „zur Abgeltung der Schäden, die er dem Ansehen des Landesteils Lübeck und der Stadt Eutin zugefügt hat", außerdem RM 52 an Haft- und Abholungskosten (letztere sind anscheinend nie überwiesen worden). Ebenfalls mußte er u. a. auf seine Rechnung in sieben Zeitungen (einschließlich des „Völkischen Beobachters") eine Entschuldigung dem Regierungspräsidenten und anderen NS-Politikern gegenüber veröffentlichen und förmlich seine Verabschiedung aus dem Stadtdienst mit dem Verzicht auf jegliche Gehaltsansprüche erklären. Die von Stoffregen und seinem Rechtsanwalt unterschriebene Vereinbarung schloß mit der Feststellung, daß sie dem „freien Willen" der beiden Herren entspreche: „Keinerlei Zwang ist auf sie ausgeübt."[188] Maas verzichtete ebenfalls „vorbehaltlos ... auf alle Ansprüche aus [seinem] Dienstverhältnis", um seine Freiheit zurückzuerlangen[189]. Mit dem Ultimatum konfrontiert, entweder eine Geldstrafe zu bezahlen oder aber eine dreimonatige Gefängnishaft sofort antreten zu müssen, sah Jäde keine andere Wahl, als Böhmckers Forderung nach einer Buße von RM 2000 nachzukommen[190].

Als die Schutzhaftbestimmungen vom April 1934 seine Wiederfestnahme ausschlossen[191], entschied sich zuerst Stoffregen, die ihm im Konzentrationslager auferlegten und wohl weitgehend erfüllten Verpflichtungen anzufechten. Er behauptete, daß der Regierungspräsident die von ihm am 4. August 1933 unterzeichneten Erklärungen „widerrechtlich durch Drohung" abgenötigt habe. Böhmcker habe seinem Rechtsanwalt mitgeteilt, daß der Bürgermeister „mit einer Haft von mindestens sechs Monaten, möglicherweise aber noch länger,

---

... Vereinbarung ... auferlegt worden. Da z. Zt. nicht weniger als vier frühere Schutzhäftlinge auf Rückzahlung ihrer Buße klageweise gegen mich vorgegangen sind ..., muß diesem Rechtsstreit natürlich besondere Aufmerksamkeit gezollt werden." „Ich glaube ... daß, wenn der Rechtsstreit Dr. Stoffregen gegen Land Oldenburg zu unseren Gunsten rechtskräftig erledigt worden ist, die übrigen früheren Angehörigen der Deutschnationalen Volkspartei, die z. Zt. ebenfalls im Begriff stehen, aus ähnlichen Anlässen Klagen ... anzustrengen, hierzu die Lust verlieren werden."

188 Die Originalfassung der Erklärungen ist in LASH, Reg. Eutin, A XV c1, enthalten; vgl. auch AFL, Nr. 189, 15. 8. 1933; StAE, Nr. 2482; und Stokes, Der Fall Stoffregen, S. 275–276. Ein durchaus vergleichbarer „Cessionsvertrag" aus dem Schutzhaftlager Bredow, allerdings für RM 9000, ist nachgedruckt bei Thévoz/Branig/Lowenthal-Hensel, Bd. II, S. 263.

189 Vgl. NSAO, 136/2545; und StAE, Nr. 2479.

190 Vgl. LASH, 352/968, Erklärung von Otto Jäde, 27. 6. 1933, und Schriftsätze seines Rechtsanwalts an das Landgericht Lübeck, 3. 12. 1934, 4. u. 10. 1. 1935.

191 Vgl. Broszat, S. 33, § III Absatz 2a des Runderlasses des Reichsministers des Innern vom 12./26. 4. 1934: eine Verhängung von Schutzhaft war nicht zulässig „gegen Personen, die lediglich von einem ihnen nach bürgerlichem oder öffentlichem Recht zustehenden Anspruch (z. B. ... Klage ...) Gebrauch machen, ...".

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rechnen müsse, wenn er auf die Bedingungen [des Regierungspräsidenten] nicht eingehe". Diesem Druck gab dann Stoffregen nach. Der nach ihm prozessierende Direktor Maas bestand ebenfalls darauf, daß der Verzicht auf seine Beamtenrechte erzwungen und deshalb nichtig sei: wegen seiner Inschutzhaftnahme sei er „geistig und seelisch niedergebrochen gewesen und hätte bei verständiger Würdigung der Sachlage den Verzicht nicht ausgesprochen". Er habe nur unterschrieben, um seine Entlassung aus dem KL sofort zu erwirken – was aber nicht geschah. Stoffregen stützte seine Klage auch auf die nationalsozialistische Parole von der „Volksgemeinschaft": eine Geldleistung könne prinzipiell nicht als Ersatz für die Verhängung oder Fortdauer der Schutzhaft gelten, weil sie eine dem Rechtsempfinden anstößige Bevorzugung reicher gegenüber armen Häftlingen darstellen würde.

Keiner der Kläger versuchte, die Legalität der Schutzhaft als Einrichtung der NS-Diktatur ernsthaft in Frage zu stellen. Der Verteidiger Stoffregens beispielsweise bejahte sie ausdrücklich als eine „politisch-polizeiliche Maßnahme, die von den zuständigen Trägern der Staatshoheit nach freiem Ermessen gehandhabt wird, um Störungen und Schädigungen der Aufbauarbeit der Reichsregierung und ihrer Organe zu verhindern"; deshalb sei ihre Verhängung „der Nachprüfung der Gerichte ... unzweifelhaft ... entzogen" gewesen[192]. Kaum überraschend erwiderte die Gegenseite, daß nicht nur die Gefangenen die Vereinbarungen freiwillig eingegangen seien, sondern daß auch die Schutzhaft selbst „aus Staatsnotwendigkeit" als ein „polizeilicher (vorbeugender) Akt", den „die Betroffenen selbst zu vertreten haben", berechtigt gewesen sei.

> „[Im Sommer] 1933 ... konnte das Gefüge des nationalsozialistischen Staates noch nicht als gesichert betrachtet werden. Solange die kommunistischen und reaktionären Gefahrenquellen nicht im Wesentlichen beseitigt waren, dauerte der mit dem gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff gegen den Bestand des Staates heraufbeschworene Gefahrenzustand fort und nötigte zur Erhaltung und Befestigung der staatlichen Neuordnung zu staatspolizeilichen Maßnahmen, über deren bisherige gesetzliche Schranken hinaus ... Die im Verfolg dieser Abwehrtätigkeit von den dazu berufenen staatlichen Stellen getroffenen Abwehrmaßnahmen können von den Verwaltungsgerichten in irgendeiner Form – sei es im Wege des Feststellungsbegehrens oder der Schadenersatzforderung oder sonstwie – auf ihre Recht- und Zweckmäßigkeit nicht nachgeprüft werden." „... [Es] ist im nationalsozialistischen Staat, der die auf liberalistischen Grundsätzen beruhende ge-

---

192 Vgl. LASH, Reg. Eutin, A XV c1, Schriftsatz des Rechtsanwalts von Dr. Stoffregen an das Landgericht Lübeck, 14. 8. 1934; ebenda, Berufungseingabe desselben an das Hanseatische Oberlandesgericht, Hamburg, 26. 11. 1934; auch ebenda, 352/968, Schriftsatz des Rechtsanwalts von Otto Jäde an das Landgericht Lübeck, 21. 1. 1935; NSAO, 136/2545, Frau A. Maas an den Reichsstatthalter Röver, Oldenburg, 4. 11. 1933; StAE, Nr. 2479, Schriftsatz des Rechtsanwalts von Wilhelm Maas an das Landgericht Lübeck, 23. 10. 1934; und ebenda, Urteil der 2. Zivilkammer des Landgerichts Lübeck im Falle Maas, 7. 1. 1935.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

genseitige Hemmung von Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz ablehnt, nicht angängig, daß ein Akt der politischen Staatsverwaltung von Organen der Rechtspflege unter anderer Betrachtungsweise bekämpft und vielleicht aufgehoben wird."[193]

Das Landgericht Lübeck, das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg und zuletzt das Reichsgericht stimmten darin überein, daß sie im Falle Maas doch zuständig und seine Verzichtserklärungen rechtswidrig seien; eine Dienstentfernung dürfe nur einem dienststrafrechtlichen Verfahren folgen. Trotz wiederholter Versuche Böhmckers und anderer Eutiner Nationalsozialisten (die bis zum Staatssekretär Freisler im Reichsjustizministerium reichten), diese Entscheidung umzustoßen, mußte schließlich Anfang 1938 an das Ehepaar Maas eine Abfindung und eine Lebensrente gezahlt werden[194]. Sowohl Dr. Stoffregen als auch Bauer Jäde hatten weniger Glück. Das Lübecker Gericht wollte keinen Zusammenhang zwischen Böhmckers Drohung einer verlängerten Inhaftierung und dem Entschluß des Bürgermeisters, die Erklärungen zu unterschreiben, akzeptieren. Ferner stellte es fest, daß „die Verhängung der Schutzhaft (gleichermaßen die Entlassung aus der Schutzhaft) ... nicht hinsichtlich Richtigkeit und Zweckmäßigkeit, sondern höchstens bei Ermessensmißbrauch und Willkür" von den Gerichten nachgeprüft werden könne. In dieser Hinsicht seien die Anstrengungen des Regierungspräsidenten, den Fall Stoffregen durch dessen Verzicht auf sämtliche Ansprüche restlos zu bereinigen, nicht zu beanstanden. „Ein Ermessensmißbrauch oder ein Willkürakt kann hierin keinesfalls gefunden werden, auch nicht in der Auferlegung einer Geldbuße, die als geeignetes Mittel erscheint, den aus der Schutzhaft zu Entlassenden von weiteren Zuwiderhandlungen gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit abzuhalten." Weder der Reichsinnenminister (an den Stoffregen appellierte) noch als letzte Instanz das Reichsgericht in Leipzig vermochten der Forderung des Bürgermeisters, seine Geldstrafe zurückzuerstatten und seine Beamtenrechte wiederherzustellen, zuzustimmen[195]. Damit war aber der Ausgang der Klage von Otto Jäde vorge-

---

[193] Ebenda, Schriftsatz des Rechtsanwalts für die Stadt Eutin an das Landgericht Lübeck, 13. 9. 1934; ebenda, Berufungseingabe desselben an das Hanseatische Oberlandesgericht, Hamburg, 25. 3. 1935; LASH, 352/968, Schriftsatz des Landes Oldenburg an das Landgericht Lübeck, 2. 1. 1935; und ebenda, Reg. Eutin, A XV c1, Stellungnahme zu den Ausführungen der gegnerischen Berufungsbegründung von demselben an das Hanseatische Oberlandesgericht, ca. 12. 2. 1935. Vgl. auch die zeitgenössischen juristischen Darstellungen von Spohr, S. 59 f., und Geigenmüller, S. 45 ff.

[194] StAE, Nr. 2479, Urteile vom 7. 1. u. 23. 7. 1935, 19. 6. 1936.

[195] LASH, Reg. Eutin, A XV c1, Urteile vom 29. 10. 1934, 27. 1. u. 15. 10. 1936, 7. 9. 1937; ebenda, Ausgleichsentscheidung des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern, 21. 11. 1935; und Stokes, Der Fall Stoffregen, S. 279–284. Auch im Falle Stoffregen intervenierte der Regierungspräsident – nicht ohne Erfolg – beim Staatssekretär Freisler, um eine ihm und der Stadt Eutin politisch annehmbare Entscheidung zu erreichen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeichnet: ihre „Weiterverfolgung ... im Rechtswege" wurde verboten, ebenfalls die Gewährung eines Ausgleichs[196].

Die Gestapo zog trotzdem die praktische Schlußfolgerung aus dieser Erfahrung im Landesteil Lübeck. Am 25. September 1935 ermahnte der Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes in Oldenburg die Eutiner Staatspolizeistelle:

„... [Die] Entlassung von Schutzhäftlingen gegen Zahlung einer Buße ist unzulässig. Die Maßnahmen der Staatspolizei sind Sicherheitsmaßnahmen, während die Verhängung einer Buße eine Sühnemaßnahme ist, die zudem rechtmäßig nur in dem in der Strafprozeßordnung geregelten Verfahren und von den dort für zuständig erklärten Behörden auferlegt werden kann. Das bei der dortigen Staatspolizeistelle geübte Verfahren enthält die Gefahr, daß der Oldenburgische Staat berechtigten Rückzahlungsklagen ausgesetzt wird. Eine ausreichende Rechtsgrundlage für die Zahlung einer Buße liegt auch dann nicht vor, wenn die Zahlung in die Form einer Vereinbarung gekleidet wird, da der Betroffene sich mit Aussicht auf Erfolg darauf berufen können wird, er habe unter dem Drucke der Freiheitsentziehung gehandelt."[197]

Kein Insasse des Konzentrationslagers in Eutin oder Ahrensbök büßte sein Leben für seine politische Anschauung ein, wie der Lübecker SPD-Redakteur Dr. Fritz Solmitz im „wilden" KL Fuhlsbüttel und viele andere[198]. Böhmcker ließ sogar Häftlinge wegen dringender Familien- oder Geschäftsangelegenheiten für kurze Zeit beurlauben; auch bekamen sie ausreichend zu essen. Doch die Mißhandlungen durch den Kommandanten und die Wachmannschaft, auch die primitive Unterbringung und Bekleidung der bei jedem Wetter draußen schwer arbeitenden Gefangenen, führten bei einigen zu physischen und seelischen Schäden. Dazu kam wegen der bloßen Inschutzhaftnahme der Verlust von Arbeitsstellen und eine langwierige Umschulung, bevor mühsam eine neue Existenz aufgebaut werden konnte[199]. Hunderte von Einwohnern des Landesteils Lübeck aus allen Gesellschaftsschichten, hauptsächlich aber Arbeiter und deren politische Vertreter, erfuhren gleich 1933 am eigenen Leib das Unrechtssystem des Hitlerreiches, ohne daß sie von den Justizbehörden Schutz für ihre Person und ihre Rechte erwarten durften. Insoweit gehörten auch ihre Erlebnisse zu den umfassenden Gleichschaltungsprozessen der NS-Diktatur.

---

196 LASH, 352/968, Schriftsatz des Rechtsanwalts des Landes Oldenburg an das Landgericht Lübeck, 13. 2 1935; und Reichs- und Preußischer Minister des Innern an den Innenminister, Oldenburg, 14. 8. 1936.

197 Vgl. LASH, Reg. Eutin, A XV c1.

198 Vgl. Timpke, in: Studien zur Geschichte der Konzentrationslager, S. 16 f., 26 f.

199 StAE, Nr. 1855, Amtsgericht Eutin an die Landgemeinde Eutin, 4. 4. 1933; und Briefe Adolf Buhrkes aus der Schutzhaft an seine Frau, Sept.–Nov. 1933; auch Interview mit Buhrke und derselbe an den Verfasser, 14. 1. 1975 u. 25. 1. 1977. Über die Beziehung zwischen „Schutzhaft und Arbeitsrecht" vgl. Spohr, S. 60 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszellen

GUSTAV VON SCHMOLLER

HEYDRICH IM PROTEKTORAT BÖHMEN UND MÄHREN

Von den führenden Männern des Dritten Reichs war wohl keiner intelligenter und willensstärker, aber auch keiner rätselhafter und umstrittener als Reinhard Heydrich. Schon manchen Autor hat es daher gereizt, die politische Karriere und das aus der Geschichte des Nationalsozialismus nicht wegzudenkende Wirken des Mannes zu schildern, der mit 27 Jahren Chef des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS (SD) wurde, mit 32 Jahren über die Geheime Staatspolizei und die gesamte deutsche Kriminalpolizei gebot, bei Kriegsausbruch an der Spitze des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin stand, dem die „Endlösung" der Judenfrage übertragen wurde und den Hitler im September 1941 als Nachfolger des „in die Wüste geschickten" Reichsprotektors von Neurath nach Prag sandte, wo er im Juni 1942 mit 38 Jahren einem Attentat erlag. Nach verschiedenen früheren Arbeiten[1] über diese „dämonischste"[2], ja manchmal gespalten wirkende Persönlichkeit des Dritten Reichs hat 1977 Günther Deschner eine neue umfangreiche und faszinierend geschriebene Biographie Reinhard Heydrichs vorgelegt, die manche Klischeevorstellung wie seine angebliche jüdische Herkunft und seine vermutete Urheberschaft an der „Kristallnacht" beseitigt.

Von seiner Aufnahme in die SS am 10. August 1931 und dem ihm damals von Himmler erteilten Auftrag, einen Geheimen Nachrichtendienst der SS – den späteren SD – aufzubauen, bis zu seinem Tode am 4. Juni 1942 hat die politische Tätigkeit Heydrichs in der SS und der NSDAP fast elf Jahre gedauert. Zehn Jahre davon waren ganz dem Aufbau, der Ausgestaltung und der Leitung des gewaltigsten und wirkungsvollsten Sicherheitsapparates im damaligen Europa gewidmet. Verglichen mit diesen zehn Jahren war Heydrichs Wirken im Protektorat Böhmen und Mähren auf eine nur kurze Zeit beschränkt. Von seinem Dienstantritt in Prag bis zu dem Attentat waren es genau acht Monate. Die Darstellung dieser kurzen Etappe in Heydrichs Leben füllt in der Biographie Deschners rund ein Drittel des Textes und fünf von den siebzehn Kapiteln des Buches. Das dürfte der

[1] Walter Schellenberg, Memoiren, Köln 1956; Charles Wighton, Hitlers Most Evil Henchman, London 1962; Joachim C. Fest, Das Gesicht des Dritten Reichs, München 1963; Heinz Höhne, Der Orden unter dem Totenkopf, Gütersloh 1967; Shlomo Aronson, Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971.

[2] Werner Best, dessen unmittelbarer Vorgesetzter Heydrich 5 Jahre lang gewesen ist, sieht in ihm „die ‚dämonischste' Persönlichkeit in der nationalsozialistischen Führerschicht"; Aufzeichnung über Reinhard Heydrich v. 1. 10. 1949, Bundesarchiv (BA) Best/8.

[3] Günther Deschner, Reinhard Heydrich. Statthalter der totalen Macht, Esslingen 1977.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bedeutung entsprechen, die Heydrichs Tätigkeit in Prag in seinem eigenen Leben wie auch in der sechsjährigen Geschichte des Protektorats zukommt.

Die acht Monate in Prag als Reichsprotektor in Böhmen und Mähren waren für Heydrich der Höhepunkt seines Lebens. Er war mit einer großen und ihm in hohem Maße zusagenden Mission beauftragt worden. „Endlich einmal eine positive Aufgabe, endlich einmal etwas anderes als der Mülleimer des Reichs", soll er nach der Betrauung mit dem neuen Amt zu seiner Frau gesagt haben. Jetzt stand er nicht mehr unter dem von ihm im Grunde verachteten kleinbürgerlichen „Schulmeister" Himmler, er war nur noch Hitler unmittelbar unterstellt und damit in die oberste Etage in der nationalsozialistischen Führungshierarchie aufgerückt[3a].

Heydrich hat die ihm in Prag gebotene Chance gut genutzt. Verglichen mit der bis zu seiner Ernennung vielfach unklaren und schwankenden deutschen Tschechenpolitik hat Heydrich seinen neuen Posten in Prag bereits mit einer eigenen Konzeption angetreten[4]. Man hat seiner Politik wohl nicht zu Unrecht die Bezeichnung „Mit Zuckerbrot und Peitsche" gegeben. In dieser Formulierung kommt das für Heydrichs Protektoratspolitik bezeichnende Nebeneinander von grausamer Härte gegen die Gegner des Reichs auf der einen und wirklichem Entgegenkommen gegenüber den tschechischen Arbeitern und Bauern auf der anderen Seite zum Ausdruck. Mit seiner „doppelgleisigen" Politik hat Heydrich auch so beachtliche Anfangserfolge gehabt, daß das tschechische Exil unter Beneš in London seine gewaltsame Beseitigung beschloß. Deschner zeigt sich von diesen Erfolgen Heydrichs stark beeindruckt: „Der ganze Heydrich lag darin, wie er etwa an die Lösung der allen anderen unlösbar gewordenen Tschechenfrage heranging", heißt es in dem zusammenfassenden Schlußkapitel dieser Biographie[5]. Die Frage erscheint daher angebracht: War Heydrich mit der von ihm im Protektorat verfolgten Politik wirklich auf dem Wege zu einer „Lösung" der Tschechenfrage? Und warum soll diese Frage für „alle anderen unlösbar" gewesen sein?

Hiermit aufs engste verbunden ist eine andere Frage: Nach Deschner soll Heydrich an seine neue Aufgabe ganz unvoreingenommen und aufgeschlossen herangegangen sein. „Er hatte zu den Tschechen", läßt er seine Witwe sagen, „überhaupt keine Einstellung"[6]. Läßt sich diese Behauptung bei einem Manne aufrechterhalten, der die Überheblichkeit des Nationalsozialismus allen Slawen

---

3a In der damaligen „Rangordnung" hatte der Reichsprotektor nach Hitler, Göring und Ribbentrop den vierten Platz, der nun Heydrich zustand. Schr. d. Präsidialkanzlei v. 20. 7. 1940, AA PA/Handakte Pappritz.

4 Vgl. hierzu Detlef Brandes, Die Tschechen unter deutschem Protektorat, Bd. I, Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod (1939–1942), München und Wien 1969, und Vojtech Mastny, The Czechs under Nazi Rule. The Failure of National Resistance 1939–1942, New York and London 1971.

5 Deschner, S. 323.

6 Ebenda, S. 217.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegenüber wegen ihrer angeblichen rassischen Minderwertigkeit doch in vollem Umfang teilte und diese Einstellung in Polen und in der Sowjetunion auch bereits bewiesen hatte?

Und schließlich: Wie ist es überhaupt dazu gekommen, daß Heydrich nach Prag entsandt wurde, um dort den Reichsprotektor von Neurath abzulösen, der in Hitlers Augen der schwierigen Lage im Protektorat nicht mehr gewachsen war? Stimmt das von Deschner unter Berufung auf einen Bericht des RSHA geschilderte „Bild von einem Sturm, der da über dem Protektorat heraufzog"[7]?

Aufgrund der tatsächlichen Verhältnisse, wie sie sich aus den Quellen und den Angaben von Zeugen ergeben, sollen diese Fragen in ihrer zeitlichen Abfolge geprüft werden: War ein drohender Aufstandsversuch der Tschechen wirklich der Grund für die Entsendung Heydrichs nach Prag? Hatte Heydrich zu den Tschechen „überhaupt keine Einstellung"? Und befand Heydrich sich mit der von ihm befolgten Politik auf dem Wege zu einer „Lösung" der Tschechenfrage?

I.

Am 23. September 1941 waren Neurath und Staatssekretär Frank zu Hitler bestellt worden. Frank war schon am Vormittag dieses Tages im Führerhauptquartier eingetroffen und hatte Hitler allein über die Lage im Protektorat berichtet. Dem danach am Nachmittag eintreffenden Neurath wurde dann, ohne daß er überhaupt die Möglichkeit zu einer Stellungnahme hatte, zu seinem größten Erstaunen von Hitler eröffnet, daß er der überaus ernsten Lage im Protektorat nicht mehr gewachsen sei und deswegen Heydrich beauftragt werde, die Wiederherstellung der Ordnung in Böhmen und Mähren in die Hand zu nehmen. Neurath war damit entlassen. Offiziell hieß es, daß er „zur Wiederherstellung seiner zerrütteten Gesundheit" auf eigenen Wunsch einen längeren Urlaub angetreten habe und sein Amt in Prag ab sofort von SS-Obergruppenführer Heydrich als „Stellvertretendem Reichsprotektor" wahrgenommen werde[8].

Was war geschehen? Nach der Darstellung Deschners hatte sich aus den Hitler vorgelegten SD-Berichten aus Prag das Bild „eines sich immer gefährlicher zuspitzenden passiven und aktiven Widerstandes der Tschechen" ergeben[9]. Bei Deschner kann man die einzelnen Phasen „von einem Sturm, der da über dem Protektorat heraufzog"[10], nachlesen:

> „Seit Ausbruch des Rußlandkrieges hatte sich die Haltung der Tschechen gegenüber der deutschen Obrigkeit des Protektorats und den dort ansässigen Deutschen deutlich versteift.

---

[7] Reichssicherheitshauptamt, Amt IV, Meldungen wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse, Nr. 13 vom 29. 9. 1941; Archiv Institut für Zeitgeschichte.

[8] Näheres bei Brandes, S. 209, und Mastny, S. 180.

[9] Deschner, S. 217.

[10] Ebenda, S. 212; vgl. ferner Anm. 7.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Aktionen des Widerstandes, die Massendemonstrationen, eine ausufernde Streik- und Sabotagebewegung wurden einerseits von der in London untergekommenen tschechoslowakischen Exilregierung des Dr. Eduard Beneš mit Hilfe der Sendungen des BBC und eines ausgebauten Kuriersystems dirigiert und bekamen zweitens seit dem 22. Juni 1941, seit der Pakt zwischen Hitler und Stalin gegenstandslos geworden war, durch die Profis des kommunistischen Untergrund- und Parteiapparats eine militante Spitze."[11]

„Die ersten Anzeichen einer beginnenden Streikbewegung wurden registriert. Die Ergebnisse waren dementsprechend. Von Juni bis September 1941 war die Waffenproduktion im Durchschnitt um 18 Prozent, in einigen Fabriken bis 35 Prozent abgesunken.

In Berlin und im Führerhauptquartier schrillten die Alarmglocken. Im selben Ausmaß, in dem die Rüstungsproduktion abnahm, schwoll überdies die Zahl der reinen Sabotageakte an und erreichte einen bisher nie gekannten Umfang. Besonders häufig wurden Telefonleitungen zerstört, Eisenbahnwaggons in Brand gesteckt und deren Bremsschläuche durchschnitten. Maschinen in Rüstungsbetrieben wurden vorsätzlich beschädigt ... Brandstifter des Widerstandes ließen Vorratslager und Fabrikgebäude, im August ein Benzinlager mit 100 000 Litern Treibstoff, in Flammen aufgehen.

In der Woche vom 12. bis 21. September wurde auch, einem Aufruf des Londoner Rundfunks entsprechend, die tschechische Protektoratspresse, die unter deutscher Aufsicht stand, boykottiert. Der Boykott wurde so weitgehend befolgt, daß mehr als die Hälfte der Auflage an die jeweiligen Verlage zurückging. Der Widerstand versteifte sich mehr und mehr. Den Höhepunkt bildete am 20. September in Lettowitz bei Brünn ein Sprengstoffanschlag auf ein mit 84 deutschen Kindern belegtes Heim der Kinderlandverschickung."[12]

Heydrich hat, als er am 2. Oktober in einer Geheimrede vor den Prager Spitzen von Partei, Staat und Wehrmacht das Konzept für die von ihm zu verfolgende Tschechenpolitik entwickelte, diese drohende Lage folgendermaßen umrissen: „So ist der Zustand der letzten Wochen so gewesen, daß man nur sagen kann, die Einheit des Reiches war eindeutig gefährdet, dieser Raum war in einer Situation, die unter der Oberfläche derart gärte, daß man nur sagen kann, hier mußte rechtzeitig zugepackt werden."[13] Frank hat diese Situation später in einem Nachruf auf Heydrich als einen „planmäßig vorbereiteten Aufstandsversuch" bezeichnet[14].

Die tatsächlichen Verhältnisse im Protektorat im Sommer 1941 sahen demgegenüber ganz anders aus: Nach den vorhandenen Quellen und den Aussagen gut informierter und unbefangener Zeugen hat es einen „drohenden Aufstandsversuch" der Tschechen, der „die Einheit des Reichs gefährdete", nicht gegeben. Was es damals wirklich gegeben hat, war das Ergebnis von langer Hand vorbereiteter Machenschaften von Heydrichs Reichssicherheitshauptamt gegen den Reichsprotektor von Neurath, der dem von Frank und der SS beabsichtigten radikaleren Vorgehen gegen die Tschechen im Wege stand. Also mußte bei Hitler systema-

[11] Ebenda, S. 207 f.

[12] Ebenda, S. 211 f.

[13] Rede Heydrichs v. 2. 10. 1941, in: Václav Král, Die Vergangenheit warnt. Dokumente, Prag 1960, S. 122–133, hier S. 128.

[14] K. H. Frank in: RSHA. Reinhard Heydrich, Berlin o. J., S. 27.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tisch der Eindruck einer so bedrohlichen Situation erweckt werden, daß sie von Neurath nicht mehr gemeistert werden könne. Durch äußerst geschickt zusammengestellte SD-Berichte aus Prag und mit nachhaltiger Unterstützung durch Heydrich, der auch ganz persönlich an dem Prager Posten interessiert war, wurde dieses Ziel bei Hitler erreicht[15]. Zu Franks großer Enttäuschung hat in der Tat Heydrich und nicht er den von ihm angestrebten Posten erhalten.

Für die deutschen Beamten, die damals im Protektorat tätig waren und die Verhältnisse kannten, war es sofort klar, daß nicht etwa ein „bevorstehender Aufstandsversuch" der Tschechen, sondern das große Interesse der SS und Franks die Ablösung Neuraths durch Heydrich ausgelöst hatte. Das geht in aller Deutlichkeit aus den Erinnerungen von Wilhelm Dennler und Horst Naudé hervor, von denen der eine damals die Gruppe Arbeit, der andere die Dienststelle Mähren des Reichsprotektors in Brünn leitete[16]. Bei diesen Zeugen handelt es sich um zwei hohe Beamte mit jahrzehntelanger großer Verwaltungserfahrung im Reich und nun auch im Protektorat[17]. Beide waren über die Lage im Protektorat besonders gut unterrichtet, da ihnen zahlreiche im ganzen Lande verteilte nachgeordnete Dienststellen unterstanden. Die in ihren Erinnerungen festgehaltene Beurteilung der Begleitumstände bei der Einsetzung Heydrichs deckt sich mit den Angaben eines Mannes, der zu diesem Zeitpunkt kraft seiner Dienststellung einen besonders guten Überblick über die Lage im Protektorat gehabt haben muß: des damaligen Befehlshabers der Ordnungspolizei, Generalleutnant Paul Riege. Er hatte seinen Posten am 22. August 1941[18], also genau fünf Wochen vor dem Eintreffen Heydrichs in Prag, angetreten und diese Zeit natürlich benutzt, um sich – gerade auch unter polizeilichen Gesichtspunkten – ein möglichst umfassendes Bild über die Lage im Protektorat zu verschaffen, wo ihm nicht nur die im ganzen Lande verteilten deutschen Gendarmerieposten und volle 10 Polizeibataillone in einer Stärke von 5500 Mann unterstanden[19], sondern er auch die Aufsicht über die gut ausgebildete tschechische Gendarmerie ausübte. Auch er kann nach seiner Erinnerung und anhand schriftlicher bald nach dem Kriege angefertigter Aufzeichnungen nur sagen, daß die Haltung der Tschechen im September 1941 – vor allem als Auswirkung des deutsch-russischen Krieges – wohl als versteift anzusehen war, es auch in stärkerem Maße als vorher zu Sabotage-

---

[15] Auch der Umstand, daß Frank es einzurichten verstand, *vor* Neurath im Führerhauptquartier einzutreffen und so die Möglichkeit zu haben, Hitler ohne Neuraths Anwesenheit einseitig zu unterrichten, darf nicht übersehen werden.

[16] Wilhelm Dennler, Die böhmische Passion, Freiburg i. Br./Frankfurt/M. 1953, S. 53 ff., und Horst Naudé, Erlebnisse und Erkenntnisse. Als politischer Beamter im Protektorat Böhmen und Mähren, München 1975, S. 116 f.

[17] Naudé war seit dem 16. 3. 1939, Dennler seit Oktober 1939 im Protektorat.

[18] Georg Tessin, Die Stäbe und Truppeneinheiten der Ordnungspolizei, in: Zur Geschichte der Ordnungspolizei, Schriften des Bundesarchivs, Bd. 3, Koblenz 1957, S. 86.

[19] Ebenda, S. 34.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handlungen und Streiks gekommen war, daß jedoch von einer wirklich ernsthaft bedrohlichen Situation keine Rede gewesen sein kann[20].

Alle diese aus der Erinnerung gemachten Angaben werden nun noch durch Feststellungen des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof, Ernst Lautz, in vollem Umfang bestätigt. Lautz war – alarmiert durch die bereits erwähnten SD-Berichte – Mitte September „persönlich nach Prag gefahren, wonach er jene Meldungen allerdings als reichlich übertrieben beurteilte". Jedenfalls war er dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Lage im Protektorat die Einleitung von Maßnahmen durch die Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof keineswegs rechtfertige[21].

In den Monaten des Sommers 1941, die dem Dienstantritt Heydrichs vorangingen, war der Beginn des deutsch-russischen Krieges auf das tschechische Volk natürlich nicht ohne nachhaltige Wirkung geblieben. Dieses Ereignis hatte zweifellos die Haltung der Tschechen gegenüber den Deutschen deutlich versteift. Die Teilnahme der Sowjets am Krieg war von der tschechischen Bevölkerung „mit innerer Genugtuung und unverhohlener Freude" begrüßt worden[22], war doch allgemein die Meinung verbreitet, daß Deutschland im Kampf mit der Sowjetunion unterliegen und deren Sieg auch die Wiederherstellung der Tschechoslowakei bringen werde. Das gab natürlich auch den verschiedenen tschechischen Widerstandsgruppen im Protektorat neuen Auftrieb und hat zweifellos manchen Sabotageakt und Streik in den Monaten Juli bis September 1941 ausgelöst. Vor allem schuf aber die „viel zu späte Teilnahme der Sowjetunion am Krieg", wie viele Tschechen mit Beneš an der Spitze meinten, endlich wieder die Möglichkeit für eine Teilnahme der tschechischen Kommunisten am Widerstand gegen die Deutschen und die Wiederherstellung von Verbindungen zwischen der KPČ und den anderen Untergrundgruppen[23]. Denn für die KPČ hatte der Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts die Wirkung einer absoluten Orientierungslosigkeit mit dem Ergebnis gehabt, daß ihre ursprünglich antinationalsozialistische Einstellung praktisch neutralisiert worden war. Erst mit dem 22. Juni 1941 hatten die tschechischen Kommunisten die Basis für Aktionen gegen die Deutschen zurückgewonnen. Gerade hierauf dürfte die Zunahme gewisser Widerstandshandlungen in den Sommermonaten dieses Jahres zurückzuführen sein.

Die Annahme Deschners[24], diese einzelnen Sabotageakte und Streiks seien auf der einen Seite durch die „Londoner Exilregierung des Dr. Eduard Beneš mit Hilfe der Sendungen des BBC und eines ausgebauten Kuriersystems dirigiert" worden und hätten auf der anderen Seite „durch die Profis des kommunistischen

---

[20] Mündliche Angaben von Paul Riege gegenüber dem Verf. am 28. 2. 1976.

[21] Helmut Heiber, Zur Justiz im Dritten Reich. Der Fall Elias, in: VfZ 3 (1955), S. 279, sowie Verhöre Lautz und Schlegelberger, Nbg. III Pr (d), S. 5701/02 und 4433/34.

[22] SD-Bericht vom Juni 1941, zitiert nach Cestmir Amort (Hrsg.), Heydrichiada, Prag 1965.

[23] Mastny, S. 172 f.

[24] Deschner, S. 207 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Untergrund- und Parteiapparats eine militante Spitze" bekommen, findet jedoch in den tatsächlichen Verhältnissen keine Stütze. Wie es im Sommer 1941 wirklich um die Beziehungen zwischen dem Exil in London und den Widerstandsgruppen im Protektorat bestellt war, geht aus einem geheimen Funkspruch des Exils an den ustřední vybor odboje domácího (UVOD), den „Zentralausschuß des heimatlichen Widerstandes", vom 5. September 1941 hervor, in dem es heißt:

„Es ist nötig, von theoretischen Plänen und Vorbereitungen zu Taten überzugehen ... In London und Moskau sind wir mit harten Worten gemahnt worden, daß eine Zerstörung oder doch wenigstens wesentliche Verminderung der Rüstungsindustrie auf tschechoslowakischem Gebiet in gerade diesem Augenblick die Deutschen schwer treffen würde ... Unsere ganze Lage würde endgültig in einem ungünstigen Licht erscheinen, wenn wir nicht wenigstens mit den anderen Schritt halten."[25]

Hier hat man es nicht mit einem „Dirigieren" eines sich im Protektorat immer stärker entwickelnden Widerstandes durch das Londoner Exil zu tun, sondern fast mit einer flehentlichen Bitte, doch wenigstens etwas gegen die Deutschen zu unternehmen, damit die Tschechen, verglichen mit dem Widerstand in anderen Ländern, „nicht endgültig in einem ungünstigen Licht erscheinen". Beneš hatte sich vorher sowohl von der britischen wie von der Sowjetregierung schwerste Vorwürfe wegen der völlig unzureichenden Widerstandstätigkeit im Protektorat machen lassen müssen[26].

---

[25] Geheimer Funkspruch UVOD (Zentralausschuß des heimatlichen Widerstandes) an Londoner Exil v. 30. 8.–1. 9. 1941, OKW T-77, 1050, 6526169-70, NA (IfZ).

[26] Hierzu ist u. a. auf den von Dr. Ivo Duchacek, Mitglied des Staatsrats der Exilregierung unter Beneš, verfaßten Vermerk über ein von ihm mit dem Chef des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes, Oberst F. Moravec, am 5. 4. 1941 in London geführtes Gespräch zu verweisen. Danach hat Moravec u. a. folgendes ausgeführt: „Er bereite eben einen Bericht für Präsident Beneš vor, in dem er darauf hinweisen werde, daß die Unsrigen zu Haus in einen revolutionären Marasmus verfallen, und es sei *notwendig, daß dort mehr als bisher geschehe* ... Man trug in Prag Veilchen im Knopfloch. Aber jetzt, wenn England einen Kampf auf Leben und Tod führt, können wir unser Aufbegehren gegen die Deutschen nicht nur dadurch manifestieren, daß ein paar Leute Veilchen am Grabe des Unbekannten Soldaten niederlegen ... Selber wollen sie (unsere Leute) nichts mehr machen, nichts riskieren. Sie sagen, der Präsident (Beneš) habe immer wieder behauptet, daß jedes Opfer vorzeitig wäre. Bei uns (zu Hause) beginnt man in der Vorstellung zu leben, daß uns ganz einfach ein zweiter 28. Oktober (1918) in den Schoß fallen wird." Moravec hat dann weiter Vorhaltungen von englischer Seite erwähnt: „Aber dann hielten sie mir einen Vortrag darüber, wie bei der großen Verlegung deutscher Divisionen vom Westen und Norden nach Osten und Südosten ... alle diese Transporte – wie zufällig – über unser Gebiet gingen. Wir haben eben eine solche Schlüsselstellung, und wie durch Zufall gehen die meisten dieser Transporte über eine wichtige Brücke, und die ist auch in der Tschechoslowakei, und zwar bei Breclav (Lundenburg i. Mähren). Ihre Frage lautete: Könnte man sie nicht in die Luft sprengen? Ich – fuhr Moravec fort – habe ihnen ausführlich erklärt, wie die Brücke bewacht ist und wie es schwer ist. Aber tatsächlich liegt die Begründung, warum die Sprengung nicht durchgeführt werden kann, darin, daß wir eine wissenschaftliche Revolution machen." Veröffentlicht erstmals in „Svedectvi", Revue Trimestrielle tchecoslovaque, Paris, Jhg XIII, Nr. 49/1975, S. 83.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch die Lage der Widerstandsgruppen im Protektorat[27] war in Wirklichkeit eine ganz andere, als sie nach den angeführten Worten von Heydrich und Frank und – ihnen folgend – in Deschners Darstellung gewesen zu sein scheint. Dies geht sehr deutlich aus geheimen Funksprüchen zwischen Exil und Widerstand hervor. In einer offenbar völligen Verkennung der tatsächlichen Möglichkeiten einer organisierten Widerstandsbewegung im Protektorat hatte London am 3. September 1941[28] Unterlagen über den Stand der Vorbereitungen für einen militärischen Aufstand verlangt, der im letzten Stadium des Krieges durchgeführt werden sollte. In seiner Antwort beklagte sich General Homola von der „Nationalverteidigung" (Obrana národa-ON) bitter darüber, daß überhaupt keine Waffen vorhanden seien. Von der ursprünglichen Führerschaft seiner Organisation sei er als einziger noch am Leben[29].

Wenn der Ausbruch des deutsch-russischen Krieges im Protektorat auch zu einer erheblichen Versteifung in der Haltung der tschechischen Bevölkerung den Deutschen gegenüber und auch zu einer zunehmenden Unruhe geführt hat, so kann danach von einem bevorstehenden Aufstand der Tschechen nicht die Rede sein. Vor diesem Hintergrund sehen dann auch die bei Deschner aufgeführten Einzelfälle etwas anders aus als der Gesamteindruck, den sie dem Leser vermitteln. Massendemonstrationen hat es im Sommer 1941 im Protektorat nicht gegeben. Streiks und Sabotageakte sind in diesen Monaten zwar häufiger gewesen als in der Zeit vor dem 22. Juni 1941. Mastny[30] bezweifelt aber auf Grund von ihm angestellter Vergleiche die für Sabotagefälle gemeldeten Zahlen, da sowohl der tschechische Widerstand in seinen Meldungen nach London wie die miteinander „wetteifernden" verschiedenen deutschen Dienststellen an möglichst hohen „Erfolgszahlen" interessiert gewesen seien. Zu den Streiks bemerkt er:

> „Mehrere Streiks folgten kurz auf den Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges, wenn sie auch alle innerhalb weniger Stunden zusammenbrachen, nachdem die Gestapo Geiseln verhaftet hatte. Die Nazi-Polizei entdeckte in verschiedenen Fabriken kommunistische Kader, aber die Untersuchung ergab keine Verbindung mit den Streiks. Die Arbeitsniederlegungen erfolgten eher spontan, als daß sie das Ergebnis systematischer Vorbereitung gewesen wären."[31]

Die bei Deschner angeführten tschechischen Tageszeitungen, die unter deutschem Einfluß standen, sind in der Zeit vom 12. bis 21. September in der Tat von der tschechischen Bevölkerung boykottiert worden, die damit Aufrufe befolgte[32], die sie über BBC-Sendungen des Londoner Exils erhielt. Hier handelt es sich um einen typischen Fall von „passivem Widerstand", dessen Auswir-

---

[27] Die Darstellung folgt hier Mastny, S. 177 f.

[28] London an UVOD v. 5. 9. 1941, OKW T-77, 1050, 6526175-76, NA (IfZ). Nach Mastny (S. 177) waren die Forderungen des tschechischen Exils „lächerlich wirklichkeitsfremd".

[29] Homola an London v. 23. 9. 1941, ebenda, 6526218-22.

[30] Mastny, S. 178.

[31] Ebenda.

[32] Mastny, S. 179; Brandes, S. 205.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kungen für die deutsche Herrschaft jedoch harmlos waren. Auch der bei Deschner erwähnte Sprengstoffanschlag auf ein Heim der Kinderlandverschickung in Lettowitz bei Brünn am 20. September hat stattgefunden. Seine Wirkung war jedoch wesentlich geringer als der Eindruck, den der Leser bei der Lektüre dieses Hinweises haben muß. Lediglich einige Kinder waren aus ihren Betten gefallen und hatten leichte Verletzungen erlitten[33]. Da der Vorfall erstaunlicherweise keine Folgen für die tschechische Bevölkerung des Ortes hatte, keine Ermittlungen durchgeführt, keine Täter festgestellt, aber – anders als sonst in ähnlichen Fällen – auch keine Geiseln genommen wurden, entstand auf tschechischer Seite der Eindruck, daß die Gestapo selbst den Anschlag veranlaßt habe[34].

Damit ist von dem „drohenden Aufstandsversuch der Tschechen", dessen geschickte Konstruktion durch Frank und Heydrich Hitler von der Notwendigkeit einer Ablösung des schwachen Reichsprotektors von Neurath durch einen starken und harten neuen Mann überzeugen sollte, nicht viel übriggeblieben.

Mit der Ablösung Neuraths durch Heydrich war das Protektorat endgültig unter SS-Kommando gekommen. Böhmen und Mähren in ihre Einflußsphäre zu bekommen, hatte die SS seit der Errichtung des Protektorats am 16. März 1939 als klares Ziel vor sich gesehen. Die erste „Erwerbung" eines Gebietes mit fremdvölkischer Bevölkerung mußte der SS zur Durchsetzung des von ihr in Anspruch genommenen politischen Gesamtauftrages[35] und ihrer Siedlungsvorhaben[36] besonders verlockend erscheinen. Bot sich im Protektorat – noch vor Polen und den russischen Gebieten – doch die Möglichkeit, gleichsam auf einem Exerziergelände einiges von dem auszuprobieren, was dann nach siegreich beendetem Kriege auch im Reich zu verwirklichen wäre. Jedenfalls wurde die Position der SS im Protektorat vom ersten Augenblick an systematisch aufgebaut. Bereits mit den Einheiten der Wehrmacht rückten im März 1939 Vorläufer der späteren Einsatzgruppen mit Angehörigen der Gestapo und des SD in Böhmen und Mähren ein und begannen sofort mit dem Aufbau eines ganzen Netzes von Dienststellen der Gestapo, der Kripo und des SD[37]. Am 17. März wurde – die wohl erste schwere Verletzung der den Tschechen in dem Protektoratserlaß vom 16. März von Hitler feierlich zugesagten Autonomie – das tschechische Bodenamt gleichsam im Handstreich genommen und mit einem

---

[33] Jesko von Puttkamer, seinerzeit Ministerialrat bei BdO in Prag, Die Reichsprotektoren und der Untergang des Protektorats, 14. 5. 1955; BA, Ost-Dokumentation, S. 16.

[34] Mitteilung von Arthur Faber, damals Besitzer einer Fabrik in der Nähe von Lettowitz, der unmittelbar nach dem Anschlag am Tatort war, v. 1. 6. 1978.

[35] Hans Buchheim, Die SS – Das Herrschaftsinstrument. Befehl und Gehorsam, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. I, S. 99.

[36] Hier handelte es sich um das Aufgabengebiet des Rasse- und Siedlungshauptamtes und ab 7. 10. 1939 des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums; Buchheim, S. 98, S. 217 ff.

[37] K. H. Frank, Die Schutzstaffel am 15. 3. 1939, in: Böhmen und Mähren 1941, S. 179.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ganzen Stabe von SS-Führern aus dem Rasse- und Siedlungshauptamt besetzt[38]. Den organisatorischen Abschluß fanden diese von der SS durchgeführten Maßnahmen durch die Ernennung von Staatssekretär Karl Hermann Frank, des früheren Funktionärs der Sudetendeutschen Partei, der bereits in den Jahren 1937 und 1938 engste Verbindung zur SS gehalten hatte, zum Höheren SS- und Polizeiführer für das Protektorat. In dieser Eigenschaft war Frank – als Staatssekretär der Vertreter Neuraths – diesem nicht mehr unterstellt, wodurch zugleich Neurath – formell der „alleinige Vertreter des Führers im Protektorat"[39] – die Weisungsbefugnis über den ganzen SS- und Polizeiapparat praktisch entzogen wurde[40].

Die deutsche Protektoratspolitik war auf diese Weise von Anfang an durch den Gegensatz von Frank und Neurath, SS und Verwaltung gekennzeichnet. War Neurath im Sinne der den Tschechen in dem Führererlaß feierlich zugesicherten Autonomie um ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen mit dem Ziele eines deutsch-tschechischen Ausgleichs bemüht, kannte die SS nur das eine Ziel, auf allen Lebensgebieten des Protektorats den unmittelbaren deutschen Einfluß zu stärken und die Rolle der tschechischen Führungsschichten zu schwächen. So war es kein Wunder, daß zwischen den beiden ersten Repräsentanten des Reichs in Prag, zwischen Neurath und Frank, starke Spannungen bestanden, die in den zweieinhalb Jahren bis zur Ablösung Neuraths durch Heydrich bald mehr und bald weniger in Erscheinung getreten waren und mehrfach zu schweren Auseinandersetzungen geführt hatten[41].

Dies kann hier nicht in allen Einzelheiten geschildert werden. Es muß jedoch, zumal es sich dabei um eine Art Vorspiel zu den Ereignissen vom September 1941 handelt, auf das Verhalten Franks während der Prager Demonstrationen vom Oktober und November 1939 und bei den folgenden grausamen Vergeltungsmaßnahmen hingewiesen werden. Damals wurde die tschechische Bevölkerung durch Flugblätter zu stummen Demonstrationen am 28. Oktober, dem früheren Nationalfeiertag der Tschechoslowakei, aufgefordert. Es kann heute als erwiesen gelten, daß Frank die Zusammenstöße zwischen Deutschen und Tschechen, die sich an diesem Tage ereigneten, gezielt provozieren ließ[42]. Während Neurath sich um ein „Herunterspielen" der Angelegenheit bemühte, gelang es Frank, Hitler über Himmler hinter dem Rücken Neuraths durch auf-

---

[38] Schr. d. Chefs des RuSHA Günther Panke an Heydrich vom 31. 3. 1939, NUR NO-3162; SD-Leitabschnitt Prag an RSHA vom 28. 6. 1939, BA R 58/954 a; Mastny, S. 88–91, und Ladislav Feierabend, Prag/London, Vice-Versa. Erinnerungen, Bd. I, S. 110 f. und S. 117.

[39] Vgl. Art. 5 des Erl. des Führers u. Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren vom 16. 3. 1939, RGBl. I, S. 485 f. i. V. m. der Ersten VO zur Durchführung des ProtErl. v. 22. 3. 1939, RGBl. 1939, I, S. 549.

[40] Erst später durch VO v. 1. 9. 1939, RGBl. I, S. 1681, gesetzlich geregelt.

[41] Vgl. hierzu Mastny, S. 96, 112–118, 162, 179, 187; Naudé, S. 37–41.

[42] Detlef Brandes, Die deutsche Reaktion auf die Prager Demonstrationen im Herbst 1939, in: VfZ 23 (1975), S. 210–218.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gebauschte Berichte dahin zu bestimmen, daß „durchgegriffen" werden müsse. In einer Besprechung in der Reichskanzlei, zu der Neurath und Frank nach Berlin bestellt worden waren, befahl Hitler die Schließung der tschechischen Hochschulen, womit der tschechischen Intelligenz und ihrem Nachwuchs ein besonders harter Schlag versetzt werden sollte. In einer zweiten Besprechung, an der Neurath nicht mehr beteiligt war, gab Hitler Frank dann die weitere Weisung, die studentischen Rädelsführer erschießen zu lassen und eine größere Anzahl weiterer Studenten ins KZ zu verbringen. Frank, der unter Benutzung des Flugzeuges von Neurath um einen halben Tag früher als dieser nach Prag zurückkehrte, hat dann auch diese Befehle ohne Wissen Neuraths und vor dessen Rückkehr durchgeführt. Bei der Erschießung von neun Vertretern der Prager Studentenschaft, denen keine konkrete Schuld an den Demonstrationen nachgewiesen werden konnte, die vielmehr lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zur Studentenführung erschossen wurden, hat sich Frank auch noch der Unterschrift des abwesenden Neurath bedient[43]. Frank hatte bereits damals gezeigt, wozu er fähig war, um unter Überspielung Neuraths den von ihm und der SS gewünschten härteren Kurs gegen die Tschechen durchzusetzen.

II.

Nach Ansicht Deschners soll Heydrich seinen Posten in Prag den Tschechen gegenüber völlig unvoreingenommen angetreten haben. „Xenophobie oder Slawenhaß, eine Verachtung der Tschechen, wie sie für viele Nationalisten des Sudetenlandes und der Volksdeutschen Böhmens und Mährens charakteristisch war, war für ihn kein Thema. Sie schien ihm gänzlich fremd", heißt es in dem Schlußkapitel der Biographie[44]. Natürlich war der Reichsdeutsche Heydrich von einem ausgesprochenen Tschechen-Haß frei, wie er – zum Teil aus der historischen Entwicklung zu erklären – von so vielen Sudetendeutschen, insbesondere auch von K. H. Frank, empfunden wurde. Der so kalt und nüchtern denkende Heydrich war wohl überhaupt solchen emotionalen Empfindungen gegenüber unzugänglich. Die allgemeine Überheblichkeit des Nationalsozialismus gegenüber den Slawen als einer angeblich minderwertigen Rasse teilte jedoch auch er. Hätte Heydrich sonst in seiner ersten Geheim-Rede am 2. Okto-

---

[43] Äußerungen Neuraths im Nürnberger Verfahren, IMT XVI, S. 727; Vernehmung Völckers, IMT XVII, S. 148; sowie vor allem Erklärung Völckers v. 25. 5. 1972, BA, Ost-Dok. 21 II a 1/7. Von tschechischer Seite sind die Vorgänge eingehend dargestellt in: F. Kropač und V. Louda, Persekuce českého studentstva za okupace (Die Verfolgung der tschechischen Studentenschaft während der Okkupation), hrsg. vom Innenministerium, Prag 1946. Im übrigen wird zu den Prager Ereignissen vom Oktober und November 1939 auf die Darstellung des Verfassers in dem nächsten Band des vom Collegium Carolinum herausgegebenen Bohemia-Jahrbuchs (1979) verwiesen.

[44] Deschner, S. 323.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ber, am fünften Tage nach der Amtsübernahme, von „Tschechengesindel" sprechen können, das von dem böhmisch-mährischen Raum „nie sagen dürfe, daß es ihr Raum sei"[45]?

Im übrigen waren die Probleme des Protektorats Heydrich auch in keiner Weise fremd. Bei der Errichtung des Protektorats ist er im Gefolge Hitlers in Prag gewesen und hat Böhmen und Mähren in der Folge mehrfach besucht. Der ganze Raum war mit seinen Dienststellen der Gestapo, der Kripo und des SD durchsetzt. Im RSHA, dem Zentrum dieses ganzen Sicherheitsapparates, gab es ein eigenes mit besten Sachkennern besetztes Protektorats-Referat. In Staatssekretär Frank, dem Höheren SS- und Polizeiführer des Protektorats, hatte er „seinen Mann in Prag". Die Denkschrift Franks vom Sommer 1940 über die „Behandlung des Tschechen-Problems und die zukünftige Gestaltung des böhmisch-mährischen Raumes"[46], die für die Angehörigen der tschechischen Intelligenz, die nicht bereit waren, „den Reichsgedanken zu akzeptieren", die „Sonderbehandlung"[47] vorsah, kannte Heydrich und hatte sie ausdrücklich gebilligt[48]. Heydrich kam also den Tschechen gegenüber keineswegs unvoreingenommen oder gar aufgeschlossen nach Prag. Im Gegenteil: Er war mit der ganzen Problematik dieses Raumes und seiner Menschen vertraut und hatte für sich bereits einen bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Plan für seine künftige Politik den Tschechen gegenüber entwickelt.

Über Heydrichs Konzeption für die Behandlung der Tschechenfrage wissen wir ziemlich gut Bescheid. Bereits in seiner Geheim-Rede vom 2. Oktober vor den leitenden Beamten der Behörde des Reichsprotektors, den Oberlandräten, den Befehlshabern der Sicherheits- und Ordnungspolizei und ihren Mitarbeitern sowie den Vertretern von Partei und Wehrmacht hat er seine Gedanken für die künftige Tschechenpolitik entwickelt[49]. Dabei hat er mit erstaunlicher Offenheit ein Gesamtbild der politischen Ziele des NS-Regimes unter Einbeziehung der anderen „germanischen" Staaten und der besetzten Gebiete mit der hierbei dem Protektorat zukommenden Rolle gezeichnet[50]. Für die künftig den Tschechen gegenüber zu verfolgende Politik unterschied er dabei ein Fernziel und ein Nahziel. In Anlehnung an eine von Hitler bereits am 23. September 1940

---

[45] Král, Vergangenheit, S. 127.

[46] Ebenda, S. 65–73.

[47] Über die Bedeutung dieses Begriffs vgl. Buchheim, S. 326.

[48] Král, Vergangenheit, S. 74 f.

[49] Ebenda, S. 122–133

[50] „Ich gestehe, so unverhüllt habe ich die Ziele unserer Politik noch nie nennen hören. Das, was bisher auf diesem Gebiet bis zu uns durchsickerte, waren Nahziele, Teilziele, die immer mit militärischen Erwägungen begründet wurden. Aber das, was wir jetzt hören, sind echte Weltaufteilungspläne und der sie verkündet, ist kein Geringerer als Heydrich selbst, einer der Mächtigsten und Wissendsten des Reiches!" So urteilte einer der Zuhörer, Wilhelm Dennler (a.a.O., S. 62). Ähnlich heißt es bei Mastny (S. 185): „Selten sind die Nazi-Ziele in einer so freien und zugleich zynischen Weise dargelegt worden, wie in dieser aus dem Stegreif gehaltenen Rede, deren stenographische Niederschrift erhalten ist."

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

getroffene Entscheidung[51] konnte das allerdings erst nach Beendigung des Krieges zu verwirklichende Fernziel[52] für Heydrich nur die Germanisierung des ganzen böhmisch-mährischen Raumes sein[53].

Heydrichs Nahziel hatte zwei Seiten: sofort einsetzender grausamster Terror gegen die tschechischen Widerstandskreise, besonders unter den Intellektuellen, damit zugleich Einschüchterung der gesamten Bevölkerung auf der einen, geschicktes Bemühen um die tschechischen Arbeiter und Bauern auf der anderen Seite, um die wichtigen Beiträge des Protektorats auf dem Rüstungssektor und bei der landwirtschaftlichen Erzeugung sicherzustellen. Für die damalige Lage im Kriege hatte Heydrich die Wichtigkeit dieser zweiten Seite klar erkannt. In seiner Sprache hieß dies: „Es hat ja keinen Zweck, daß ich auf den Tschechen herumknüppele und sie mit aller Mühe und polizeilicher Einflußnahme dazu bringe, an ihre Arbeit zu gehen, wenn sie nicht tatsächlich das bekommen, was sie brauchen."[54] „Dazu gehört, daß man den tschechischen Arbeitern natürlich das an Fressen geben muß – wenn ich es so deutlich sagen darf – daß er seine Arbeit erfüllen kann."[55] Eines muß hier ganz deutlich gesehen werden: Heydrich hat in dieser Rede klar erkennen lassen, daß seine Sorge in keiner Weise den tschechischen Arbeitern und Bauern als solchen galt. Das Nahziel beruhte vielmehr allein auf taktischen Erwägungen. Bei Maßnahmen, die er zugunsten der tschechischen Arbeiter und Bauern ergreifen wolle, müsse man sich immer wieder klar vor Augen halten, „daß alles, was jetzt hier geschehen

---

[51] Über die Wirkung der Geheim-Rede Heydrichs vom 2. 10. 1941 auf die anwesenden deutschen Beamten vgl. Naudé, S. 124: „Was mich und meine engeren Freunde an Heydrichs Rede so besonders tief erschütterte, war die kalt wegwerfende Art, in der er über das tschechische Volk sprach, das immerhin durch Jahrhunderte zum Deutschen Reich und nach dessen Verfall zum Habsburger Reich gehört hatte und im März 1939 unter den Schutz und die Obhut des neuen Großdeutschen Reiches gestellt worden war. Mochte man seine Haltung gegenüber den Deutschen seit 1918 und auch in den Jahrzehnten vor dem Schicksalsjahr noch so kritisch beurteilen, – das Volk aber in seiner Gesamtheit als minderwertig abzuqualifizieren, nur dafür bestimmt – gut genährt und gefüttert, – in dienender Stellung für das Herrenvolk der Deutschen zu arbeiten – eine solche Einstellung erschien uns eines ‚Reichsprotektors' völlig unwürdig." Zu dieser Rede hat der damalige General der Ordnungspolizei Riege berichtet: Als er am folgenden Morgen in seine Diensträume kam, wartete dort der seinem Stabe zugeteilte tschechische Gendarmerieoberstleutnant X. auf ihn. Auf Rieges erstaunte Frage bat er um eine persönliche Rücksprache: „Ich möchte mir die Frage erlauben, Herr General, ob ich mit meiner Familie zu den ‚gutrassigen und gutgesinnten Tschechen' gehöre, die zur Germanisierung vorgesehen sind, oder zur ‚gutrassigen, aber schlechtgesinnten Intelligenz', die liquidiert werden muß?" Auf das erstaunte „wieso?" des Generals bekam dieser die Antwort: „Der Inhalt der gestrigen Rede des neuen Reichsprotektors hat sich heute nacht wie ein Lauffeuer durch die ganze Stadt verbreitet." Mündliche Angaben Rieges gegenüber dem Verf. am 28. 2. 1976.

[52] Brandes, S. 132.

[53] Král, Vergangenheit, S. 132.

[54] Ebenda, S. 130.

[55] Ebenda, S. 129.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

muß, eben nur eine Nahlösung ist, unter der die Endlösung nicht leiden darf"[56]. Während des Krieges komme es darauf an, daß die Tschechen ihre Arbeit in Ruhe machen, „denn wir brauchen diese Ruhe und Stille für die endgültige Vereinnahmung dieses Raumes"[57]. Um es noch deutlicher zu machen, sagte er an einer anderen Stelle seiner Rede, „daß man diesen Raum nie in einer Gestalt lassen darf, die es den Tschechen ermöglicht, zu sagen, daß es ihr Raum sei"[58].

Versucht man hier eine Zwischenbilanz zu ziehen, dann kann man zunächst nur die Frage aufwerfen: „Zuckerbrot und Peitsche" als Nahziel, später aber die zunächst noch zurückgestellte Germanisierung als Fernziel – kann das eine „Lösung" der Tschechenfrage sein, wie Deschner meint[59]? Ehe sich diese Frage beantworten läßt, wird man sich ansehen müssen, wie Heydrich sein Nahziel verwirklicht hat.

III.

Die acht Monate des Wirkens von Heydrich in Böhmen und Mähren zeigen eine äußerst geschickt aufgebaute und bis ins letzte konsequent durchdachte Politik: die große Könnerschaft, mit der er seine neue Aufgabe in Angriff nahm, die Schnelligkeit und Zielstrebigkeit, mit der er seine Pläne durchführte, das große Verständnis für die richtige Dosierung sowohl der harten wie der weichen Maßnahmen und deren richtige erfolgversprechende Abstimmung.

Am 27. September 1941, kaum in Prag eingetroffen, ließ Heydrich seinen gut vorbereiteten Plan sofort anlaufen. Erst kam die Peitsche, dann das Zuckerbrot. Noch am Ankunftstag hat Heydrich den Ministerpräsidenten Eliáš verhaften lassen, über den die Gestapo bereits ein umfangreiches Aktenstück besaß. Über diese Verhaftung wurde Staatspräsident Hácha telefonisch durch den Befehlshaber der Sicherheitspolizei unterrichtet mit der gleichzeitigen Mitteilung, daß Heydrich ihm am nächsten Vormittag seinen Antrittsbesuch machen würde[60].

Am Abend seines Ankunftstages verhängte Heydrich aufgrund einer von ihm erlassenen Verordnung, deren Bekanntgabe ab 22.00 Uhr über den Rundfunk, am nächsten Tag durch die Presse und Plakatanschlag erfolgte, den Ausnahmezustand und setzte Standgerichte ein[61]. Diese Standgerichte konnten nur auf Todesstrafe, Überweisung an die Gestapo oder Freispruch erkennen. Damit

---

[56] Ebenda, S. 132.
[57] Ebenda, S. 131.
[58] Ebenda, S. 127.
[59] Deschner, S. 323.
[60] Notiz von Háchas Büro v. 28. 9. 1941, Dokumenty z historie československé politiky, 1939–1943, II., S. 625.
[61] VO des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren über die Verhängung des zivilen Ausnahmezustandes vom 27. 9. 1941, VBlRProt. S. 527, und Erlaß zu dieser VO v. 28. 9. 1941, VBlRProt. S. 529.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde im Protektorat zweieinhalb Jahre nach seiner Errichtung etwas völlig Neues eingeführt. Wohl durch keine andere Maßnahme kam die einschneidende Wirkung des Wechsels von Neurath zu Heydrich stärker zum Ausdruck als durch die Einsetzung der Standgerichte. Bisher hatte es neben der bestehengebliebenen autonomen Gerichtsbarkeit im Protektorat neu errichtete ordentliche deutsche Zivil- und Strafgerichte für die deutschen Bewohner des Protektorats und Wehrmachtsgerichte gegeben[62]. Die ordentlichen Strafgerichte waren allgemein für politische Straftaten, also insoweit auch für Tschechen, die Wehrmachtsgerichte u. a. auch für Sabotageakte zuständig. Bei allen diesen Gerichten gab es in Gesetzestexten genau festgelegte Verfahrensvorschriften.

Demgegenüber waren die von Heydrich eingesetzten Standgerichte lediglich an die ganz geringen in § 4 Abs. 2 der erwähnten Verordnung aufgeführten Verfahrensvorschriften gebunden:

> „Die Namen der Richter, des Verurteilten und der Zeugen, auf deren Aussage das Urteil gestützt wird, ferner die Straftat sowie der Tag der Verurteilung sind schriftlich festzuhalten."

Das Verfahren vor den Standgerichten war danach praktisch ganz formlos. Wichtige Fragen wie die der Verteidigung des Angeklagten waren überhaupt nicht geregelt. Auch war keine ins einzelne gehende schriftliche Begründung des Urteils vorgeschrieben, es brauchten lediglich die Straftat und die Namen der Zeugen „festgehalten" zu werden. Vor allem aber mußte der Vorsitzende des Strafgerichts, anders als es nach den früheren deutschen und österreichischen Militärstrafgerichtsordnungen auch bei außerordentlichen Gerichten immer vorgeschrieben war, nicht die Befähigung zum Richteramt haben. Die Standgerichte Heydrichs werden daher nur in den seltensten Fällen einen richterlich vorgebildeten Vorsitzenden gehabt haben. Meistens werden sie sich aus einem SS-Führer als Vorsitzenden und zwei Angehörigen der Gestapo oder Kripo zusammengesetzt haben. Von einem Gerichtsverfahren im eigentlichen Sinne wird man daher bei diesen Standgerichten gar nicht sprechen können[63].

Die Standgerichte haben sofort eine umfangreiche Tätigkeit ausgeübt. Nach zwei Monaten waren bereits rd. 400 Todesurteile ausgesprochen und vollstreckt worden. Bei den Verurteilungen der ersten Tage handelte es sich um Personen, die schon viel früher verhaftet worden waren[64]. In der gleichen Zeit waren über 4000 Verhaftungen erfolgt. Der von Heydrich beabsichtigte Erfolg einer vollständigen Einschüchterung der Regierung des Protektorats und der ganzen tschechischen Bevölkerung war erreicht.

Dem Ziel einer solchen Einschüchterung diente auch die sofortige Durchführung des Verfahrens gegen den verhafteten Ministerpräsidenten Eliáš. Der

---

[62] Vgl. hierzu die Übersicht bei Mastny, S. 95.

[63] Daß es sich bei der Tätigkeit der „Standgerichte" Heydrichs gar nicht um Gerichtsverfahren im eigentlichen Sinne handelte, kommt bei Deschner nicht zum Ausdruck.

[64] Brandes, S. 242, mit weiterem Quellennachweis.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Prozeß fand bereits am 1. Oktober vor dem ausnahmsweise in Prag tagenden Volksgerichtshof statt und endete vier Stunden nach dem Beginn der Verhandlung mit der Verurteilung zum Tode wegen Hoch- und Landesverrat[65]. Die Vollstreckung wurde zunächst noch ausgesetzt und erfolgte erst nach dem Attentat auf Heydrich.

Aber auch die andere Seite seiner „Doppelstrategie" setzte Heydrich bald ein. Am 9. Oktober, genau zwei Wochen nach der Übernahme seines neuen Amtes, hob er die Sperrstunde auf und ließ drei Tage lang die Standgerichte keine Urteile fällen. Jetzt forderte er die Einheitsgewerkschaft auf, in den Betrieben Versammlungen abzuhalten, in denen die Arbeiter offen über ihre Sorgen sprechen sollten. Am 24. Oktober empfing Heydrich dann die Sprecher der Arbeiterschaft auf der Prager Burg. Mit dieser Geste hatte Heydrich einen ausgesprochenen Erfolg. Die hier von ihm gezeigte Arbeiterfreundlichkeit – er begrüßte die einzelnen Delegierten mit Handschlag, ging von Tisch zu Tisch und ließ sich von ihnen über die Schwierigkeiten in den Betrieben berichten – machte einen großen Eindruck auf die Bevölkerung. In den Gewerkschaftszeitungen wurde es lobend hervorgehoben, daß hier zum erstenmal etwas geschah, was es in zwanzig Jahren Tschechoslowakischer Republik nicht gegeben hatte: den Empfang einer Arbeiter-Delegation auf der Prager Burg!

Der große Polizist, als der Heydrich sich in der Leitung des RSHA „bewährt" hatte, hatte damit jetzt im Protektorat gezeigt, daß er in eigener Sache auch ein meisterhafter Propagandist war. Als solchem ist es ihm dann auch gelungen, die von ihm im Protektorat angetroffene Lage sehr viel schlechter und ungünstiger erscheinen zu lassen, als sie wirklich war, um auf diese Weise seine eigene Leistung für die Tschechen stärker hervorheben zu können. Nach dem Niederschlag, den diese in geschickter Regie betriebene Propaganda bei Deschner gefunden hat, soll Heydrich bei seinem Dienstantritt im Protektorat eine Situation vorgefunden haben, die u. a. durch folgendes charakterisiert war: ungenügende Löhne und eine völlig unzureichende soziale Versorgung der tschechischen Arbeiter[66], Rückgang der Rüstungsproduktion in den vorangegangenen drei Monaten

---

[65] Eine kritische Beurteilung dieses Prozesses, wie sie durch die gründliche Expertise von Helmut Heiber, Zur Justiz im Dritten Reich. Der Fall Eliáš, in: VfZ 3 (1955) S. 275–396, erfolgt ist, fehlt bei Deschner. Abgesehen von dem überaus fragwürdigen und gegen alle rechtsstaatlichen Grundsätze verstoßenden Zusammenwirken Heydrichs mit dem damaligen Präsidenten des Volksgerichtshofs, Dr. Otto Thierack, bei der Verlegung dieses Verfahrens nach Prag und der Ausschaltung der Oberreichsanwaltschaft (die Anklage wurde von der Prager Gestapo vertreten), hat Heiber überzeugend dargelegt, daß das Material, das der SD gegen den tschechischen Ministerpräsidenten zusammengetragen hatte, „trotz aller Bemühungen alles andere als überzeugend war. Irgendwelche aktive Betätigung gegen das Reich war Eliáš überhaupt nicht nachzuweisen" (S. 279/280). „Ein Verbrechen nach dem Landesverratsparagraphen 80 StGB, der unweigerlich aufs Schafott führte, war Eliáš nicht nachzuweisen" (S. 289).

[66] Deschner, S. 233.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um durchschnittlich 18 v. H., teilweise bis zu 35 v. H., und eine ausgesprochen schlechte Versorgungs- und Ernährungslage[67].

Die Wirklichkeit sah anders aus, wie ein Rückblick auf die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Protektorats seit dem Frühjahr 1939 klar erkennen läßt: Bei der Errichtung des Protektorats lagen die Preise um durchschnittlich 25 v. H., die Löhne jedoch um rd. 50 v. H. unter dem Reichsniveau. Die Angleichung an die Preise und Löhne im Reich wurde bis zum Zeitpunkt der Zollunion zwischen Protektorat und Reich, die für den 1. Oktober 1940 vorgesehen war, weitgehend durchgeführt. Im Herbst 1940, also bereits ein Jahr vor dem Dienstantritt Heydrichs, waren die Löhne im Protektorat daher wesentlich stärker als die Preise gestiegen, was eine Verbesserung des Realeinkommens der Arbeiter bedeutete[68]. Da Lohnanhebungen während der ganzen Protektoratszeit durchgeführt wurden, hat es solche natürlich auch während der Tätigkeit Heydrichs im Protektorat gegeben.

Die soziale Versicherung der tschechischen Arbeiter lag im Frühjahr 1939 erheblich unter der der Arbeiter im Reich. Auch hier war daher eine Angleichung an das Reich notwendig, zumal die zahlreichen dorthin vermittelten Arbeitskräfte aus dem Protektorat in den vollen Genuß der höheren Reichsversicherung kamen. Die Angleichung vollzog sich zunächst in zwei Etappen durch Verordnungen vom Februar 1940 und Mai 1941, durch die die Renten um 40 v. H. und dann um weitere 20 v. H. erhöht wurden. Damit war generell der Stand der Reichsversicherung erreicht. Als diese im Juli 1941 eine wesentliche Verbesserung erfuhr, wurden sofort auch im Protektorat weitere Maßnahmen notwendig und vorbereitet. Sie führten dazu, daß zum 1. April 1942 die Renten der Versicherten um weitere 20 v. H., die der Witwen um 33 v. H. und die der Waisen um 75 v. H. stiegen. Außerdem waren im Protektorat bereits im Jahre 1940 die Unfallversicherung verbessert und die – in der Tschechoslowakei früher unbekannte – Arbeitslosenversicherung eingeführt worden[69].

Die bedeutende Rüstungsindustrie Böhmens und Mährens, die bereits nach Errichtung des Protektorats große Aufträge aus dem Reich übernahm, hat bis zum Ende des Krieges zur vollen Zufriedenheit der deutschen Rüstungsinspektion in Prag gearbeitet. Besucher aus dem Reich waren immer wieder erstaunt darüber, daß Sabotage-Akte in der Rüstungsindustrie des Protektorats weit geringer waren als in der des Reichs. Ihre umfangreiche Produktion hat nach der sehr genauen und noch vollständig erhaltenen Berichterstattung der Rü-

---

[67] Ebenda, S. 210.

[68] Stat. Jahrb. für Böhmen und Mähren, Bd. III (1943), S. 121, und Bd. IV (1944), S. 154. Hermann Wirth, Löhne, Preise und Kaufkraft im Protektorat, in: Böhmen und Mähren 1940, S. 192.

[69] Schriftliche Angaben von Joseph Schneider, Präsident des Bundessozialgerichts a. D., damals Referent für Sozialversicherung in der Gruppe Arbeit der Behörde des Reichsprotektors, gegenüber dem Verf. am 12. 4. 1978.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stungsinspektion Prag auch im Sommer 1941 keine Beeinträchtigung erfahren[70].

Auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung des Protektorats erweckt die Darstellung Deschners den Eindruck, daß – vor Heydrichs Dienstantritt – nicht nur die tschechische, sondern auch die deutsche Verwaltung mit der schwierigen Situation auf dem Ernährungssektor nicht fertig geworden sei. Tatsächlich war die Versorgungslage im Protektorat während der ganzen Dauer des Krieges jedoch durchaus zufriedenstellend, wie vor allem eine Untersuchung der Stanford University vom Jahre 1953 festgestellt hat[71]. In enger Zusammenarbeit zwischen deutscher und tschechischer Verwaltung und unter Verwendung der in den vorangegangenen Jahren im Reich bei der „landwirtschaftlichen Erzeugungsschlacht" gemachten großen Erfahrungen war es gelungen, die Agrarproduktion des Protektorats erheblich zu steigern und auch die infolge nicht mehr möglicher Einfuhren entstandenen Fleisch- und Fettlücken so weit zu schließen, daß das Protektorat nur noch auf gewisse Zuschüsse des Reichs angewiesen war.

Die Lebensmittelzuteilungen für die im Protektorat lebenden Tschechen und Deutschen waren gleich[72]. Sie entsprachen auch im allgemeinen den Zuteilungen im Reich, allerdings mit Ausnahme der Fettmengen. Diese waren geringer als im Reich. Zum Ausgleich dafür gab es im Protektorat höhere Zuteilungen an Zucker, Mehl und Milch, Abweichungen, die auch die Ernährungsgewohnheiten der tschechischen Bevölkerung berücksichtigten.

Als Hauptgrund für eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung durch Heydrich nennt Deschner dessen energische Bekämpfung von Schwarzschlachtungen und Schleichhandel[73]. Es ist richtig, daß Heydrich mit aller Schärfe gegen Mißstände auf dem Fleischsektor vorgegangen ist. Unter den Hingerichteten befanden sich zahlreiche Fleischer und Viehhändler. Nach Berechnungen von Experten waren aber selbst die relativ umfangreichen Beschlagnahmungen keineswegs ausreichend, um die Zuteilung auch nur für eine Versorgungsperiode spürbar anzuheben[74]. Es war bezeichnend, daß die Rüstungsinspektion in Prag sich genötigt sah, in einem Rundschreiben an die Rüstungsbetriebe, deren Werkskantinen die beschlagnahmten Mengen nach der von Heydrich groß herausgestellten Propa-

---

[70] Berichte der Rüstungsinspektion Prag im Bundesarchiv/Militärarchiv in Freiburg. Auch mehreren damals in Rüstungsbetrieben des Protektorats eingesetzten deutschen Beauftragten ist nicht das Geringste von einem Produktionsrückgang im Sommer 1941 bekannt.

[71] Karl Brandt, Management of Agriculture and Food in the German-Occupied and Other Areas of Fortress Europe. A Study in Military Government, Stanford University Press 1953, S. 261–295.

[72] Erst im Jahre 1942 bekam die deutsche Bevölkerung des Protektorats eine Fett-Sonderzuteilung. Diese Regelung erfolgte auf Verlangen der Partei, um die im Protektorat lebenden Deutschen versorgungsmäßig den Deutschen im Reich gleichzustellen. Diese Sonderzuteilung wurde durch Zuschüsse aus dem Reich gedeckt.

[73] Deschner, S. 230 f.

[74] Mündliche Angaben von Theodor Gross, damals Leiter der Gruppe Ernährung und Landwirtschaft, gegenüber dem Verf.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ganda zugeleitet werden sollten, darauf hinzuweisen, „daß von Anträgen auf Zuteilung aus den beschlagnahmten Beständen abzusehen ist“[75]. Schließlich soll Heydrich persönlich durch Vorstellungen im Reichsernährungsministerium in Berlin Sonderzulagen an Fett für die Rüstungsarbeiter durchgesetzt haben[76]. Die Voraussetzungen für diese im Oktober 1941 eingeführte Fettzulage waren jedoch noch zur Zeit Neuraths durch Besprechungen des Leiters der Gruppe Landwirtschaft und Ernährung in Prag mit dem Reichsernährungsministerium geschaffen worden[77].

Heydrich hat zweifellos viel zur Verbesserung der Lage der tschechischen Arbeiter beigetragen. Hier ist insbesondere hervorzuheben, was er für die Rüstungsarbeiter durch Sonderzuteilungen an Tabakwaren und Arbeitsbekleidung wie auch durch die Einrichtung von Erholungszeiten in Kurorten getan hat. Trotzdem muß festgestellt werden, daß die allgemeine Lage, die Heydrich im September 1941 im Protektorat antraf, keineswegs so negativ war, wie seine geschickte Propaganda es erscheinen ließ. Und vieles von Heydrichs Wirken im Protektorat ist nicht zuletzt dank der Grundlagen ermöglicht worden, die bereits vor seinem Amtsantritt in enger Zusammenarbeit von deutscher und tschechischer Verwaltung geschaffen worden waren.

IV.

Was nun die Art der „Lösung“ angeht, die Heydrich für die „Tschechenfrage“ vorschwebte, so kommt sie sehr deutlich zum Ausdruck, wenn man sie einmal ohne jede Beschönigung in ganz einfache Worte faßt:

„Tschechischer Arbeiter und tschechischer Bauer, wenn Du bereit bist, bei uns unter Aufgabe Deines Volkstums mitzuarbeiten, dann werden wir Dich als gleichberechtigten Deutschen aufnehmen und Dir alle Segnungen des Nationalsozialismus zugute kommen lassen, dann wirst Du teilhaben können an den gewaltigen Möglichkeiten eines großen Volkes von bald hundert Millionen, dann brauchst Du Dir über Deine Zukunft keine Sorgen mehr zu machen! Allerdings können wir den führenden Schichten Deines Volkes, die nicht bereit sind, sich zum Reichsgedanken zu bekennen, und die wir daher beseitigen müssen, ein gleiches Angebot nicht machen.“

Waren solche Möglichkeiten – allerdings ohne Androhungen für den Fall der Ablehnung – nicht früher schon den mehr als drei Millionen Sudetendeutschen von den Tschechen und den 300 000 Südtirolern von den Italienern eröffnet worden, und haben diese die Zumutung, ihr eigenes Volkstum aufzugeben, unter

[75] Rüstungsinspektion Prag v. 7. 11. 1941, BA, WO 8-122/9, S. 83–93.

[76] Deschner, S. 235 f.

[77] Vgl. Anm. 74, damit übereinstimmend Paul Hunecke, Teilnehmer an der Besprechung im Reichsernährungsministerium in Berlin.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht nicht mit aller Schärfe zurückgewiesen? Ist es daher berechtigt, die solche Ziele verfolgende Tschechenpolitik Heydrichs als „Lösung" zu bezeichnen?

In den Handakten des Staatssekretärs von Weizsäcker hat sich eine offenbar von einem besonderen Kenner des deutsch-tschechischen Verhältnisses im Frühjahr 1939 verfaßte anonyme Denkschrift „Gesichtspunkte über die Aufgabe des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren" gefunden. Sie enthält den entscheidenden Satz: „Die tschechische Frage ... kann nur auf das Großzügigste oder gar nicht gelöst werden."[78] Betrachtet man Heydrichs Tätigkeit im Protektorat unter diesem Aspekt, dann kommt man um die Feststellung nicht herum, daß die Maßnahmen, die er „zur Lösung der Tschechenfrage" getroffen oder ins Auge gefaßt hat, besonders wenn man sich seine Unterscheidung von Nahziel und Fernziel vor Augen hält, dieses Problem im Grunde nur immer unlösbarer gemacht haben. Letzten Endes fehlte es Heydrich zu einer befriedigenden Lösung der Tschechenfrage schon an ganz persönlichen, im Charakterlichen liegenden Voraussetzungen. Wo Großzügigkeit am Platze gewesen wäre, kannte er nur verschlagene Gewandtheit, statt von dem Bemühen um gegenseitiges Vertrauen, das für eine wirkliche Lösung notwendig gewesen wäre, war sein Handeln letzten Endes von Unehrlichkeit gekennzeichnet. „Aufrichtigkeit war ihm nicht nur fremd, sondern im Grund unverständlich."[79]

Nach dieser auf seine Zeit in Böhmen und Mähren beschränkten Betrachtung noch eine allgemeine Bemerkung zu Heydrich. Deschner hat zweifellos die bisher gründlichste Biographie dieser Größe des Dritten Reichs geschrieben. Er hat neben vielem Negativen, neben all den von Heydrich zu verantwortenden Greueltaten, auch so manches Positive gefunden. Er hebt Heydrichs „soldatische Haltung", seine sportlichen Hochleistungen, seinen „außergewöhnlichen politischen Instinkt" hervor, er sieht in ihm einen Kristallisationspunkt für die „intelligentesten Männer, die der Nationalsozialsmus je zu engagieren verstand" und konstatiert eine „Mischung von historischer Unbehaglichkeit und aktueller Faszination". Ist die Gesamtbeurteilung Heydrichs dadurch nicht viel zu gut ausgefallen? Zweifellos hat Heydrich Format gehabt. Das dürfte auch sein nur kurzes Wirken in Prag gezeigt haben. Aber bleibt er nicht dennoch allenfalls ein großer und erfolgreicher Bösewicht von Format?

---

[78] „Gesichtspunkte über die Aufgabe des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren", ohne Datum, PA, AA/Staatssekretär, Bd. 9, 220888 – 99.

[79] Joachim C. Fest, Das Gesicht des Dritten Reichs, München 1963, S. 149.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

REINER POMMERIN

RASSENPOLITISCHE DIFFERENZEN IM VERHÄLTNIS DER ACHSE BERLIN–ROM 1938–1943

Anläßlich der Diskussion über das Thema „Totalitarismus–Faschismus. Eine wissenschaftlich-politische Kontroverse" im Institut für Zeitgeschichte, München, hat Karl Dietrich Bracher den Vorschlag wiederholt, Nationalsozialismus, Faschismus und kommunistische Diktaturen nebeneinander unter den Begriff des Totalitarismus zu stellen und auf einen, dem unbegrenzten Klischeegebrauch ausgelieferten, allgemeinen Faschismusbegriff zu verzichten[1]. Dies regt dazu an, einmal nach den Unterschieden in den rassenpolitischen Vorstellungen des italienischen Faschismus und des Nationalsozialismus zu fragen.

In einer Stellungnahme zu dem Problem, ob die italienische Regierung in der Zeit vom Sommer 1941 bis zum Herbst 1943 von der nationalsozialistischen Regierung zu judenfeindlichen Maßnahmen veranlaßt worden sei, mußte Helmut Heiber in einem Gutachten vom Juli 1957 noch auf das Fehlen jeglicher Unterlagen zu diesem Fragenkomplex hinweisen[2]. Auf Grund der inzwischen in der Serie D und E der Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik abgedruckten und der uns im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes zugänglichen ungedruckten Dokumente läßt sich die Frage nach der Art und Weise der Beeinflussung der italienischen Rassenpolitik durch den deutschen Achsenpartner ab 1938 heute präziser beantworten.

Mit der Veröffentlichung des Manifests „Der Faschismus und die Rassenfrage" vom 14. Juli 1938[3] führte Italien nicht eine schon vorhandene Linie faschistischer Rassenpolitik fort, sondern vollzog nach Meinung des Pressebeirats Mollier an der deutschen Botschaft in Rom eine scharfe und entscheidende Wendung[4]. Die in einem Bericht über die Genesis der deutsch-italienischen Zusammenarbeit auf rassenpolitischem Sektor aufgestellte Behauptung, erste Anregungen zu einer Zusammenarbeit auf diesem Gebiet seien von Italien ausgegangen, ist unrichtig. Schon bevor der Leiter des Amtes zum Studium der Rassefragen im „Ministero della Cultura Popolare", Prof. Guido Landra, durch seinen Minister Dino Alfieri

---

[1] Vgl. dazu Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Dezember 1978, S. 23; vor allem aber Karl Dietrich Bracher, Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München ²1976.

[2] Vgl. dazu Helmut Heiber, Die deutsche Beeinflussung der Rassenpolitik des faschistischen Italien bis 1943, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Band II, Stuttgart 1966, S. 80.

[3] Das Manifest ist abgedruckt als Dokument Nr. 16 in: Renzo De Felice, Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo, Turin 1972, S. 541 f.

[4] Deutsche Botschaft Rom an das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, 25. 8. 1938, S. 5 f., in Inland I Partei 84/6, Politisches Archiv Auswärtiges Amt (künftig zit.: PA AA).

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aufgefordert worden war, mit dem Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, Dr. Walter Gross, Verbindung aufzunehmen[5], hatte dieser zusammen mit Ministerialdirektor Gütt vom Reichsministerium des Innern im Juni 1938 eine Besuchsreise nach Italien geleitet, um dort Kontakte zu knüpfen. Gross führte ein Gespräch mit dem Präfekten der Generaldirektion „Demographie und Rasse" im Innenministerium, Antonio La Pera, und lud diesen zu einem Besuch für den Herbst 1938 nach Deutschland ein. La Pera sollte dort erbbiologische Institute und praktische Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung der deutschen Rasse kennenlernen[6].

Trotz solcher Kontakte überraschte das Manifest die deutsche Seite völlig. Botschaftsrat von Plessen hatte am 23. Juli 1938, gut acht Tage nach Veröffentlichung des Schriftstücks, noch nicht einmal dessen Verfasser in Erfahrung bringen können, glaubte aber, es sei auf Grund einer persönlichen Anordnung Mussolinis verfaßt und von diesem vor der Veröffentlichung geprüft und genehmigt worden[7]. Gänzlich im dunkeln tappten die verschiedenen deutschen Berichterstatter aus Rom in der Beurteilung dessen, was den Faschismus so plötzlich veranlaßt haben könnte, „das Banner des Rassismus" zu entfalten[8].

Plessen glaubte, die vom Faschismus seit dessen Machtübernahme eingeleitete Entfernung von Juden aus einflußreichen Positionen in Staat und Gesellschaft habe einer theoretischen Grundlage bedurft. Das Rassenbewußtsein solle ins Volk als eine zeitgemäße Forderung des faschistischen Imperialismus getragen werden, um den Begriff „italienische Rasse" deutlich von den nicht zur italienischen Rasse gehörenden Juden abzuheben. Haupthintergrund für das Manifest bilde eine Aktion, die den Rassegedanken in die Staatsmaschine einbauen und sich darüber hinaus auf das ganze italienische Volk ausdehnen werde[9]. Was Plessen hier unter „Aktion" verstand, blieb allerdings offen.

Pressebeirat Mollier machte als einen Grund für die Veröffentlichung des Dokuments gar die Aufdeckung einer maßgeblich von Juden angezettelten Verschwörung gegen den Faschismus aus. Den eigentlichen Anlaß und die Ursachen des plötzlichen Bekenntnisses Italiens zu ergründen, sei allerdings unmöglich, da man dazu in die Gedanken Mussolinis eingeweiht sein müsse. Das sprunghafte Anwachsen der Zahl der ausländischen Juden in Italien führte nicht nur Mollier[10],

---

[5] Aufzeichnung „Deutsch-italienische Zusammenarbeit auf rassenpolitischem Gebiet", S. 1, in: Inland I Partei 84/2, PA AA.

[6] Aufzeichnung Frercks „Zur Entwicklung der Rassenfrage in Italien, 31. 10. 1938", S. 1, in: Inland I Partei 84/2, PA AA. Die geplante Reise nach Deutschland sagte La Pera auf Grund der plötzlichen Entwicklung in Italien und einer damit zusammenhängenden Dienstreise nach Afrika ab.

[7] Deutsche Botschaft Rom an Auswärtiges Amt, Nr. 4530/38, 23. 7. 1938, S. 1, in: Inland I Partei 84/6, PA AA.

[8] Aufklärungsausschuß Hamburg-Bremen an Auswärtiges Amt, 14. 9. 1938, S. 3, in: Inland I Partei 84/6, PA AA.

[9] Siehe Anmerkung 7.

[10] Siehe Anmerkung 4.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sondern auch ein uns unbekannt bleibender Vertrauensmann des Aufklärungs-Ausschusses Hamburg–Bremen in Rom als eine der Ursachen des Manifestes an. Die aus Deutschland eingewanderten Juden seien Anlaß für die Veröffentlichung, denn ihnen sei es schnell gelungen, sich in Rom wirtschaftlich günstige Positionen zu verschaffen; besonders falle der Zustrom zu den Hochschulen auf. Er führte weiter aus: „Die immer wachsende Erkenntnis, daß unter den Weltfeinden des Faschismus Juden stets an erster Stelle stehen und daß diese Feindschaft nicht abzuwenden ist, die Erkenntnis, daß die Entwicklung der Beziehungen zu England, Frankreich und Amerika nicht die geringsten Anzeichen aufweist, daß sie wieder in die Bahnen der Zeit vor 1935 gelenkt werden können, könnte im Hinblick auf eine doch unvermeidliche Auseinandersetzung den Willen ausgelöst haben, rechtzeitig klaren Tisch zu machen."[11]

Den Vorwurf, der Faschismus kopiere in der Rassenpolitik den Nationalsozialismus, erhob als erster Papst Pius XI. in einer Rede in Castel Gandolfo am 28. Juli 1938. Damit setzte der Papst seine Verurteilung des Antisemitismus fort, die sich schon in der Enzyklika „Mit brennender Sorge" vom 14. März 1937, der ebenfalls 1937 erfolgten Indizierung eines den Antisemitismus in Italien propagierenden Buches und anderen Schritten offenbart hatte[12]. Mussolinis Antwort in einer Rede am 30. Juli in Forli, „es sei lächerlich zu behaupten, der Faschismus habe jemanden oder etwas nachgeahmt", konnte diese Vorstellung in der internationalen Öffentlichkeit nicht mehr abbauen, die sich die Ansicht des vatikanischen Korrespondenten des Brüsseler „Soir" zu eigen machte: der sich plötzlich in Italien ausbreitende Antisemitismus sei zwischen dem Duce und Hitler in völliger Übereinstimmung beschlossen worden[13]. Selbst Mollier, der einen direkten Einfluß von deutscher Seite auf die plötzliche Wendung in der italienischen Rassenpolitik nicht entdecken konnte, glaubte, die wichtigsten Elemente bei der Formung einer italienischen Rassenauffassung seien der Rassentheorie des Nationalsozialismus zu verdanken. Dies dürfe der Faschismus aus Gründen des Selbstbewußtseins jedoch nicht zugeben[14].

Ein Mitarbeiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, Dr. Frercks, sah die Inangriffnahme einer faschistischen Rassenpolitik durch Mussolini als eine Nachwirkung des Führerbesuchs an. Nach Aussagen Prof. Landras hatte ein unmittelbar nach Hitlers Besuch unternommener Vorstoß von Interlandi, dem Herausgeber des „Il Tevere", den im Zuge der politischen Entwicklung der Achse Berlin–Rom günstigsten Moment bei Mussolini getroffen. Aus der Tatsache, daß Prof. Cogni das Manifest nicht mitunterschrieben habe, weil er, laut Angaben Landras,

---

[11] Siehe Anmerkung 4.

[12] Vgl. dazu Rudolf Lill, Die deutschen Katholiken und die Juden in der Zeit von 1850 bis zur Machtübernahme Hitlers, in: Kirche und Synagoge. Handbuch zur Geschichte von Christen und Juden, hrsg. von Karl Heinrich Rengstorf und Siegfried von Kortzfleisch, Band II, Stuttgart 1970, S. 365 f.

[13] Rohmaterial des Deutschen Nachrichtenbüros Nr. 215, 6. 8. 1938, S. 10.

[14] Siehe Anmerkung 4.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch Übernahme deutscher Positionen für die italienische Mentalität zu rücksichtslos geworden sei, zog Frercks den Schluß, das Manifest habe den politischen Zweck, die italienische Originalität und Wissenschaftlichkeit in der Rassenfrage zu betonen[15]. Der Auftrag Frercks', bei seiner Reise nach Rom inoffizielle Kontakte zu den Unterzeichnern des Manifests herzustellen, zeigt jedenfalls, daß die entsprechende deutsche Stelle, das Rassenpolitische Amt der NSDAP, vor der Veröffentlichung des Schriftstücks keinen Kontakt zu den Verfassern und damit auch keinen Einfluß auf sie hatte. Die deutsche Überraschung zeigt aber auch, daß der rassenpolitische Gedanke, insbesondere der Antisemitismus, bisher offensichtlich keineswegs als integrativer Bestandteil des Faschismus gegolten hatte.

Einig waren sich allerdings alle aus Rom kommenden Kommentare in der Beurteilung dieses italienischen Schrittes. Für den Berichterstatter des Rassenpolitischen Amtes stand der mit dem Aufgreifen des Rassegedankens – scheinbar – erfolgte kulturpolitische Einbruch in das geistige Gefüge des Faschismus im Vordergrund. Endlich sei die Isolierung, in der das nationalsozialistische Deutschland bisher auf diesem Gebiet gestanden habe, durchbrochen[16]. Die Entlastung durch ein „zweites Heer" in der Rassenfrage betonte der Vertreter des Auswärtigen Amts; ihm erschien aber naturgemäß die Tatsache interessanter, daß Italien durch das Bekenntnis zum Rassismus eine Verschlechterung der Atmosphäre zwischen sich und den westlichen Demokratien nicht mehr scheue. Dies festige die Achse Rom–Berlin in außenpolitischer Hinsicht und verstärke eine geistige und innere Verwandtschaft zwischen Nationalsozialismus und Faschismus. Obgleich Deutschland im Bereich der Rassentheorie einen Vorsprung besitze, sei manche Anregung vom italienischen Rassismus zu erwarten[17].

Nach dem Erscheinen der ersten Nummer der Zeitschrift „La difesa della razza" am 6. August 1938 endete die deutsche Euphorie über das plötzliche Engagement des Faschismus in der Rassenfrage. Nach ersten Maßnahmen – so dem Ausschluß ausländischer Juden vom Hochschulstudium in Italien und der Festsetzung einer dem prozentualen Anteil der italienischen Juden an der Gesamtbevölkerung entsprechenden Quote bei der Verwendung von Juden in Staatsämtern – folgte in Deutschland jähe Ernüchterung, als der italienische Ministerrat am 1. und 2. September 1938 eine Reihe von Entschlüssen zur Rassenpolitik faßte. Von den drei Gesetzentwürfen, Schutz der Rasse in den Schulen, Bildung eines Obersten Rats für Bevölkerungs- und Rassenpolitik beim Ministerium des Innern, Einwanderungsverbot und Ausweisung der nach dem 1. Januar 1919 zugewanderten Juden, war es besonders der letztere, der an der deutschen Botschaft in Rom den Geschäftsträger Strautz befürchten ließ, das Gesetz werde seinen Zweck nicht erfüllen. Der Begriff „Jude" schien ihm im Vergleich mit der Ersten Verordnung zum deutschen Reichsbürgergesetz – nach der ein Elternteil als volljüdisch galt, wenn

[15] Siehe Anmerkung 5.
[16] Ebenda.
[17] Siehe Anmerkung 4.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörte[18] – im italienischen Gesetzentwurf unzureichend definiert. Es sei zu befürchten, daß Italien vom Judentum nicht befreit werde und daß die Juden, denen der Nachweis eines arischen Vorfahren gelänge, noch stärker zu einer antiarischen Abwehrfront zusammenfinden würden[19]. Die Bitten La Peras um Überlassung eines Textes der Nürnberger Gesetze[20] und der Wunsch eines Sachbearbeiters aus dem italienischen Finanzministerium nach einem Auszug der reichsdeutschen Vorschriften über die Kapitalfluchtsteuer[21] signalisierten noch keineswegs den Beginn einer italienisch-deutschen Zusammenarbeit auf dem rassenpolitischen Sektor.

Die Beschlüsse des Ministerrats vom 1. und 2. September wurden – in der aus deutscher Sicht keineswegs als ausreichend betrachteten Form – am 12. und 13. September 1938 verabschiedet. Sie boten Botschafter von Mackensen Anlaß, in seiner Berichterstattung auf die zurückhaltende, zum Teil sogar ablehnende Haltung in der italienischen Bevölkerung gegenüber diesen Gesetzen hinzuweisen. Die Notwendigkeit dieser Gesetze sei noch nicht tief genug in das italienische Volk eingedrungen[22].

Gegenüber dem vom 10. bis 19. Oktober 1938 in Rom weilenden Dr. Frercks gab Minister Dino Alfieri der Hoffnung auf Zusammenarbeit mit deutschen Stellen Ausdruck und verwies ihn zu weiteren Gesprächen an Prof. Landra. Während Frercks in diesem Gespräch schon mangels Weisungen äußerst passiv blieb, äußerte Landra einige italienische Wünsche. So regte er an, einen möglichst großen Kreis von italienischen Mitarbeitern nach Deutschland zu entsenden, da Italien nur über wenige anthropologische Forschungsinstitute verfüge. Ein weiterer Vorschlag umfaßte die Gründung einer deutsch-italienischen Akademie zur Rassenfrage. Schließlich sollten die in der Literatur Deutschlands und Italiens enthaltenen Stellen ausgemerzt werden, die dem nationalen Gefühl widersprächen. Mehrere deutsche Bücher enthielten Passagen, die von einer Unterlegenheit des mediterranen Menschen sprächen. In Italien wolle man dafür die Auffassung vom Barbarentum der Germanen bereinigen[23]. Vorschläge dieser Art konnten in Deutschland schwerlich die Überzeugung wecken, in Italien einen Bündnisgenossen gegen die Juden gefunden zu haben. Mussolinis Bitte an Reichsaußenminister von Ribbentrop, etwas für die Verbesserung des Verhältnisses der Achsenmächte

---

[18] Reichsgesetzblatt I, 1935, S. 1333, 14. 11. 1935.

[19] Deutsche Botschaft Rom an Auswärtiges Amt, Nr. 5441/38, 5. 9. 1938, in: Inland I Partei 84/6, PA AA.

[20] Generaldirektion Bevölkerungs- und Rassenpolitik an den Geschäftsträger des Deutschen Reiches, 8. 9. 1938, in: Inland I Partei 84/6, PA AA.

[21] Deutsche Botschaft Rom an Auswärtiges Amt, Nr. 5773/38, 20. 9. 1938, in: Inland I Partei 84/6, PA AA.

[22] Deutsche Botschaft Rom an Auswärtiges Amt, Nr. 6225/38, 18. 10. 1938, in: Inland I Partei 84/6, PA AA.

[23] Siehe Anmerkung 5.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zur katholischen Kirche zu tun, weil die italienische Regierung wegen ihrer Rassengesetzgebung in ein gespanntes Verhältnis zum Vatikan geraten sei, einer Gesetzgebung, die aus deutscher Sicht nicht ausreichend genug war, zeigte, daß in Italien offensichtlich andere Vorstellungen in der Rassenpolitik herrschten und andere Rücksichtnahmen erforderlich schienen als in Deutschland. Hier hatte der Antisemitismus in den Ereignissen vom 8., 9. und 10. November den Beginn einer brutal ausgetragenen „Lösung" eingeleitet. Immerhin legten die Italiener wegen der Zerstörung an einem Haus in Essen am 10. November 1938 einen mündlichen Protest ein; allerdings war dieses Haus für das italienische Kohlenbüro vorgesehen. Im Gegensatz zu anderen Staaten verzichtete Italien ansonsten trotz dieser Vorfälle und der bisherigen deutschen Gesetzgebung gegen die Juden auf weitere Proteste[24].

Die am 6. Oktober 1938 gefaßten rassenpolitischen Beschlüsse des Faschistischen Großrats, die dann am 17. November im Gesetzesdekret zum Schutz der italienischen Rasse ihren Niederschlag fanden, brachten auf deutscher Seite weitere Ernüchterung. Hatte es nach Meinung des Botschafters von Mackensen anfänglich noch so ausgesehen, als ob die faschistische Rassenpolitik der deutschen Auffassung des Blutes und nicht der des religiösen Bekenntnisses folgen würde, so brachten die Beschlüsse des Großrats eine empfindliche Enttäuschung der deutschen Erwartungen. Nach deutscher Auffassung konnte die Annahme einer christlichen Religion die rassisch bedingte Haltung eines Juden nicht verändern, nach italienischer brachte ein Abkömmling rassisch verschiedener Eltern durch die Abwendung vom jüdischen Glauben den Willen zur Abkehr von der jüdischen Geisteshaltung zum Ausdruck. Diese Thesen seien von Mussolini, so sagte v. Mackensen, bewußt aus der Kenntnis der italienischen Mentalität heraus so formuliert worden. Der Duce kenne die Erziehung des italienischen Volkes zum Katholizismus und das menschliche Gefühl des Mitleids, mit dem das Schicksal der vertriebenen Juden in Italien mehr betrachtet werde als mit den Augen nationaler Vernunft. Das in Italien als heilig geltende Familienglück sei durch einen grundsätzlichen und ausnahmslosen Ausschluß von jüdischen Mischlingen gefährdet gewesen. Gleiche Milde zeichne den Teil der Beschlüsse aus, der sich mit den außerordentlich weit gefaßten Ausnahmen zu Gunsten der Juden befasse, die sich um die faschistische Bewegung verdient gemacht hätten. Hier zeige sich jene vom Duce in seiner Rede in Triest angesprochene italienische Großzügigkeit. Er wolle der Weltöffentlichkeit zeigen, daß die Rassenpolitik keine Politik der Judenverfolgung, sondern eine Politik der Trennung des italienischen Volkstums von jeglichem fremden Volkstum sei. Abschließend wies der Botschafter auf den besonderen Wert hin, den Italien im Hinblick auf das Ausland auf diese Feststellung der Milde der italienischen Rassengesetzgebung lege. Es werde in Rom besonders auf entsprechende Presseberichte aus Paris und London aufmerkam

[24] Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Bd. V, Dok. 656, S. 771.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gemacht, in denen die italienische Großzügigkeit Anerkennung finde[25]. Dieser Hinweis erreichte offensichtlich nicht den „Völkischen Beobachter", der am 25. Oktober das erwähnte Gespräch Alfieris mit Frercks wiedergab und behauptete, daß die italienische Rassengesetzgebung teilweise sogar über die deutschen Maßnahmen hinausgehe[26].

Auch Mussolinis Äußerung gegenüber dem amerikanischen Botschafter in Rom, die Graf Ciano an Botschafter von Mackensen weitergab, die italienische Rassengesetzgebung sei ein „noli me tangere", und Cianos Zusatz, Italien gedenke die Schrauben demnächst noch fester anzuziehen[27], konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß Italien die „Judenfrage" in anderer Weise zu lösen gewillt schien als der deutsche Bündnispartner. Das Desinteresse an wirklicher Zusammenarbeit verdeutlicht die Frage der Bildung einer deutsch-italienischen Gesellschaft zum Studium der Rassenfrage. Eine allgemeine Richtlinien und Themen zur rassenpolitischen Zusammenarbeit umfassende Erklärung zwischen Prof. Landra und Gross vom 20. Dezember 1938 fand nicht nur die Billigung italienischer Stellen, sondern auch Adolf Hitlers, wie ein Brief von Rudolf Heß vom 11. März 1939 an Gross zeigt. Landras Vorschläge vom 26. Februar 1939, die unter anderem auch die Bildung der deutsch-italienischen Gesellschaft zum Studium der Rassenfrage enthielten, beantwortete Gross am 9. Mai 1939 mit dem Gegenvorschlag der Gründung einer deutsch-italienischen Rassenakademie. Auf dieses Schreiben reagierten die Italiener überhaupt nicht. Das Rassenpolitische Amt der NSDAP führte das darauf zurück, daß Prof. Landra durch Prof. Visco ersetzt wurde, der die geplante Zusammenarbeit offensichtlich sabotiere. Nunmehr versuchte Gross, die Gründung der Rassenakademie unter Berufung auf Artikel 33 (1) des Deutsch-Italienischen Kulturabkommens zu erreichen, ein vergebliches Unternehmen, denn in der Sitzung des Deutsch-Italienischen Kulturausschusses im Februar 1940 stellte der Ausschuß diese Frage zurück, da sie noch weiterer Klärung bedürfe[28]. Tatsächlich kam es zu einer Aussprache zwischen Prof. Visco und Prof. Hoppenstedt, dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kulturwissenschaft, am 1. März 1940 in Rom. Das Ergebnis dieser Aussprache faßte Visco in einem Schreiben an Hoppenstedt wie folgt zusammen:

> „Es freut mich, Ihnen mitteilen zu können, daß die zuständigen höheren Stellen die folgenden von uns gemeinsam mit den Herren Dr. Karl Georg Pfleiderer und Dr. Wolfgang Spakler bereits in unserer Unterredung vom 1. März vereinbarten Punkte über die Zusammenarbeit dieser Dienststelle mit der entsprechenden der NSDAP genehmigt haben:
> A – Gegenseitige Unterrichtung über die in den beiden Ländern betriebenen

---

[25] Deutsche Botschaft Rom an Auswärtiges Amt, Nr. 6225/38, 18. 10. 1938, in: Inland I Partei 84/6, PA AA.

[26] Völkischer Beobachter, 25. 10. 1938, S. 2.

[27] Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Bd. IV, Dok. 424, S. 478.

[28] Siehe Anmerkung 4.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Studien der Rassenfrage durch Mitteilung der auf diesem Gebiet gestellten Aufgaben und der angewandten Forschungsmethoden;
B – Förderung eines Austauschs von Wissenschaftlern in der Weise, daß sich in jedem Jahr einige deutsche Wissenschaftler an italienischen Forschungsstätten für Rassenprobleme aufhalten oder an gemeinschaftlichen Untersuchungen teilnehmen können, und italienische Wissenschaftler nach Deutschland eingeladen werden, um die Arbeit der für Rassenfragen zuständigen deutschen Stellen zu beobachten;
C – Veranstaltung von Zusammenkünften von Wissenschaftlern, die sich in den beiden Ländern mit Rassenfragen beschäftigen, mit genau bestimmten im voraus vereinbarten Tagungsprogrammen; diese Zusammenkünfte sollten abwechselnd in Italien und in Deutschland stattfinden;
D – Aufrechterhaltung lebendiger Beziehungen zwischen den beiden Dienststellen und Austausch aller Nachrichten und Mitteilungen, die zur Beseitigung von Mißverständnissen und zur Berichtigung falscher Auslegungen der in den beiden Ländern getroffenen Maßnahmen besonders nützlich sein können.
Mit dem Wunsche, daß sich die Zusammenarbeit zwischen den beiden Dienststellen im Laufe der Zeit immer mehr erweitern und vertiefen möge, und in Erwartung einer Rückäußerung auf diese meine Mitteilung erlaube ich mir, Ihnen meine herzlichen Grüße zu übermitteln".[29]

Auf die Bitte um Rückantwort reagierte nun aber das Rassenpolitische Amt nicht mehr. Erst am 6. Juli 1940 sandte Legationssekretär Büttner vom Auswärtigen Amt eine Abschrift dieses Briefes an Gross, der sich prompt beklagte, zu diesen Gesprächen nicht hinzugezogen worden zu sein. Gross gab zu bedenken, daß eine „erfolgreiche oder auch nur erträgliche Zusammenarbeit" auf dem Gebiet der Rassenpolitik mit Italien an die Einhaltung bestimmter Voraussetzungen geknüpft sei. Eine Zusammenarbeit mit dem Faschismus komme nur auf dem Gebiet der reinen exakten naturwissenschaftlichen Rassen- und Vererbungskunde unter Verzicht auf weltanschauliche und ideologische Diskussionen in Frage. Gross schlug vor, die Beantwortung des Schreibens erst einmal dilatorisch zu behandeln[30].

Eine spätere Tagung des Kulturausschusses im April 1941 verschob die Frage einer Rassenakademie erneut, da nach Aussage der Italiener erst einmal verantwortliche italienische Stellen benannt werden sollten, was allerdings, obgleich sich das Rassenpolitische Amt von der Ablösung Prof. Viscos durch Prof. Lucchini viel versprach, nie geschah[31].

Welche Bedenken den Nationalsozialisten inzwischen bei der Betrachtung der italienischen Rassentheorie gekommen waren, zeigte unter anderem deutlich die am 30. November 1940 dem Rassenpolitischen Amt der NSDAP über das Auswärtige Amt vorgetragene Bitte des Präsidenten des Internationalen Landwirtschaftsinstitutes in Rom, Giacomo Acerbo, in Deutschland einen Vortrag über

[29] Ministerium für Volksbildung, Rassenamt an Prof. Hoppenstedt, Protokoll Nr. 0641, 6. 3. 1940, in: Inland I Partei 85/1, PA AA.
[30] Gross an Auswärtiges Amt, 31. 7. 1940, in: Inland I Partei 85/1, PA AA.
[31] Siehe Anmerkung 4.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Probleme der Rassenpolitik halten zu dürfen. Acerbo, der nach dem Erscheinen seiner Schrift „Fondamenti della Dottrina della Fascista della Razza" von Prof. Preziosi in der „Vita Italiana" und von Interlandi und Barduzzi im „Il Tevere" heftig attackiert worden war, wünschte den Vortrag, um vor deutscher und italienischer Fachwelt seine persönlichen Auffassungen und seine Stellungnahme zur faschistischen und zur nationalsozialistischen Rassenpolitik klarzustellen[32]. Die Bitte Acerbos macht deutlich, daß schon damals die unterschiedlichen Positionen in der Rassenpolitik zwischen Faschismus und Nationalsozialismus durchaus erkannt wurden. Während aber der Nationalsozialismus alle Positionen zur Rassenfrage bereits „gleichgeschaltet" hatte, konnte in Italien noch über unterschiedliche Auffassungen öffentlich diskutiert werden – aus nationalsozialistischer Sicht, wie gleich zu zeigen sein wird, ein unmöglicher Zustand. Die deutsche Botschaft in Rom erhielt die Weisung, Acerbo die Ablehnung seines Wunsches in höflicher Form beizubringen[33]. Der zu einem Gutachten über die Schrift Acerbos gebetene Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, Prof. Eugen Fischer, hatte sie vernichtend beurteilt: „Es schlägt der nationalsozialistischen Rassenauffassung und Rassenpolitik einfach ins Gesicht." Mit „geradezu jüdischer Geschicklichkeit" werde alles so verdreht, daß der Rassenbegriff als eine Gelehrtenspitzfindigkeit erscheine, der Begriff des Ariers dabei förmlich zerpflückt werde. Fischer war so erbost – und dies zeigt eben die inzwischen im Nationalsozialismus selbstverständliche Unduldsamkeit gegenüber anderen Auffassungen in der Rassenfrage –, daß er androhte, falls nicht eine authentische Ablehnung des Buches von Acerbo – welche Vorstellung vom faschistischen Regime! – in Italien erfolge, werde er seine im Rahmen des Kulturabkommens vorgesehene Gastvorlesung in Rom absagen[34].

Es wird deutlich, daß den Nationalsozialisten gar nicht daran gelegen sein konnte, den aus deutscher Sicht in rassenpolitischen Fragen geradezu „naiven" Italienern die deutliche Wahrheit über die nationalsozialistischen Vorstellungen zur „Endlösung" mitzuteilen, zumindest solange dies nicht unumgänglich nötig schien. Im September 1940 bat der Chef der „Ente di Gestione e Liquidazione Immobilare", eines zur Verwaltung und Liquidierung jüdischen Grundbesitzes gegründeten Instituts, Marchese Guerrieri, ihm geeignetes Material über die von Deutschland bisher auf den Gebieten der Enteignung jüdischen Vermögens, der Beschlagnahme feindlichen Eigentums und der Intervention des Staates bei Versteigungsverfahren gemachten Erfahrungen zu beschaffen[35].

In der für die Judenfrage zuständigen Abteilung des Auswärtigen Amts

[32] Auswärtiges Amt an Gross, 30. 11. 1940, in: Inland I Partei 85/1, PA AA.

[33] Auswärtiges Amt an Deutsche Botschaft Rom, 13. 9. 1940, in: Inland I Partei 85/1, PA AA.

[34] Prof. Fischer an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 706 F/M., 10. 11. 1940, in: Inland I Partei 85/1, PA AA.

[35] Deutsche Botschaft Rom an Auswärtiges Amt, Nr. 2426 II, 13. 9. 1940, in: Inland IIg 195, PA AA.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

knüpften sich sogleich Überlegungen zur Gründung einer intereuropäischen Bank zur Liquidierung jüdischen Vermögens an diese Anfrage[36]. Ministerialdirektor Wohlthat vom Beauftragten für den Vierjahresplan, Ministerpräsident und Reichsmarschall Göring, teilte dem Auswärtigen Amt jedoch mit, es sei nicht zweckmäßig, Einzelmaßnahmen der „Entjudung" an Guerrieri weiterzugeben[37].

Bis zum Jahr 1942 übten die *Nationalsozialisten* nun in der Frage der Rassenpolitik eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dem Achsenpartner. Den Hauptgrund für diese Zurückhaltung können wir einem Bericht Botschafter von Makkensens vom 7. November 1941 entnehmen. Dort stellte Mackensen noch einmal die grundsätzliche Diskrepanz zwischen den deutschen und den italienischen Auffassungen auf dem Gebiet der Rassenfrage fest. Für einen Großteil des katholischen italienischen Volkes sei der deutsche Standpunkt mit dem Glauben unvereinbar. Das italienische Volk besitze als ein mediterranes in Judenfragen eben nicht den gleichen Instinkt wie das deutsche Volk und verschließe seine Augen. Während des Krieges erscheine es nicht zweckmäßig, diese Fragen zur Diskussion zu stellen, da damit eine Lockerung der italienischen inneren Front verbunden sei oder eine Kritik an Deutschland auf den Plan gerufen werden könne. Ziel Deutschlands müsse es vielmehr während des Krieges sein, die italienische Regierung und die faschistische Partei bei ihren Bestrebungen zu unterstützen, das italienische Volk zum Durchhalten bis zur siegreichen Beendigung des Krieges zu bringen[38].

Im Jahr 1942 sollte aber ganz deutlich werden, daß Hitlers Ankündigung vom 30. Januar 1939, am Ende eines Krieges würde die Vernichtung der Juden in Europa stehen[39], während des Krieges tatsächlich zu entsetzlichen Konsequenzen führte. Die Anregung des bulgarischen Außenministers Popoff vom 26. November 1941, die Judenfrage zwischen den europäischen Ländern doch gemeinsam zu regeln[40], regte Unterstaatssekretär Luther zu dem Vorschlag an, erst einmal die im Antikomintern-Pakt vereinigten Staaten Europas zur Anpassung an die deutsche Judengesetzgebung zu bringen. Luther sah hier nur Schwierigkeiten bei Italien und Ungarn, und zwar wegen der klerikalen Einflüsse in diesen Ländern[41]. Der Leiter des im Auswärtigen Amt mit den Juden befaßten Referates, Legationsrat Rademacher, stellte in einer Vortragsnotiz zum Einfluß des Judentums in Italien fest, daß die noch unzureichenden Rassengesetze in Italien über-

[36] Aufzeichnung D III 148g, 14. 11. 1940, in: Inland IIg 193, PA AA.

[37] Auswärtiges Amt an Deutsche Botschaft Rom, 26. 2. 1941, in: Inland IIg 193, PA AA.

[38] Deutsche Botschaft Rom an Auswärtiges Amt, Nr. Kult 961, 7. 11. 1941, in: Inland I Partei 85/2, PA AA. – Auf das äußerst unwillige und verschwindend geringe Echo der Rassenpolitik innerhalb der italienischen Bevölkerung verweist auch De Felice, a. a. O., S. 301 ff.

[39] Die Rede ist abgedruckt in: Monatshefte für Auswärtige Politik 6 (1939), Heft 1, S. 167 bis 207.

[40] Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Bd. XIII, Dok. 504.

[41] Ebenda, Serie E, Bd. I, Dok. 72, S. 132 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dies nur wenig beachtet würden. Rassenbewußte Italiener gebe es nur wenige. Bei einer größeren Belastungsprobe Italiens durch den Krieg – hier mag Rademacher an eine Invasion alliierter Truppen in Italien gedacht haben – könne der noch bestehende Einfluß des italienischen Judentums zur akuten Gefahr für das deutsch-italienische Verhältnis werden. Rademacher regte daher an, den zuständigen italienischen Stellen den ungünstigen deutschen Eindruck über diesen Zustand vorzutragen. Unterstaatssekretär Luther vermerkte auf Rademachers Vorschlag, die angeführten Gründe seien ihm nicht stichhaltig, der Berichterstatter aus Italien, Gesandter von Druffel, nicht kompetent genug. Insbesondere aber sei ein Vorstoß in dieser Frage im Moment denkbar ungünstig[42]. Warum Luther den Moment für ungünstig erachtete, führte er nicht aus. Es darf in Erinnerung gerufen werden, daß die zweite Gegenoffensive der Briten in Nordafrika, die am 18. November 1941 begonnen hatte, am 10. Dezember zum Entsatz von Tobruk, am 26. Dezember zur Einahme von Benghasi und am 2. Januar 1942, acht Tage vor der Notiz Rademachers, zur Kapitulation von Bardia führte, der italienische Achsenpartner zu diesem Zeitpunkt also weniger Druck als psychologische Aufrüstung brauchte. Ein Einwirken auf den italienischen Bündnispartner konnte aber angesichts der Einverständniserklärung von Rumänien, Kroatien und der Slowakei, ihre in Deutschland lebenden Juden zusammen mit den deutschen Juden nach dem Osten deportieren zu lassen[43], nur noch kurzfristig verschoben werden. Die Konferenz über die „Endlösung der Judenfrage" vom 20. Januar 1942 in Berlin, die sich bereits mit der „Lösung" der Judenfrage in ganz Europa befaßte und für Italien einschließlich Sardinien 58 000 Juden, für das von Italien besetzte Albanien 200 Juden annahm, ließ keinen Zweifel an den zu erwartenden Schwierigkeiten mit Ungarn, Rumänien und Italien im Falle einer deutschen Forderung auf Evakuierung der Juden aus diesen Ländern. SS-Obergruppenführer Heydrich hielt es deshalb für sinnvoll, daß Himmler selbst sich mit der Aufnahme der Vorbereitungen zu jener Aktion in Italien befasse[44]. Die Meldungen aus Italien, die Stimmung der Bevölkerung im Kriegswinter 1941/42 betreffend[45], und die Meldungen aus Afrika, wo am 17. Januar auch Sollum von den Briten erobert worden war, ließen es den Deutschen noch eine kurze Zeit ratsam scheinen, die Italiener mit der Rassenfrage nicht mehr zu behelligen. So legte der „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete" einen Entwurf zur Bestimmung des Begriffs „Jude" nebst geplanten „Judenmaßnahmen" vor, der zwar die rumänischen, slowakischen und kroatischen, nicht aber die italienischen Juden in diesen Gebieten einbezog[46].

Aus historischer Rückschau ist es nicht mehr möglich, die Gründe zu klären, die Deutschland im September 1942 zu einer härteren Sprache in der Rassen-

[42] Vortragsnotiz, 10. 1. 1942, in: Inland IIg 192, PA AA.
[43] Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie E, Bd. I, Dok. 108, S. 198 f.
[44] Ebenda, Dok. 150, S. 272.
[45] Ebenda, Dok. 240, S. 428 f.
[46] Ebenda, Bd. II, Dok. 197, S. 338.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

frage gegenüber Italien veranlaßten. Zum einen muß an die Lage in Nordafrika erinnert werden. Rommel stand nach heftiger Verfolgung der zurückweichenden 8. britischen Armee 100 Kilometer westlich Alexandrias, und die sich daran knüpfende – wie wir heute wissen unbegründete – Euphorie erlaubte scheinbar den Wegfall der Rücksichtnahme gegenüber Italien. Zum anderen behinderte die ablehnende Haltung Italiens in der Frage des Vorgehens gegen die Juden in Griechenland[47], in der Frage des Abtransportes der Juden aus Kroatien[48] und in der Frage der Evakuierung italienischer Juden aus Frankreich[49] die in ihre europäische Phase tretende „Endlösung". Dazu kam Anfang September 1942 ein italienischer Vorstoß hinsichtlich der Behandlung der Juden in Französisch-Nordafrika. Die von der Regierung in Vichy verfügte Anwendung der Rassengesetze in Französisch-Nordafrika, die eine Liquidierung der in jüdischem Besitz befindlichen Unternehmen vorsah, hätte nach Ansicht der italienischen Regierung 5000 italienische Staatsangehörige „jüdischer Rasse" betroffen. Eine solche Maßnahme bedeutete nach italienischer Auffassung eine entscheidende Störung der wirtschaftlichen Position Italiens in Tunesien. Die Italiener wünschten daher, daß auch in diesem Gebiet die entsprechenden Verfügungen nicht auf italienische Staatsangehörige angewandt werden sollten[50].

Am 22. September teilte die deutsche Botschaft in Rom mit, sie habe entsprechend der Weisung des Reichsaußenministers das italienische Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten davon unterrichtet, daß die deutschen Behörden beabsichtigten, auf die in den besetzten Gebieten wohnenden Juden ausländischer Staatsangehörigkeit die gleichen Maßnahmen anzuwenden wie auf die dort wohnenden einheimischen Juden. Falls Italien die Einbeziehung italienischer Juden in diese Maßnahmen nicht wünsche, möge es die italienischen Juden aus diesen Gebieten zurückziehen[51]. In ihrer Antwort machte die italienische Regierung deutlich, daß sie weder an eine Rückholung der italienischen Juden aus diesen Gebieten dachte noch dem Abschub italienischer Juden nach dem Osten zustimmen wollte. Begründet wurde diese Haltung mit dem Hinweis auf die bedeutende finanzielle und wirtschaftliche Position der Juden italienischer Staatsangehörigkeit im Mittelmeerbecken. Den Juden im Mittelmeergebiet lasse Italien noch heute seinen Schutz zukommen, weil sie beträchtliche italienische Interessen in politisch besonders wichtigen Gebieten repräsentierten. Die italienische Regierung habe jedoch nichts gegen Maßnahmen, die die Tätigkeit von Juden italienischer Staatsangehörigkeit einschränkten, wie eine Kennzeichnung dieser Juden in den von den deutschen Truppen besetzten Westgebieten mit dem gelben Stern[52].

Die Haltung Italiens veranlaßte Ribbentrop, eine umfangreiche Information

[47] Ebenda, Bd. III, Dok. 136, S. 232 f.
[48] Ebenda, Dok. 151, S. 224.
[49] Ebenda, Dok. 209, S. 355–360.
[50] Ebenda, Dok. 259, S. 445 f.
[51] Deutsche Botschaft Rom an Auswärtiges Amt, 22. 9. 1942, in: Inland IIg 192, PA AA.
[52] Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie E, Bd. IV, Dok. 38, S. 68 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über Italien und die Judenfrage von dem zuständigen Referat seines Ministeriums anzufordern. Die daraufhin erstellte Denkschrift machte deutlich, daß die „Bereinigung der Judenfrage" in Deutschland und anderen Ländern Europas mit der Frage der Behandlung von Juden italienischer Staatsangehörigkeit und der Frage, wie Italien selbst zur „Lösung" seines „Judenproblems" stand, eng zusammenhing. Das Fortbestehen privilegierter und dementsprechend „anmaßend auftretender" ausländischer Juden im Deutschen Reich sei eine dauernde Belastung für die deutsche Bevölkerung und ein Faktor innerer Zersetzung. Die deutliche Uneinigkeit der Achse in diesem Punkt berge die Gefahr der Kritik an den deutschen Maßnahmen. In Italien gebe es nur schwache Ansätze zu einer Judengesetzgebung, weil die Italiener „einschneidenden Maßnahmen" aus dem Weg gingen. Von der mangelhaften Praxis könne auch die Verstärkung der Propaganda nicht ablenken. Statt einer Beruhigung der labilen inneren Front Italiens erfolge eine Belastung durch diese Propaganda. Eine Verschärfung des Kurses in der Rassenpolitik könne in Italien zu einem Erfolg der „inneren Ausrichtung" beitragen. In Tunis schützten die Italiener die Juden und gerieten in einen Widerspruch zur französischen Judenpolitik. In Griechenland zeige sich besonders am Beispiel Salonikis die Tendenz der Abwanderung von Juden in das von Italien besetzte Gebiet. In Rumänien ruiniere die italienische Haltung die dort von Deutschland mühsam durchgesetzte Judenpolitik. Schließlich schütze Italien auch noch die Juden in Kroatien. Es müsse daher folgende Forderung aufgestellt werden: Italienische Juden nach Italien oder Einbeziehung in die deutschen Maßnahmen. Weiterhin müsse Italien nunmehr seine Maßnahmen und Gesetze an die deutschen angleichen, sonst werde das gute Einvernehmen der Achsenpartner gefährdet. Die Juden in Italien seien genauso gefährlich wie die Juden in Deutschland. Eine „Bereinigung" der Judenfrage in Italien bringe im übrigen auf Grund der geringen Zahl von 43 000 italienischen Juden keine wirtschaftliche Erschütterung mit sich. Italien müsse seine Judenpolitik in anderen Ländern fördern und mit Deutschland abstimmen, da sonst ein Widerstand anderer Länder gegen die Gleichschaltung in der Judenpolitik erleichtert werde, wie in Ungarn, oder sogar notwendige Maßnahmen verhindert würden, wie in Kroatien und Griechenland, und das Judentum insgesamt dadurch noch aktiv gefördert werde. Ein Zusammengehen mit Deutschland in der Judenfrage diene einer raschen Erfassung und Kontrolle der Juden, sodann sei eine schrittweise „Entjudung" möglich, und die Überführung wirtschaftlicher Positionen in nichtjüdische italienische Hände könne ohne eine Schädigung der italienischen Gesamtinteressen erfolgen[53].

Die Denkschrift veranlaßte Ribbentrop zu einer Anweisung an die Deutsche Botschaft in Rom, den Italienern zu erklären, daß es Deutschland jetzt nicht mehr möglich sei, innerhalb des Reiches und der von Deutschland kontrollierten Gebiete die italienische Auffassung weiter gelten zu lassen. Während Deutschland

[53] Ebenda, Dok. 88, S. 142–146.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das Judentum als Krankheit erkannt habe, glaube Italien immer noch, die Juden individuell behandeln zu können, indem es einzelne oder Gruppen von Juden vor anderen bevorzuge. Die Vorstellung, italienische Juden könnten italienische Interessen in für Italien besonders wichtigen Gebieten vertreten, sei geradezu grotesk. Nach den langen Erfahrungen Deutschlands verträten Juden niemals nationale, sondern ausschließlich internationale und selbstsüchtige Interessen. Als besonderes Entgegenkommen dürften Juden italienischer Staatsangehörigkeit noch bis zum 31. März 1943 im deutschen Herrschaftsbereich verbleiben, danach behalte sich Deutschland diesen gegenüber „freie Hand" vor[54].

In der Auffassung Ribbentrops wird deutlich, wie groß der Unterschied in der Rassenideologie und hier besonders in der Stellung zum Judentum zwischen Faschismus und Nationalsozialismus wirklich war. Die Beschränkung des Faschismus auf seine nationalen Ziele, der im Vordergrund stehende sacro egoismo, baute, trotz der Gesetze von 1938, fest auf die Juden italienischer Staatsangehörigkeit in den für Italien wichtigen Territorien um das Mittelmeer, weil Italien eben im Gegensatz zum Nationalsozialismus jene rassistische Ideologie fremd war und blieb, die in den Juden eine nur internationale Interessen verfolgende Gruppierung sah. Eine deutsche Poltik der „freien Hand" gegenüber italienischen Juden kam für Italien daher überhaupt nicht in Frage. D'Ajeta teilte der Deutschen Botschaft am 27. Januar 1943 mit, die italienische Regierung habe die Überführung der in Frankreich, Belgien und Holland lebenden Juden italienischer Staatsangehörigkeit nach Italien beschlossen[55]. Die italienischen Vertretungen erhielten entsprechende Weisungen am 8. Februar 1943[56].

Vor seinem Besuch in Italien vom 24.–28. Februar 1943 ließ der Reichsaußenminister noch bei Himmler anfragen, welche Wünsche er zur Judenfrage in Italien habe[57]. Die Reichsführung der SS stellte in ihrer Antwort klar, daß eine Behandlung der Judenfrage in Italien analog den entsprechenden Maßnahmen in Deutschland verlaufen sollte. Außerdem sollte Italien in den von ihm besetzten Gebieten in Frankreich und Griechenland die Maßnahmen der SS nicht weiter behindern[58].

Es wird deutlich, daß der Reichsführer SS Heinrich Himmler die seine Absichten äußerst störende Haltung des Faschismus in der Rassenpolitik bei der ersten sich bietenden Gelegenheit – und das konnte nur heißen: bei Wegfall der

---

[54] Sonderzug „Westfalen" an Deutsche Botschaft Rom, Diplogerma 154, 13. 1. 1943, in: Inland IIg 192, PA AA.

[55] Deutsche Botschaft Rom an Auswärtiges Amt, Nr. 405, 27. 1. 1943, in: Inland IIg 192, PA AA.

[56] Aufzeichnung D III 150 g, 8. 2. 1943, in: Inland IIg 192, PA AA.

[57] Auswärtiges Amt an Reichssicherheitshauptamt z. H. Obersturmbannführer Eichmann, 25. 2. 1943, in: Inland II g 192, PA AA.

[58] Auswärtiges Amt an Sonderzug „Westfalen", Nr. 640, 24. 2. 1943; und Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD an Auswärtiges Amt, Nr. IV B 4/43g (81), 25. 2. 1943, beide in: Inland IIg 192, PA AA.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kriegsbedingten Rücksichtnahme auf den Achsenpartner, dessen Stellung im Bündnis immer mehr von der ursprünglichen Position der Gleichwertigkeit zu der eines Juniorpartners herabgesunken war – im Sinne des Nationalsozialismus zu beeinflussen gedachte.

Diese Situation kam schneller als erwartet mit der Kapitulation Italiens und den damit beginnenden deutschen Maßnahmen „Alarich" und „Achse"[59]. Nach der Entwaffnung und Besetzung Italiens durch deutsche Truppen erfolgte bald die Bildung eines „Einsatzkommandos Italien".

Im Oktober 1943 erhielt Obersturmbannführer Kappler den Befehl, die 8000 in Rom lebenden Juden festzunehmen und nach Oberitalien zu bringen[60]. Damit endete die Rücksichtnahme des Nationalsozialismus in Fragen der Rassenpolitik gegenüber dem italienischen Bündnispartner, es endete damit aber auch die sich von der brutalen deutschen Auffassung unterscheidende faschistische Rassenpolitik.

[59] Vgl. dazu Josef Schröder, Italiens Kriegsaustritt 1943. Die deutschen Gegenmaßnahmen im italienischen Raum. Fall „Alarich" und „Achse", Göttingen 1969.

[60] Deutsche Botschaft Rom an Auswärtiges Amt, Nr. 192, 6. 10. 1943, in: Inland IIg 192, PA AA.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

WERNER ABELSHAUSER

ZUR ENTSTEHUNG DER „MAGNET-THEORIE" IN DER DEUTSCHLANDPOLITIK

Ein Bericht von Hans Schlange-Schöningen über einen Staatsbesuch in Thüringen im Mai 1946

Am 31. Mai 1947 umriß Kurt Schumacher vor den politischen Spitzengremien seiner Partei aus Anlaß des Clay-Robertson-Abkommens über die Bildung des Bizonen-Wirtschaftsrates die deutschlandpolitische Hoffnung, die die Sozialdemokraten noch in der westorientierten politischen und wirtschaftlichen Formierung des westlichen Besatzungsgebietes sahen: „Man muß soziale und ökonomische Tatsachen schaffen, die das Übergewicht der drei Westzonen über die Ostzone deklarieren . . . Die Prosperität der Westzonen, die sich auf der Grundlage der Konzentrierung der bizonalen Wirtschaftspolitik erreichen läßt, kann den Westen zum ökonomischen Magneten machen. Es ist realpolitisch vom deutschen Gesichtspunkt aus kein anderer Weg zur Erringung der deutschen Einheit möglich als diese ökonomische Magnetisierung des Westens, die ihre Anziehungskraft auf den Osten so stark ausüben muß, daß auf die Dauer die bloße Innehabung des Machtapparates dagegen kein sicheres Mittel ist. Es ist gewiß ein schwerer und vermutlich langer Weg."[1]

Die „Magnet-Theorie" in der Deutschlandpolitik war öffentlich begründet. Sie blieb für zwanzig Jahre – und nicht nur für die Sozialdemokratie – das Fundament westdeutscher Hoffnungen auf die Wiederherstellung der nationalen Einheit. Auf dem Weg der Verfestigung der deutschen Zweistaatlichkeit diente sie als deutschlandpolitisches Alibi für eine konsequente Westorientierung, der gegenüber das Verfassungsgebot der Wiedervereinigung als Gegenstand praktisch-politischen Kalküls immer mehr in den Hintergrund treten mußte.

Ein Jahr vor Schumachers Rede besuchte der ehemalige Reichsminister und Kommissar für die Osthilfe im Kabinett Brüning, Hans Schlange-Schöningen, als Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft der britischen Besatzungszone (ZEL) und auf Einladung der Thüringischen Staatsregierung Weimar. Sein in einer geheimen Denkschrift an die britische Militärregierung (Dokument 6) zusammengefaßter Eindruck von dieser Reise beweist, daß die Konzentration der westdeutschen Politik auf den Aufbau „ihrer" Zonen weder allein

[1] Vorstand der SPD, Acht Jahre sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden und Freiheit. Ein dokumentarischer Nachweis der gesamtdeutschen Haltung der Sozialdemokratie und ihrer Initiativen, Bonn 1953, S. 26 f.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem deutschen Bedürfnis nach sekundärer Rationalisierung alliierter Entscheidungen im beginnenden Ost-West-Konflikt entsprach noch gar Ausfluß des spezifischen deutschlandpolitischen Dilemmas der deutschen Sozialdemokratie nach der Zwangsvereinigung der Arbeiterparteien in der Ostzone und im Ostsektor Berlins war. Die Forderung nach Organisation der drei westlichen Zonen „im Sinne einer zielklaren Westpolitik", die Schlange-Schöningen „als deutscher Patriot" im Mai 1946 an die britische Besatzungsmacht richtete[2], belegt im Gegenteil ein frühes und originär deutsches Interesse an einem westorientierten Lösungsweg in der deutschen Frage[3]. Tatsächlich erschien auch national denkenden Deutschen schon Anfang 1946 kein Umweg zur deutschen Einheit zu weit, der eine Konfrontation mit den „wirklichen Zuständen"[4] des russischen Besatzungsgebietes vermeiden half.

Für eine Politik des direkten Weges zur Wiederherstellung von Gesamtdeutschland, der in jedem Fall über eine sowjetische Mitbestimmung beim inneren Aufbau und in der auswärtigen Politik von Nachkriegsdeutschland geführt hätte, fand sich unter den nicht-kommunistischen Kräften in Westdeutschland kein Adressat von Bedeutung.

Grundsätzlich hätte sich eine solche Neuorientierung der deutschen Politik im Einvernehmen mit der Sowjetunion auf zwei Träger stützen müssen: auf die Arbeiterschaft und auf jenen Teil des Bürgertums, der eine Ostorientierung der preußischen Politik im 19. Jahrhundert und die „Rapallo-Politik" der Weimarer Republik mitgetragen hatte. Aus sowjetischer Sicht mußte Hans Schlange-Schöningen als Vertreter dieses (ost-)deutschen Bürgertums erscheinen, das nach 1945 auch das naheliegendste Interesse an der Wiederherstellung der nationalen Einheit entwickelte. Hinzu kommt, daß Schlange auch als Leiter des ZEL tagtäglich mit den konkreten Auswirkungen der deutschen Teilung konfrontiert war.

Bis zu seiner Berufung an die Spitze des ZEL gehörte Hans Schlange-Schöningen zu den aussichtsreichsten Bewerbern um die Führung der CDU, in der er „alle Kräfte rechts von der Sozialdemokratie" sammeln wollte, einer Sozialdemokratie, der er „aufrichtig" wünschte, „daß es ihr gelingen möge, in klarer Front-

---

[2] Dokument 6.

[3] Allerdings versuchte fast zur selben Zeit der Zonenbeirat der britischen Zone auf der „Gutachtertagung über Grundfragen der Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsplanung" vom 21. und 22. Juni 1946 (W. Abelshauser, Freiheitlicher Sozialismus oder Soziale Marktwirtschaft?, in: VfZ 24 (1976), S. 415–449) bei Anwesenheit von Politikern und Beamten aus allen Zonen eine Wirtschaftsordnung zwischen Ost und West zu finden, die geeignet erschien, einem weiteren Auseinanderleben der Zonen auf wirtschaftspolitischem Gebiet entgegenzuwirken. Schlange-Schöningen hielt offenbar zu diesem Zeitpunkt seine gerade gewonnenen Erkenntnisse noch nicht für deutsche Ohren bestimmt: obwohl anwesend, ergriff er nicht das Wort.

[4] Dokument 6.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stellung gegen die Kommunisten die große, bejahende Arbeiterpartei zu werden, etwa wie England sie in der Labourpartei besitzt"[5].

In den folgenden Jahren verlor er allerdings Zug um Zug seine Basis in der Union. Eine eigenständige Gruppierung der Vertriebenen und Flüchtlinge lehnte er als „Interessenten-Partei" wegen des seiner Meinung nach zwangsläufig damit verbundenen Radikalismus ab[6]. Eine Formierung der protestantischen Kräfte in der Union stieß ebenso auf seine Ablehnung wie die Wiederbelebung des „katholischen, ultramontanen Charakters" des alten Zentrums[7]. Seinen Anhang in den landwirtschaftlichen Kreisen verprellte der Ernährungsdirektor der Bizonenverwaltung, indem er sich weigerte, „in eine egoistische Landbundpolitik alter Art einzuschwenken, die das Hurra der Bauern und die Verzweiflung der Verbraucher zur Folge hätte"[8]. Auch sein Eintreten für eine – wenn auch maßvolle und agrarwirtschaftlich begründete – Bodenreform in der britischen Zone[9] stieß im eigenen konservativen Lager weitgehend auf Ablehnung. Mit Adenauer führte er eine erbitterte Kontroverse um das Ziel der „Großen Koalition", die er – nicht nur aus der Sicht seines Ressorts – für nötig hielt, während Adenauer sie vor allem unter Hinweis auf den grundsätzlichen Dissens mit den Sozialdemokraten in der Frage der Wirtschaftsordnung strikt ablehnte[10]. Vor diesem Hintergrund mußte Schlanges ordnungspolitischer Standpunkt innerhalb der Union wie eine Provokation wirken: „Auf dem Sachgebiet, das meiner Verantwortung unterstellt werden soll, scheint mir kein politischer Raum mehr für ein freies Spiel kapitalistischer und liberalistischer Kräfte zu bestehen. Ich sehe vielmehr auf absehbare Zeit den einzigen Weg, um der derzeitigen und der kommenden Schwierigkeiten Herr zu werden, in einem vorbehaltlosen Bekenntnis zu einer gelenkten Planwirtschaft."[11]

Einen dezidiert unabhängigen Standpunkt, ohne Rücksicht auf Zustimmung oder Ablehnung von Standesgenossen und Parteifreunden, nahm Schlange-Schöningen auch schon vor dem Zweiten Weltkrieg ein. Seine Arbeit als Kommissar für die Osthilfe im Kabinett Brüning trug diesem binnen Halbjahresfrist den

---

[5] Zitate aus Schlanges Rundschreiben 1 und 2, die Adenauer in einem Schreiben an Schl. vom 29. 1. 46 heftig angriff; Bundesarchiv (künftig zit.: BA), Z 6 I/142, fol. 120 f. A. kritisierte vor allem die Gleichstellung der SPD mit der Labourpartei und hielt dagegen, „daß hinsichtlich Wählerschaft und Abgeordneten der Labourpartei eine Parallele zwischen ihr und der CDU viel eher gezogen werden kann als zwischen ihr und der SPD".

[6] Vgl. Rundschreiben Nr. 1, zitiert in: H. G. Wieck, Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953, S. 163.

[7] Ebenda.

[8] Schl. an Adenauer am 29. 8. 49; BA, Z 6 I/142, fol. 2f, Abschrift vom Entwurf.

[9] Vgl. G. J. Trittel, Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945–1949, Stuttgart 1975, S. 49 ff.

[10] K. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, S. 224 ff.

[11] Schreiben an den Leiter der Abt. für Landwirtschaft und Ernährung der Britischen Militärregierung, Hollins, am 23. 4. 46; BA, Z 6 I/17, fol. 192.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

maßlosen Vorwurf des „Agrarbolschewismus" ein und führte – wenigstens vordergründig – zum frühen Ende der Ära Brüning. Mit seinen maßvollen Siedlungsplänen für den verschuldeten ostelbischen Großgrundbesitz brachte er ausgerechnet diejenigen gegen sich auf, deren wohlverstandenes Interesse er seit 1920 im preußischen Landtag und seit 1924 im Reichstag vertrat. Schon 1930 – wenige Monate nach Hugenbergs Wahl zum Parteivorsitzenden – war er aus der DNVP ausgetreten, deren pommersche Parteileitung er bis dahin innegehabt hatte. Nach seiner Entlassung als Minister am 1. Juni 1932 durch den Reichspräsidenten Hindenburg zog er sich nach Schöningen zurück. Nur am Rande wurde er in die Vorbereitungen des Staatsstreiches vom 20. Juli 1944 verwickelt[12]. Im Kabinett Goerdeler sollte er das Ernährungsressort übernehmen[13].

Mit dieser politischen Vergangenheit war Schlange-Schöningen gewiß ein potentieller Adressat sowjetischer Bündnispolitik mit dem deutschen Bürgertum. Die Einladung und vor allem der hohe protokollarische Rang, der dem Besucher sowjetischerseits zugestanden wurde (Dokument 5), deuten in diese Richtung. Die fast ängstliche Besorgnis des Chefs der sowjetischen Militär-Administration (SMA) von Thüringen, Kolesnitschenko, nicht selbst als Einlader zu fungieren, spricht nicht gegen diese Vermutung (Dokument 2). Sie ist lediglich typisch für die Taktik auch hoher sowjetischer Funktionsträger, bei politisch riskanten Unternehmungen die sichtbare Übernahme von Verantwortung so lange zu meiden, wie der Erfolg der Aktion ungewiß ist. Andererseits gab sich gerade die sowjetische Seite alle Mühe, den Gast von den Vorzügen des sowjetischen Besatzungsregimes zu überzeugen („Warum hungern Sie in der britischen Zone, hier gibt es soviel zu essen?")[14]. Sicher war der materielle Aufwand, den die Thüringische Landesregierung treiben konnte und der in krassem Gegensatz stand zu den geradezu primitiven Verhältnissen, unter denen deutsche Politiker im Westen leben und arbeiten mußten, geeignet, auf deutsche Politiker korrumpierend zu wirken, die weniger als Schlange-Schöningen mit einem sicheren Empfinden für politischen Stil ausgestattet waren.

Aber auch von der Szene der Staatsempfänge abgesehen, konnte im Mai 1946 der organisatorische und materielle Standard der Ostzone im Vergleich mit dem westlichen Besatzungsgebiet durchaus positiv abschneiden. Während in der britischen Zone im 2. Quartal 1946 erst ein Drittel der Vorkriegsindustrieproduktion erreicht wurde, produzierte die Ostzone vermutlich schon die Hälfte ihres Vor-

---

[12] H. Schlange-Schöningen, Am Tage danach, Hamburg 1946, S. 190–195; Schl. erschienen die innenpolitischen Pläne Goerdelers „teils phantastisch, teils Rudimente einer überlebten Vergangenheit".

[13] G. Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 602 (Anhang IX).

[14] Dokument 6; diese Passage der Denkschrift ist sicher auch als indirekte Kritik des ZEL-Chefs an der britischen Militärregierung zu verstehen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kriegsausstoßes[15]. Schlanges Gastgeber verfügten bereits seit dem 22. Oktober 1945 über Exekutivbefugnisse und das Recht, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, soweit sie den Gesetzen und Befehlen des Kontrollrates nicht widersprachen. Schlange selbst erhielt die Exekutive „über alle Angelegenheiten, die unter die Befugnisse und in den Bereich des Zentralamtes fallen" – unter derselben Einschränkung – erst mit Wirkung vom 1. August 1946[16]. Er hatte deshalb während des 2. Quartals 1946, als die Normalverbraucher-Rationen in der britischen Zone an der kritischen 1000-Kalorien-Marke lagen, zwar in der Öffentlichkeit Verantwortung zu tragen, verfügte jedoch über keine eigene Gestaltungsmöglichkeit[17]. In der Ostzone dagegen – und nicht nur im agrarisch strukturierten Thüringen – lebte der Normalverbraucher 1946 deutlich besser. Noch 1947 war die Versorgungslage in der Ostzone genau so gut (oder schlecht) wie in der amerikanischen Zone und bedeutend besser als in der britischen[18]. Auch auf einem weiteren Gebiet, dem Schlanges besonderes Interesse galt, hatte die sowjetische Zone eine positive Bilanz aufzuweisen. Bis zum Februar 1946 kamen im Zuge der Bodenreform 320 000 Menschen in den Besitz eigenen landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. Viele von ihnen waren Heimatvertriebene[19].

Schlange-Schöningen hielt auch in der britischen Zone eine Bodenreform für notwendig. Begründung und Maßgabe seines Vorschlages im Sommer 1946 markieren aber die Grenzlinie zur ostzonalen Bodenreform, die er nicht zu überschreiten bereit war[20]. Die Maximalgrenze des Großgrundbesitzes legte er auf 150 ha fest, weil „es gerade in der britischen Zone eine ganze Reihe von hervorragenden großbäuerlichen Betrieben bis zu 150 ha (gibt), die seit Jahrhunderten in derselben Familie sind und gut bewirtschaftet werden"[21]. Außerdem müsse man „genügend Spielraum für eine geistige bäuerliche Führungsschicht lassen"[22]. Die

---

15 Vgl. W. Abelshauser, Probleme des Wiederaufbaus der westdeutschen Wirtschaft 1945 bis 1953, in: Politische Weichenstellung im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, hrsg. v. H. A. Winkler, Göttingen 1979 (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5), S. 226; Economic Data on Potsdam Germany, Special Report of the Military Governor (OMGUS), Sept. 1947, S. 17; Wirtschaftsstatistik der deutschen Besatzungszonen 1945–1948, Oberursel/Taunus 1948, S. 101; Verhältnis der amtl. Zahlen: 30/40.

16 Food and Agriculture Instruction No. 108, abgedr. in: H. Schlange-Schöningen (Hrsg.), Im Schatten des Hungers, Hamburg 1955, S. 299.

17 Vgl. W. Abelshauser, Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948, Stuttgart 1975, S. 132–138.

18 Entscheidend war das strenge Ablieferungssystem, nicht eine günstigere Agrarstruktur; vgl. J. P. Nettl, Die deutsche Sowjetzone bis heute, Frankfurt/Main 1953, S. 163 f.

19 Im Verlauf der Bodenreform wurden insgesamt 3,3 Millionen Hektar Bodenbesitz enteignet. Das sind 35 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Ostzone. Davon wurden 2,2 Mio. ha an rund 600 000 Landbewerber verteilt, darunter 120 000 landlose Bauern und 91 000 Umsiedler. Vgl. W. Ulbricht, Die demokratische Bodenreform – ein ruhmreiches Blatt in der deutschen Geschichte, in: Einheit 10 (1955), S. 849 f.

20 ZEL, Grundgedanken eines Gesetzes zur Bodenreform; BA, Z 6 I/162, fol. 189–196. (Vgl. dazu auch Trittel, Bodenreform, S. 48–51.)

21 Ebenda.

22 Ebenda.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notwendigkeit der Bodenreform in der britischen Zone war für ihn agrarwirtschaftlich begründet, weil die bestehende Besitzstruktur[23] dem für ihn zwangsläufigen Trend zur Veredelungswirtschaft im Wege stand. Dagegen sollte die Bodenreform in der Ostzone in erster Linie „die Liquidierung des feudal-junkerlichen Großgrundbesitzes gewährleisten und der Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer im Dorfe ein Ende bereiten, weil diese Herrschaft immer eine Bastion der Reaktion und des Faschismus in unserem Lande darstellte"[24]. Für den staatskonservativen und bei aller sozialen Dynamik traditionalistisch denkenden Agrarpolitiker Schlange-Schöningen war dies ein Beleg dafür, daß es sich dabei „gar nicht um Bodenreform, sondern um Vernichtung der Intelligenz (handelte), wie das in Rußland der Fall war" (Dokument 6).

Tatsächlich schien keiner der „objektiven" Vorzüge der Ostzone – weder der Aufbau einer funktionierenden und großzügig organisierten deutschen Verwaltung noch der im Vergleich zu den Westzonen relativ erträgliche Lebensstandard, noch ein konstruktiver Ansatz zur Ansiedlung der Heimatvertriebenen im Rahmen der Bodenreform – geeignet, die „höchst wirksame antibolschewistische Sperre" zu überwinden, die eine aus vielfältigen Motiven gespeiste Rußlandfeindschaft des deutschen Bürgertums auch in Schlange-Schöningen aufgerichtet hatte[25]. Sowjetische Bekenntnisse zur Einheit des Reiches, gegen eine Sowjetisierung und für einen pluralistischen Parteiaufbau in der Ostzone hätten auch für eine nichtkommunistische gesamtdeutsche Regierung gewiß Ansatzpunkte für eine Außenpolitik geboten, die auch sowjetische Interessen zu berücksichtigen in der Lage gewesen wäre. Doch gerade diese Konstellation – so eine wesentliche Überzeugung, die Schlange aus Thüringen zurückbrachte – war auf absehbare Zeit nicht gegeben. Mit einer Sowjetunion, die „dieses Land für lange Zeit nicht räumen" oder doch wenigstens „in keinem Fall ihren politischen Einfluß aus der Hand geben" würde (Dokument 6), war ein modus vivendi für das von Schlange repräsentierte Bürgertum ebensowenig zu finden wie für die unter Schumacher auf antikommunistischem Kurs liegende Arbeiterschaft in den Westzonen und den Westsektoren von Berlin. Anders als Adenauer, der schon am 31. Oktober 1945 in einem Brief an den damaligen Oberbürgermeister von Duisburg, Weitz, in kühl-resignativer Analyse die Spaltung Europas konstatierte und alle weiteren Überlegungen nur noch dem Verhältnis „des nicht von Rußland

[23] In der britischen Zone gab es 1946 etwa 6000 Betriebe, deren Fläche 100 ha überstieg. Sie machten 6,9 vH der gesamten Nutzfläche aus, in Schleswig-Holstein rund 13 vH; vgl. Trittel, Bodenreform, S. 22.

[24] Verordnung der Provinz Sachsen über die Bodenreform vom 3. Sept. 1945, Art. 1, abgedr. in: DDR 1945–1970, hrsg. v. E. Deuerlein, München 5. Aufl. 1975, S. 51.

[25] Vgl. H.-P. Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, Neuwied und Berlin 1966, S. 658 f.; kennzeichnend dafür die Charakterisierung des kommunistischen Rußland in einer Denkschrift der Verschwörer des 20. Juli 1944 als „System des Kollektivismus, der Seelenlosigkeit, des mechanischen Organisierens und der Gottlosigkeit" (Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944, hrsg. v. Archiv Peter, Stuttgart 1961, K. B. 21. 11. 44, S. 495).

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

besetzten Teiles Deutschlands" zu seinen westlichen Nachbarn widmete[26], sah Schlange-Schöningen in der ökonomischen Blockbildung gegen die Sowjetunion allerdings ein Instrument einer aktiven Deutschlandpolitik. Der von ihm geforderte Magnetismus der Westzonen sollte – entgegen allen Regeln der Physik – so wirken, „daß die Russen daraufhin bis zur Oder nachgeben" (Dokument 6).

Der unmittelbare Anlaß zu Schlange-Schöningens Reise nach Weimar war nicht gerade bedeutend. Offiziell diente sein Besuch der Fortsetzung von Wirtschaftsverhandlungen zwischen Thüringen einerseits und Westfalen und Hannover andererseits. In der ersten Runde, zu der der Direktor des Thüringischen Landesamtes für Land- und Forstwirtschaft, Hans Lukaschek[27], Ende April 1946 nach Hamburg gekommen war, wurde ein Tauschgeschäft Vieh gegen Sämereien verhandelt, das aber nicht zum Abschluß gebracht werden konnte. Aus einer Vorlage für Schlange-Schöningen vom 4. Mai 1946[28] geht hervor, daß das Kompensationsgeschäft im großen Stil in den Kontrollrat hineingezogen wurde. Es konnten also aus den Weimarer Verhandlungen insoweit nur äußerst begrenzte Abschlüsse hervorgehen. Zudem „empfahl" die britische Militärregierung, „die bisherigen Verhandlungen mit Thüringen in diesem Geschäft auslaufen zu lassen"[29]. Vor Antritt der Fahrt wußten also beide Seiten, daß ihr „geschäftliches" Ergebnis keine Reise wert war[30]. Immerhin lieferte das geplante Kompensationsgeschäft, das in den Berichten (Dokument 5 und 6) später kaum noch Erwähnung findet, einen plausiblen Anlaß für einen ungewöhnlichen Staatsbesuch[31].

Dokument 1[32]

Deutsche Reichspost, Telegramm aus 516 S Weimar F GR 3 41/39 23 1200 = aufgen. am 27. 4. 46 8h 42 an Minister Schlange-Schöningen, S(c)hellhaus Hamburg (eingegangen am 29. 4. in ZEL, v.J.)[33]

ICH LADE SIE HERZLICH EIN ZUR FORTSETZUNG UNSERER WIRTSCHAFTSVERHANDLUNGEN IN DER NAECHSTEN WOCHE NACH WEIMAR ZU KOMMEN TAG UNGEFAEHRE ZEIT UND GRENZUEBERTRITTSTELLE WOLLEN SIE UNS BITTE RECHTZEITIG AUFGEBEN = DR PAUL PRAESIDENT DES LANDES THUERINGEN[34]

---

[26] Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 39 f.

[27] Siehe Dok. 5, Fußnote 42.

[28] BA, Z 6 I/198.

[29] Ebenda.

[30] Ein Informationsaustausch über die Modalitäten des Besuchs fand auf britische Initiative auch im Kontrollrat statt.

[31] Alle Pässe, die Schl. für das Unternehmen benötigte, nahmen auf den geschäftlichen Anlaß Bezug. Die britische „Militärregierungs-Befreiung" Nr. M 773901, die Schl. den Transfer durch die amerikanische Zone ermöglichte, nannte als Zweck der Reise „business affairs"; der dreisprachige Passierschein Nr. 1683, ausgestellt vom „Chef der SMA für das Land Thüringen" für „Minister v. Schlange-Schöningen" (sic!), wies diesen als „Beauftragten der Firma Landwirtschaftsministerium Hamburg" aus (BA, Z 6 I/198).

[32] BA, Z 6 I/198. Aus diesem Bestand stammen auch die anderen der abgedruckten Dokumente.

[33] Handschriftlicher Eingangsvermerk.

[34] Folgt handschriftlich englische Übersetzung.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 2

Land Thüringen
Landesamt für Land- und Forstwirtschaft
IX A Dr. L/Ma.

Weimar, den 7. Mai 1946
(Karl-Marx-Platz)[35]
Schwanseestraße
Kreishaus
Tel.Nr. 240, 261–263, 377

Hochverehrter Herr Minister!

Herr Oberlandwirtschaftsrat Dr. OTTO, den Sie bei meinem Besuch in Hamburg auch persönlich kennengelernt haben, überbringt Ihnen im Auftrage des Herrn Landespräsidenten Dr. Paul die in der Anlage beigefügte Einladung in deutschem und russischem Text.

Ich wäre Ihnen herzlich dankbar, wenn die Möglichkeit bestünde, daß Sie am 10. und 11. Mai der Einladung des Herrn Landespräsidenten Dr. Paul folgen können. Herr Landespräsident Dr. Paul bittet diese Tage zu wählen, weil er in der nächsten Woche für einige Zeit aus gesundheitlichen Gründen in Urlaub gehen muß und er sehr gern vorher mit Ihnen sprechen würde.

Ich habe auf das Gespräch, das Oberlandwirtschaftsrat Sylla mit Herrn von John führte[36], Herrn Garde-General-Major Kolesnitschenko gebeten, diese Einladung durch einen von ihm selbst geschriebenen Vermerk noch zu bestätigen, um damit auch dem britischen Oberkommando gegenüber den Nachweis zu erbringen, daß auch von Seiten der russischen Besatzungsbehörden Ihr Besuch begrüßt und erwünscht sei.

Herr Garde-General-Major Kolesnitschenko, bei dem zufällig beim Vortrag dieser Bitte Herr Landespräsident Dr. Paul anwesend war, äußerte darauf, daß er die Einladung und den Text der von mir unterschriebenen Einladung ausdrücklich billige, das (!) er aber bitte davon Abstand zu nehmen, daß er persönlich noch einen schriftlichen Vermerk darunter setze. Er hielt das für unnötig, weil ja meine und des Landespräsidenten Dr. Paul erfolgte Einladung ausdrücklich von ihm gebilligt und begrüßt wurde.

Ich konnte in meinem Ersuchen nicht nachdrücklich werden, noch einen persönlichen Vermerk durch ihn darunter zu setzen, weil er merkte, daß das der Ausdruck eines gewissen Mißtrauens seiner mündlichen Erklärung gegenüber gewesen wäre. Deshalb bitte ich es mit meiner feierlichen Erklärung, daß Ihr Besuch allerseits und insbesondere durch den Herrn Garde-General-Major begrüßt würde, genügen zu lassen und das gegebenenfalls auch der britischen Besatzungsbehörde gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Ich habe Herrn Garde-General-Major Kolesnitschenko auch noch gebeten, für Sie einen besonderen Paß auszustellen. Auch das erklärte Herr Garde-General-Major für unnötig und auch für nicht üblich, denn bei Grenzüberschreitungen von der anderen Seite würde ja der Paß von britischer Behörde ausgestellt und nicht von der russischen. Er erklärte aber ausdrücklich, daß er Sie bitten lasse, den Grenzübertritt in Gerstungen Kreis Eisenach vorzunehmen und daß dort irgendwelche Schwierigkeiten nicht entstehen würden.

---

[35] Im gedruckten Briefkopf gestrichen.

[36] Der persönliche Referent Schlanges, von John, hatte telephonisch um sowjetische Bestätigung der Einladung gebeten. Er folgte damit einer Aufforderung des Controller General Food and Agriculture Branch, J. Hollins, an Schlange vom 3. Mai, die Einladung nicht ohne einen solchen schriftlichen Nachweis anzunehmen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unsererseits werden, wenn Sie uns den Zeitpunkt Ihres Eintreffens in Gerstungen mitteilen, alle Vorbereitungen getroffen werden, um Sie dort zu begrüßen und Ihnen den Grenzübertritt in jeder Hinsicht zu erleichtern. Auch die russische Grenzbehörde wird dann entsprechend informiert sein. Sie werden von einem Beauftragten des Herrn Landespräsidenten oder einem meiner Herren dort empfangen und zu uns geleitet werden.

Herr Dr. Otto wird Ihnen mündlich nähere Informationen geben und Ihnen jederzeit behilflich sein.

Die Einladung gilt selbstverständlich auch für die Herren, die Sie zu Ihrer Begleitung bestimmen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, in froher Erwartung Sie hier begrüßen zu können, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung und Verehrung.

Ich bin Ihr

gez. sehr ergebener Lukaschek

Dokument 3

Land Thüringen
Landesamt für Land- und Forstwirtschaft
VI

Weimar, den 7. Mai 1946
Karl-Marx-Platz
Tel.Nr. 240, 261–263, 377

An den
Bevollmächtigten für die Ernährung
in der britisch besetzten Zone,
Herrn Minister a.D. von Schlange-Schöningen,
Hamburg

Im Einverständnis mit dem Herrn GARDE-GENERAL-MAJOR KOLESNITSCHENKO, SMA Weimar, lade ich Sie im Auftrage des Herrn Präsidenten für das Land Thüringen, Dr. Paul, für den 10. und 11. Mai zu einem Besuch in Weimar ergebenst ein.

Dienstsiegel

gez. Dr. Lukaschek
(Vizepräsident und Landesdirektor)

Dokument 4

Food, Agriculture and Forestry Division,
Main H.Q.
Control Commission for Germany, (B.E.) Hamburg
B. A. O. R.
To: Russian Military Government

Dr. Schlange-Schöningen, Chief of Zentralamt, Hamburg has been invited to visit WEIMAR on 10th and 11th May, by Dr. Paul, President of the Land Thüringen.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

This invitation has been extended with the consent and approval of Major-General of the Guards Kolesnitschenko, SMA Weimar.

This visit is being made with our knowledge and approval and it would be appreciated if every assistance be given to Dr. Schlange-Schöningen who will be accompanied by Oskar von John und Max Markmann (driver). The party will be met at GERSTUNGEN by a Deputy of the Landespräsident and it is understood the Russian boundary authorities have been notified.

gez. Griffin, Group Captain
for Chief, F.A.F. Division

Dokument 5[37]

Reise nach Weimar
in Stichworten

1. Der tatsächliche Verlauf:

Abfahrt Sonnabend, den 11. Mai 09.30 Uhr vormittags ab Shellhaus[38]. Dreistündige Verspätung, da Schwierigkeiten wegen amerikanischen Permits. Glatte Fahrt, Mittagessen in Pattensen bei Lange-Heinecke. Telefon Pattensen 161. Weiterfahrt über Göttingen, Hann.Münden, Hersfeld. Von Göttingen bis Hersfeld, auffallend schlechte Straße. Herrliche Landschaft. Werra-Tal. 19.30 Uhr Eintreffen am amerikanischen Schlagbaum auf Autobahn. Empfang durch Thüringische Staatsregierung, Vertreter des Landespräsidenten Dr. Paul[39]. Herr Staats[40], Chef der Präsidialabteilung, begleitet von einem russischen Oberstleutnant als Vertreter des Gardegenerals Koliestnischenko[41] und einem russischen Kapitän als Vertreter der Kommandantur

---

[37] Verfasser ist Oskar von John, der persönliche Referent Schlanges. Die erste Seite des Dokuments trägt die handschriftlichen Vermerke v. Johns: „für Herrn Minister per. Unterlagen, v. J.", „Disposition für englischen Bericht" und „Geheimbericht für Tagebuch wird mehr feuilletonistisch".

[38] Sitz des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft in Hamburg.

[39] Rudolf Paul, geb. am 30. 7. 1893 in Gera, wurde nach Übernahme Thüringens durch die sowjetische Besatzungsmacht am 17. 7. 1945 zum Landespräsidenten ernannt. Paul trat 1923 als politischer Rechtsanwalt gegen Nationalsozialisten und Angehörige der schwarzen Reichswehr auf. Nach 1933 erhielt er deswegen Berufsverbot, sein Vermögen wurde beschlagnahmt. Nach 1945 setzte ihn die US-Militärregierung in Gera zum Oberbürgermeister ein. Das Mitglied der DDP bis 1933 war nach dem Kriege zuerst parteilos und trat schließlich am 6. 4. 1946 in die SED ein. Am 11. September 1947 drohte ihm Entlassung und Verhaftung durch die sowjetische Militäradministration (SMA), der er sich aber schon am 1. September durch Flucht in die amerikanische Zone entzogen hatte. Paul hatte offen gegen die SED und die wirtschaftliche Ausbeutung der SBZ durch die SMAD Stellung bezogen. Nach seiner Flucht ließ er sich in Frankfurt/M. als Rechtsanwalt nieder.

[40] Richtige Schreibweise: Staas. Dr. Staas war der engste Mitarbeiter Pauls und wurde schon vor dessen Flucht in den Westen seines Amtes enthoben.

[41] Richtige Schreibweise: Kolesnitschenko. Garde-General-Major K. war Chef der SMA für das „Land Thüringen".

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eisenach. Amerikanischer Posten läßt nach einigen Verhandlungen passieren. Abfahrt 20.00 Uhr am russischen Schlagbaum. Minister mit Staas im 130-PS-Maybach des Landespräsidenten. Vizepräsident Lukaschek[42] mit John hinterher im Audi. Kurzer Aufenthalt hinter Eisenach mit Blick auf die Wartburg. Picknick, Moselwein, freundliche Unterhaltung mit russischen Offizieren. Eintreffen 20.40 Uhr Hotel Augusta Weimar, am Bahnhof. 70 km in knapp 40 Minuten. Polizeioffizier als Fahrer. Anschließend 21.00 Uhr Essen bei Landespräsident Dr. Paul, Privatwohnung. Anwesend Herr und Frau Dr. Paul, Frau Bauer, deutsch-russische Dolmetscherin, Herr Staas, Lukaschek, John. Kurz darauf erscheint General K. Liebenswürdige Begrüßung, glänzendes Essen. Noch bessere Getränke. Zusammensein bis 03.00 Uhr nachts. Abend beherrscht von Diskussion Minister und General K.

Sonntag, den 12. Mai, Frühstück, Aufbruch 08.30 Uhr nach Frankenhausen zur Teilnahme am Jagdfrühstück. Einladung durch Generaloberst Tschuikow[43] auf der Rotenburg, neben Kyffhäuser. Herrlicher Laubwald, schönstes Wetter, Tschuikow-Gardegeneraloberst erscheint um 12.00 Uhr. Minister rechts von T. bei Tisch. Alles zwanglos gruppiert, T. in Begleitung von etwa 30 Offizieren, darunter 3 Generälen und seinem gesamten Generalstab. T. ist Oberbefehlshaber der russischen Armee in Mitteldeutschland, „Retter des Vaterlandes", einzigartige Ehrung. Beginnt mit Toast auf den Minister, Minister antwortet kurz und wirkungsvoll, Jagdfrühstück dauert bis 15.00 Uhr. Im Anschluß Fortsetzung der Jagd. Minister besichtigt mit Lukaschek und den Herren des Landwirtschaftsministeriums die Staatsdomäne Frankenhausen, eingehende Führung durch Ställe und über Felder. Ferner Besuch eines Staatsgutes. Rückkehr 20.00 Uhr Weimar. 21.00 Empfang bei Vizepräsident Lukaschek, anwesend sämtliche Spitzenvertreter Thüringens von Staat und Partei. Nur Deutsche. 1. Vizepräsident Busse[44], SED. 2. Vizepräsident Dr. Appell[45], Eggerath[46], Vorsitzender der

---

[42] Dr. Hans Lukaschek, geb. am 22. 5. 1885 in Breslau, war Direktor des Thüringischen Landesamts für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten. Der katholische Jurist war bis 1933 Mitglied der Zentrumspartei, ab 1916 Bürgermeister von Rybnik (Oberschlesien), ab 1919 dort Landrat, 1922–27 Mitglied der Gemischten Kommission für Oberschlesien in Kattowitz und schließlich von 1929 bis 1933 Oberpräsident von Oberschlesien. Am 20. Juli 1944 wurde der Rechtsanwalt in Breslau verhaftet und in das KZ Ravensbrück eingeliefert. Nach 1945 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der CDU in Thüringen und war bis zu seiner Amtsenthebung im September 1946 Minister für Land- und Forstwirtschaft und 3. Vizepräsident Thüringens. Im Westen war er zuerst Amtsgerichtsrat in Königstein/Ts., dann ab April 1948 Vizepräsident des Deutschen Obergerichts für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet in Köln. In der ersten Regierung Adenauer übernahm der Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Ostvertriebenen und des Hauptamtes für Soforthilfe (Lastenausgleich) das Vertriebenenressort.

[43] Wassilij Iwanowitsch Tschuikow war Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in Deutschland. Er wurde am 29. 3. 1949 als Armeegeneral Chef der SMAD.

[44] Ernst Busse, früher KPD, war in der Staatsregierung für das Innenressort zuständig. Amtsenthebung im Mai 1947.

[45] Richtige Schreibweise: Appelt. Dr. Georg A. war für Wirtschaftsplanung zuständig, später Minister für Arbeit und Sozialwesen.

[46] Werner Eggerath, geb. am 16. 3. 1900 in Elberfeld, Arbeiter, seit 1924 Mitglied der KPD. Ab 1935 in Haft wegen „Vorbereitung zum Hochverrat". Nach 1945 Landrat, Mansfelder Sekretär und schließlich Bezirksleiter der KPD Thüringen. Für die SED Mitglied d. Landtages. Nach der Entlassung Pauls bis 1952 Thüringischer Ministerpräsident, danach Staatssekretär beim Ministerpräsidenten der DDR, 1954–57 Botschafter in Rumänien, danach Staatssekretär für Kirchenfragen. 1961 Rücktritt.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

KPD., Gärtner[47], Präsident der Landesbank, Grosse[48], Vorsitzender der CDU., Schneider, Generalsekretär der CDU., Katholische Geistliche, etc. Schluß Mitternacht.
Montag, den 13. Mai:

Sitzung im großen Sitzungssaal der Thüringischen Landesregierung in der Landesbank, Vorsitz Lukaschek. Anwesend Vertreter des Wirtschaftsstabes der Landesregierung, des Landwirtschaftsministeriums, der Banken usw.

Thema Kompensationsgeschäfte, Pferde aus britischer Zone für Lebensmittel. Ende 12.30 Uhr. Beginn 10.00 Uhr, vorher kurze vertrauliche Besprechung Lukaschek/Minister.

13.00 Uhr offizielles Staatsdiner im Hotel „Augusta". Anwesend Vizepräsidenten, Staas, alle Leiter der einzelnen Landesverwaltungen. 16.00 Uhr offizielle Kabinettssitzung zu Ehren des Ministers. Begrüßung durch Dr. Paul, betont herzlich. Rundfunk eingeschaltet. Antwort von Dr. Schlange. Einigkeitsmoment betont, Forderung nach Niederlegen der Zonengrenzen. Anschließend Frage und Antwort durch Pressevertreter und alle sonstigen Beteiligten. Ende 17.00 Uhr. Fotografen, Abfahrt im Maybach des Präsidenten nach Gerstungen zur amerikanischen Zone. Übergang gescheitert, angeblich neue Befehle, niemanden von russischer nach amerikanischer Zone zurückzulassen. Rückfahrt nach Weimar, Eintreffen 22.00 Uhr. Grenzübertritt in englische Zone bei Heiligenstadt vorbereitet.

Dienstag, den 14. Mai:

Besprechungen im Hotel mit Vertretern der Staatsregierung, Polizeipräsident, Landrat Heiligenstadt Dr. Schäfer. Abfahrt zur Grenze 14.00 Uhr nach dem Essen. Eintreffen Heiligenstadt 16.00 Uhr, Überschreiten der Grenze 17.00 Uhr, schwierige Verhandlungen mit russischen Grenzposten, NKWD-Truppe[49] erkennt russischen Paß von General K. nicht an, läßt uns aber dann nach 20minütigen Verhandlungen durch. Englischer Schlagbaum ohne jede Schwierigkeit passiert, Rückfahrt über Göttingen nach Pattensen, Eintreffen 20.00 Uhr, Übernachtung.

2. Charakteristik der Russen

Äußerlich: Generäle und Stabsoffiziere gute Haltung, schlichter Anzug, verhältnismäßig sauber, sinkt ab nach unten, unrasiert und schmutzige Fingernägel keine Seltenheit. Bei allen Mahlzeiten wird geraucht. Untere Dienstgrade sehr schlecht gepflegt. Wirkungsvoll die breiten Schulterstücke, Hang zu Lametta, viele Orden und Medaillen, überall gute Stiefel mit herrlichem weichen Leder. Schlechte Manieren bei Tisch. Innere Haltung: offenes, herzliches Wesen, kindliche Gemüter sehr offen. Zwanglose Unterhaltung nicht denkbar, entweder wird gesoffen oder philosofiert bis zum Stumpfsinn. Sehr intelligent, imponierende Urkraft, aus der viel zu machen ist.

Persönlichkeiten: Gardegeneraloberst Tschuikow: äußerlich groß, breit, imponierende Haltung, etwa die Mittellinie zwischen Gneisenau und dem Filmschauspieler Fritz Kampers[50] haltend, ruhiges und überlegenes Wesen. Einzige Persönlichkeit von überragendem Format. „Retter des Vaterlandes", hat die Wendung bei Stalingrad

[47] Vermutlich Alphons Gaertner, Mitglied des Parteivorstandes und Wirtschaftssprecher der Liberal-Demokratischen Partei (LPD) der SBZ.

[48] Georg Grosse wurde am 4. 12. 1946 Minister für Versorgung.

[49] Dem Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (Narodnyj kommissariat vnutrennich del) unterstellter Truppenteil.

[50] Fritz Kampers hält im Aussehen etwa die Mittellinie zwischen Heinrich George und Wolfgang Reichmann.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

herbeigeführt. In Rußland sehr populär. Grundzug: selbstbewußt, gutmütig, im Ernstfall brutal.

Interessant.

Gargeneralmajor Kolestnischenko[51], nicht ganz dasselbe Format, sympathisch, klug, sehr skeptisch, typischer Ukrainer, stammt aus Charkow. Leitet seit einem Jahr die russische Verwaltung von Thüringen, SMA. Sowjetische Militär-Administration. Mehr Intelligenzler als Tschuikow, ursprünglich Metalldreher, dann Student und Soldat. Tschuikow verrät typische Züge der Militärakademie.

Die übrigen russischen Offiziere ein Gemisch von Europäern und Halbasiaten, teils brutal, teils intelligent, im Grunde primitive Barbaren.

3. Charakteristik der Deutschen

Man muß genau unterscheiden zwischen der kleinen regierenden Oberschicht und der Masse des Volkes.

Oberschicht: hervorstechend nackter Opportunismus, Methoden und Lebensweise wie in der Nazizeit nur mit umgekehrten Vorzeichen. Der Landespräsident hat sich von den Russen ein Staatsgut geben lassen. Alle hohen Funktionäre werden von den Russen laufend unterstützt. Zum 1. Mai haben die Präsidenten und Chefs der Landesverwaltungen (Landesdirektoren) pro Kopf 10 Pfd. Kaffee, 5 Pfd. Tee, 3 kg Butter und andere Lebensmittel erhalten. Wodka, Wein und Zigarren werden laufend geliefert. Die Häuser und Wohnungen der Funktionäre werden von Russen ausgestattet und ausschließlich für die Deutschen freigehalten. Das Gästehaus der Landesregierung ist das Hotel „Augusta", das an sehr gute Hotels der Vorkriegszeit heranreicht. Die regierende Clique lebt in einer Art Rausch. SPD. hat sich der Vereinigung mit der KPD. nicht entziehen können. Der führende SPD.-Mann – Hoffmann[52] – lehnt zwar die kommunistische Politik ab, glaubte aber der Einigung als theoretischer Marxist zustimmen zu müssen. Die wenigen Bürgerlichen in der Regierung – geführt von Dr. Lukaschek, dem früheren Oberpräsident von Oberschlesien – haben es nicht leicht.

Die Masse des Volkes ist nicht begeistert. Auf der Fahrt durch das Land sah man viel verhärmte und gedrückte Gesichter. Die Menschen fühlen sich unsicher. Ab 9 Uhr abends ist kein Mensch auf den Straßen zu sehen aus Angst vor Überfällen durch die Russen. Die Arbeiterschaft ist über die laufende Demontierung der Fabriken empört. Stichwort: Fassadismus.

Einzelnes:

1. Dr. Rudolf Paul, Präsident des Landes Thüringen, Advokat. Früherer Demokrat. Seit 3 Monaten SEP. Gerissen, schlau, grenzenlos eitel, völlig von den Russen gefangen, da jede eigene Linie aufgegeben. Würdelos. Säufer. Geschickter Redner.

1. Vizepräsident: Busse, Vorsitzender der SEP. Mann im Hintergrund, war im KZ. Buchenwald jahrelang Capo, d.h. also verlängerter Arm der SS. Hauptbetreiber der Bodenreform.

2. Vizepräsident Dr. Appell[53], Demokrat und Mitläufer.

3. Vizepräsident Dr. Lukaschek. Die einzige Persönlichkeit. Kann sich nicht richtig entfalten, weil er vorsichtig sein muß. Ist Dr. Paul weit überlegen. Die heimliche Hoffnung aller Bürgerlichen. Gut angeschrieben bei den Russen.

---

[51] Richtig: Garde-General-Major Kolesnitschenko.

[52] Heinz Hoffmann, ab 12. September 1946 Vorsitzender der SED in Thüringen, später Kandidat des ZK der SED.

[53] Richtig: Appelt.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herr Staas, Chef der Präsidialabteilung, Mitglied der KPD. Früher Journalist bei Hugenberg, im Kriege Intendanturrat in Offiziersuniform, blondgemähnter, fetter Mann von 35 Jahren. Völlig korrupt. Engster Mitarbeiter von Dr. Paul. Steht über allen Landesdirektoren und der gesamten Verwaltung.

Oberregierungsrat Wunderlich, Mitglied der KPD. „Chef des Protokolls", früherer Privatsekretär der Kaiserin Hermine[54], mit deren Tochter er durchging. Fast alle führenden Beamten sind Mitglieder der KPD. und tragen das Antifa-Abzeichen. Einige wenige gute alte SPD.-Männer, die aus den Gewerkschaften kommen, so der Leiter des Bauwesens. In der Abteilung für Land- und Forstwirtschaft einige gute, fleißige Beamte, Dr. Otto, Dr. Sylla, Dr. Fuchs, Oberlandforstmeister Dr. Wiega, der letzte seinem Posten nicht ganz gewachsen.

4. Die Russische Armee und ihre Stärke[55]
5. Der wirtschaftliche Eindruck
6. Die Bodenreform
   Grundlage: Gesetz über die Bodenreform im Lande Thüringen vom 10. September 1945; dazu zwei Ausführungsverordnungen
7. Die Parteien
8. Die Aussichten des Landes
   a) wirtschaftlich
   b) politisch

Dokument 6[56]

In strengstem Vertrauen! Hamburg, den 17. Mai 1946
An die
Britische Militärregierung

Von meinem Standpunkt als Deutscher, der sich klar darüber ist, daß das Aufleben seines Landes auf das Engste mit der Entwicklung der englischen Politik verbunden ist, halte ich mich für verpflichtet, einen Bericht über meine Eindrücke meines vom 11. bis 14. Mai dauernden Besuches in der russischen Zone zu geben. Ich habe dort Gelegenheit gehabt, nicht nur einen tiefen Eindruck von der Russischen Militär-Regierung und den deutschen regierenden Kreisen, sondern auch über die wirklichen Zustände des Landes zu bekommen, der in jeder Hinsicht für einen deutschen Menschen wahrhaft erschütternd war.

Alles geht dort äußerlich im großen Stil. Wenn man das Leben der russischen wie der deutschen Regierungskreise beobachtet, so hat man die Empfindung, in einem reichen Lande zu sein, in dem alle Vorräte in Hülle und Fülle vorhanden sind. Bei zwei größeren Essen und einem Privatempfang bei dem Staatspräsidenten Paul[57] war ich mit führenden russischen Generälen zusammen. Ich saß neben dem russischen Generalobersten Tschuikow[58], mit dem sich jedesmal eine sehr interessante Unterhaltung entspann. Es gab opulent zu essen, wie es selbst in Friedenszeiten in Deutschland nicht üblich war, noch mehr zu trinken, und man hatte den Eindruck, daß man viel Wodka zu sich nehmen mußte, um nicht in der Achtung der Russen zu sinken. Das Benehmen

[54] Gemeint ist die zweite Frau (1922) des ehemaligen deutschen Kaisers Wilhelm II.

[55] Dieser und die folgenden Punkte der Disposition wurden nicht ausgearbeitet.

[56] Der Bericht Schlange-Schöningens ist in deutscher Sprache entworfen und dann *wörtlich* ins Englische übersetzt worden. Die abgedruckte Fassung stellt das deutsche Original des Berichts dar.

[57] Siehe Dok. 5, Fußnote 39.

[58] Siehe Dok. 5, Fußnote 43.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der russischen Offiziere mir gegenüber war betont höflich, ja liebenswürdig. Ihre äußere Aufmachung war sehr unterschiedlich, vielfach waren sie schlecht angezogen, ohne Manieren, oft unrasiert. Ebenso verschieden war ihre Bildung. Mit einem der Generäle diskutierte ich einen Abend stundenlang über Goethe und Shakespeare; sie hatten ihre Werke zwar gelesen, aber man hatte den Eindruck, daß diese abendländische Kultur ihnen nur äußerlich angenommen war, (ohne eine innere Wandlung zu vollziehen[59]). Der bei weitem (überlegenste[60]) Mann war der Generaloberst Tschuikow, der als Verteidiger Stalingrads (– ich glaube als einziger Russe –[61]) den Titel „Retter des Vaterlandes" bekommen hat. Er war in seinem Auftreten betont bescheiden, liebenswürdig und scheint ein sehr energischer, hochintellektueller Mann zu sein. Da mir gesagt worden war, daß er als langjähriger Militärattaché in China fließend englisch spräche, redete ich ihn auf englisch an, um eine unmittelbare und mehr persönliche Unterhaltung ohne Dolmetscher mit ihm in Gang zu bringen. Er antwortete mir mit einigen liebenswürdigen englischen Sätzen, die damit schlossen, daß er mich bat, mit ihm durch Dolmetscher die Unterhaltung zu führen, da er nicht wünsche, englisch zu sprechen. Diese etwas ungewöhnliche Tatsache und die immer wiederholte Frage sowohl von ihm wie von anderen russischen Offizieren an mich gerichtet wie auch an meinen Begleiter: „Wie stehen Sie sich mit der Britischen Militär-Regierung? Warum hungern Sie in der britischen Zone, hier gibt es soviel zu essen?" wie auch manche anderen stark hervortretenden Züge lieferten mir immer wieder den Eindruck (des[62]) tiefen (Hasses[63]) der Russen gegenüber Großbritannien.

(Ich möchte daher glauben, daß die russische Generalität wohl den Wunsch hat, jeden Tag über die britische Besatzungsmacht herzufallen, aber abgesehen von der Lage in der großen Politik stehen militärische Machtmittel nach dem, was ich gesehen habe, kaum zur Verfügung[64].) Der russische Soldat, den ich auf der Straße vielfach zu beobachten Gelegenheit hatte, machte einen denkbar schlechten Eindruck. Die Disziplin wurde mir als nicht sehr gut geschildert. Offenbar kommt der russische Soldat den Offizieren aus der Hand, sobald er ein so hohes Kulturniveau sieht, wie er es in Thüringen vorgefunden hat im Gegensatz zu der ihm früher geschilderten Überlegenheit der russischen Kultur. Wieviel Militär in Thüringen steht und wieviel schwere Waffen namentlich dort sind, läßt sich nicht genau feststellen, da der Russe alles daran setzt, um seine wirkliche Stärke zu verschleiern. (Im Ganzen wird mir von Sachkennern und guten Beobachtern die Stärke der russischen Armee in Thüringen auf 150 000 Mann angegeben; in letzter Zeit sollen zahlreiche Tanks nach Rußland zurückbefördert sein. Wieweit das stimmt, kann ich nicht beurteilen[65].)

Den schlechtesten Eindruck in Weimar machte mir die deutsche Regierung. Leider muß ich das ganz offen aussprechen, da man sonst die Zustände von außen her nicht verstehen kann. Der Staatspräsident Paul, ein früherer Rechtsanwalt, ist ein eitler Nichtskönner. Seine Regierung, die in größtem Stil aufgezogen ist, als wenn er ein Reich von 100 Millionen Menschen regierte, ist eine Versammlung entweder gescheiterter Existenzen oder wilder kommunistischer Fanatiker, die zum Teil ihre Regierungsfähigkeit allein durch ihre Anwesenheit im Konzentrationslager unter Beweis gestellt haben. Der Staatspräsident gehörte früher mehr nach rechts, hat sich aber

---

[59] Im Entwurf gestrichen.

[60] Im Entwurf ersetzt durch: bedeutsamste.

[61] Im Entwurf gestrichen.

[62] Ersetzt durch: einer.

[63] Ersetzt durch: Abneigung.

[64] Im Entwurf gestrichen.

[65] Im Entwurf gestrichen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dann zum Zwecke der Verdrängung seines Vorgängers[66], der sehr fähig und sachlich gewesen sein soll, der vereinigten sozialistischen Partei angeschlossen. Er würde morgen ebenso Kommunist werden, wenn das zur Haltung seiner Stellung notwendig werden sollte. Soviel ich gesehen habe, gibt es überhaupt nur den Vizepräsidenten Dr. Lukascheck[67] als einzigen Nichtkommunisten in der Regierung. Er war zur Brüning-Zeit Oberpräsident von Schlesien und führte einen schweren Kampf, um das Land von den schlimmsten Schäden zu bewahren. Um ihn zu stützen, was im Sinn einer vernünftigen deutschen und wohl auch einer zielklaren britischen Politik sehr wünschenswert wäre, spreche ich die Bitte aus, das kleine Austauschgeschäft zu genehmigen, das in der Lieferung von 5000 Pferden aus der britischen Zone gegen Sämereien besteht, die wir dringend gebrauchen und die bereits in die britische Zone geschafft worden sind. Einzelheiten bitte ich aus der Anlage zu ersehen.

Das, was einem anständigen Menschen so besonders peinlich auffällt, ist die absolute Würdelosigkeit, mit der diese Menschen dem Sieger nachlaufen – ausgenommen natürlich Dr. Lukascheck[68], der eine würdige Haltung bewahrt. Sie tun es nicht einmal um ihres Landes, sondern um ihrer Stellung willen. Die Russen sind natürlich klug genug, um diese Situation völlig zu begreifen, amüsieren sich darüber und nutzen diese Puppen aus. Einer der bestgehaßt(est[69])en Leute ist der sozialdemokratische Führer Dr. Schumacher.

Entsprechend der Haltung der sogenannten deutschen Regierung([70]) und ihrer rein agitatorisch kommunistischen Einstellung sind die Zustände im Lande zwar etwas besser geworden und nicht mehr so ausgesprochen wild, wie sie es vor einigen Monaten waren, aber es war doch bezeichnend, daß ich bei mehreren Autofahrten immer begleitet war nicht nur von deutscher Polizei, sondern auch von einem russischen Offizier. Immer noch kommen Überfälle am hellen Tage und auf offener Landstraße vor und Autos werden bis aufs Letzte ausgeplündert. Der Generaloberst Tschuikow versucht sicher in dieser Hinsicht alles Mögliche zur Besserung der Verhältnisse zu tun, aber mit seiner Macht ist nicht viel getan. Es war bezeichnend, daß die russischen Grenzposten bei meiner Rückfahrt mich nur mit größten Schwierigkeiten den Schlagbaum passieren ließen. Sie sagten: Wir gehören zur GPU[71], der Generaloberst Tschuikow hat uns garnichts zu befehlen. Die Bevölkerung ist dauernd in Angst; die anständigen Leute möchten gern (heraus[72]), soweit sie können, und wenn heute frei gewählt werden würde, so würden zweifelsfrei 90 % gegen die Kommunisten stimmen und, wenn sie könnten, die heutigen Regierungsmitglieder aufhängen[73]. Auch die Sozialdemokraten, die sich mit den Kommunisten in der sogenannten Einheitspartei verschmolzen haben, würden gern wieder von dieser Verbindung loskommen, aber jetzt

---

[66] Dr. Hermann Brill (SPD), der von der amerikanischen Besatzungsmacht eingesetzt worden war.

[67] Richtige Schreibweise: Lukaschek. Siehe Dok. 5, Fußnote 42.

[68] Vgl. Anm. 67.

[69] Im Entwurf gestrichen.

[70] Eingefügt: in Thüringen.

[71] Gosudarstvennoe političeskoe upravlenie (Staatssicherheitsdienst bis 1934). Gemeint ist eine dem Innenministerium unterstellte Sondertruppe, die den Grenzdienst wahrnahm.

[72] Im Entwurf ersetzt durch: die Zone verlassen.

[73] Am 15. 9. 1946 fanden in Thüringen die ersten Kommunalwahlen statt, am 20. 10. 1946 die ersten Kreis- und Landtagswahlen. Die Ergebnisse in vH (in der Klammer Kreis- und Landtagswahlen): SED 46,4 (49,5), LPD 23,7 (28,5), CDU 16,7 (18,9), VdgB 5,2 (5,3). Quelle: SBZ von 1945–1954, Bonn und Berlin 1956, S. 52 und 54.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ist es zu spät. Politisch herrscht eine neue Art von Naziregiment in kommunistischer Verkleidung.

Zu den niederdrückendsten Erlebnissen meines Aufenthalts gehörte die Besichtigung einiger großer Güter, die mir mit Stolz gezeigt wurden als kommunistische Mustersiedlungen. Diese Güter waren früher hoch intensiv, vollgefüllt mit wertvollem Vieh und leisteten enorme Beiträge zur Volksernährung. Heute waren die großen Ställe leer; auf den Höfen wurden mir die Siedler vorgeführt, keine Bauern, sondern eine völlig bunt zusammengewürfelte Gesellschaft, deren Charakteristikum war, daß sie früher nichts besessen hatte und jetzt zur kommunistischen Partei gehört. Jeder hatte etwa 20 Morgen Land bekommen, und zwar in lauter kleine Parzellen geteilt. Ich habe mich mit diesen Leuten mit der gebotenen Vorsicht unterhalten. Ihre völlige Unkenntnis landwirtschaftlicher Dinge war in die Augen springend. Sie bilden die kommunistischen Zellen, aus denen man die landwirtschaftliche Berufsvertretung wählen lassen will. Aller Besitz über 400 Morgen ist in Fetzen zerrissen. Der Wald ist bis zu einer Größe von 1 ha auf diese Siedler verteilt, die nun ihr Möglichstes tun, um schnellstens die guten Stämme abzuhauen und zu verkaufen. Man hat den Großgrundbesitz bis zu 400 Mg. theoretisch denen zugebilligt, die nachweisbar antifaschistisch waren, aber nur einem war es zunächst gelungen, diesen Nachweis zu erbringen, nämlich einem Herrn Wenzel in Teutschenthal, dessen Vater[74] am 20. Juli erhängt worden ist. Aber auch diese 400 Restmorgen sind nach wenigen Wochen unter einem fadenscheinigen Grunde weggenommen worden. Es handelt sich eben garnicht um Bodenreform, sondern um Vernichtung der Intelligenz, wie das in Rußland der Fall war. Die größeren Bauern, d. h. die alt Angesessenen, sehen diesen Vorgängen völlig apathisch zu, haben aber garnicht die Möglichkeit irgendeiner Gegenwehr und warten in dumpfer Verzweiflung nur auf den Tag, wo man auch ihnen ihren Hof nehmen wird. Heute steht das Land Thüringen ernährungsmäßig noch günstig da, weil es eine geringe Bevölkerungszahl, viel Ackerland und keine Groß-Städte besitzt. Ich sehe voraus, daß es bei diesem wirtschaftlichen System in zwei Jahren von dem Paradestück der russischen Zone das es heute ist, zu einem absoluten Hungerlande geworden sein wird.

Zusammengefaßt ist mein Eindruck so:

Die Russen haben weder die Absicht noch die Möglichkeit, offensiv gegen die westlichen Zonen vorzugehen, so groß ihr offenbarer Haß gegen die westliche Kultur und namentlich gegen das Angelsachsentum auch sein mag. Vielmehr sind sie entschlossen, dort fest zu bleiben, wo sie jetzt sind und die von ihnen besetzten Gegenden zu einem Sowjetstaat auszubauen, zugleich dabei möglichst viel Werte nach Rußland herüber zu schaffen, was man an dem zum Teil völlig sinnlosen Ausbau, z. B. von Kabelleitungen, Abbau von Eisenbahnschienen u.a.m. mit eigenen Augen beobachten konnte. Es mag sein, daß sie eines Tages der Einrichtung einer deutschen Zentralregierung grundsätzlich zustimmen werden, aber sie werden durch ihre Haltung in den Einzelfragen die praktische Wirkung einer pflichtbewußten deutschen Regierung (die zunächst einmal mit den jetzt regierenden Deutschen aufräumen müßte[75]) unmöglich machen.

---

[74] Carl Wentzel, geb. 1875, Eigentümer von 7500 ha Land (größter Saatzuchtbetrieb Europas) und 6 Industriebetrieben, Berater des Vierjahresplans, vor 1933 Mitglied der DNVP und des Stahlhelms, war im November 1943 Gastgeber des „Reusch-Kreises" von Industriellen, Landwirten und Wissenschaftlern, die den Versuch einer Vorausschau und Revision der Rolle der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege unternahmen. Er kam dadurch in Verbindung zu Goerdeler, der in Teutschenthal Kontakt mit dem „Reusch-Kreis" aufnahm.

[75] Im Entwurf gestrichen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In den kurzen Reden, die ich halten mußte, ist es mir zum Glück gelungen, zwischen den Formen der Höflichkeit und den Forderungen der Wahrheit eine politische Linie zu finden, aber es war schwer, und ich war froh, als ich bei dem ersten britischen Grenzposten wieder angelangt war.

Ich darf nochmals bitten, diese Ausführungen in strengstem Vertrauen nur zum persönlichen Gebrauch zu verwenden.

* * *

Es sei mir gestattet, nach reiflicher Überlegung aus den vorstehenden Erfahrungen vom Standpunkt als Deutscher noch einige politische Schlußfolgerungen zu ziehen.

Bisher war mein Standpunkt, daß es für Deutschland notwendig sei, dem Gedanken einer Zentralregierung erst dann näherzutreten, wenn die russische Zone mit einbegriffen werden könnte. Sonst besteht zweifellos die dringende Gefahr, daß Rußland den Osten Deutschlands für sich allein nimmt; für Deutschland ein furchtbarer Verlust, für England eine schwere dauernde Drohung, wenn die Russen sich für lange Zeit an der Elbe etablieren. Ich glaube nicht, daß im Augenblick Kriegsneigungen in Rußland bestehen, aber das kann sich sehr schnell ändern und es wäre eine Kleinigkeit für Rußland, einen Überfall auf die Westgebiete vorzubereiten. Infolgedessen wäre England gezwungen, große Truppenmassen für die Dauer in seiner Zone zu unterhalten, sonst könnte es über Nacht sein Vorland verlieren und angesichts der Schwäche des ewig revolutionierenden Frankreichs in dieselbe Situation gebracht werden, wie Hitler sie 1939 schuf. Ich maße mir nicht an, einen überflüssigen Rat geben zu wollen, trotzdem ich englischen Freunden schon im Jahre 1936 (die Kriegsverhältnisse[76]) vorausgesagt habe. Aber für Deutschland würde eine solche gefährliche Situation bedeuten: entweder dauernde sehr starke Besetzung durch die Westmächte, was wirtschaftlich schwer zu ertragen wäre, oder Kriegsschauplatz und völlige Zerstörung.

Durch eingehende Beobachtung der Thüringer Verhältnisse habe ich die Überzeugung mitgebracht, daß die Russen dieses Land für lange Zeit nicht räumen werden. Sollten sie es doch scheinbar tun, so nur so weit, daß sie in keinem Fall ihren politischen Einfluß aus der Hand geben würden. Die Ereignisse in Persien[77] scheinen mir für diese Methode bezeichnend zu sein. Rußland ist auf dem Wege, in Thüringen einen kommunistisch durchorganisierten Sowjet-Pufferstaat aufzurichten.

Also auch im günstigsten Falle sehe ich keine Möglichkeit, eine wirksame deutsche Zentralregierung bis an die Oder aufzurichten, abgesehen von den unerhörten Schwierigkeiten der Verproviantierung dieser völlig zerstörten Gebiete, die wirtschaftlich wieder aufzurichten Jahre harter Arbeit und unendliche Zuschüsse kosten wird. Ohne geordnete Verwaltung (einer[78]) Polizeihoheit ist jede Regierungsmöglichkeit ausgeschlossen. Derartiges aber würden die Russen nicht zulassen, solange sie auch nur einen schwachen Einfluß haben.

Wenn man also nicht auf das Wunder eines grundsätzlichen und baldigen Umschwunges warten will, auf das man in der Politik nicht rechnen darf, dann entsteht die Frage, ob die Zustände in den 3 westlichen Zonen weiterhin so bleiben kön-

---

[76] Im Entwurf ersetzt durch: den kommenden Krieg.

[77] Nach Kriegsende kam es zu Spannungen zwischen der persischen Zentralregierung und der UdSSR, die separatistische Bestrebungen der persischen (kommunistischen) Tudehpartei in Aserbeidschan unterstützte. Trotz mehrerer iranischer Beschwerden beim Weltsicherheitsrat zog die Sowjetunion ihre Truppen nicht aus ihrer Besatzungszone zurück. Im Verlauf des ersten Vierteljahres 1946 spitzt sich die Lage zu. Im April weist das iranische Parlament sowjetischen Druck zur Gründung einer „Vereinigten Russisch-Persischen Ölgesellschaft" zurück.

[78] Im Entwurf ersetzt durch: und ohne.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen wie bisher. Ich glaube es nicht. Ich spreche offen aus: Deutschland, das sich heute schon in tiefster wirtschaftlicher und seelischer Depression befindet, wird über kurz oder lang an zwei Dingen zugrunde gehen: der Kohlenausfuhr[79] und den Zonengrenzen. Wenn diese Situation noch lange andauert, wird Deutschland in einen gefährlichen politischen Zustand geraten, der es eines Tages reif für eine aktive russische Politik machen wird, sei sie nun militärisch aggressiv oder nur politisch und propagandistisch expansiv. Beides wäre gleich verhängnisvoll, für Deutschland vernichtend, für England in höchstem Maße gefährlich. Zweifellos wird es den großen Frieden, den England herbeizuführen wünscht, ohne ein befriedetes Mitteleuropa niemals geben.

So schmerzlich das für einen Ost(menschen[80]) ist, der seine Heimat verloren hat, muß ich aus diesen Erwägungen doch die klaren Schlußfolgerungen für den Rest meines Vaterlandes ziehen: es scheint mir keinen Zweck zu haben, sich von den Russen in endlosen Verhandlungen hinhalten und währenddessen die westlichen Zonen immer mehr schwächen zu lassen. Vielmehr habe ich die Überzeugung gewonnen, daß es vielleicht nach einem letzten kurzfristig begrenzten Verhandlungsversuch mit der Sowjetregierung, um die Schuldfrage zu klären, unbedingt notwendig ist, die drei Zonen im Sinne einer zielklaren Westpolitik zu organisieren: Deutsche Zentralregierung mit Exekutivgewalt unter der Kontrolle der Westmächte, Aufhebung der Zonengrenzen, Lösung des Ruhrproblems und, wenn möglich – und gemeinsam mit Amerika dürfte das wohl möglich sein – ein zweijähriges Moratorium[81] für Deutschland, damit endlich ein wirtschaftlicher Aufbau (möglich ist[82]) und auf diese Weise ein wirtschaftlich und politisch gesundender und fester Block gegen die russischen Bestrebungen geschaffen werden kann, der einen (festen[83]) Anschluß an die westeuropäische Politik und Kultur findet.

Auf diese Weise wird vielleicht in Kürze ein solches Übergewicht entstehen, daß die Russen daraufhin bis zur Oder nachgeben. Bleibt aber der jetzige Zustand, so fürchte ich, daß bei zu langem Herauszögern einer Entscheidung eine ähnliche Gefahr heraufziehen wird, wie sie für die ganze Welt einst durch Hitler entstand, (der[84]) man bei rechtzeitiger Erkenntnis leicht hätte stoppen können.

Ich bitte, mir meine Offenheit nicht zu verübeln. Wenn auch als Leiter eines Spezialamtes, sitze ich in meiner Stelle ja nicht nur, um Kartoffeln zu bauen, sondern mit der langjährigen Erkenntnis, daß die Gesamtpolitik entscheidend ist. Darum übermittele ich Ihnen diese Gedankengänge in tiefster Sorge um den Restbestand meines Landes, als deutscher Patriot, der ich bin und bleiben werde, der zugleich aber nur in engster und loyalster Zusammenarbeit mit der Politik Großbritanniens die einzige Rettungsmöglichkeit Deutschlands sieht.

---

[79] Der Kohlenexport aus der britischen Zone betrug 1946 23,8 vH der absatzfreien Fördermenge, d. h. nach Abzug des Zechenselbstverbrauchs, der Einsatzkohle und der Deputate.

[80] Im Entwurf ersetzt durch: deutschen.

[81] Diese Forderung bezieht sich auf Zwangsexporte deutscher Rohstoffe ebenso wie auf Demontagen deutscher Industrieanlagen zu Reparationszwecken. Tatsächlich gingen beide Eingriffe in die wirtschaftliche Substanz der Westzonen im folgenden Jahr spürbar zurück. Der Zwangsexport von Kohlen sank auf 18,3 vH der absatzfreien Menge, und der Interalliierten Reparationsagentur wurden 1947 nur noch demontierte Anlagen im Umfang von rund 10 vH der Gesamtdemontagen übergeben (1946: 40 vH).

[82] Im Entwurf ersetzt durch: in Gang kommt.

[83] Im Entwurf ersetzt durch: entschlossenen.

[84] Im Entwurf: die.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notiz

YEHUDA BAUER ZUR KRITIK VON ANDREAS BISS

Schade, daß Herr Andreas Biss es für richtig befunden hat, auf meinen 1977 in Heft 2 der VfZ veröffentlichten Artikel über Saly Mayers Verhandlungen zur Rettung der Juden zu antworten (1979, Heft 1, S. 162 ff.). Herr Biss gehört zu den wenigen wahrhaft heldenhaften Gestalten, die während der Katastrophenzeit des europäischen Judentums sich bemühten, zu retten, was zu retten war. Er und sein Freund Reszö Kastner versuchten, mit oft ganz unglaublichem Mut, das ungarische – später auch das europäische – Judentum durch Verhandlungen mit der SS gegen Bezahlung oder das Versprechen der Zahlung aus dem Bereich der Auschwitzer Gaskammern und anderer Mordanlagen herauszuholen. Diese Verhandlungen in Budapest waren natürlich nicht das Thema meines Aufsatzes, der sich mit den Verhandlungen an der Schweizer Grenze befaßt. Die Kastner-Brand-Verhandlungen in Budapest und Brands Sendung nach Istanbul wurden von mir zuletzt in meinem Ende 1978 in Amerika erschienenen Buch „The Holocaust in Historical Perspective" eingehend behandelt. A. Biss wurde erst nach Brands Abfahrt zu einer der zentralen Persönlichkeiten der ‚Va'adah' (Rettungskommission) in Budapest.

A. Biss ist ein Zeuge, und zwar ein sehr wichtiger Zeuge. Historiker müssen zwischen Zeugenaussagen und auf Quellen – inklusive Zeugenaussagen – beruhenden Schlußfolgerungen unterscheiden. Biss' Zeugenaussage muß also auf Grund der Quellen geprüft werden, damit wir sehen, ob die Zeugenaussage, die in diesem Fall zweifellos subjektiver Wahrheit entspricht, auch objektive Wahrheit darstellt – insofern man überhaupt von objektiver historischer Wahrheit sprechen kann.

Das Interessante an den Schacht-Rublee-Verhandlungen von 1938/39 ist eben, daß sie nicht 1944 in Budapest von Herrn Biss, sondern 1938/39 von Herrn Rublee geführt wurden, aber grundsätzlich dasselbe Ziel hatten: deutsche und österreichische Juden gegen verschieden formulierte wirtschaftliche ‚Leistungen' aus den Klauen der Nationalsozialisten loszubekommen. Es ist vielleicht zuviel verlangt, daß Herr Biss akzeptieren soll, auch andere hätten ähnliche Verhandlungen mit ähnlichem Ziel verfolgt: Rabbiner Weissmandel und Frau Gizi Fleischmann in Preßburg, dann Saly Mayer an der Schweizer Grenze. Die Quellen, die wir heute besitzen, scheinen darauf zu deuten, daß der Massenmord am jüdischen Volk kein ‚unwiderruflicher' Entschluß war, sondern eine der Möglichkeiten nazistischer Politik gegenüber den Juden. Das Loskaufen von Menschen war offenbar möglich, weil die Nazis – vor und nach dem Mordentschluß – die Juden eben nicht als Menschen, sondern als Teufelsgestalten sahen, als den Weltfeind, dem eigentlich ihr ganzer Krieg galt. Wenn diese These für richtig angesehen wird, so sind sowohl die Budapester wie Mayers Verhandlungen als wichtige Glieder in der Kette der nach einer Alternative zum Mord tastenden Versuche zu werten.

Die Erzählung Tisos, er habe die Juden in Polen besuchen wollen, wird von Herrn Biss geglaubt. Mit den Tatsachen hat das nichts zu tun – die Verhandlungen in der Slowakei fanden auf finanzieller Basis statt, und es waren die Deutschen, nicht die Slowaken, die die Deportation einstellten – Premier Tuka war darüber so verwundert, daß er sich noch vom deutschen Gesandten Hans Ludin reichsdeutschen Druck erbat, damit die Deportationen weitergehen. Rabbiner Weissmandel und Gizi Fleischmann, die diese Verhandlungen führten, schlossen daraus – nicht eine Zeitlang, wie Herr Biss behauptet, sondern bis zum Ende –, daß die Nazis aus politischen Gründen, „die ihnen wichtiger sind als die Vernichtung des Hauses Israel", die Zahlung angenommen hatten, um mit dem von Weissmandel und Fleischmann vorgetäuschten Weltjudentum in Verbindung zu treten;

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deswegen, so glaubten Weissmandel und Fleischmann, seien die Deportationen gestoppt worden. Diese ganze Argumentation ist Herrn Biss leider nicht zugänglich, denn sie wurde von Weissmandel in seinem Buch „Min Hametzar" (erschienen New York 1960, nach Weissmandels Tod) in rabbinischem Hebräisch dargelegt. Tatsache ist, wie Kastner und auch Freudiger, der Leiter der orthodoxen Landeskanzlei in Budapest, bekundeten, daß die Budapester Verhandlungen auf derselben Basis und mit denselben Hoffnungen – nämlich die Juden Ungarns loszukaufen – mit demselben Nazi (Wisliceny) angebahnt wurden.

Hinsichtlich der Mission Brands verirrt sich Herr Biss vollständig; ich muß ihn auf mein oben zitiertes Buch verweisen. Brand war Biss' Vetter – und Feind. Zwischen Kastner und Brand bestand ebenso tiefe Feindschaft. Dies beruhte teils auf persönlicher Abneigung, hatte jedoch seine tieferen Gründe darin, daß die Aktionen Brands mißverstanden wurden. Kastner und Biss in Budapest waren fest davon überzeugt, daß Brand durch sein Verbleiben im Ausland den Massentod des ungarischen Judentums mitverschuldet hatte. Die Tatsache, daß die Deportationen aus Ungarn am 14. Mai begannen, also noch vor Brands Abfahrt am 17. Mai, und daß auch dann, wenn Brand 14 Tage nachher – also am 31. Mai – zurückgekehrt wäre, die Hälfte der bis dahin aus den Provinzen Deportierten schon in Auschwitz umgekommen war, wird nicht beachtet. Es stimmt aber vollkommen, daß Brand nicht zurückkehren wollte, und zwar deswegen, weil er von den Alliierten nichts in der Hand hatte. Er fürchtete, daß er, wenn er ohne Antwort der Alliierten nach Budapest käme, das Schicksal der ungarischen Juden besiegeln würde. Deswegen klammerte er sich an die vergebliche Hoffnung – durch ein englisches Versprechen, ihn zurückfahren zu lassen, bestärkt, ein Versprechen, das natürlich gebrochen wurde –, seine Mission durch persönliche Verbindung mit hohen englischen Stellen und mit der Jewish Agency zu retten.

Herr Biss behauptet, die Va'adah habe von Himmler die Erlaubnis zu einem Treffen Bechers mit Mayer erreicht. Das ist völlig falsch gesehen. Sofort nach Brands Mißerfolg versuchten die Deutschen, aus eigener Initiative, einen der jüdischen Emissäre in Istanbul, Menachem Bader, nach Berlin (sic! nicht nach Budapest) einzuladen. Nachdem die Briten ihr Veto eingelegt hatten, versuchten die Deutschen in Lissabon, den Joint-Vertreter Dr. Joseph Schwartz nach Deutschland oder zu Verhandlungen im neutralen Ausland zu bekommen. Da diesmal die Amerikaner ‚nein' sagten, kam ihnen Kastners Vorschlag, mit Mayer zu verhandeln, als ideale Lösung vor. Gegenüber Kastner und Biss konnte man deutscherseits die Verhandlungen als große Konzession darstellen. In Wirklichkeit war Himmler krampfhaft bemüht, irgendwie durch die Juden mit den Amerikanern in Verbindung zu treten.

Herr Biss ignoriert einfach die Quellen, mit deren Hilfe ich darstelle, daß Mayer an Händen und Füßen von amerikanischen und schweizerischen Verboten gebunden war, und wiederholt seine Anklage gegen Mayer, warum er nicht als Joint-Vertreter erschien oder warum er die Grenze nicht überquerte.

Kurt Becher riskierte bei diesen Verhandlungen nicht mehr als unbedingt nötig. Hatte er doch im Auftrag der SS die Großbetriebe der Familie Weiss-Chorin in Ungarn für seinen Reichsführer beschlagnahmt – also der ‚verbündeten' ungarischen Regierung ein ungarisches Werk für die Nazis geraubt. Es muß für ihn eine gute Lösung gewesen sein, sich durch Kastner und Biss ein Alibi zu verschaffen. Gedeckt war er durch Himmler, dessen Wünsche er ziemlich früh erkannte. Seine Besprechungen an der Grenze und in Zürich zeigen ihn als einen Nazi (inklusive antisemitischer Bemerkungen), der aus politischen Gründen bemüht war, Juden zu retten. Herr Biss hat allerdings vollkommen recht, wenn er meint, die Tatsache, daß Becher eben Juden rettete, sei ausschlaggebend.

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im übrigen will Herr Biss eigentlich nur beweisen, daß das, was erreicht wurde, nur durch die Anstrengungen Kastners (und der Va'adah) erreicht wurde. Ich glaube, ich habe ziemlich eindeutig bewiesen, daß es die Kriegssituation und Himmlers Wille zu einem Kompromiß mit den westlichen Alliierten waren, die die Basis für die Verhandlungen darstellten; daß Mayer mit ganz außergewöhnlichem Geschick die Verhandlungen leitete, ohne die geringste Unterstützung durch die Amerikaner (oder den Joint) zu haben; daß Kastner ihn wenigstens einmal vor einem Zusammenbrechen der Verhandlungen rettete; daß Mayer weit über die Rettung des Budapester Judentums – die ihm gelang – hinauszielte; daß Mißtrauen und Mißverständnisse Va'adah und Mayer nicht von Zusammenarbeit abhielten. Die Beschuldigungen gegen Mayer (Mayer selbst hat nie öffentlich geantwortet) kamen erst nach Kriegsende.

Im Buch von Herrn Biss und in seiner Antwort auf meinen Aufsatz wird behauptet, daß Himmlers Befehl, die Vergasungen zu stoppen, im November durch die Va'adah erreicht worden sei. Insbesondere wird von Herrn Biss in seinem Buch eine Eingabe an Himmler vom 22. Juli 1944 zitiert. Schon ein Vergleich der Daten stellt klar, daß Biss' ‚Aktennotiz' mit dem Stopp der Endlösung keine Verbindung hatte. Es ist völlig unklar, ob Himmler die Aktennotiz überhaupt erhielt. Bechers Aussage darüber ist wohl kaum ein Beweis. Aber auch wenn Himmler sie erhalten hätte, wäre ihr Einfluß (nach weiteren vier Monaten!) wenig wahrscheinlich. Die Gründe, die man bei Himmler für seinen Novemberbefehl vermuten kann– beweisen lassen sie sich bei der jetzigen Quellenlage nicht –, sind von mir in meinem Aufsatz erörtert worden. „Einige kleinere Zahlungen" des Saly Mayer an Budapest, die von Herrn Biss keineswegs verurteilt werden, beliefen sich, wie ich in meinem Aufsatz darlege, auf mehr als 1 Million Dollar (von den ca. 4,5 Millionen, die Mayer nach der Bezahlung der obligatorischen Flüchtlingshilfe in der Schweiz übrigblieben; die restlichen 3,5 Millionen gingen an Frankreich, die Slowakei, Rumänien, Shanghai usw.).

Warum eigentlich die fast dreißig Jahre nach Mayers Tod noch immer andauernde Verbitterung? Wahrscheinlich hat Herr Biss recht: Es war unmöglich, sich gegenseitig zu verstehen, wenn man auf ganz verschiedenen Posten während jener grauenhaften Zeit stand. Nach den Tagebüchern, den unzähligen Briefen und Memoranda wurde in Budapest und in St. Gallen mit der gleichen Hingabe und Menschlichkeit gearbeitet. Der Zionist Kastner, der Abenteurer Brand, der aus einem nichtjüdischen Milieu freiwillig zurückgekommene Biss, der orthodoxe Pedant Mayer – sie alle taten bedeutend mehr, als man für menschenmöglich gehalten hätte. Daß sie tief miteinander verfeindet waren, obwohl sie dasselbe Ziel verfolgten, ist menschlich, aber bedauernswert.

Yehuda Bauer

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Werner Abelshauser, z. Z. Vertreter des Lehrstuhls für Wirtschaftsgeschichte der Universität Bielefeld, Fakultät für Geschichtswissenschaft, Postfach 8640, 4800 Bielefeld

Dr. Yehuda Bauer, Professor für zeitgenössische jüdische Geschichte an der Hebrew University (Institute of Contemporary Jewry), Jerusalem; Kibbutz Shoval, Doar Na, Negev, Israel

Dr. Manfred Overesch, Hochschuldozent an der Technischen Universität Braunschweig; Grabbestraße 13, 4430 Steinfurt 1

Dr. Reiner Pommerin, Wiss. Assistent am Historischen Seminar der Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 5000 Köln 41

Dr. Gustav von Schmoller, Botschafter a. D., Philosophenweg 5, 7400 Tübingen

Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz, Ordinarius für politische Wissenschaft und Direktor des Instituts für politische Wissenschaften und europäische Fragen der Universität zu Köln, Gottfried-Keller-Straße 6, 5000 Köln 41

Dr. Lawrence D. Stokes, Associate Professor of History, Dalhousie University, Halifax/Kanada; z. Z. Fritz-Reuter-Str. 1, Eutin

Jahrgang 27 (1979), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte